

Nr. 8-9 '89

Aug.-Sept.

Postver-

triebsstück

G 7426 E

Erscheint

monatlich

20. Jahrgang

Jahresabo

33,- DM

Doppelheft

5,- DM

ISSN-Nr.

0936-1405

AIB DRITTE WELT ZEIT

- Waffenstillstand in Angola
- UdSSR: Abkehr von den Befreiungsbewegungen?
- Wem nutzt die Biotechnologie?

Palästina

WAHLEN ALS AUSWEG?



PAHL-RUG, GOTTESW. 54 5000 KÖLN
G 7426 E 504691 421
FORUM
LINGENSTR. 9 - HINTERHAUS-
4400 MÜNSTER

DRITTE WELT

Kommentar	
Wegweiser Jalalabad	3
Palästina	
Der Ausweg: Wahlen ohne Besatzer	5
Abu Bassam Sharif (PLO) über mögliche Wahlen	7
West-Berliner Tagung „Israel und Palästina“	9
Interview mit Feisal Hussein	11
Der Überfall auf Salfit	12
China	
Die Diktatur der alten Garde	14
Iran	
Das Regime ist ungefährdet	17
EG – Türkei	
Özals Drang nach Westeuropa	20
UdSSR und Dritte Welt	
Ausverkauf der nationalen Befreiungskämpfe?	24
Alfred Nzo (ANC): Die Sowjetunion unterstützt unseren Kampf	27
Erklärung des Sowjetischen Solidaritätskomitees	28
Interview mit Victor Tirado (FSLN)	30
Sowjetischer Waffenstopp für Nicaragua?	31
USA – Lateinamerika	
Neue Töne aus Santa Fe	33
Nicaragua	
Kongreß 10 Jahre Revolution und Solidarität	38
Grenada – Karibik	
Die Linke hat sich noch nicht erholt	39
Namibia	
Wahlvorbereitungen mit Haken und Ösen	42
Gefangene der SWAPO berichten von Mißhandlungen	44
Angola	
Verhandlungslösung in Sicht?	46
Neue Technologien	
Die biotechnologische Revolution	48
Die Verfahren der Biotechnologie	49
Interview mit Pat Money: Die Biotechnologie arbeitet gegen die Armen	50
Entwicklungspolitik	
40 Jahre BRD-Entwicklungshilfe	54
Kultur	
Der Volkssänger Ruhl Su	57
Stichwort	
Tabak	59
Rezension	
Frauen fordern den Palästina-Dialog	60
Infos zur Solidarität	
Rüstungsexportkontrolle; Rüstungslieferungen an Südafrika; Entwicklungshilfe an El Salvador; Buchtip: IWF und Weltbank; Ev. Kirchentag; Seminar zu 500 Jahre „Entdeckung“ Amerikas	61
Kurzinformationen	
Irak, Weltwirtschaft, Sudan, El Salvador	63



Angola/Namibia

Mit dem afrikanischen Gipfel von Gbadolite kam es zum Waffenstillstand zwischen Luanda und den Contras der UNITA. Damit scheint der innere Friede Angolas ein Stück nähergerückt. Zeitgleich steht der Unabhängigkeitsprozeß im Nachbarland Namibia im Zeichen der Rückkehr von zehntausenden Flüchtlingen und SWAPO-Repräsentanten. Während sie den Wahlen im Herbst d.J. entgegenfiebert, manipuliert die südafrikanische Besatzungsmacht nach Kräften.

Seite 42



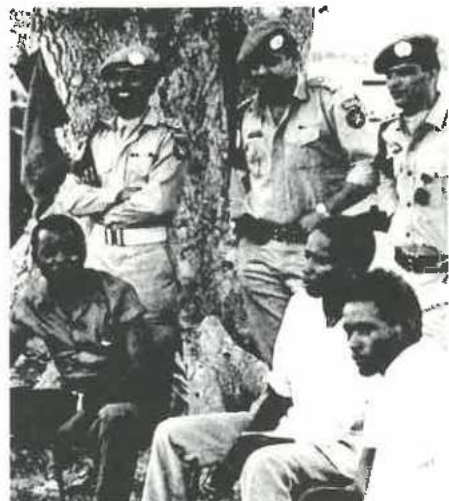
I M P R E S S U M

DRITTE-WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich. ISSN-Nr. 0936-1405. Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21-2 46 72. Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff. Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp. Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Frank Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ribera, Günter Schuchter, Peter Schütt, Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning. Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Aleks P. Arndt, Thomas Fues, Peter Hofmann, Edith Laudowicz, Celal Özcan, Ingrid Rein, Martina Tuent. Redaktionsschluß: 7. Juli 1989. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion. Titel: Gestaltung Udo Thiemmel

Palästina

Der Ruf nach freien Wahlen in der besetzten palästinensischen Westbank und Gaza ist lauter geworden. Die unter Druck geratenen Regierungskreise Israels reagierten mit dem Shamir- und Peres-Plan. Die Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) hat einen Verfahrensmodus ähnlich dem in Namibia vorgeschlagen.

Seite 5



Biotechnologie

Ihren Befürwortern zufolge eröffnet die Biotechnologie die Möglichkeit, einige der drängendsten Probleme der Dritten Welt zu lösen. Angesichts der bestehenden Strukturen in der weltweiten Biotechnologie-Industrie und der Weltwirtschaft sind diese Verheißungen jedoch mehr als zweifelhaft.

Seite 48

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 51 08 68, 5000 Köln 51, Teletex 2 214 284 pahl. Vertrieb: Telefon 02 21-3 60 02/0. Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben. Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft. Kündigungen: Wenn das Abonnement nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird, verlängert es sich um 1 Jahr. Satz: Die Feder, Wetzlar. Druck: Plambeck & Co, Neuss. Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98). Anzeigen: Argument, Pahl-Rugenstein Verlag, Infobüro Nicaragua, Lateinamerika Nachrichten, Frauensolidarität, links, Sozialistische Praxis, ANN, atom, CERIGUA, Südasienbüro. Fotomachweis: Newsweek, Time, El Pais, Uwe Blockhaus, USN & WR, Jeune Afrique, BMZ, M. Tuent, New Outlook, Middle East, L'Express, DRITTE-WELT-Archiv.

KOMMENTAR

Wegweiser Jalalabad



WOLFRAM BRÖNNNER
Chefredakteur von DRITTE WELT

Heute, knapp ein halbes Jahr nach der Vollendung des sowjetischen Truppenabzugs, hat sich die Szenerie des Afghanistan-Konflikts beträchtlich gewandelt. Vor dem 15. Februar 1989 schien der unverzügliche Kollaps der Regierung Nadjibullah, die handstreichartige Eroberung Kabuls durch die afghanischen Mudjahedin bereits beschlossene Sache. Die Belagerer hatten den Regierenden der Volksdemokratischen Partei (VDPA) und ihren Anhängern für diesen Fall eine „Nacht der Blutrache“ angekündigt. Für die westlichen Stimmungsmacher war die „Rache für Saigon“ angesagt.

Die vorweggenommene Sieges euphorie schlug sich auf Seiten der Linken in einer lähmenden Untergangsstimmung nieder. Die Chance auf eine Selbstbehauptung der VDPA und eine letztendlich politische Kompromißlösung wurde kaum mehr wahrgenommen. Wie konnten die Sowjets nur, so lautete die bange Frage, die scheinbar hilflosen afghanischen Revolutionäre im Stich, ihrem Schicksal überlassen?

Inzwischen hat sich gezeigt, daß das afghanische Regierungslager so hilflos gar nicht war und ist. Der für das Frühjahr angekündigte Sturm auf Kabul fiel ins Wasser. Die Großoffensive der Rebellen blieb vor den Toren der östlichen Provinzhauptstadt Jalalabad stecken. Die Regierungstreitkräfte bewiesen in der Schlacht um Jalalabad eine unvermutet hohe Kampfmoral. Spätestens seit es ihnen Mitte Mai d.J. gelang, den Belagerungsring zu sprengen und die Versorgungsbasis der Stadt am Kabul-Fluß abzusichern, ist das militärische Image der Angreifer arg angeschlagen, sind sie konzeptionslos. Mehr noch, ihre Linie des Raketenkrieges und der Hungerblockade gegen die städtischen Zentren und Bevölkerung, ihr Nein zu jeder Verhandlungslösung haben ihnen zugleich einen starken politischen Glaubwürdigkeitsverlust beschert.

Mit der erwarteten blitzartigen Eroberung Jalalabads verband die Peschawar-Allianz die Absicht, dem Revolutionsregime einen vorentscheidenden Schlag zu versetzen und die drittgrößte Stadt des Landes zum Sitz ihrer Gegenregierung auszurufen. Beides ging gründlich daneben. Stattdessen machte Kabul aus der Not, dem Abzug der sowjetischen Truppen, eine Tugend und verschob die militärisch-politische Kräfteverteilung im Lande zu seinen Gunsten. Damit steigen auch die Aussichten auf politische Verhandlungsschritte.

Die Regierungen Pakistans und der USA hatten die Peschawar Sieben dazu gedrängt, ganz auf die Karte der militärischen Lösung zu setzen. Im April d.J. blockten sie in den Vereinten Nationen Initiativen zunächst von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, dann der Regierungen der UdSSR und Afghanistans ab. Diese liefen darauf hinaus, unter Federführung der UNO einen innerafghanischen Friedensdialog anzubahnen. An dessen Ende solle eine Regierungskoalition auf breiter Grundlage stehen.

Die Verweigerung Washingtons und Islamabads hatte einen triftigen Grund. Noch hofften sie auf einen späten Durchbruch ihrer Schützlinge in der Schlacht um Jalalabad. Immerhin hatte pakistanisches Militär in die Kämpfe auf afghanischem Boden mit eingegriffen. Die USA wie Pakistan nahmen dafür sogar in Kauf, wegen eklatanter Verstöße gegen das Genfer Vertragswerk vom April 1988 ins Kreuzfeuer der Kritik der Weltöffentlichkeit zu geraten.

Verletzt wurde von ihnen einmal die Genfer Verpflichtung zur strikten Nichteinmischung, zum anderen das Arrangement USA-UdSSR über eine „positive Symmetrie“ ihrer Waffenlieferungen an die Mudjahedin bzw. die Regierung Nadjibullah. Die Waffenzufuhr an die Rebellen wurde nicht etwa gedrosselt, sondern noch ausgeweitet. Obendrein beschwor der pakistanische Militärinterventionismus die Gefahr eines Krieges Pakistan-Afghanistan herauf.

Hinzu kommt, daß bei dem Genfer Afghanistan-Abkommen, anders als bei den Friedensprozessen in Mittelamerika und Angola/Namibia, eine innere Lösung völlig ausgeklammert werden mußte. Die von Moskau und Kabul verfochtene nationale Aussöhnung war von den USA, Pakistan und den Peschawar Sieben kategorisch zurückgewiesen worden. Sie wollten den totalen Sieg der Mudjahedin mit militärischen Mitteln und damit die völlige Eliminierung der VDPA als politi-

schem Faktor und des sowjetischen Einflusses im Nachkriegs-Afghanistan durchsetzen.

Mit dieser Marschroute des „Alles oder Nichts“ manövierten sich Washington und Islamabad zusehends international ins politische Abseits. Im US-Kongreß stieß die Afghanistanpolitik der Regierung erstmals auf realen Widerstand.

Anfang Juni d.J. verlaute aus Washington, die Bush-Administration wolle nun die Möglichkeit einer politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts nicht mehr ganz ausschließen. Zumindest sei es der flexibleren pakistanischen Premierministerin Benazir Bhutto gelungen, Präsident George Bush vom Übergehen zu einem fortan zweigleisigen Kurs, d.h. fortgesetzte Waffenhilfe für die Rebellen und Suche nach Verhandlungswegen, zu überzeugen. Ihr Ziel sei jetzt ebenfalls eine breite Koalitionsregierung, allerdings unter Ausschluß von Vertretern der VDPA. Einem Offiziellen des Weißen Hauses zufolge hat sich die im Februar d.J. eingeschlagene militärische Lösungsstrategie mit Jalalabad als „ein Desaster, ein schrecklicher Irrtum, eine Fehlkalkulation“ erwiesen. Also müsse sich die Regierung Bush jetzt wohl doch mit den Sowjets über die Zukunft Afghanistans an den Verhandlungstisch setzen.

Der sowjetische Vizeaußenminister Woronzow hat solche direkten Gespräche der Weltmächte für den 31. Juli oder 1. August d.J. in Moskau vorgeschlagen. Sie könnten u.a. ein Abkommen über einen beiderseitigen Stopp der Waffenlieferungen bringen.

Auch Präsident Nadjibullah wertete den Wandel in Washington und Islamabad als positives Zeichen. Er legte der Bush-Administration nahe, die von ihm zuletzt unterbreiteten Friedensvorschlüsse endlich ernsthaft zu prüfen: Sie beinhalteten einen innerafghanischen Waffenhilfestopp der USA und UdSSR, die Verständigung auf eine Übergangsregierung, welcher Vertreter der VDPA und der Mudjahedin angehören sollten, sowie anschließende Wahlen unter Schirmherrschaft der UNO.

Für Washington und Islamabad wäre es an der Zeit, sich von ihrer interventionistischen „Sieg ist möglich“-Strategie zu verabschieden, um ernsthaft an einer tragfähigen Kompromißformel mitzuarbeiten. Auch in der Bundesrepublik gilt es, hierfür stärkeren Druck auf Bonn und Washington mitzuentfalten: Antiinterventionismus und eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts sind angesagt.



Demonstration in der Westbank nach der Proklamation des Staates Palästina im November 1988

da sowie eine Anerkennung der PLO als Gesprächspartner nahe.

Schwerer wiegen jedoch die ungewohnt barschen Töne, die die israelische Regierung derzeit aus Washington zu hören bekommt. In einer Rede vor dem proisraelischen „American Israel Public Affairs Committee“ forderte US-Außenminister Baker am 22. Mai d.J. deutlicher als je zuvor die „Aufgabe des Traumes vom Groß-Israel“, das Ende der zionistischen Besiedelung und den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten. 4)

Bereits am 12. April d.J. hatte die Regierung Bush erklärt, Israel künftig vor der UNO in der Frage der Errichtung neuer Siedlungen nicht mehr zu unterstützen. Die USA brechen damit in einem Teilbereich mit ihrer uneingeschränkten Veto-Politik im UN-Sicherheitsrat zugunsten Israels, zu der sie sich dem Judenstaat gegenüber 1975 verpflichtet hatten.

Auch US-Präsident Bush forderte während seiner Gespräche mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak unmittelbar vor dem Shamir-Besuch ungewöhnlich direkt ein Ende der israelischen Besatzung. Er erklärte zudem, daß Gespräche zwischen Israel und der PLO notwendig werden könnten. Und er zeigte sich der sowjetisch-arabischen Forderung nach einer internationalen Nahostfriedenskonferenz gegenüber aufgeschlossener als zuvor.

Für Hoffnungen auf einen radikalen Wandel der US-Palästina-Politik gibt es jedoch keinen Anlaß. Israel bleibt Washingtons wichtigster strategischer Verbündeter in der Region. Dies gilt umso mehr, seit die ägyptische Außenpolitik tendenziell wieder autonom bestimmt ist als in den 70er Jahren und stärker arabisch-palästinensische Forderungen vertritt. Die noch labile, aber wachsende neue arabische Geschlossenheit bedeutet für die USA die Gefahr einer Isolation in der Region. U.a. deshalb ist Washington nicht mehr bereit, extremistische zionistische Positionen zu unterstützen.

Dies bedeutet jedoch umgekehrt nicht, daß die US-Regierung zu einer aktiven Unterstützung palästinensischer Forderungen übergegangen wäre. Die palästinensische Friedensinitiative fand bisher in Washington kaum Beachtung. Einen unabhängigen Palästina-Staat lehnt Bush nach wie vor ab. Die USA unterstreichen diese Haltung demonstrativ, als sie im April/Mai d.J. die Beitrittsgesuche der PLO zu verschiedenen UN-Unterorganisationen blockierten, indem sie einen US-Zahlungsstopp für die UNO androhten.

Worauf die zum Teil widersprüchlichen Erklärungen der US-Regierung hinauslaufen, scheint zur Zeit offen. Eindeutiger ist, daß Bush sich nach den Schlappen der Reaganschen Nahostinitiativen mit eigenen Vorschlägen zurückhalten will. Offensichtlich beab-

sichtigt die US-Regierung, zur Pendeldiplomatie Kissingers zurückzukehren und die verschiedensten Ansätze in der Region selbst gut-zuheißend und auszuloten.

So wurde auch der Shamir-Plan als „sehr ermutigend“ bezeichnet, aber nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen. Washington erkennt offensichtlich die Vorbehalte der PLO gegen Shamirs Plan als gerechtfertigt an und konfrontiert Israel mit drei Bedingungen: Gewährung des Wahlrechts für die PalästinenserInnen Ostjerusalems; internationale Überwachung der Wahlen; feste Verknüpfung der Übergangsphase mit einer endgültigen Regelung, die offen sein müsse. 5)

Diese Bedingungen kommen den Forderungen der PLO bereits relativ nahe. Die PLO ist keineswegs grundsätzlich gegen Wahlen in den besetzten Gebieten. Sie braucht freie Wahlen nicht zu fürchten, denn die Intifada und die PLO stellen eine Einheit dar. Sie sind nicht gegeneinander auszuspielen, haben das gemeinsame Ziel eines unabhängigen Staates.

Die PLO bewies diplomatisches Geschick und Flexibilität, als sie den Shamir-Plan zwar mit überzeugenden Argumenten zurückwies, gleichzeitig aber den Wahlvorschlag positiv aufgriff. Wahlen seien akzeptabel – so übereinstimmend der PLO-Vorsitzende Yasser Arafat, die Nationale Führung der Intifada und andere Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten und Israel –, wenn sie der Beginn eines breiteren politischen Prozesses seien, an dessen Ende das volle palästinensische Selbstbestimmungsrecht stehe. Bedingungen seien jedoch ein vorheriger Abzug der Besatzungstruppen sowie eine internationale Überwachung der Wahlen (siehe Kasten). Arafat verwies in diesem Zusammenhang konkret auf den Unabhängigkeitsprozeß Namibias als möglichen Verfahrensmodus 6).

Verfahrensregeln müssen jedoch von irgendeiner Partei ausgehandelt werden. Und Israels Ansprechpartner dafür ist die PLO. Deren Flexibilität und die nur bedingte Unterstützung der USA für den Shamir-Plan könnten diesen noch zum Bumerang für die israelische Regierung werden lassen. Die USA setzten Shamir eine Frist von zwei Monaten zur Konkretisierung seines Plans. Andernfalls wollen sie auf Verhandlungen Israels mit der PLO drängen.

Eine solche Entwicklung, d.h. ein Scheitern des Shamir-Plans hatte Israels Finanzminister und Vorsitzender der Arbeiterpartei, Shimon Peres, bereits vor der USA-Reise Shamirs einkalkuliert. Die israelische Tageszeitung Haaretz veröffentlichte am 23. März d.J. einen alternativen Friedensplan von Peres. Dieser sieht einen Waffenstillstand zwischen Israel und den PalästinenserInnen an al-



BASSAM ABU SHARIF (PLO)

Wir sind für Wahlen und eine Übergangsperiode

Wahlen als Auftakt für eine Übergangsperiode hin zur Unabhängigkeit der Westbank und Gazas – diesen Verfahrensweg schlug im Nahmen der PLO-Führung Bassam Abu Sharif, Sonderberater des PLO-Vorsitzenden Yasser Arafat, vor. Abu Sharif sorgte ein Jahr zuvor als Verfasser einer israelisch-palästinensischen Zwei-Staaten-Lösung (Wortlaut in: DRITTE WELT 10/1988, S. 16) schon einmal für Furore.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) unterstützt Wahlen in der besetzten Westbank und Gaza, die dazu dienen, frei und demokratisch eine Vertretung zu wählen. Aber wir PalästinenserInnen sind für eine wirklich demokratische Wahl – keine Scheindemokratie. Wir meinen, daß der Plan für Wahlen, der vom israelischen Premierminister Yitzhak Shamir vorgeschlagen wurde, ein Beispiel für Scheindemokratie ist. Es ist ein Trick, der darauf abzielt, die Intifada zu beenden und die israelische Besatzung zu legitimieren.

Solange die israelischen Wahlvorschläge vage bleiben und das endgültige Ziel der PalästinenserInnen, ihr Recht auf Selbstbestimmung, ausklammern, werden sie lediglich ein Kunstgriff bleiben, um die israelische Besatzung fortzusetzen. Die einzig ursprüngliche Form der Demokratie ist die, die frei und ohne Restriktionen, ohne Drohungen und ohne Einschüchterung praktiziert wird. Das ist heute in der Westbank und Gaza nicht möglich, wo jede Versammlung, und seien es nur fünf Menschen, mit Kugeln auseinandergetrieben werden kann. (...)

Die Intifada hat gezeigt, daß die PalästinenserInnen in Westbank und Gaza nicht „pro-PLO“ sind; sie sind die PLO. Darum müssen die Israelis Angst vor den Wahlergebnissen haben. Wir glauben, daß nur umfassende Verhandlungen im Nahen Osten zu einem dauerhaften Frieden führen können. Die PalästinenserInnen sind auf der Su-

che nach einer Regelung, die das Blutvergießen in dem Gebiet beendet; sie wollen einen umfassenden Frieden, keinen Waffenstillstand.

Präsident Bush hat die PLO und Israel aufgefordert, eine für beide Seiten akzeptable Formel für die strittigen Wahlen zu finden. Das ist wichtig. Aber der springende Punkt ist seine Betonung, daß die israelische Besatzung Gazas und der

Westbank beendet werden muß. Hier liegt das Kernproblem. Nur auf der Grundlage des israelischen Rückzugs können Schritte, die zum Frieden führen, ausgehandelt und der endgültige Status der Westbank und Gazas geklärt werden. (...)

Eine international garantierte Friedensvereinbarung wird die Interessen aller Parteien schützen. Der Prozeß sollte vier miteinander verbundene Schritte umfassen:

- Beginn des Rückzugs der israelischen Truppen, die nach einem international festgelegten Zeitplan durch internationale oder multinationale Streitkräfte ersetzt werden.

- Wahl von Vertretern aus der Westbank und Gaza für eine legislative Körperschaft des palästinensischen Volkes. Der israelische Rückzug muß noch nicht vollständig erfolgt sein, wenn die Wahlen abgehalten werden, aber israelischen Soldaten und bewaffneten Siedlern sollte es nicht möglich sein, Wähler zu behindern oder zu gefährden. Die Wahlen sollten international durchgeführt und überwacht werden, um die Wahlfreiheit und den Schutz der Gewählten zu garantieren, damit sie nicht das Schicksal der 1976 Gewählten erleiden.

- Eine Übergangsperiode unter internationaler oder multinationaler Schirmherrschaft. Während dieser Übergangsperiode wird die palästinensische legislative Versammlung eine exekutive Körperschaft wählen. Die exekutive Körperschaft wird ein Team wählen, das mit Israel verhandelt. Verhandlungsthema können anfangs interne Sachverhalte sein; verhandelt werden muß aber auch über Angelegenheiten wie Grenzen und Wasser, die für eine umfassende Lösung unabdingbar sind.

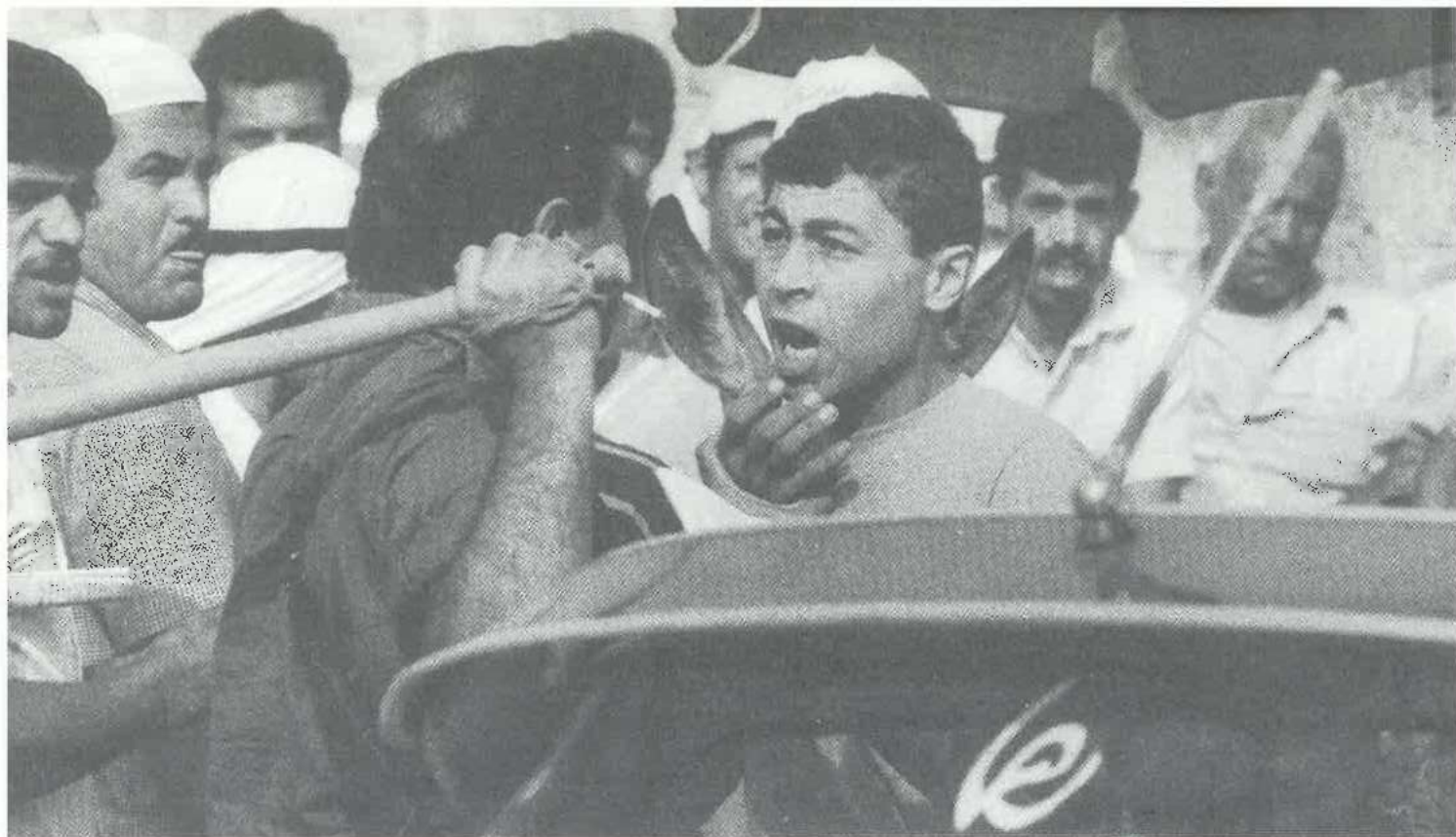
- Vorbereitungen für eine wohlstrukturierte internationale Friedenskonferenz, deren Grundlagen die Resolutionen 242 und 338 und das Recht der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung sind. Auf dieser Konferenz können die an diesem regionalen Konflikt beteiligten Parteien alle Fragen zur Diskussion stellen oder aushandeln.

Die PLO will einen umfassenden Frieden, der die künftigen Generationen sowohl des palästinensischen als auch des israelischen Volkes schützt. Sie wird weiter dafür arbeiten, einen solchen Frieden in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Parteien zu erreichen.

(Quelle: International Herald Tribune, Paris/Zürich, 24.5.1989)

Im Dritte-Welt Sonderheft 1/89
Ein Jahr Intifada
Die Proklamation des Palästinenserstaates
Die US-Nahostpolitik und die Haltung der EG
Die bundesdeutsche Nahostpolitik
und ihr Sonderverhalten zu Israel

Weiterhin: UNO-Resolutionen, Aktions- und Materialspiegel u.a.
Ab 30.12.88 im linken und alternativen Buchhandel
oder direkt bei:
Dritte-Welt Leserservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51
33% Rabatt ab 10 Exemplaren
Kostenlos Probeheft
Copyright vorbehalten und reserviert an Dritte-Welt Leserservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51
Ich bestelle: ☐ 1 Exemplar ☐ 2 Exemplare ☐ 3 Exemplare ☐ 4 Exemplare ☐ 5 Exemplare ☐ 6 Exemplare ☐ 7 Exemplare ☐ 8 Exemplare ☐ 9 Exemplare ☐ 10 Exemplare
Name: _____ Straße: _____ PLZ: _____ Datum Unterschrift: _____
Bitte drucken und unterschreiben! Bitte drucken und unterschreiben! Bitte drucken und unterschreiben! Bitte drucken und unterschreiben! Bitte drucken und unterschreiben!



Konfrontation zwischen Palästinensern und Besatzern vor der Steuereintreibungsstelle in Gaza

len Fronten, einschließlich der Intifada, sowie eine internationale Konferenz in Genf unter der Ägide der USA und Sowjetunion vor.

Die Auswahl einer palästinensischen Delegation sei nicht Sache Israels, so Peres. Damit würde die PLO als Verhandlungspartner akzeptiert. Als Lösungsrahmen fordert der Plan die Bildung einer unabhängigen palästinensischen „Einheit“ mit eigener Regierung und Polizei, jedoch ohne Armee. Die palästinensische „Einheit“ – die Bezeichnung „Staat“ dementierte Peres offiziell – solle nach dem Vorbild der Benelux-Staaten eine Konföderation mit Israel und Jordanien eingehen und unmittelbar ohne Übergangsphase aufgebaut werden 7).

Der Plan existiert bisher nur in Umrissen und läßt viele Fragen offen, so die, wie unabhängig ein solcher palästinensischer Staat wirklich sein könnte und ob die Besatzungstruppen sich vollständig zurückzögen. Seit der Diskussion um den Shamir-Plan ist der Peres-Vorschlag jedoch zunächst wieder in der Versenkung verschwunden. Eine Umsetzung des Shamir-Plans oder eine vorherige Zerschlagung der Intifada wäre gewiß auch Peres lieber. Doch scheint sich in Teilen der Arbeiterpartei eine realistischere Sichtweise zu entwickeln, derzufolge Autonomielösungen und eine starke Verweigerungshaltung gegenüber der PLO keine Zukunft haben.

Der Peres-Plan könnte, sollte er zur Ausreifung gelangen, ein qualitativ neues Verhandlungsangebot Israels gegenüber der starren Haltung des Shamir-Plans bedeuten. Dieser war lediglich darauf ausgerichtet, eine kompromißlose Ablehnung durch die PLO zu provozieren und der Weltöffentlichkeit neue Vorwände für eine verschärfte Unterdrückung der Intifada vorzutauschen.

So waren die Diskussionen um die offizielle Verabschiedung des Shamir-Plans in der Knesset am 14. Mai d.J. begleitet von scharfen Drohungen des Verteidigungsministers und Verantwortlichen für die besetzten Gebiete, Yitzhak Rabin, die Intifada mit qualitativ neuen Methoden zu unterdrücken, falls die PalästinenserInnen den Autonomieplan ablehnen: „Wir werden anwenden, was immer nötig ist, mehr Gewalt, um die Gewalt zu zerschlagen, und mit viel mehr Rechtfertigung.“ 8) Neben einer Verstärkung militärischer Gewalt kommen, so Rabin, wirtschaftliche Sanktionen gegen die PalästinenserInnen, weitere Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und die Aufhebung bestimmter Gesetze in Betracht. Dazu gehört das Recht, das Vorgehen des Militärs vor den obersten israelischen Gerichtshof zu bringen.

Dabei droht schon jetzt die Lage in den besetzten Gebieten außer Kontrolle zu geraten. Militante Siedlerorganisationen, ermutigt

durch eine nie gekannte Welle des Araberhasses in der israelischen Gesellschaft und durch Äußerungen Shamirs und anderer, die auf Lynchjustiz hinauslaufen, gründen eigene Milizen. Der formal auf das Militär beschränkte, verschärfte Schußwaffengebrauch gegen steinewerfende Kinder ist längst eine Farce. Die Unfähigkeit des Militärs, die Intifada zu zerschlagen, heizt die Stimmung unter den Siedlern weiter an.

Daß auch das Militär immer willkürlicher und hemmungsloser vorgeht, zeigt das Massaker vom April d.J. in Nahalin, bei dem während einer Razzia sieben PalästinenserInnen getötet und mehr als 50 verletzt wurden. Das Militär habe „unterschiedslos und schonungslos von der Schußwaffe Gebrauch gemacht“, erklärte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes 9).

Eine Verurteilung des Massakers von Nahalin im UN-Sicherheitsrat scheiterte am Veto der USA. Diese begnügten sich damit, Israel aufzufordern, derartige Konfrontationen zu vermeiden. UN-Verurteilungen indessen haben Israel noch nie dazu gebracht, seine Politik zu ändern. Und die von der PLO geforderten UN-Einheiten zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung sind nicht in Sicht.

Wie lange unter solchen Bedingungen PLO und Nationale Führung den Aufstand noch unter Kontrolle halten können, ist fraglich. Obwohl diese einen palästinensischen Schußwaffengebrauch bisher ablehnen, kam es am 19. Mai d.J. zum ersten israelisch-palästinensischen Feuergefecht seit dem Beginn der Intifada. Die wachsende Brutalität der Besatzungstruppen, für die das Massaker von Nahalin nur ein Beispiel unter vielen ist, heizt die Intifada weiter an – mit der Wahrscheinlichkeit einer zunehmenden Bewaffnung der bisher wehrlosen palästinensischen Bevölkerung.

Sollte es in absehbarer Zeit nicht zu einer für die PalästinenserInnen akzeptablen politischen Lösung kommen, droht eine militärische Eskalation. Die Verantwortlichen dafür sitzen in Israel.

Anmerkungen

- 1) Englischer Wortlaut des Plans in: Jerusalem Post, 14.4.1989
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 25.4.1989; Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 6./7.5.1989
- 3) Vgl. offizielle Stellungnahmen vom 10.4. und 15.5.1989 in: Palästina-Bulletin, Bonn, Nr. 15/15.4.1989 und Nr. 20/19.5.1989; IHT, 27.4.1989
- 4) Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, Juni 1989
- 5) Ebenda sowie Al-Fajr, Jerusalem, Nr. 469, 15.5.1989
- 6) IHT, 17.4.1989; LMD, Juni 1989
- 7) Le Monde, Paris, 25.3.1989; Palästina-Bulletin, Nr. 13, 31.3.1989
- 8) IHT, 16.5.1989
- 9) SZ, 15./16.4.1989



DiskussionsteilnehmerInnen des israelisch-palästinensischen Dialogs in West-Berlin (v.l.n.r.): Azmi Bishara, Rahel Freudenthal, Emile Habib; Zahira Kamal, Gideon Freudenthal, Gideon Spiro



BERICHT VON MARTINA TUENTE

Tagung „Israel und Palästina zwischen Konfrontation und Kooperation“

Wir haben doch eine Kultur des Widerstands

Die West-Berliner Tagung vom 24./25. Juni 1989, zu der das Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz geladen hatte, wurde zu einem Forum des palästinensisch-israelischen Dialogs. Der Widerstand der Israelis gegen die Besatzungspolitik ihrer Regierung in der Westbank und Gaza gehörte zu den Hauptthemen. 300 TeilnehmerInnen und 10 ReferentInnen debattierten zwei Tage lang über die aktuelle Lage in den besetzten Gebieten und über die Perspektive des Palästina-Konflikts. Martina Tuent, freie Journalistin aus Köln, war dabei.

Wir brauchen keinen Dialog, sondern den gemeinsamen Kampf.“ So lautete die Forderung des Soziologieprofessors **Azmi Bishara** (Universität Bir Zeit) an die Friedenskräfte in Israel. Er stimmte darin überein mit der israelischen Historikerin **Rahel Freudenthal**, die auf dem West-Berliner Seminar eine ausgezeichnete Analyse der israelischen Protestbewegung lieferte.

Mit Beginn des palästinensischen Aufstandes erlebt diese Bewegung ihren zweiten großen Aufschwung seit dem Libanonkrieg 1982. Im Verlauf der Intifada haben sich über 50 Gruppen neu formiert, die zumeist in der Bejahung einer Zweistaatenlösung übereinstimmen. Doch über die Frage der Militanz herrscht durchaus keine Einigkeit; zu stark wirkt noch die Ideologie des sog. „nationalen Konsenses“ nach, der das politische Leben in Israel jahrelang bestimmt hat. Der Konsens besagt, daß die Einheit der jüdischen Nation der höchste Wert sei. Diese Auffassung schließt mit ein, daß der Militärdienst in den besetzten Gebieten auf keinen Fall verweigert werden darf.

Selbst so bedeutende Gruppen wie „Frieden Jetzt“ (Peace Now)

vertraten bis vor kurzem diesen Standpunkt. Erst allmählich erhoben auch sie die Forderung nach Verhandlungen mit der PLO. Die Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer in den besetzten Gebieten „Jesch Gvul“ und die Gruppe „das 21. Jahr“ hingegen haben von Beginn an den Widerstand auf ihre Fahnen geschrieben. Für sie ist die Zeit der Demos und Erklärungen vorbei – solche Aktionsformen sind nicht mehr wirksam, Widerstand ist notwendig in Form von Sit-ins und gewaltfreien Aktionen.

„Dem Prinzip der nationalen Einheit die Orientierung an universell geltenden, humanen Werten entgegenstellen“ – dieser Appell hat mittlerweile auch die konservativen israelischen Friedenskräfte erreicht. Rahel Freudenthal erwähnte vier Kategorien von Gruppen in der israelischen Protestbewegung: sog. Gruppen mit einem politischen Konzept wie „Jesch Gvul“ und „das 21. Jahr“; Projektgruppen wie „Frauen in Schwarz“, die allwöchentlich in schwarzer Kleidung Mahnwachen durchführen; Ad-Hoc-Gruppen anlässlich bestimmter Ereignisse und nicht zuletzt die Berufsgruppen, wie z.B. die „neuen Historiker“, die dabei sind, die Geschichte des Staates Israel neu zu schreiben.

Resolution der Tagung „Israel und Palästina“

„Wir, die Unterzeichner, die an das Recht beider Völker – des palästinensischen und des israelischen – auf Selbstbestimmung in zwei Staaten glauben, verurteilen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Regierung, insbesondere

- die Politik des Erschießens und den Einsatz von Tränen- und CS-Gasen,
- die Kollektivbestrafungen und die Verhängung von Administrativhaft,
- die Häusersprengungen,
- die Exilierungen,
- die Schließung von Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen.

Die Zusammenarbeit zwischen unseren Gruppen basiert auf der Überzeugung, daß zur Herstellung eines gerechten und beständigen Friedens zwischen Israelis und Palästinensern folgende Schritte unternommen werden müssen:

1. Aufnahme von Verhandlungen unter Beteiligung der legitimen Vertreter beider Völker – also der israelischen Regierung und der PLO – zur Errichtung eines unabhängigen, palästinensischen Staates an der Seite Israels mit sicheren, beidseitig anerkannten Grenzen.
2. Rückzug der israelischen Besatzungsmacht aus den 1967 besetzten Gebieten.

Wir fordern die jeweiligen Regierungen unserer Länder und die Europäische Gemeinschaft dazu auf, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Einhaltung der Menschenrechte von Seiten der israelischen Regierung und die Verwirklichung der oben genannten Ziele einzusetzen.“

Als positives Moment hob Freudenthal die Vielfalt der Aktionsformen innerhalb der Bewegung hervor, die Koordination der Bewegung laufe jedoch schwach an. Und trotzdem: „Wir haben doch eine politische Kultur des Widerstands“, schloß Rahel Freudenthal ihr Referat.

Gideon Freudenthal, Dozent für Wissenschaftstheorie an der Universität Tel Aviv und ebenfalls Mitglied der Gruppe „das 21. Jahr“, nahm Stellung zum Siedlerproblem. Er bezeichnete 75 000 der insgesamt 90 000 Siedler in den besetzten Gebieten als „Wirtschaftssiedler“. Nur etwa 10–15 000 seien Siedler aus ideologischen Motiven.

Hier gelte es anzusetzen und den Versuch zu machen, das rechte Spektrum aufzubrechen. Die Siedler hätten Rückendeckung bei Regierung und Armee. Doch in der israelischen Bevölkerung schwinde die Solidarität in zunehmendem Maße.

Freudenthal widersprach der Gefahr eines drohenden Bürgerkrieges, meinte aber, daß der Preis der Besatzung irgendwann zu hoch würde. Er wies hin auf die große Labilität innerhalb der israelischen Bevölkerung, was die Meinungen zu den besetzten Gebieten betrifft. In einer Umfrage äußerten sich jüngst über 50 % der Israelis für Verhandlungen mit der PLO, gleichzeitig stimmte fast die gleiche Anzahl für eine Deportation der PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten.

Feisal Hussein, der als inoffizieller Vertreter der PLO in den besetzten Gebieten angesehen wird, setzte sich kritisch mit der Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung auseinander. „Wir haben das Problem immer historisch rückblickend gesehen, statt in die Zukunft zu schauen“, meinte er. Doch wer über die Zukunft reden wolle, habe sich klarzumachen, daß das Land geteilt werden müsse.

Hussein lehnte den Shamir-Plan ab als ein Mittel, Zeit zu gewinnen und den Aufstand zu schwächen. Er forderte, daß die Israelis endlich mit den PalästinenserInnen als Volk und nicht als Minderheit verhandeln müssen. Husseins Prophezeiung, es werde binnen zwei Jahren zu Verhandlungen kommen, enthielt wohl eine gehörige Portion Zweckoptimismus. Auch seine Aussagen über die künftige Zusammenarbeit mit Jordanien und anderen arabischen Ländern wurde nicht von allen RednerInnen geteilt, von den TeilnehmerInnen schon gar nicht. Hier klangen Kontroversen an, die das Seminar insgesamt vermissen ließ.

Viele TeilnehmerInnen waren gekommen, um etwas über die Rolle der palästinensischen Frauen im Aufstand zu erfahren. Lei-

der blieb dieses Thema, ebenso wie die sich entwickelnden Basisstrukturen, viel zu wenig diskutiert. Die entsprechende Arbeitsgruppe umfaßte allein über 100 TeilnehmerInnen, so daß sich die Arbeit auf eine Fragestunde reduzierte. Immerhin, von der Vorsitzenden der palästinensischen Frauenunion, Zuhaira Kamal, war hinter den Kulissen dann doch einiges Neues zu erfahren.

Die Frauen haben eine führende Rolle im Aufstand, nicht nur bei der Bereitstellung der materiellen Grundlagen, sondern auch auf politischer Ebene. Die Entwicklung hat auch auf institutioneller Ebene Früchte getragen. Während der Intifada haben die vier größten Frauenorganisationen in den besetzten Gebieten ein übergeordnetes Gremium gebildet, den sog. „Höheren Frauenrat“ (Higher Women's Council), der die Aktivitäten der Frauen koordiniert und Ausschüsse zu verschiedenen Themen bildet. So ist eine Arbeitsgruppe damit befaßt, ein Frauenstatut für die künftige Gesetzgebung auszuarbeiten, das die Rechte der Frau festschreibt.

Viele Frauen hätten durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Aufstand zum ersten Mal den Wert ihrer eigenen Arbeit schätzen gelernt. Ein neues Bewußtsein bilde sich aus. Zuhaira Kamal wies auf die schwerwiegende Bedeutung der „Ausbildungslücke“ hin, die der Intifada-Generation durch die immer wiederkehrende Schließung von Schulen und Universitäten entsteht.

Azmi Bishara, Professor für Soziologie an der Universität Bir Zeit, warnte davor, die besetzten Gebiete als „Experimentierfeld für Alternativwirtschaft“ zu sehen. Viele Außenstehende hätten ein zu romantisches Bild von diesem Kampf. Bishara hob ausdrücklich den Charakter der Intifada als Massenkampf hervor, in Antithese zum bewaffneten Kampf. Diesen Massenkampfcharakter gilt es zu unterstützen.

Bishara setzte sich auch mit der wachsenden Rolle der religiösen Kräfte im Aufstand auseinander, vertrat aber die Auffassung, daß das nationale Element unter den PalästinenserInnen stärker sei: Religiosität und Fundamentalismus dürften nicht verwechselt werden. Viele PalästinenserInnen sind war religiös, identifizierten sich jedoch nicht mit den politischen Zielen fundamentalistischer Gruppierungen. Im übrigen hat die bedeutende religiöse Gruppierung Hamas sich inzwischen mit der nationalen Bewegung solidarisiert.

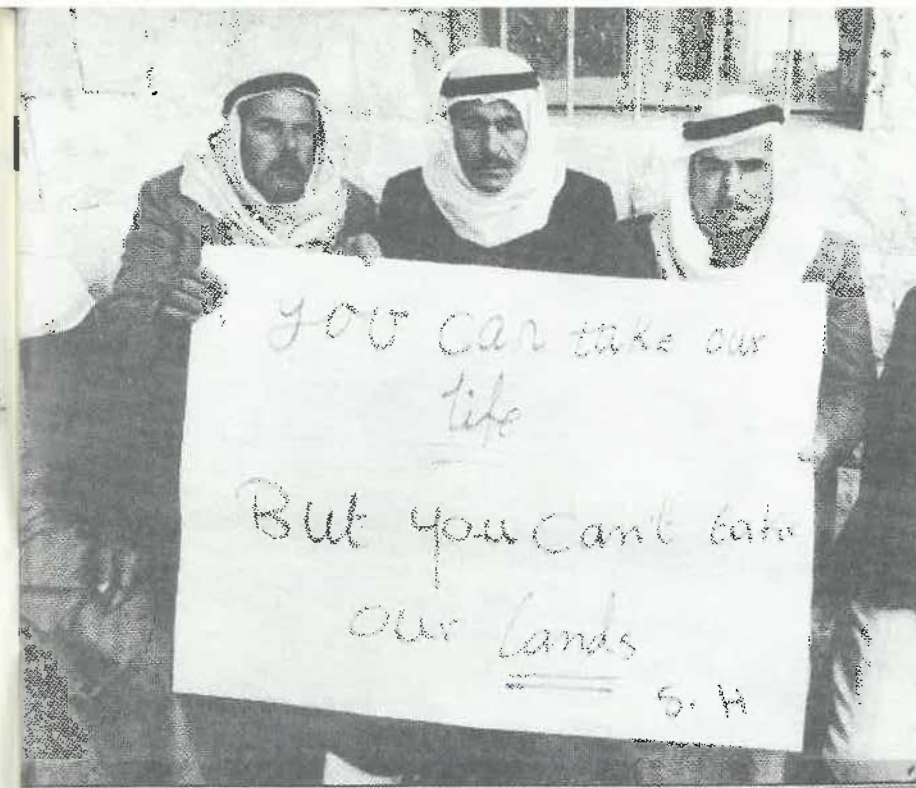
Die TeilnehmerInnen forderte er auf, ihre Sympathie in aktive Solidarität umzusetzen. Bishara warnte vor einer Instrumentalisierung des Schuldgefühls gegenüber Israel, das notwendige Solidarität verhindere. Einigermmaßen kontrovers wurde die Bedeutung der Ängste auf israelischer Seite diskutiert. Während der Schriftsteller Nissim Kalderon die Bedeutung psychologischer Faktoren in dem Konflikt unterstrich, wandte sich Bishara gegen eine solche Argumentation, in der Angst als Mittel zur Verschleierung anders gelagerter Interessen benutzt wird.

Der arabische Schriftsteller Emile Habibi aus Haifa und Nissim Kalderon, beide Mitglieder des israelisch-arabischen Schriftstellerkomitees, waren sich einig über die Bedeutung symbolischer Aktionen für die Verständigung über Grenzen hinweg. Habibi forderte die „Humanisierung des israelischen Aggressors“, der angreifbar und verletzbar gemacht werden muß.

Kalderon kritisierte die Korruption der Sprache im Fortgang der Besatzung. Diese Korruption spiegle sich auch in der deutschen Sprache, wenn in der Presse von „Unruhen“ in den besetzten Gebieten oder gar in den „israelisch verwalteten Gebieten“ gesprochen werde.

Dieser Auffassung schloß sich der bekannte israelische Kriegsdienstverweigerer Gideon Spiro an, der seit 1986 Berufsverbot hat. Spiro wandte sich gegen die Methode, die PalästinenserInnen als „Opfer der Opfer“ zu bezeichnen. Der Konflikt sei älter und werde auf diese Weise nicht korrekt erfaßt. Er verwies auf den kolonialen Charakter des Konfliktes und auf die Gefahr einer Wiederholung der algerischen Erfahrung.

Den Abschluß des Seminars bildete die Verabschiedung einer Resolution, die die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten verurteilte und die Forderung nach Verhandlungen zwischen Israel und der PLO sowie den Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten enthielt.



Demonstration des Widerstandswillens in der Westbank im April 1989: „Ihr könnt uns unser Leben nehmen, aber nicht unser Land“. Interviewpartner Feisal Hussein (r.)



INTERVIEW MIT FEISAL HUSSEINI

Der Aufstand hat unsere Führung befreit

Feisal Hussein gehört zu den prominentesten Persönlichkeiten in den besetzten palästinensischen Gebieten. Er ist Gründer des arabischen Forschungszentrums in Ostjerusalem, das im Juli 1987 von den israelischen Militärbehörden geschlossen wurde. Feisal Hussein saß seither 18 Monate im Gefängnis, in sog. Administrativhaft. Der größten PLO-Organisation Al Fatah nahestehend, trat er als Fürsprecher für eine Zwei-Staaten-Lösung auf. Martina Tuente sprach mit ihm für die **DRITTE WELT**.

FRAGE: Herr Hussein, trotz mannigfacher Einwände scheint sich im israelisch-arabischen Konflikt eine politische Lösung abzuzeichnen. Warum mußten bis dahin 40 Jahre verstreichen? Und wie beurteilen Sie die Friedensfähigkeit der beiden Gegner?

F. HUSSEINI: Das palästinensische Volk kämpft seit der Zeit des britischen Mandats um seine Unabhängigkeit, also seit den 20er Jahren. Seit jener Zeit haben wir mit einem Mangel an Führung zu kämpfen gehabt. Das hat sich nach der Vertreibung durch die Israelis 1948 fortgesetzt. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten war politisch eher passiv. Erst nach der Niederlage 1967 begann ein grundlegender Wandel.

Wer mit einem politischen Gegner verhandeln will, muß wissen, wer der Feind ist und sich über seine eigenen Ziele genau im klaren sein. Diese Bedingungen waren über lange Zeit hinweg nicht erfüllt. Wir gingen davon aus, daß das Land historisch betrachtet uns gehörte. Aber wir reden über die Zukunft und es ist klar, daß wir das Land teilen müssen.

Der größte Teil der PalästinenserInnen ist heutzutage dem Friedenslager zuzurechnen. Die Intifada hat die Nationale Führung sozusagen befreit. Wir haben eine klare Friedensinitiative anzubieten. Das Problem ist, daß wir gezwungen sind, den Dialog mit dem israelischen Friedenslager zu führen, zumindest am Anfang.

Dabei entstehen mehrere Probleme. Erstens unterstützt das israelische Friedenslager nicht einheitlich alle unsere Forderungen. Zweitens können wir nicht Leuten gegenüber Konzessionen ma-

chen, die nicht die Macht haben, uns nachher auch entsprechende Gegenleistungen zu garantieren. Dann hätten wir gegenüber der Regierung keine Trümpe mehr in der Hand. Das ist eines unserer Probleme zur Zeit. Wir können an diesem Punkt keine Zugeständnisse mehr machen.

FRAGE: Innerhalb der israelischen Gesellschaft zeichnet sich seit Beginn des Aufstandes eine zunehmende Polarisierung ab. Das Siedlerproblem spielt dabei eine große Rolle. Könnte diese Auseinandersetzung in einen Bürgerkrieg münden?

F. HUSSEINI: Ich denke, es besteht die Gefahr, diesen Punkt zu erreichen. Die derzeitige Regierung unterstützt die rechten Kräfte, was nicht nur die Unterdrückten in den besetzten Gebieten zerstört, sondern auch die Minderheit der Unterdrückten. Die Siedler und die Leute in der Armee gehen in den besetzten Gebieten mit brutalsten Mitteln vor, gehen dann nach Hause und verhalten sich wie zivilisierte Menschen. Das zerstört die Moral.

In der Armee ist die extreme Rechte bisher noch in der Minderheit. Aber ich denke, die Siedler werden mehr und mehr Soldaten an sich ziehen können, die sie schützen und möglicherweise den Befehl verweigern, wenn es darum geht, die Siedler von Terroraktionen abzuhalten.

FRAGE: Halten Sie eine bewaffnete Fortsetzung der Intifada für möglich?

F. HUSSEINI: Ich glaube nicht, daß die Art des Aufstandes sich in der näheren Zukunft verändern wird. Wenn sich zwei kämpfende Parteien gegenüberstehen, gibt es bekanntlich zwei Möglichkei-

GLENN FRANKEL

Der Überfall auf Salfit

Mit der schwindenden Kontrolle über die Westbank verlegt sich die Armee Israels stärker auf Überfälle. Wie das Fallbeispiel Salfit zeigt, dürfte allerdings auch auf diese Weise der seit Dezember 1987 andauernden Volkserhebung, der Intifada, kaum beizukommen sein.

Der Überfall begann gegen 22.00 Uhr, als das Brummen eines israelischen Militärhubschraubers ertönte und israelische Soldaten am Rande des Dorfes Stellung bezogen. Fünf Stunden später zogen fünf Militärbusse, zehn Jeeps sowie Dutzende Soldaten und Geheimpolizisten durch die Straßen. Nach einer Liste wurden alle Häuser nach Verdächtigen durchsucht und alle männlichen Bewohner zwischen 14 und 60 Jahren in die Schule vorgeladen.

Am Mittag des nächsten Tages war die Aktion vorüber. Die Armee verließ den Ort mit ungefähr 35 Gefangenen. Trotz eines kurzen Zusammenstoßes mit steinwerfenden Jugendlichen, in dessen Verlauf ein palästinensischer Jugendlicher einen Schuß in den Oberschenkel erlitt, verlief die Operation israelischen Aussagen zufolge „schnell, sauber, gut koordiniert und relativ friedlich“ – eine erfolgreiche Mission laut israelischen Offizieren.

Überfälle wie der auf Salfit am vergangenen Mittwoch sind in vielen Dörfern in der Westbank zur wichtigsten Waffe der Israelis gegen den Aufstand der PalästinenserInnen, genannt Intifada, geworden, der vor mehr als 18 Monaten begann. Aufgrund von Truppenreduzierungen in den besetzten Gebieten hat sich die Armee aus nahezu allen ländlichen Gebieten zurückgezogen, ihre täglichen Patrouillen eingestellt und den Versuch aufgegeben, eine ständige Präsenz aufrechtzuer-

halten. Stattdessen setzt sie jetzt auf sporadische nächtliche Überfälle, um zu beweisen, daß Israel weiterhin seinen Aufgaben nachkommt und in der Lage ist, jedem seinen Willen aufzuzwingen.

Aber die Einwohner von Salfit, von denen viele der Ansicht sind, der zermürbende Krieg gegen die Israelis werde gewonnen, scheinen diese Lektion nicht angenommen zu haben. Sie sahen den Überfall nicht als Symbol dafür an, daß die Armee Macht über sie besitzt, sondern dafür, daß diese nicht vorhanden ist. Hier gibt es andere Symbole, welche für die Einwohner weit schlagkräftiger sind: die leerstehende örtliche Polizeistation, die nach wiederholten Angriffen zu Beginn des Jahres aufgegeben wurde, deren Wände jetzt mit nationalen Parolen bedeckt sind; die palästinensischen Fahnen, die über farbigen Plakaten des PLO-Führers Yassir Arafat auf dem Dorfplatz wehen; die Umbenennung der Hauptstraße nach einem Einwohner von Salfit, der bei dem israelischen Bombenangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis 1985 getötet wurde.

Yassir Arafat mag sich auf der Weltbühne für einen palästinensischen Staat einsetzen. Doch hier in Salfit sagen viele Einwohner, daß sie sich bereits als Teil eines befreiten Palästinas betrachten. Die mit der Intifada verbundene Geschichte Salfits mit seinen 4500 Einwohnern unterschied sich nicht sonderlich von derjenigen der ca. 300 weiteren Dörfer in der Westbank. Obwohl der



Israelische Truppen beim Bergen eines Verwundeten

Aufstand in den dichtbesiedelten Flüchtlingslagern des Gaza-Streifens und der Westbank seinen Ausgang nahm, dehnte er sich rasch auf die abgelegenen ländlichen Gebiete aus, in denen er intensiv weitergeht.

Salfit ist eine kuriose Mischung traditioneller und befreiter Elemente. Der Gemeinderat, der 1976 gewählt wurde, funktioniert immer noch, und ein einsamer, mit zwei Arbeitern besetzter Müllwagen versieht immer noch seine Pflichten. Aber die von den Israelis betriebene Zivilverwaltung hat sich vor vier Monaten zurückgezogen. Neben der Polizeistation haben offizielle Stellen auch das örtliche Büro für Arbeitsvermittlung, die Gesundheitsstation, das Verwaltungsbüro

und das Berufsbildungszentrum geschlossen. Unter starkem militärischen Schutz kamen Lastwagen ins Dorf und nahmen alle Tische, Lampen, Aktenordner und sogar die veraltete Telefonanlage mit, die noch aus den Tagen des britischen Mandats über Palästina stammte. Das Dorf wurde sich selbst überlassen.

Heute, so sagen die Bewohner, wird das Dorf von den Volkskomitees, den alternativen Institutionen der Intifada geführt. Ein Komitee ist für das Gesundheitswesen zuständig, ein anderes für die zivile Verteidigung gegen Soldaten und jüdische Siedler. Ein weiteres regelt Streitigkeiten zwischen den BewohnerInnen und ein anderes ist für die Bepflanzung der Gärten zuständig. Ein

großes Komitee kümmert sich um die alternative Erziehung, da die Schulen in den vergangenen anderthalb Jahren meist geschlossen waren.

Ungefähr 120 Schüler der Grundstufe treffen sich täglich für zwei oder drei Stunden in der Moschee, wo sie in Mathematik, Arabisch, Religion und Englisch unterrichtet werden. Mädchen und Jungen lernen durch Trennwände getrennt in sechs Klassen zu je ungefähr 20 SchülerInnen. Anders als in den Städten der Westbank, wo der Unterricht meist gut verborgen stattfindet, weil die Durchführung des Unterrichts gegen militärische Erlasse verstößt, ist die Schule hier für jeden auf der Hauptstraße einsehbar.

Das verriegelte Berufsbildungszentrum, gleich

neben der Moschee, ist ein weiteres Denkmal des israelischen Abzugs. Jugendliche hatten anfangs einen Brief geschrieben, in dem die Forderung nach Schließung des Zentrums erhoben wurde, erzählt uns ein jugendlicher Aktivist namens Abed. Da die Behörden den Brief einfach nicht zur Kenntnis nahmen, hätten sie sowohl das Gebäude als auch das Auto des arabischen Direktors angesteckt. Er reiste ab und das Zentrum wurde geräumt. „Wir wollen nichts, was eine Verbindung mit Israel herstellt“, sagte Abed. „Wenn wir unseren eigenen Staat haben, werden wir von vorn anfangen.“

Entgegen der Darstellung der Armee sagen die Einwohner, daß der Überfall in der vergangenen Woche alles andere als ein Erfolg war. Sie insistieren, daß lediglich vier der Verhafteten auf der Armeeliste von Aktivisten gestanden hätten. Dutzende anderer seien in die Hügel entkommen, nachdem sie den Hubschrauber und die Pfeissignale der Dorfbewohner gehört hatten, die vor dem Eintreffen der Truppen warteten.

Die Soldaten benutzten den Lautsprecher der Armee, um der männlichen Bevölkerung zu befehlen, in die Schule zu kommen, und die übrigen vor dem Verlassen der Häuser zu warnen. Zeugenaussagen zufolge wurden die Männer in der Schule nach Alter „sortiert“ und mußten dann mit gebeugtem Kopf auf dem Boden der Klassenzimmer sitzen. Viele gaben später an, daß sie mit Gewehrkolben und Fäusten geschlagen worden seien, sobald sie den Kopf gehoben hätten.

Auf dem Dorfplatz wurde eine Mauer, auf der eine palästinensische Fahne aufgemalt war, von einem Armee-Bulldozer zerstört. Währenddessen wurden Einwohner gezwungen, nationale Parolen mit Teer zu übermalen.

(QUELLE: International Herald Tribune, Paris/Zürich, 12.6.1989)

ten: Man versucht, den Gegner mit gleichen Waffen zu schlagen oder man versucht, den Angriff abzuwehren, zu neutralisieren.

Die Intifada will die Gewalt der israelischen Besatzer lahmlegen und bisher haben wir es ausschließlich mit Munition und Tränengas zu tun gehabt. Wenn wir zum bewaffneten Kampf übergehen, liefern wir ihnen einen Vorwand zum Gebrauch härterer Waffen. Diese Eskalation gilt es zu verhindern.

FRAGE: Wie beurteilen Sie die Gefahr einer Radikalisierung der PalästinenserInnen? Wie lange läßt sich der Konsens in den besetzten Gebieten aufrechterhalten?

F. HUSSEINI: Bisher haben wir diesen Konsens erfolgreich aufrechterhalten. Aber ich wage nicht vorauszusagen, was in der ferneren Zukunft geschehen wird, wenn die Intifada zum Normalzustand werden sollte und das Interesse der Weltöffentlichkeit nachläßt. Darin liegt eine große Gefahr, ganz klar.

FRAGE: Der Generalstabschef Dan Shomron, der unter den israelischen Militärs als relative „Tauben“ angesehen wird, hat vor einigen Monaten eine militärische Lösung des Konfliktes in Zweifel gezogen und provokativ geäußert, daß neben einer politischen Lösung nur Deportation, Aushungerung oder Vernichtung der PalästinenserInnen in Frage käme. Worauf deutet eine solche Äußerung Ihrer Meinung nach hin?

F. HUSSEINI: Ich denke, die Armee hat begriffen, daß die Intifada nicht zu stoppen und eine politische Lösung unausweichlich ist. Die Führung hat das längst erkannt. Das Problem ist nun: Was für eine Art Lösung? Wir unsererseits haben wissen lassen, daß in unseren Augen die einzige Lösung darin besteht, mit uns als Volk zu verhandeln und nicht als Minderheit oder als Einwohner der besetzten Gebiete. Aber ich glaube, in der Armee ist man noch nicht bereit, ernsthaft an eine solche Lösung heranzugehen.

FRAGE: In der Frage einer baldigen Errichtung des palästinensi-

schen Staates sind Sie sehr optimistisch. Ist das nicht zum Teil Zweckoptimismus? Wie realistisch sind die Aussichten wirklich?

F. HUSSEINI: In allen unseren Kämpfen zielen wir auf Verhandlungen ab. Wie gesagt, von uns aus geht es dabei um Verhandlungen mit dem palästinensischen Volk und deshalb bestehen wir auf Verhandlungen mit der PLO. Die Israelis wissen das und werden versuchen, solche Verhandlungen um jeden Preis zu verhindern. Deshalb werden sie mindestens noch bis zum Jahresende versuchen, die Intifada mit allen Mitteln zu brechen. Ich denke, daß sie gegen Ende des Jahres endgültig eine Niederlage erleben werden.

Dann werden sie entweder aufgeben oder Verhandlungen mit der PLO beginnen, also ihre Politik ändern. Das würde bedeuten: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der PalästinenserInnen und Errichtung eines palästinensischen Staates. Ich glaube, daß wir binnen zwei Jahren die ersten Schritte auf eine friedliche Lösung im Nahen Osten sehen werden und daß es bis zur Errichtung des Staates vielleicht noch fünf Jahre dauern wird.

FRAGE: Wie sollen die Friedensverhandlungen aussehen?

F. HUSSEINI: Also, ich denke, daß wir internationale Kontrolle brauchen werden, eine internationale Friedenskonferenz für einen umfassenden Frieden, nicht nur mit den Israelis. Dieser Frieden muß die ganze Region umfassen, Jordanien, Syrien, Irak, Ägypten. Ein solcher Frieden muß auf dem gemeinsamen Interesse aller Beteiligten beruhen statt wie bisher auf einem Gleichgewicht der Kräfte. Deshalb wollen wir die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

FRAGE: Wie wird die Verfassung eines künftigen Staates Palästina aussehen?

F. HUSSEINI: Es wird ein freies Land mit einem Mehrparteiensystem sein, ein Staat, in dem wir versuchen werden, eine neue Ge-

sellschaft aufzubauen und in dem Flüchtlinge ihr Leben wieder aufbauen können. Das wird seine 20 Jahre dauern. Es heißt auch, daß jeder Palästinenser und jede Palästinenserin wissen muß, dies ist seine Heimat, wohin er jederzeit zurückkehren kann und wo Bürgerrechte und menschliche Würde geachtet und geschützt werden.

FRAGE: Was wird aus den Millionen PalästinenserInnen, die im Exil leben?

F. HUSSEINI: Also erst einmal ist klar, daß alle PalästinenserInnen das Recht haben müssen, zurückzukehren. Denn wir wollen, daß sie wissen, dies ist ihre Heimat. Ich denke, daß nur ein Teil zurückkehren wird, ein anderer Teil wird dableiben, wo immer sie auch sind. Aber sie werden einen Reisepaß haben wollen, auch wenn sie ihren ersten behalten. Ich denke, diese PalästinenserInnen werden dem Staat finanzielle und moralische Unterstützung gewähren.

FRAGE: Was wird mit den PalästinenserInnen in Jordanien geschehen? Da gibt es immerhin einen palästinensischen Bevölkerungsanteil von 60 % . . .

F. HUSSEINI: Jordanien ist eines der Länder, die am nötigsten einen palästinensischen Staat brauchen. Denn sie müssen wissen, wer ihr Volk eigentlich ist.

König Hussein wird nach der Schaffung eines palästinensischen Staates kommen und fragen müssen, wer sich als JordanierIn fühlt und wer als PalästinenserIn. Danach werden die PalästinenserInnen in Jordanien oder in Palästina leben, aber ihre politischen Rechte werden die Palästinas sein. Hussein wird dann wissen, wieviele Menschen sein Volk umfaßt. Wir werden sehen, ob es eine Konföderation gibt oder eine andere Art des Bündnisses.

FRAGE: Wie wird sich die Koexistenz mit Israel gestalten?

F. HUSSEINI: Ich denke, die einzige Möglichkeit, im Nahen

Osten zu leben und der Region neue Züge zu verleihen, wird die regionale Zusammenarbeit sein. Israel kann daran teilhaben, aber auf der Basis der Wahrung gemeinsamer Interessen, nicht mit dem Ziel eines Gleichgewichts der Kräfte.

FRAGE: Wie beurteilen Sie den Shamir-Plan, also die Durchführung von Wahlen in den besetzten Gebieten unter israelischer Aufsicht?

F. HUSSEINI: Dieser Plan spricht uns als Minderheit an, als EinwohnerInnen der besetzten Gebiete. Er beginnt mit einem Nein zu Palästina, zur PLO. Wir weisen den Plan wegen des verfehlten Ausgangspunktes zurück.

Die Alternative wären Wahlen nach dem Rückzug der israelischen Truppen. Wir haben ja nichts gegen Wahlen. Die Wahlen müßten unter internationaler Aufsicht durchgeführt werden. Und wir würden entscheiden, wer uns bei den Friedensverhandlungen vertreten wird. Wir würden Wahlen auch als Bestandteil eines Paketes akzeptieren, das als Endziel die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates enthält. Aber im Rahmen eines solchen Vorschlages wären Wahlen als erster Schritt nicht besonders sinnvoll.

FRAGE: Was steckt Ihrer Meinung nach hinter den Dialogangeboten der USA?

F. HUSSEINI: Ich denke, das Interesse für die palästinensische Sache wächst. Wir sagen aber gleichzeitig, das reicht nicht, denn die USA verwöhnen Israel, sie geben ihm das Gefühl, daß die Welt ausschließlich für es gemacht wäre.

Die USA realisieren allmählich, daß die PLO ein sehr wichtiges Element in der Region ist und haben sich klar gemacht, daß sie sich mit ihr befassen müssen. Sie versuchen noch immer, uns zu schwächen, während wir wissen, daß wir unbedingt präsent bleiben müssen. Das ist ein Spiel, aber wir werden uns nicht benutzen lassen.

GÜNTER SCHUCHER

Zerschlagung der Demokratiebewegung

Die Diktatur der alten Garde

Nach der militärischen Niederschlagung der Demokratiebewegung am 3./4. Juni d.J. werden die letzten Widerstände durch Verhaftungen, Säuberungen und Hinrichtungen gebrochen. Damit konnte der Machtkampf in der Führung der Kommunistischen Partei (KPCh) zugunsten der Demokratisierungsgegner um Deng Xiaoping entschieden werden.

3 600 Tote und 60 000 Verletzte – diese traurige Bilanz zog das chinesische Rote Kreuz nach der bestialischen Zerschlagung der StudentInnenproteste auf dem Tiananmen-Platz in Beijing am 3./4. Juni d.J. Genaue Zahlen werden wohl nie bekannt werden.

Bekannt ist aber – und das chinesische Fernsehen sendet täglich Fortsetzungen dieser Tragödie, daß bis Ende Juni über 1800 Personen nach z.T. brutalen Mißhandlungen verhaftet wurden. Todesurteile wurden trotz internationaler Proteste eiskalt vollstreckt.

Nach den Führern der StudentInnenbewegung wird steckbrieflich gefahndet, Angst vor Denunziation soll die Solidarität der Bevölkerung zerstören, die seit Mitte April ständig gewachsen war. Unter Federführung des Staatspräsidenten Yang Shangkun soll eine schwarze Liste mit ca. 100 000 Namen von Intellektuellen, Journalisten, Studenten- und Arbeiterführern erstellt worden sein, denen Konterrevolution und Klassenkampf vorgeworfen werden.

Säuberungen in der KPCh, „selbstkritische Zusammenkünfte“ in den Betrieben und eine beispiellose Hetzjagd über das Fernsehen lassen die Erinnerung an kultur-

revolutionäre Zeiten (60er Jahre; d. Red.) hochkommen. Die damals vielbenutzten Etiketten sollen wieder Angst und Schrecken verbreiten.

Während die Volksbewegung für Demokratie als konterrevolutionär verdammt wird, ist die Wiederbelebung des noch vor nicht langer Zeit der Viererbande angelasteten Klassenkampfkonzepts gegen die Machtrivalen in der eigenen Partei gerichtet. „Eine sehr kleine Minderheit von Reaktionen, die die Kommunistische Partei und das kommunistische System haßt“, so die Parteizeitung, habe ihre Ziele zu keinem Zeitpunkt aufgegeben und „wichtige Positionen“ eingenommen. Eine „politische Clique von Halunken“, darunter „Reste der Viererbande“, stecke hinter der jetzigen „konterrevolutionären Rebellion“. (1)

Nicht wesentlich qualifizierter war die Darstellung, mit der das Zentralkomitee (ZK) der KPCh und der Staatsrat allen Parteimitgliedern den Grund für das Eingreifen der Armee zu erklären versuchte: „Die Initiatoren und Organisatoren dieses konterrevolutionären Aufstands sind eine extreme Minderheit von Leuten, die seit langem hartnäckig an einem Standpunkt der bürgerlichen Liberalisierung festhalten und politische Intrigen schmieden, sich mit feindli-

chen Kräften in Übersee und im Ausland verbünden und den illegalen Organisationen Geheimnisse aus der Führung der Partei und des Staates ausliefern. Diejenigen, die schlagen, zerstören, plündern und brandschatzen und ähnliche Gewalttaten verüben, sind vor allem aus der Haft Entlassene, bei denen die Umerziehung erfolglos geblieben ist, sind politische Cliquen von Rowdys, sind der Abschaum der Viererbande und andere Asoziale. Zusammenfassend gesagt, es sind Kriminelle mit tiefsitzendem Haß auf die kommunistische Partei und die sozialistische Ordnung.“ (2)

Abgesehen davon, daß all dies den Staatsterror nicht rechtfertigen kann, beinhalten die Rechtfertigungsversuche zahlreiche Widersprüche:

● So ist stets die Rede von „einer extremen Minderheit“. Doch allein am 17. Mai, dem 5. Tag des Hungerstreiks, schlossen sich in Beijing über 1,5 Mio Menschen aus allen Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen den StudentInnen an. Selbst Regierungsmitarbeiter, Personal aus den Abteilungen des Staatsrats und Professoren der Parteikaderschule gingen auf die Straße. „Beijing unterstützt sie“, rief eine Frau in den Abendstunden des 19. Mai auf das Zentrum vorrückenden Soldaten zu. (3)

Ähnlich sah es in allen Großstädten aus: eine Volksbewegung. Im einzelnen mögen die Motive unterschiedlich gewesen sein – einige sahen ihre Arbeitsplätze durch die Reformen gefährdet, andere wollten forcierte Reformen, um Blockierern und Schiebern das Handwerk zu legen, die meisten sahen sich durch die Inflation um die Ergebnisse ihrer Arbeit gebracht –, aber alle einten die Forderungen für demokratische Rechte und den Kampf gegen Korruption.

● Die Rede ist von „schreckenerregendem Aufruhr“ und Lynchjustiz. Derartige Grausamkeiten fanden statt, aber das Fernsehen zeigte nur die halbe Wahrheit, verdrehte Ursache und Wirkung. Friedfertigkeit und Disziplin hieß einer der Aktivposten der Bewegung. Nach der Verhängung des Kriegsrechts am 20. Mai ergab eine Umfrage der Beijing Rundschau, daß die meisten Leute der Ansicht waren, „daß ein Kriegsrecht nicht nötig und unbegründet ist. Sie erklären, daß es in der Stadt weder zu Plünderungen, noch zu Brandstiftung noch zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gekommen sei und daß Polizei und Bevölkerung mit der Situation selber zurecht kommen.“ (4) Eine Woche später heißt es in dieser offiziellen Zeitschrift sogar: „Studentenbewegung hebt die Moral.“ (5)

● Um so erstaunlicher ist die Behauptung, seit dem Morgen des 3. Juni habe sich der Aufruhr entwickelt. Denn schon am 26. April, 11 Tage nach Beginn der Demonstrationen, formulierte ein Leitartikel in der Parteizeitung: „Es handelt sich um eine vorbereitete Verschwörung mit der grundsätzlichen Absicht, die Führung durch die Partei und das sozialistische System abzulehnen. Die gesamte Partei und die Bürger Chinas aller Volksgruppen sehen sich einem gewichtigen politischen Kampf gegenüber.“ (6)

Bereits das Zustandekommen dieses Artikels läßt erkennen, was wirklich hinter der These von der Konterrevolution steckt: ein verschärfter Machtkampf in der Führung und die Furcht, die Reformen um den Parteisekretär Zhao Ziyang könnten sich mit der

Volksbewegung verbünden. So wartete die Gruppe um Ministerpräsident Li Peng, dessen Rücktritt die Studenten forderten, bis Zhao am 24. April Beijing zu einem Besuch Nordkoreas verließ, um noch am selben Tag eine Politbürotagung einzuberufen. Die Verschwörungsthese wurde formuliert, am folgenden Tag von Deng Xiaoping abgesegnet und dann veröffentlicht. Damit waren die Positionen abgesteckt. (7)

Zhao, der in seiner Trauerrede Parteisekretär Hu Yaobang, dessen Tod die Demonstrationen ausgelöst hatte, einen „großartigen proletarischen Revolutionär und Politiker“ genannt hatte – zum Ärger der konservativen Parteiveteranen, die Hu 1987 nach Studentendemonstrationen zum Rücktritt gezwungen hatten –, und der die StudentInnenbewegung für patriotisch, ihre Forde-

MIT DER THESE VOM
„KONTERREVOLUTIONÄREN
AUFRUHR“ SOLLEN DIE
REPRESSION GERECHTFERTIGT
UND DIE KRITIKER MUNDTOD
GEMACHT WERDEN

rungen für verständlich erklärte, kämpfte bis zum 19. Mai gegen den Einsatz des Militärs.

Doch er unterlag schließlich der Clique, zu der sich unter der Führung Deng Xiaopings, dessen einzige offizielle Funktion der Vorsitz der Militärkommission des ZK ist, die auf die „Gesundung der wirtschaftlichen Umwelt“, d.h. Reformstopp setzenden Technokraten um Li Peng und die etwa sieben alten Männer zusammenfanden, denen die Reformen schon lange zu weit gingen. Unterstützt werden sie von Bürokraten, die um ihre Pfründe und die Enthüllung ihrer korrupten Machenschaften bangen.

Diese Clique fühlte sich in ihrem Kampf um die Macht weder durch Parteitagebschlüsse noch durch Statuten gebunden.

Während Deng in die Provinz reiste, um sich der Loyalität der Kommandeure der 7 Militärbezirke zu versichern, wurde Zhao Ziyang auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros niedergestimmt: Am 19. Mai beschloß zwar nicht die Mehrheit der regulären Mitglieder, dafür ein Übergewicht der 1987 in die Beraterkommission abgeschobenen Greise das Kriegsrecht. Und am 23. Mai stürzte ebenfalls ein derartiges Plenum unter Leitung Dengs, der auch nicht Mitglied ist, Zhao. Deng warf ihm vor, er habe die Partei spalten wollen und daher die StudentInnen zu konterrevolutionärem Aufruhr angestiftet.

Auf einer weiteren erweiterten Sitzung vom 19.–21. Juni verdrängte die alte Garde die wichtigsten Befürworter politischer Reformen aus den höchsten Parteigremien. Der bisherige Shanghai Parteivorsitzende Jiang Zemin, bekannt für eine technokratische Einstellung und Loyalität zu Deng, wurde neuer KPCh-Generalsekretär.

Die allesamt über 80jährigen sparten auch nicht mit Eigenlob: „Die gesamte Versammlung bewertet in höchster Form die wichtige Rolle, die die alte Generation der proletarischen Revolutionäre mit Deng Xiaoping als ihrem Vertreter bei diesem Kampf gespielt hat.“ (8) Die Beschlüsse des Politbüros wurden schließlich auf einer ZK-Sitzung am 24./25. Juni abgesegnet.

Vergessen war, daß Deng noch im März d.J. davor gewarnt hatte, über der eigentlichen Parteiführung einen „Machtzirkel“ alter Leute zu etablieren. (9) Als sie ihre Macht gefährdet sahen, griffen sie zum äußersten Mittel, zur Armee.

Die Furcht vor einer Koalition von Reformern und Demokratiebewegung saß tief. Sie war der eigentliche Grund für die heftige Weigerung, die Studentenbewegung als „patriotisch“ anzuerkennen. Doch mit dieser Forderung und dem Verlangen nach Rehabilitierung Hu Yaobangs machten die Studenten deutlich, daß sie nicht gegen den Sozialismus, wohl aber für die Fortsetzung der Reformen und deren Ausweitung auf politische Bereiche demonstrierten – durch-

Die friedlichen Proteste (links Studentenfürher Uerkesch Daolet) endeten in einem Massaker durch die Armee (r.)



aus im Sinne des letzten, des 13. Parteitag: „Ohne die Reform der politischen Struktur wird die Reform der wirtschaftlichen Struktur unmöglich den endgültigen Erfolg erringen können“ (10).

Wenn auch viele Forderungen der Studentinnen erst in Reaktion auf staatliche Repressionen erhoben wurden, so lassen sie sich doch in vier zentralen Punkten bündeln: Demokratie; Offenlegung der Einkünfte aller Führungskader, um Korruption und Amtsmissbrauch wirksam bekämpfen zu können; Verbesserung der Stellung der Intellektuellen und Anerkennung autonomer Organisationen.

Von diesen Punkten ist die Forderung nach Demokratie sicherlich die diffuseste und umstrittenste: Sie meint aber auch in der Diktion der Radikalsten vor allem Pressefreiheit, Recht auf Kritik und demokratische Wahlen auch zu den Volkskongressen auf Provinz- und Landesebene. Der Parteitag hatte es nicht viel anders formuliert, wenn er auch zugleich (ein Kompromiß) vor der Übernahme westlicher Muster warnte.

Die Forderungen trafen den Nerv der Gesellschaft, mobilisierten die städtische Bevölkerung, legten den Machtkampf in der Partei offen und spitzten die Differenzen zu. Dies kam nicht unbedingt unerwartet.

Bereits am 26. Februar hatte Zhao seinem Besucher US-Präsident Bush gegenüber „zwei gegenwärtig in China existierende Positionen“ kritisiert, „die jeweils ins Extreme gehen und sich doch gegenseitig beeinflussen“: Die Vertreter der einen

erhöhen den Vorwurf, daß die Reformen in die „falsche Richtung“ geführt hätten, und wollten in die alte zurückkehren. Die der anderen Position seien der Ansicht, die Schwierigkeiten seien politischer Natur. Sie würden deshalb für die Einführung des westlichen Parlamentarismus eintreten.

Aus seiner Stellung heraus und in Kenntnis der Machtlage konnte Zhao gar nicht anders, als der zweiten Position eine Verkennerung der realen Verhältnisse vorzuwerfen. Sie würde die Reformen nicht vorantreiben, sondern nur denen einen Vorwand liefern, die sie zurücknehmen wollten. (11)

In der Tat werteten die Vertreter der „alten Richtung“ die Volksbewegung als Angriff auf die Partei, da sie in ihren Augen das Macht-, Organisations- und Interpretationsmonopol der Partei in Frage stellte. Als die hungerstreikenden Studenten darüber hinaus die Staatsführung vor dem sowjetischen Gast das Gesicht verlieren ließen („Chinas internationalem Erscheinungsbild und Prestige großen Schaden zufügte“ (12)) und mit der Blockierung der 38. Armee am 20. Mai auch noch das Handlungsmonopol der Partei einschränkten, da zeigten sich die greisen Führer wieder von einer Seite, die viele Beobachter schon lange nicht mehr wahrhaben wollten: Das maoistische Erbe war letztendlich auch von Deng nicht überwunden, sondern nur neu interpretiert worden.

Zur Erhaltung ihrer Macht setzten sich die alten Männer über alle Gesetze und Statuten hinweg. Nachdem bereits Provinzen

und Militärbezirke ihre Unterstützung für den Einsatz des Militärs bekundet hatten, rückte die „Volkszeitung“ einen nach dem anderen groß ins Bild: Chen Yun und die Beraterkommission, Peng Zeng, Li Xian-nian und Deng Liqun, der schon 1987 die Kampagne gegen die „bürgerliche Liberalisierung“ steuerte. (13)

Die Vorgänge machten einmal mehr deutlich, wie recht der 13. Parteitag mit seiner Feststellung hatte, daß es „in einigen konkreten Punkten wie dem Führungssystem, den Organisationsformen und der Arbeitsweise ... noch einige große Mißstände (gibt). Zu nennen sind hier vor allem die übermäßige Machtkonzentration, der schwerwiegende Bürokratismus und feudalistische Einflüsse“ (14).

An der Spitze der Entscheidungsstrukturen, so hatte Zhao seinem Gast Gorbatschow enthüllt, steht nur einer: Deng Xiaoping. Was Zhao inzwischen als Geheimnisverrat angelastet wird, bestätigte Li Peng unumwunden: „Der Chefarchitekt von Chinas Reform und Öffnung ist Genosse Deng Xiaoping und niemand sonst.“ (15) Die StudentInnen skandierten: „Stürzt die Kaiserinwitwe“. Diese entscheidet auch, was konterrevolutionär ist. Aber nach welchen Kriterien?

Deng selbst unterstützte im Verlaufe seiner politischen Karriere die verschiedensten ökonomischen Linien. Er förderte 1978 die Demokratiebewegung und zerschlug sie im Jahr darauf. Er forderte politische Reformen und initiierte Kampagnen gegen bürgerliche Liberalisierung, denen Tausende zum Opfer fielen. Wie kein anderer ist er bereit zum Pragmatismus, um sein Ziel, ein starkes, einheitliches China unter Führung der KPCh zu erreichen. „In diesem Sinne ist er heute der maoistischste unter Chinas höchsten Führern.“ (16)

Modernisierung, nicht Liberalisierung lautet Dengs Credo. Als ihm Zhao im März d.J. von der unter Intellektuellen zirkulierenden Theorie des Neo-Autoritarismus berichtete, wonach in einer bestimmten Phase des Modernisierungsprozesses in einem Entwicklungsland die treibende Kraft von einem starken Mann mit Autorität ausgehen müsse und westliche Demokratie nicht übernommen werden dürfe, da erklärte er: Das ist auch meine Meinung. (17)

Anmerkungen

- 1) Renmin Ribao (RMRB), Beijing, laut: Frankfurter Rundschau (FR), 15.6.1989
- 2) Die tageszeitung, West-Berlin, 6.6.1989
- 3) Beijing Rundschau (BR), Nr. 22/1989, S. 6
- 4) Ebenda
- 5) Ebenda, Nr. 23/1989, S. 13
- 6) RMRB, 26.4.1989
- 7) Vgl. Jiushi Niandai, Hongkong, S. 19-45
- 8) Zu den Personalveränderungen vgl. FR, 26.6.1989
- 9) RMRB, 24.3.1989
- 10) Dokumente des XIII. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas (1987), Beijing 1988, S. 48
- 11) RMRB, 27.2.1989
- 12) Li Peng am 19.5.1989 bei der Verkündung des Kriegsrechts
- 13) RMRB, 27.5.1989
- 14) Dokumente ... S. 49
- 15) RMRB, 26.5.1989
- 16) Asian Survey, Berkeley, Nr. 3/1986, S. 311
- 17) Nach: China aktuell, Hamburg, Nr. 4/1989, S. 235

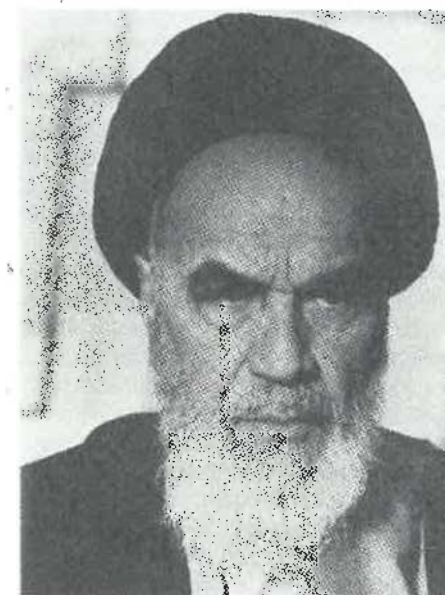
IRAN

LOTHAR A. HEINRICH

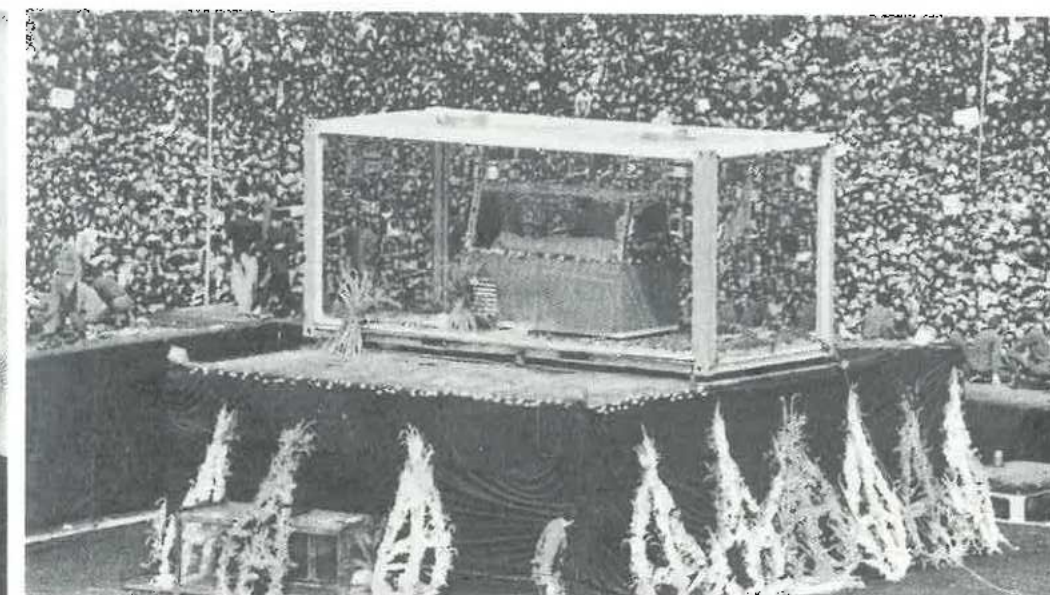
Nach dem Tode Khomeinis

Das Regime ist ungefährdet

Nach dem Tode Ayatollah Khomeinis dürften sich die Hoffnungen auf einen Sturz des theokratischen Regimes trotz seiner inneren Widersprüche nicht so bald erfüllen. Aufgrund der Schwäche der Opposition dürfte es allenfalls zu einer Umstrukturierung des Herrschaftssystems und zu einer außenpolitischen Öffnung kommen.



Millionen beim Begräbnis Khomeinis: Noch kann das islamische Regime auf Massenunterstützung zählen



Am frühen Morgen des 4. Juni d.J. starb Ayatollah Ruhollah Khomeini infolge einer Operation. Damit verliert die Islamische Republik Iran im elften Jahr ihres Bestehens ihren Gründer, Führer und die wichtigste Integrationsfigur des herrschenden klerikalen Regimes.

Ruhollah wurde 1902, vermutlich am 9. November, in Khomein, einem unwirtlichen Dorf am Rande der iranischen Wüste, in einer Familie religiöser Würdenträger geboren. Seit seinem ersten Lebensjahr Waise, verließ er mit 17 Jahren die Koranschule, um sich 1918 in Arak einem Scheich als Schüler anzuschließen. Dieser war seinerseits ein Schüler von Scheich Fasl-Ullah Nuri, der die klerikale Opposition gegen die konstitutionelle Revolution von 1906 angeführt hatte. Von der Persönlichkeit von Scheich Mohsen Araki nicht genügend beeindruckt, schloß er sich wenig später dem Scheich Abdul-Karim Hairi Yazdi an, der sein Seminar bald von Yazd nach Ghom verlegte, wo die Konkurrenz schwächer war.

Damit befand sich Khomeini für viele Jahre in einer Stadt, die durch ein besonderes Gemisch von religiösem Dunkelmännertum, kultureller Öde und Feindschaft gegen alles Fremde und Neue gekennzeichnet

war. Wenn auch Scheich Hairi und vor allem der junge Ruhollah Khomeini deutlich aus der dumpfen Menge obskurantistischer Mullahs hervorstachen, blieb die Atmosphäre dieser Jahre doch prägend für sein ganzes zukünftiges Denken und Empfinden.

Khomeinis Wirken in den folgenden Jahrzehnten und vor allem seine militante Opposition gegen den Schah geschah denn auch nachweisbar stets mit dem unverrückbaren Hauptziel, die umfassende Herrschaft der Theologenkaste als Voraussetzung für die Herrschaft einer Form des Islams, deren abstoßendste Aspekte sich gerade in Ghom nur verdichtet hatten, erneut gegen alles Fremde durchzusetzen. Dabei stand mehr noch als der ökonomische Aspekt verschiedener vom Schah-Regime dekretierter Reformen (wie die Landreform der 60er Jahre) der kulturelle Aspekt solcher Reformen wie der Einführung des Frauenwahlrechtes im Mittelpunkt der klerikalen Opposition, an deren Spitze sich Khomeini setzte. Die damalige Oppositionshaltung brachte ihm ein rund 20jähriges Exil ein, das ihn über die Türkei in die im Irak gelegene schiitische Wallfahrtsstadt Najaf und schließlich wenige Monate vor der Fe-

bruarrevolution von 1979 nach Paris führte.

Die Biographie Khomeinis macht unzweifelhaft deutlich, daß er stets eine strategische Klarheit und Unbeugsamkeit das Ziel betreffend mit bis an Opportunismus reichender taktischer Flexibilität zu verbinden wußte und so allen eventuellen Konkurrenten im gegnerischen wie im eigenen Lager deutlich überlegen war. Deutlicher Ausdruck dieser Tatsache ist beispielsweise der eindeutige Widerspruch zwischen seinen theologischen Schriften, in denen er seine Konzeption eines islamischen Staates unter der Herrschaft der Rechtsgelehrten („Velayat-e Faghih“) deutlich erklärte hatte, und seinen „demokratischen“ Äußerungen, die er gegenüber der internationalen Presse und laizistischen iranischen Schah-Gegnern im Pariser Exil abgab.

Diese Fähigkeit erlaubte es ihm, Führer einer Volksrevolution zu werden, die angesichts der Klassenverhältnisse im Iran ein bonapartistisches Regime gebärte. Da die Hauptklassen dieses kapitalistischen Landes, die industrielle Bourgeoisie und das Proletariat, beide zu schwach waren, um die Herrschaft für sich zu sichern, fiel diese einer instabilen Koalition aus Zwischenklas-

Protestschriften der Solidaritätsbewegung

Nach der militärischen Niederschlagung der Massenbewegung in China wurde auf Initiative der Südostasien-Informationsstelle folgendes Protestschreiben an den chinesischen Premierminister Li Peng geschickt.

Die Mitglieder der unterzeichnenden Organisationen haben mit großer Bestürzung von der Tötung tausender unbewaffneter Bürger Beijings durch einige Einheiten der Volksbefreiungsarmee erfahren. Diese Art und Weise, Konflikte zwischen der Regierung und dem Volk zu lösen, ist in keiner Hinsicht annehmbar.

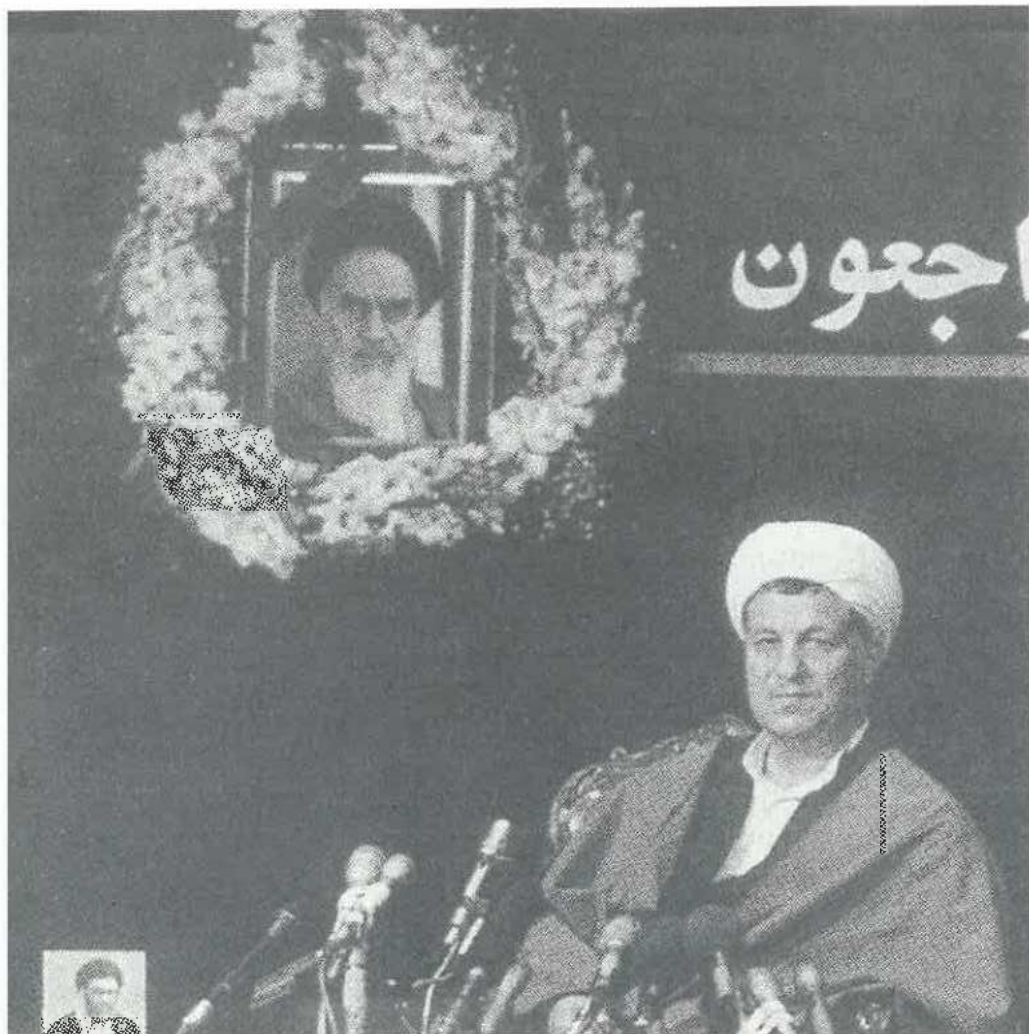
Wir möchten unsere tiefste Besorgnis über die Entwicklung in der VR China, unsere Sympathie und Unterstützung für die Forderungen des chinesischen Volkes nach demokratischer Beteiligung an der politischen und wirtschaftlichen Veränderung der Gesellschaft und für ihren Ruf nach Bekämpfung von Korruption ausdrücken.

Die unterzeichnenden Organisationen der Bundesrepublik Deutschland haben Kämpfe von Völkern aus Dritte-Welt-Ländern für Unabhängig-

keit, Selbstbestimmung und Freiheit unterstützt. Viele unserer Mitglieder wurden durch den langen Befreiungskampf des chinesischen Volkes gegen Intervention und Unterdrückung, der schließlich vor fast 40 Jahren siegreich war, ermutigt. Wir unterstützen deshalb die Forderungen chinesischer Bürger inner und außerhalb Chinas an die chinesische Regierung,

- die Tötung unbewaffneter Bürger durch Armeeinheiten zu beenden und sie sofort aus den Städten abzuführen;
 - die Pressezensur und die Nachrichtensperre im Land aufzuheben;
 - den Dialog mit den Volksvertretern aufzunehmen, um einen Demokratisierungsprozeß fortzusetzen und die Korruption zu bekämpfen.
- Bochum 7. Juni 1989

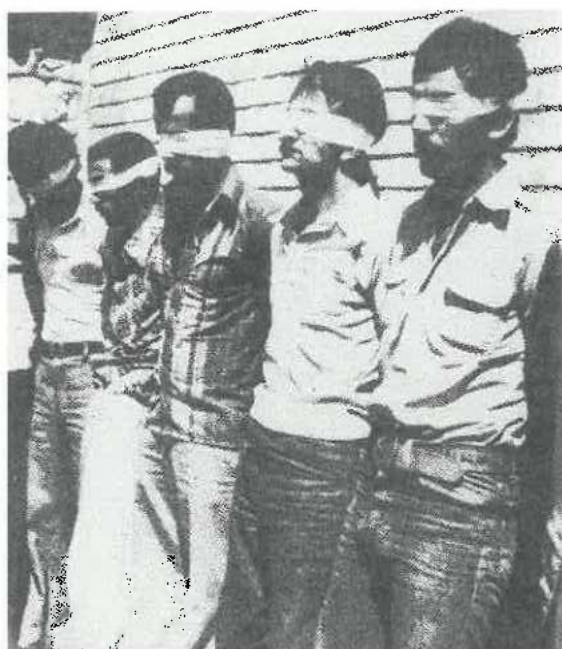
Unterzeichnet von: Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK), Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten, DRITTE WELT, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BÜKO), Informationsbüro Nicaragua, Informationsstelle El Salvador, Informationsstelle Guatemala, Informationsstelle Lateinamerika (ila), Informationsstelle Südliches Afrika (issa), Initiative für die Menschenrechte der Bürger der ASEAN-Staaten, (IMBAS), Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika (FDCL), Korea Komitee, Koreanische Frauengruppe, Lateinamerika Nachrichten, Südasiens Büro, Südostasien Informationsstelle, Informationszentrum Dritte Welt (iz3w, Freiburg), Informationszentrum Dritte Welt (Herne)



Ali Akbar Rafsanjani, der neue starke Mann und zukünftige Präsident des Iran

sen zu. Das Regime stützt sich so auf die traditionelle Basarbourgeoisie, den traditionellen Teil des Kleinbürgertums und das Heer der Marginalisierten. Dies sind meist ehemalige Bauern, die im Zuge der Kapitalisierung der Landwirtschaft enteignet wurden, in die Slums der großen Städte abwanderten und dort als Tagelöhner und Kleinsthändler dahinvegetieren. Während die Bazaris mit einem großen Teil der religiösen

Mit einer Hinrichtungswelle soll verhindert werden, daß sich Unzufriedenheit in politischen Widerstand verwandelt



Machthaber finanziell und traditionellerweise auch durch familiäre und andere soziale Bande verbunden sind, stellen die marginalisierten Volksmassen die militanten Stoßtrupps (Mitglieder von Komitees, des Pasdaran-Corps, d.h. der „Wächter der Islamischen Revolution“, und der Bassidj, des Heeres der Freiwilligen im Golfkrieg) des Regimes, von dem sie sich eine meist rückwärtsgewandte Umwälzung ihrer sozialen, vor allem aber auch moralischen Situation versprechen.

Die Geschichte der Islamischen Republik Iran ist seit der Ausschaltung der „Liberalen“ um den ehemaligen Ministerpräsidenten Mehdi Bazargan und den ehemaligen Staatspräsidenten Bani Sadr bis zum Juni 1981 wesentlich vom Konflikt zwischen den beiden Säulen des herrschenden theokratischen Regimes gekennzeichnet. Während die Bazar-Fraktion durch eine wörtliche, konservative Auslegung des Islam vor allem das Privateigentum und so ihre sozialökonomischen Privilegien sowohl gegenüber einer modernisierenden industriellen Bourgeoisie als auch gegenüber den Massen der „Mostazaffin“, d.h. der Entrechteten, zu wahren sucht, sind diese Verfechter einer Rückkehr in die angeblich ausbeuterlose islamische Frühzeit und gleichzeitig Hauptprotagonisten des weltweiten Exportes ihrer Revolution.

Die Funktion Khomeinis war bis zuletzt die eines Schiedsrichters zwischen diesen beiden für den Fortbestand des Regimes unverzichtbaren Kräften. Daß er dabei nicht losgelöst vom realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis agieren konnte, wurde mit der Zeit immer deutlicher. Vor allem nachdem er gezwungen war, im vergangenen Jahr dem Waffenstillstand im Golfkrieg zuzustimmen, nahmen die Konflikte zwischen den Regimefraktionen immer krassere Formen an, bevor Khomeini sich schließlich zum Eingreifen durchrang. Diesen Krieg, der auf Jahre hinaus die Unfähigkeit des Regimes verdeckt hatte, die sozialen Forderungen der „Mostazaffin“ zu erfüllen und ebenfalls für einige Jahre die Hoffnung auf den Export der Revolution nährte, hatte er schließlich seinerzeit als ein Geschenk des Himmels bezeichnet.

Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen gingen sogar soweit, daß Teile des Pasdaran-Corps, von der Umwandlung in eine konventionelle Armee bedroht, statt wie in der Vergangenheit ideologische Garde des Regimes und der islamistischen Weltrevolution zu sein, sich mit verschwörerischen Aktivitäten zu beschäftigen begannen. Schützlinge des designierten Khomeini-Nachfolgers, Ayatollah Montazeris, wurden hingerichtet und dieser schließlich im Frühjahr 1989 als Nachfolger wieder abgesetzt, was in mehreren Städten sogar zu Straßenkämpfen führte.

Khomeini selbst bewährte sich in diesen Situationen letztlich stets als ein „Pragmatiker“, insofern er alles unternahm, um das Überleben des Regimes, das unterdessen die fast allumfassende Unterstützung durch die Bevölkerung weitgehend verloren hat, zu sichern. Nichts kann das so deutlich machen wie die beiden religiösen Gutachten oder „Fatwas“, die er 1987 und 1988 erlassen hatte. In dem ersten stellte er fest, daß die Regierung der Islamischen Republik, wenn es denn das Wohl der Gläubigen und der Bestand des islamischen Staates verlange, sogar die Moscheen niederreißen und die religiösen Hauptpflichten, wie Beten, Fasten oder Pilgerfahrten nach Mekka, verbieten könne. Im zweiten erlaubte er im Herbst 1988 nach rund neunjährigem Verbot das Spielen auf Musikinstrumenten, falls es nicht der „Lüsternheit“ diene und zu „sündhafter Ausgelassenheit“ verleite.

Nach dem Tode Khomeinis stellt sich die Frage nach der Zukunft des Regimes neu. Ein Nachfolger, der die religiöse Autorität eines „marja-e taqlid“ (Quelle der Nachahmung) mit dem politischen Gewicht Khomeinis auch nur halbwegs verbindet, existiert nicht. Die Konflikte innerhalb des Regimes werden nun wohl in noch schärferer Form ausgetragen werden. Sie finden statt vor dem Hintergrund einer sozialökonomischen Situation, die durch einen weitgehenden Stillstand und Zusammenbruch der iranischen Industrie gekennzeichnet ist, durch Rückschritte auf solchen Sektoren wie der Alphabetisierung, durch gewaltige materielle Zerstörungen während des Golf-

krieges, ein Heer von Kriegsinvaliden und internen Flüchtlingen und ein hohes Maß an außenpolitischer Isolation.

Zwar wurde noch am Tage des Todes von Khomeini Präsident Khamenei zum „Führer der Islamischen Revolution“ ernannt. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß am 28.7.1989, wenn sowohl Präsidentchaftswahlen als auch ein Referendum über eine Verfassungsreform anstehen, die Karten neu verteilt werden. Das Verfassungsreferendum wird mit größter Wahrscheinlichkeit die Forderung des einzigen Präsidentchaftskandidaten, des jetzigen Parlamentspräsidenten und von Khomeini eingesetzten Armeekommandanten, Hodjatolislam Hashemi Rafsanjani, nach einer deutlichen Stärkung des Präsidentenamtes erfüllen.

Ob es danach auch statt eines „Führers der Revolution“ die eine zeitlang diskutierte, vom 83köpfigen „Expertenrat“ gewählte kollektive Führung, einen „Führungsrat“ geben wird, ist noch nicht abzusehen. Damit würden die Funktionen der obersten religiösen Führung und der politischen Führung wieder auseinanderfallen. Die für diese in Frage kommenden Politiker sind, so sie überhaupt Mullahs sind, durchweg von relativ niedrigerem religiösen Rang. Zu ihnen gehören an vorderster Stelle der Ayatollah Ali Meshkini, Präsident des „Expertenrats“, sein Schwiegersohn Mohammed Reyshahri, Informationsminister, d.h. Geheimdienstchef, Ayatollah Mahdavi Kani, der bereits 1981 kurz Ministerpräsident war, Ayatollah Ahmet Jannati, seit 1981 Chef der „Organisation für islamische Propaganda“, Ali Khamenei und schließlich an hervorragender Stelle Khomeinis Sohn Ahmed, der in der letzten Zeit immer mehr zum Sprecher seines kranken Vaters geworden war. Ob der mächtige Parlamentspräsident Rafsanjani auch zu den Anwärtern auf eine Mitgliedschaft im „Führungsrat“ gehört, kann bezweifelt werden. Seine Macht würde dadurch zu groß für die Pläne Anderer, insbesondere Ahmed Khomeinis und für dessen Anhänger wie Meshkini und Reyshahri.

Bis auf Ali Khamenei, der dem Bazari-Flügel zugerechnet wird, tendiert der Rest eher zum Lager der sozialrevolutionären „Maktabi“, wenn auch beileibe nicht um den Preis ihrer persönlichen Macht. In diesem Lager, zu dem auch der Innenminister Mokhtashami und Ministerpräsident Mussavi gehören, wird Rafsanjani weiter als Prowestler verdächtigt. Seine verspäteten Bemühungen, im Zusammenhang mit Khomeinis Mordaufruf gegen den britischen Schriftsteller Salman Rushdie und mehr noch durch seinen Aufruf an die Palästinenser, für jeden von Israelis ermordeten Araber fünf Amerikaner, Briten oder Franzosen umzubringen, auf den Zug der Radikalen aufzuspringen, haben daran kaum etwas geändert.

Nach dem Tode Khomeinis dürfte die Haltung der Armee und des 300 000 Mann starken Pasdaran-Corps für die zukünftige

Richtung des Regimes noch wichtiger werden. Daß der iranische Rundfunk es für notwendig befunden hat, unmittelbar nach dem Tod des Revolutionsführers die Bevölkerung zu warnen, sich an Komplotten zu beteiligen und darauf hinzuweisen, daß die bewaffneten Kräfte treu an der Seite des Regimes stünden, könnte sich stärker auf die möglichen Aktivitäten dieser Kräfte richten als auf die der regime-externen Opposition.

Seit 1979 hat das Regime 7000 (amnesty international) bis 25 000 (Volksmodjahedin) Oppositionelle – überwiegend Volksmodjahedin und in geringerem Maße Anhänger linker Organisationen – hingerichtet. Damit hat es die Möglichkeit des Entstehens einer alternativen revolutionären Führung wesentlich begrenzt. Die linken Organisationen sind darüber hinaus nicht zuletzt auch dank ihrer fortgesetzten Spaltungen und der in letzter Zeit allenthalben um

**ANGESICHTS IHRER
ZERSPLITTERUNG DÜRFTE DIE
LINKE OPPOSITION AUCH
KÜNFTIG NICHT IN DER LAGE
SEIN, GRÖßEREN NUTZEN AUS
DER WACHSENDEN
UNZUFRIEDENHEIT ZU ZIEHEN**

sich greifenden Tendenz zu einer den repressiven Verhältnissen im Iran nicht angemessenen Sozialdemokratisierung offensichtlich auf unabsehbare Zeit nicht in der Lage, die Krise des Regimes zu nutzen. Die Volksmodjahedin sind zwar mit Abstand die stärkste oppositionelle Kraft, aber auch sie werden kaum in der Lage sein, das Regime mit rein militärischen Mitteln zu stürzen,

schon gar nicht vom Boden des Irak aus.

Es gibt keinerlei Hinweise darauf, daß das heterogene Regime, gleich welche Fraktion zeitweilig die Oberhand hat, in der Lage sein wird, andere zentrale Probleme als die Bekämpfung der Opposition zu lösen. Seine Krise wird daher verstärkt andauern, ohne daß die Opposition daraus durchschlagenden Nutzen ziehen kann.

Die Völker des Iran werden ebenso wie die außerhalb der Grenzen dieses Landes daher auch in Zukunft mit den Folgen dieser Situation, Massenmord und gewaltsame Mißachtung der Interessen der Werktätigen, Frauen und nichtpersischen Nationalitäten im Inneren sowie antiimperialistische Demagogie und Terrorismus-Export nach außen, konfrontiert bleiben. Generell wird sicher auch die Tendenz im Iran zugunsten der im Westen aus durchsichtigen Gründen als „gemäßigt“ verkauften Fraktion gehen, die derzeit in Hashemi Rafsanjani ihren wichtigsten Sprecher hat. Deren Machtzuwachs wäre die logische Folge der Tatsache, daß die Islamische Republik Iran kapitalistisch organisiert und schon deshalb ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Weltmarktes ist. Er würde sich in einer verstärkten außenpolitischen Öffnung gegenüber dem Imperialismus umsetzen und damit die Tendenz des Exportes der islamischen Revolution schwächen.

Nach innen wird der anstehende kapitalistische Wiederaufbau des Landes mit Hilfe des imperialistischen Kapitals verstärkte soziale Spannungen und damit die Notwendigkeit möglicherweise noch stärkerer Unterdrückung der in diesem Prozeß Benachteiligten mit sich bringen. Es ist vorstellbar, daß das klerikale Regime daran intern zerbricht und angesichts der Lähmung der revolutionären Linken einer faschistischen Militärdiktatur Platz machen wird.

Die Zeitschrift FRAUENSOLIDARITÄT beinhaltet Analysen, Kurznachrichten, Berichte, Kommentare, Interviews und Rezensionen zu den Bereichen: Frauen und Entwicklung, Frauen in der Dritten Welt und in Österreich, Frauen und Entwicklungshilfe.

FRAUENSOLIDARITÄT



- Wir zeigen anhand von konkreten Beispielen die Situation der Frauen in der Dritten Welt.
- Wir unterstützen Projekte in Zusammenarbeit mit Frauen und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern.
- Wir analysieren österreichische Entwicklungshilfeprojekte: was bringen sie den Frauen und ihren Kindern in der Bewältigung ihrer Lebensprobleme.

FRAUENSOLIDARITÄT erscheint 4 x im Jahr und kostet im Abo öS 160.- (Austland: öS 200.-). Einzelheft öS 40.-

Bestellungen an: FRAUENSOLIDARITÄT, Weyrgasse 5, A - 1030 Wien
Tel. 0222/713 35 94/Kl. 80

CHARLES PAULI

Özals Drang nach Westeuropa

Wer hat Interesse am EG-Beitritt?

Obwohl das EG-Beitrittsge such des türkischen Regimes in Brüssel auf wenig Zustimmung stößt, hält die Regierung Özal unbeirrbar an diesem Ziel fest. Nutzen daraus werden allenfalls die exportorientierten Teile der türkischen Industrie ziehen.

Während in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) die Vorbereitungen zur Herstellung des Binnenmarktes 1992 laufen und sich fast die gesamte europapolitische Diskussion um die nächste Stufe der Integration dreht, ist das EG-Beitrittsge such der Türkei vom April 1987 weitgehend aus dem öffentlichen Interesse verschwunden.

Bereits unmittelbar nachdem die Regierung Özal den formellen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG gestellt hatte, wurde deutlich, daß dieses Ansinnen auf wenig Gegenliebe stieß. Die Beratungen über das Beitrittsge such wurden hinausgezögert und Repräsentanten der EG-Kommission, wie beispielsweise deren damaliger Vizepräsident Karl-Heinz Narjes, wiesen darauf hin, daß „das ungewöhnlich große wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gefälle zwischen EG und Türkei nicht unterschätzt werden dürfe und man dem Land erst eine Chance geben müsse, seine Strukturen langsam dem Durchschnitt der Gemeinschaft anzupassen.“ (1)

Trotzdem will die türkische Regierung, und mit ihr die meisten politisch und ökonomisch relevanten Kreise einschließlich der sozialdemokratisch orientierten Oppositionspartei SHP, am Ziel des EG-Beitritts festhalten.

In einer Situation, in der sogar in der Bundesrepublik die nachteiligen Folgen der Binnenmarktintegration diskutiert werden, die Gewerkschaften Druck auf die Löhne und Arbeitsplatzverlagerungen befürchten, scheint es ein irrwitziges Unterfangen zu sein, ein unterentwickeltes Land wie die Türkei in die verschärfte ökonomische Konkurrenz mit hochindustrialisierten europäischen Ländern stellen zu wollen. Die Interessen, die die türkische Regierung und vor allem die sie unterstützenden Kapitalgruppen verfolgen, wenn sie die EG-Mitgliedschaft zum wichtigsten politischen Ziel der nächsten Jahre erklären, geben daher auf jeden Fall Aufschluß über die Gesamtinteressen, die derzeit der türkischen Wirtschafts-

politik zugrundeliegen.

Bereits seit den 50er Jahren gab es immer wieder Versuche einer Annäherung der Türkei an die EG. 1963 wurde schließlich ein Assoziierungsabkommen geschlossen, das bis 1986 in drei aufeinanderfolgenden Stufen die Voraussetzungen für eine Vollmitgliedschaft herstellen sollte. Dabei ging es vor allem um die Verwirklichung einer Zollunion und um die weitgehende Angleichung der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Dieses Assoziierungsabkommen wurde in einer Situation vorbereitet und abgeschlossen, in der die Türkei ihre erste tiefere ökonomische und gesellschaftliche Krise seit 1945 durchmachen mußte: Ende der 40er Jahre konnten im Kriegsboom reich gewordene private Unternehmer und Großgrundbesitzer eine Wirtschaftspolitik durchsetzen, die dem Privatkapital Vorrang vor dem Staatssektor gewährte. Das alte Modell des Etatismus, einer sich vorwiegend durch staatliche Investitionen entwickelnden Wirtschaft, wie es Atatürk entworfen hatte, wurde damit ad acta gelegt, auch

Assoziierung war es damals, die Weiterführung der privatkapitalistisch orientierten Akkumulation zu ermöglichen. Die Türkei erwartete sich zusätzliche finanzielle Mittel und mehr Investitionen.

Eine wesentliche Rolle spielte allerdings auch die ideologische Komponente. Die herrschenden Kreise der Türkei versuchten seit Ende des Osmanischen Reiches stets, sich politisch, militärisch und ökonomisch an den Westen, speziell aber an Westeuropa, anzulehnen. Diese Europa-Orientierung stand als politisches Leitbild den Vorstellungen von einer sozialistischen Entwicklung gegenüber, die gerade auch in der entstehenden Arbeiterbewegung und bei oppositionellen Teilen der Studenten Fuß faßten.

Allerdings zeigte sich im Verlauf der 60er Jahre sehr schnell, daß die Europa-Euphorie der türkischen Bourgeoisie vorzeitig war. Die im Assoziierungsvertrag geplanten Maßnahmen wurden sowohl von der Türkei als auch von der EG nur unvollständig umgesetzt. So hat beispielsweise die Türkei ihre Zölle keineswegs im vorgesehenen Ausmaß gesenkt, während die EG die versprochene Freizügigkeit für türkische Staatsangehörige nicht gewährt und türkische Exporte, vor allem bei Textilien, durch Kontingentierung beschränkt. Auslandskapital investierte kaum in der Türkei, da die Genehmigungsverfahren langwierig und die Investitionsauflagen ungünstig waren. In den 80er Jahren galt das Assoziierungsverfahren allgemein als gescheitert.

Auf türkischer Seite bestand der Grund der Nichterfüllung darin, daß die jeweiligen Regierungen mit einer ständigen Schaukelpolitik versuchten, in ihrem auch politisch immer instabiler werdenden Land zwischen Elementen der Marköffnung einerseits und zwischen striktem Protektionismus zum Schutze der einheimischen Industrie andererseits abzuwechseln. Die Oberhand dabei gewann letztlich der Protektionismus, der den Interessen der Staatsbetriebe und der sie leitenden Bürokratie ebenso

entsprach wie den Interessen jenes Teils der Bourgeoisie, der binnenmarktorientiert war.

Eine Wende in dieser Wirtschaftspolitik erfolgte Anfang der 80er Jahre. 1977/78 wurde die Türkei erneut zahlungsunfähig und hatte Auslandsschulden von einem nicht mehr tragbaren Umfang angehäuft. Aufgrund dieser Schuldenhöhe und -struktur waren kurzfristige, auf den Außenhandel und den Wechselkurs bezogene Maßnahmen nach Ansicht der Gläubiger nicht mehr ausreichend. Sie verlangten einschneidende Strukturänderungen mittels einer völligen Umwälzung der türkischen Wirtschaftspolitik. In der gegebenen Situation blieb der damaligen türkischen Regierung nichts anderes übrig, als den Anforderungen der Gläubiger Folge zu leisten.

Aber nicht nur der Druck von außen trug zur wirtschaftspolitischen Wende bei: Auch im Lande selbst waren im Verlauf der 60er und 70er Jahre durch Kapitalakkumulation einige große Holdings entstanden, die Interesse an einer noch engeren Zusammenarbeit mit dem Auslandskapital hatten

und sich im Exportgeschäft Chancen ausrechneten. Diese Holdings – die bekanntesten unter ihnen sind die der Familien Koç, Sabancı und Ercan – waren durchaus für eine Öffnung der türkischen Wirtschaft zu gewinnen, vor allem da ihnen der Staat für Exporte zusätzliche Vergünstigungen und Subventionen in Aussicht stellte.

Was über die EG-Assoziierungsverträge in den zwei Jahrzehnten zuvor nicht durchgesetzt werden konnte, kam seit Beginn der 80er Jahre durch die IWF-Programme, deren Durchsetzung mit Hilfe eines blutigen Militärputsches gesichert wurde und durch die Özalsche Politik der Exportorientierung zumindest in einigen Bereichen der Verwirklichung näher: Obwohl noch keine Zollangleichung durchgeführt wurde, sind doch die meisten Einfuhrbeschränkungen inzwischen aufgehoben. Die Investitionsverfahren wurden vereinfacht und erhebliche finanzielle Anreize für Auslandsinvestoren bereitgestellt. Die sichtbarste der neuen Entwicklungen besteht aber in der Steigerung der Exporte. Durch Währungsabwertungen und Exportprämien unter-

stützt, steigerte die türkische Wirtschaft ihre Ausfuhren von 2,3 Mrd \$ 1979 auf ca. 11 Mrd \$ 1988. Gleichzeitig wuchsen auch die Importe von ca. 5 auf 14 Mrd \$. Diese Zahlen drücken aus, daß sich die türkische Ökonomie verstärkt mit dem „Weltmarkt“, vor allem mit den europäischen und den Nahost-Märkten, verzahnt hat.

Das hohe Exportwachstum und die Tatsache, daß diese Exporte anders als früher inzwischen zu 80 % aus Industriewaren bestehen, wurde bis vor kurzem gerne als türkisches Wirtschaftswunder gefeiert. Spätestens seit den letzten Kommunalwahlen und ihren für Özal vernichtenden Ergebnissen wurde jedoch auch im Ausland wieder zur Kenntnis genommen, daß dieses „Wirtschaftswunder“ für die Lohnabhängigen lediglich eine krasse Verelendung mit sich brachte.

Tatsache ist außerdem, daß gerade diese Verelendung die türkischen Exporterfolge möglich machte: Die Ausfuhrsteigerungen beruhen nach Schätzungen türkischer Fachleute zu fast 70 % auf sinkenden Löhnen und staatlichen Exportanreizen sowie auf Abwertungen. Die restlichen 30 % sind dem allgemeinen Wachstum des Welthandels zuzuschreiben. Die türkischen Holdings kamen also nicht durch Erhöhung der Produktivität, durch Verbesserung des Know-hows oder der Produktqualität, sondern durch Niedrigpreise aufgrund zwangsweise gesenkter Löhne und Einkommen zu ihren Exporterfolgen.

Damit ist die Entwicklung der Türkei ein weiteres Beispiel dafür, daß hohe Wachstumsraten und Wirtschaftsaufschwünge im Kapitalismus sehr wohl mit einer massenhaften Verarmung einhergehen können. Die Steigerung des Reichtums am einen Pol bringt die Steigerung der Armut am anderen Pol der Gesellschaft hervor.

Aus dem Blickwinkel der türkischen Konzerne jedoch wird das EG-Mitgliedsge such angesichts der erweiterten Weltmarktintegration, die sich auch in mehr Auslandsinvestitionen zeigt und angesichts der gewachsenen Kapitalkraft der Holdings etwas verständlicher. Eine Mitgliedschaft würde in vieler Hinsicht eine Fortsetzung der weltmarktorientierten Politik der 80er Jahre bedeuten und die Verbindungen zu den EG-Ländern, die die wichtigsten Geldgeber und Handelspartner der Türkei sind, festigen und erweitern.

Die türkischen EG-Befürworter wollen die Mitgliedschaft mit mehreren Argumenten durchsetzen. Eines davon bezieht sich auf die NATO und besagt, daß ein Land, das einen so großen Beitrag zur Verteidigung Europas leistet wie die Türkei, nicht von anderen europäischen Angelegenheiten ausgeschlossen werden könne. Sozialdemokratisch orientierte Kreise führen vor allem an, eine Integration in die EG führe zur Beschleunigung des „Demokratisierungsprozesses“ und mache in Zukunft Militärputsche unmöglich.

In ökonomischer Hinsicht weist die Türkei immer wieder darauf hin, daß der türki-

Türkei-Besucher Bundespräsident von Weizsäcker 1986 bei Premierminister Özal; mit dem EG-Anschluß spekuliert die türkische Landwirtschaft auf erhöhte Exportchancen



sche Markt von seiner Größe her für die europäischen Exportnationen von Interesse ist und beteuert, daß der Entwicklungsstand der Türkei eine Mitgliedschaft problemlos zuließe. So erklärte Europaminister Ali Bozer in einer Rede in München im September 1987: „Die Menschen, die Waren und das Kapital können sich bei uns genauso frei bewegen wie in jedem beliebigen europäischen Land. Wir haben ein großes Wachstum der Wirtschaft. Wir haben umfangreiche Infrastrukturprojekte in Angriff genommen. Wir fördern das Auslandskapital, haben unser Steuersystem modernisiert, die Mehrwertsteuer vor einigen anderen EG-Staaten eingeführt. Über 75 % unserer Exporte und 30 % unseres Bruttoinlandsprodukts stammen aus industrieller Produktion. Auch hinsichtlich einer Zollunion mit der EG sind wir mittlerweile in der Lage, die Vorgaben zu erfüllen. Die Konkurrenzfähigkeit der türkischen Industrie liegt in OECD-Ländern noch vor Spanien, Griechenland und Portugal.“ (2)

Die Behauptung, die Türkei sei international konkurrenzfähig, spielt eine wesentliche Rolle. Türkische Unternehmensverbände haben Studien veröffentlicht, in denen behauptet wird, die Mehrzahl der türkischen Industriezweige habe inzwischen Weltniveau erreicht. Damit soll vor allem bewiesen werden, daß sich die EG mit der Türkei kein unterentwickeltes „Armenhaus“ angliedern würde, das bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation als Folge des EG-Beitritts mit Milliardensubventionen vor dem Kollaps bewahrt werden müßte. Wenn durch die Fortsetzung der ökonomischen Öffnung noch mehr türkische Mittelbetriebe pleite gehen würden, wenn die Außenhandelsdefizite sich wieder vergrößerten, brächte die Türkei Millionen von Arbeitslosen und einen hohen Finanzierungsbedarf in die EG ein.

Parallel dazu würden sich die politischen Widersprüche im Land verschärfen. Die Streiks des letzten Jahres und die Schüsse auf Arbeiterdemonstrationen am 1. Mai sind Vorboten dafür, daß sich in der Türkei ohnehin eine Zuspitzung des Klassenkampfes ankündigt. Die durch das „Wirtschaftswunder“ ausgeblutete Arbeiterschaft kann gar nicht anders, wenn sie die Senkung der Einkommen und Löhne unter das Existenzminimum verhindern will.

In der inntürkischen Diskussion wird versucht, solche Überlegungen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Stattdessen wird eine Europa-Euphorie verbreitet und ein paradiesisches Bild dessen gezeichnet, was nach einem EG-Beitritt geschehen würde: Nach den Argumenten der bürgerlichen Entwicklungstheorie, die dabei aufgegriffen werden, soll es über eine Spezialisierung im Rahmen der EG-weiten Arbeitsteilung und über den verbesserten Zugang zu Know-how und Kapital zu einer nachholenden industriellen Entwicklung mit Abbau der Arbeitslosigkeit und Steigerung der Löhne kommen.

Bei einer einigermaßen realistischen Untersuchung der Konkurrenzfähigkeit und der Folgen eines EG-Beitritts für die Mehrheit der Türken, stellt sich allerdings das glatte Gegenteil der offiziellen Behauptungen heraus.

Theoretisch ist ohnehin klar, daß Freihandel und Kapitalliberalisierung den größten Nutzen für den Stärkeren bringen. Die Türkei ist dieser „Stärkere“ am EG-Markt mit Sicherheit nicht. Eine ausführliche Studie der renommierten Wirtschaftswissenschaftlerin Gültin Kazgan (3) beispielsweise zeigt, wo die türkische Industrie wirklich steht:

Wenn die Produktion (value added) von 66 türkischen Branchen zu Weltmarktpreisen bewertet wird, ergibt sich, daß davon 25 Branchen konkurrenzfähig sind. Allerdings sind diese wettbewerbsfähigen Sektoren mit Ausnahme des Drucksektors und der Erzförderung ausnahmslos Agrarproduktionen, wie etwa Weizen, Nüsse, Kartoffeln usw.

Eine weitere Gruppe von Waren, die nur wenig unter der internationalen Produktivität liegen und bei Rationalisierungen konkurrenzfähig werden könnten, sind vor allem Leder, Textilien und Bekleidung sowie Holzverarbeitung. Nicht wettbewerbsfähig ist die restliche Industrie, beispielsweise Kraftfahrzeuge, Metallverarbeitung, Maschinenbau, Chemie, Eisen und Stahl,

**ANGESICHTS DER
MANGELNDEN
KONKURRENZFÄHIGKEIT DER
TÜRKISCHEN INDUSTRIE WIRD
IN BRÜSSEL DIE
BEFÜRCHTUNG GEHEGT, DAß
IN ZUKUNFT DER
WIRTSCHAFTLICHE KOLLAPS
DES LANDES NUR MIT
MILLIARDENSUBVENTIONEN
VERHINDERT WERDEN KANN**

Schiffbau, Glas und Keramik, um nur einige zu nennen.

Da die EG aber gerade auf dem Agrarsektor Preiskonkurrenz nicht zuläßt, sondern über die EG-Agrarordnung Preise und Mengen reguliert, verkehrt sich der Vorteil der Türkei in der Nahrungsmittelproduktion ins Gegenteil: Ein geringfügiger Bedarf an türkischen Produkten besteht in den EG-Ländern lediglich bei Schaf- und Ziegenfleisch und bei Honig. Die allgemeinen Preisvorteile – beispielsweise kosten türkische Tomaten oder Gurken nur 1/4 der EG-Preise – können sich nicht durchsetzen, da die Preise auf EG-Norm angehoben werden müßten. Die Folge wäre nicht mehr Export, sondern eine starke Verteuerung der Nahrungsmittel in der Türkei.

Wie oben erwähnt, basierten die bisheri-

gen Exporterfolge der Türkei wesentlich auf sinkenden Löhnen und auf Exportsubventionen. Beides stößt zunehmend an Grenzen, wodurch eine weitere Exportausweitung im bisherigen Tempo unmöglich wird. Wenn die Exporte nicht gesteigert werden können, funktioniert aber auch der Plan nicht, über die Exporterlöse immer mehr billige Industrie- und Investitionsgüter auf den EG-Märkten zu beziehen. Das aber heißt, der erwünschte „push“ in der Industrialisierung und im Lebensstandard kann nicht finanziert werden.

Damit befindet sich die Türkei – mit oder ohne EG – in der Situation fast aller unterentwickelter Länder: Aufgrund ihrer niedrigen Produktivitäten ist sie im Rahmen der Weltwirtschaft in einer untergeordneten und abhängigen Stellung, wobei die Rückstände zu den Industrieländern ständig reproduziert, wenn nicht sogar erweitert werden.

Daran wird die EG nichts ändern. Verändern wird sie, außer dem Preisgefüge, die Möglichkeiten der Auslandskonzerne, in der Türkei zu investieren, um noch ungehinderter die niedrigen Löhne, die noch weit unter denen Portugals oder Griechenlands liegen, in einzelnen lohnintensiven Bereichen auszunutzen. Hier setzen auch wieder die Interessen der Holdings an. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Auslandskonzerne versprechen sie sich innerhalb der EG-internen Arbeitsteilung bessere Möglichkeiten, Zulieferer der europäischen Monopole zu werden und zusätzlich ihre in einigen Bereichen bedeutende Stellung in der Türkei über binnenmarktbezogene Joint Ventures (Gemeinschaftsunternehmen) noch weiter ausbauen zu können.

Der Versuch der Türkei, EG-Mitglied zu werden, hat also, wenn wir uns auf die ökonomischen Absichten beschränken, zwei wesentliche Ziele: Dem türkischen Staat soll eine Mitgliedschaft zusätzliche Finanzmittel aus EG-Fonds erschließen, mit denen eine weitere Umstrukturierung der Wirtschaft im Interesse der exportorientierten Teile der türkischen Unternehmerschaft gefördert und der Staatsapparat stabilisiert werden soll.

Zweitens soll ein EG-Beitritt für diese inzwischen maßgeblich gewordenen Kapitalgruppen durch eine erleichterte Zusammenarbeit mit europäischen Konzernen die Kapitalkonzentration vorantreiben und die Möglichkeiten der Kapitalverwertung verbessern.

Letztlich ließe das alles aber auf eine Verstärkung der neokolonialen Abhängigkeit hinaus, da es den europäischen Regierungen, Banken und Industriemonopolen einen noch umfassenderen Zugang zur Beherrschung der gesamten türkischen Wirtschaft eröffnen würde, als das ohnehin schon der Fall ist.

Anmerkungen

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.1988
- 2) tobb, Nr. 10/1987, S. 13
- 3) Siehe: Gültin Kozgan, Prospects for Turkey's Accession to the Community with Special Reference to Competitiveness, SIAR, Istanbul 1988



Wolfgang Fritz Haug

Gorbatschow

Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken

480 S., br. DM 34,-, Ln. DM 44,- in diesem Buch findet man die erste umfassende Darstellung der Theorie der Perestrojka, analysiert wird eine in Gedanken erfaßte Praxis. Dabei geht W. F. Haug in wahrhaft grundlegender Weise auf den Vordenker dieser Praxis ein: Anhand von über einhundert Reden, Berichten und Diskussionsbeiträgen von Gorbatschow (nicht zu vergessen sein aufsehenerregendes Buch) wird ein Denkprozeß rekonstruiert, der die theoretische Umwälzung als integrales Moment der politisch-praktischen Neugestaltung bestimmt.

Stuart Hall

Ausgewählte Schriften



Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus

Argument

Stuart Hall

Ausgewählte Schriften

Hg. von Nora Räthzel

Mit einem Vorwort von Gustav Klaus

240 S., br., DM 28,-

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum, gefragt

Frühjahr '89 Neues vom Argument

ter Autor aktueller politischer Analysen und Mitarbeiter an Fernsehfilmen (z.B. zur Konstruktion von »Rasse« in den Medien). Hall hat die Marxsche Theorie den Fragen eines sich verändernden Kapitalismus ausgesetzt und sie mit Althusser und Foucault (und über diese hinausgehend) um- und ausgebaut.

Diese erste Auswahl seiner Arbeiten gibt einen Überblick über sein vielfältiges Wirken.

Frigga Haug
Kornelia Hauser (Hg.)



Küche und Staat

Argument

Enrique Dussel

Philosophie der Befreiung

Argument

Enrique Dussel

Philosophie der Befreiung

Mit einem Vorwort von Raúl Fornet-Betancourt

207 S., br., DM 28,- Enrique Dussel ist einer der bekanntesten lateinamerikanischen Befreiungstheologen.

Mit diesem dezidiert philosophischen Buch verknüpft er die Absicht, die abendländische Philosophie aus dem Zentrum (Europa) an die Peripherie (Lateinamerika/Dritte Welt) zu holen, um sie für die Befreiung der unterdrückten Völker nutzbar zu machen. Das engagierte Werk – ein (wie Dussel selbst sagt) theoretisches und philosophisches Provisorium – verbindet auf brisante Weise die Gedanken von Karl Marx und Emmanuel Lévinas, um durch die Befreiung der Philosophie zu einer befreiten politischen Praxis zu gelangen.

Der Spanische Bürgerkrieg und die bildenden Künste

Hrsg. von Jutta Held
Schriften der Guernica-Gesellschaft Band 1

248 S., 67 Abb., br., DM 34,- DM Dieser Band begründet eine Schriftenreihe der Guernica-Gesellschaft im Argument-Verlag. Mit ihr soll die antifaschistische und sozial engagierte Tradition der Künste wiederentdeckt und lebendig gehalten werden.

Der erste Titel der Reihe hat programmatischen Charakter. Der Spanische Bürgerkrieg, Guernica zumal, signalisierte weltweit die drohende Gefahr des Faschismus.

Der vorliegende Band markiert einen Anfang. Einen Schwerpunkt bilden neue Analysen und Materialien zu Picassos Werken zum Spanischen Bürgerkrieg, insbesondere zu seinem »Guernica«-Bild.

Jutta Held (Hg.)



Frauen im Frankreich des 18. Jahrhunderts: Amazonas, Mütter Revolutionärinnen

Argument

Frauen im Frankreich des 18. Jahrhunderts: Amazonas, Mütter, Revolutionärinnen

Hrsg. von Jutta Held
Argument-Sonderband AS 158
148 S., br., 11 Abb., DM 18,50 (15,50 f. Stud.)

Der Band erörtert die sozialen Veränderungen, Diskussionen und Kontroversen, die in der Epoche vor und während der Revolution besonders die Frauen betrafen. In den Blick gerückt wird ein bisher nur am Rande zur Kenntnis genommenes Wirkungsfeld von Frauen: ihre produktive Arbeit an der Seite des Mannes, sei es im Handwerksbetrieb, sei es als Land- oder Heimarbeiterin.

Thematisch spannt sich der Bogen von den »frondeuses« der Hohenstokratie bis zu den revolutionären Frauen des Volkes von Paris.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

IRWIN SILBER

Neues Denken in der sowjetischen Außenpolitik

Ausverkauf der nationalen Befreiungskämpfe?

Die Annäherung UdSSR-USA, das sowjetische Drängen auf die politische Lösung von Regionalkonflikten, der Rückzug aus Afghanistan u.a.m. haben Zweifel über das positive Verhältnis der UdSSR zu den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt aufkommen lassen. Der Diskussionsbeitrag von Irwin Silber, Redakteur der US-Zeitung „Frontline“, untersucht, inwiefern sich die neue sowjetische Außenpolitik in Widerspruch zu den Interessen der Befreiungskräfte begeben hat.

Es ist keine Übertreibung zu behaupten, daß die sowjetische Außenpolitik im Anschluß an Michail Gorbatschows Neues Denken in den vergangenen vier Jahren die Weltpolitik dramatisch zum Besseren gewendet hat.

Größtenteils als Ergebnis sowjetischer Initiativen konnte die potentielle Konfrontation USA-UdSSR auf atomarem Gebiet, die in den ersten Jahren der Reagan-Administration alarmierende Dimensionen angenommen hatte, bedeutend verringert werden. Ebenfalls größtenteils sowjetischen Initiativen geschuldet, nähern sich eine Anzahl gefährlicher regionaler Konflikte der Lösung – in einigen Fällen durch Verhandlungen, in anderen durch einseitige Schritte.

Begleitet wird die neue sowjetische Position in den internationalen Angelegenheiten von einer beispiellosen Offenheit über die Probleme der Wirtschaft der Sowjetunion, ihrer politischen Fehlschläge und einiger der dunkleren Kapitel ihrer Geschichte. All dies hat das Prestige der Sowjetunion und des Sozialismus weltweit erhöht, und die sowjetische Außenpolitik erfreut sich heute einer Initiative und einer Kraft, die sie in der Vergangenheit schwerlich, wenn überhaupt erreichte. Gleichzeitig ist die Frage im Titel dieses Artikels von nicht wenigen revolutionär gesinnten Kräften gestellt worden, die sich fragen, ob die erwähnten Fortschritte nicht auf Kosten der nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gehen. Es wurden Fragen aufgeworfen, die die stärkere sowjetische Betonung von Verhandlungen gegenüber dem bewaffneten Kampf und Vorschläge für „Regierungen der nationalen Versöhnung“ betreffen.

Viele der politischen und ideologischen Spannungen, die mit solchen Fragen verbunden sind, kamen durch einen Artikel der „New York Times“ vom 16. März d.J. zum Vorschein, in dem erklärt wurde, daß die Sowjetunion ihre Politik in Bezug auf

den Anti-Apartheid-Kampf in Südafrika verändere. „Die sowjetische Führung“, betonte der Korrespondent der „Times“, John F. Burns, „scheint bereit, ihre Rolle als Schutzherr der schwarzen Revolution herunterzuspielen und energischer Druck für ein Arrangement zwischen Südafrikas Schwarzen und Weißen auszuüben.“

Diese These wird durch eine Stellungnahme von Juri Jukalow, Chef der Afrikaabteilung des sowjetischen Außenministeriums gestützt, der von „Reuter“ am 15. März d.J. mit der Aussage zitiert wird: „Wir würden eine politische Lösung vorziehen und wollen, daß mit der Apartheid politisch umgegangen wird. Jede Lösung durch militärische Methoden wird kurzlebig sein. Wir wollen nicht die Notwendigkeit der Verstärkung des bewaffneten Kampfes betonen. Südafrika sollte nicht zerstört werden. Auch sollte nicht nur durch Drohungen gesprochen werden und mit der Faust auf den Tisch geschlagen werden. Es sollte einen Dialog geben.“

In Übereinstimmung mit diesem Ansatz, sagt Burns, argumentieren einige sowjetische Offizielle und Akademiker auch, daß

DER BEWAFFNETE KAMPF KANN BESTENFALLS EINE REIHE VON UMSÄNDEN SCHAFFEN, UNTER DENEN REPRESSIVE REGIMES AN DEN VERHANDLUNGSTISCH GEZWUNGEN WERDEN

ein Nach-Apartheid-Regime möglicherweise einige besondere politische Garantien für die weiße Minderheit gewähren müßte. Artikel in der US-Presse sind natürlich nicht die beste Grundlage für eine präzise Bestim-



PLO-Vorsitzender Yassir Arafat (z.) und der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow: konvergierende Sichtweise zur Zweistaaten-Lösung im Palästina-Konflikt

mung des Inhalts der sowjetischen Außenpolitik. Im Fall des Artikels der „New York Times“ kommt beispielsweise das Wort „scheint“ ziemlich oft vor: „Moskau scheint bereit, seine Waffenhilfe an die Nationalisten einzustellen“, sagt eine besonders herausgestellte Zwischenüberschrift.

Trotzdem ist wahrscheinlich vieles an dem „Times“-Artikel richtig. (Die Behauptung über die Einstellung der sowjetischen Waffenhilfe erscheint mir trotzdem ziemlich dubios und sollte nicht vor einer Bestätigung durch Moskau oder den Afrikanischen Nationalkongreß akzeptiert werden.) Trotzdem möchte ich behaupten, daß we-

der auf der strategischen Ebene des Neuen Denkens noch auf der besonderen Ebene der Situation in Südafrika die sowjetische Außenpolitik sich zu einem Verrat an nationalen Befreiungskämpfen im allgemeinen oder am Anti-Apartheid-Kampf im besonderen zusammenfügt.

Die vielleicht bedeutendste und provozierendste neue Idee, die durch das Neue Denken entwickelt wurde, ist die, daß auf einer globalen Ebene Interessen, die der gesamten Menschheit gemein sind, Vorrang vor Klasseninteressen erhalten haben. Die materialistische Untermauerung dieser These ist, daß ein Atomkrieg – ein wahrscheinliches Ergebnis, wenn die staatlichen Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern auf der Basis unüberwindbarer Klassenkonflikte gestaltet werden – zweifellos zur Auslöschung der Menschheit führen würde.

Die Gefahr eines Atomkrieges entspringt nicht allein einem US-amerikanisch-sowjetischen Zusammenstoß. Zwei Länder, deren



Politik den Kern entscheidender Regionalkonflikte ausmacht – Südafrika und Israel – haben ebenfalls Atomwaffen. Atommächte haben zwar schon Kriege verloren – am bemerkenswertesten die USA in Vietnam. Aber noch keine Regierung, die über eine atomare Kapazität verfügt, war bis jetzt von ihrer eigenen Auslöschung bedroht. Wer könnte nachweisen, daß weder Südafrika noch Israel in einem Augenblick der Verzweiflung diese Kapazität nutzen würden, um eine aus ihrer Sicht unannehmbare Niederlage zu verhindern.

Außer aus diesen Gründen würde es vom Standpunkt nationaler Befreiungsbewegun-

gen, die die nationalen Interessen ihrer jeweiligen Völker vertreten, erstrebenswert erscheinen, die Möglichkeit von Verhandlungslösungen in heutigen Regionalkonflikten zu nutzen.

Aber die Wirkungsmöglichkeit des bewaffneten Kampfes als Mittel zur Erringung eines vollständigen politischen Sieges wird nicht allein durch die atomare Frage eingeschränkt. Die Aussichten für einen klaren militärischen Sieg der Befreiungskräfte sind sowohl im palästinensisch-israelischen Konflikt wie auch in Südafrika äußerst zweifelhaft. Bestenfalls kann der bewaffnete Kampf in beiden Gebieten eine Reihe von Umständen schaffen, unter denen repressive Regimes an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Dies ist das Kennzeichen an der palästinensischen Intifada (im Dezember 1987 begonnene Volksbewegung; d. Red.). Und die FMLN in El Salvador operiert offensichtlich nach der gleichen Prämisse.

Ein anderer Faktor, der den Wert von Verhandlungslösungen für unterdrückte Völker und ihre Befreiungsbewegungen vergrößert, sind die zwangsläufigen Folgen eines verlängerten bewaffneten Kampfes für die nachrevolutionären Gesellschaften. Die USA verloren ihren Krieg gegen Vietnam und waren unfähig, die revolutionäre Regierung in Nicaragua zu stürzen. Aber in beiden Fällen waren sie fähig, überwältigende wirtschaftliche und soziale Kosten abzuverlangen.

Die Vietnamesen verzichteten niemals auf Verhandlungen und Kompromisse. Und als sie 1973 in Paris einen Friedensvertrag mit den USA unterzeichneten, gab es einige, die die Sowjets beschuldigten, die vermeintlich widerspenstigen Vietnamesen in ein unvorteilhaftes Abkommen zu drängen.

Im Falle Nicaraguas haben die Sandinisten wieder und wieder versucht, eine politische Lösung ihrer Gegensätze mit den USA zu erreichen. Sie haben zahlreiche schmerzhafteste Zugeständnisse gemacht – nicht aufgrund sowjetischen Drucks, sondern als Ergebnis des objektiven Drucks, der durch die Kriegszerstörungen in Wirtschaft und sozialer Infrastruktur erwächst.

In Angola, Kambodscha und Afghanistan mußten sich revolutionäre Regierungen der Tatsache stellen, daß ihre Verteidigung durch bewaffnete Kräfte von verbündeten Regierungen nicht endlos andauern kann. Als Ergebnis wurden in allen drei Fällen Anstrengungen unternommen, um auf dem Verhandlungsweg politische Lösungen für die andauernden Konflikte zu finden.

Es gibt hier ein Muster, das beachtenswert ist – eines, das sich scharf von dem Bündel von Prinzipien und Selbstverständlichkeiten der Vergangenheit abhebt. Es drängt den Gedanken auf, daß es in der heutigen Zeit Grenzen für das Erreichen politischer Ziele mit gewaltsamen Mitteln gibt. Der Zusammenbruch des Kolonialismus war einer der ersten Ausdrücke dieser Realität, als die großen imperialen Mächte der Welt feststellten, daß ihre bewaffnete

Macht die Völker und Länder nicht daran hindern konnte, ihre Unabhängigkeit zu erreichen. In wachsendem Maße haben seitdem eine Anzahl von Ländern festgestellt, daß militärische Stärke nicht das Erreichen politischer Ziele absichert: am bemerkenswertesten die USA in Nicaragua, die Sowjets in Afghanistan und Israel in Libanon.

Tatsächlich haben diejenigen, die fürchten, die gegenwärtige sowjetische Betonung von Verhandlungslösungen in regionalen Konflikten bedeute einen Verrat an Befreiungskämpfen, die Geschichte falsch gelesen. Die meisten bewaffneten Befreiungskämpfe entstanden, weil die herrschenden Mächte politische Lösungen zurückwiesen und dauerten an, weil diese weiterhin ernsthaften Verhandlungen ablehnten. Wer sucht den Dialog und politische Lösungen in den heute anstehenden Konflikten – und wer weist sie zurück? Die FMLN in El Salvador oder die USA und ihre Marionettenre-

DIE BEISPIELE VIETNAMS, NIKARAGUAS ODER SIMBABWES VERANSCHAULICHEN, DAß POLITISCHE LÖSUNGSSCHRITTE FÜR BEFREIUNGSPROZESSE TROTZ ALLER ZUGESTÄNDNISSE DURCHAUS VORTEILHAFT SEIN KÖNNEN

gierungen? Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) oder die israelische Regierung? Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) oder das Apartheidregime?

Aber selbst unter denjenigen, die anerkennen, daß es ein legitimer Weg ist, politische Lösungen militärischen vorzuziehen, gibt es immer noch eine Tendenz zu vergessen, daß die Idee von Verhandlungslösungen Kompromisse von beiden Seiten einschließt. Ohne Zugeständnisse gibt es für die andere Seite keine Grundlage, eine politische Übereinkunft zu akzeptieren. Der „Revolutionär“, der denkt, daß ausgehandelte Abkommen eher ein Deckmantel für die bedingungslose Kapitulation des Feindes sind, hat die Politik der Revolution noch nicht begriffen.

Selbstverständlich gibt es keine allgemeingültige Formel, die festlegt, welche Kompromisse akzeptabel sind und welche nicht, und es kann sie auch nicht geben. Vieles hängt von der relativen Stärke der widerstrebenden Kräfte ab. Oft gibt es ein Abwägen zwischen kurzfristigen und strategischen Zielen. Der Entwicklungsstand jedes Landes muß in Rechnung gestellt werden.

In den meisten gegenwärtigen Konflikten, in denen politische Lösungen als reale Möglichkeit erscheinen, erhalten Fragen der nationalen Demokratie und Unabhän-

gigkeit klar Vorrang vor dem besonderen Klasseninteresse einer normalerweise kleinen Arbeiterklasse, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen. Tatsächlich haben die Erfahrungen einer Reihe von Befreiungskämpfen demonstriert, daß eine schnelle Bewegung in Richtung Sozialismus in der nachrevolutionären Periode sogar ein ernsthafter Fehler sein kann.

Dies sind die Gründe dafür, warum in einer Reihe von Fällen das Konzept der Regierungen der „nationalen Versöhnung“ aufzutreten begann. Die verschiedenen politischen Möglichkeiten, die in Südafrika entstehen könnten, sind kaum abzuwägen, ohne diese grundlegenden Überlegungen im Hinterkopf zu haben.

Die Wahrscheinlichkeit eines vom ANC geführten militärischen Sieges über die südafrikanischen Streitkräfte ist sehr gering. Auch führt der ANC den bewaffneten Kampf nicht, um ein solches Ziel zu erreichen. Vielmehr fordert er einen politischen Dialog mit dem Regime und anderen geeigneten politischen Kräften. Und was die Vorbedingungen betrifft, so besteht er nur auf der Freilassung von Nelson Mandela, der Legalisierung des ANC und seiner Beteiligung an den Verhandlungen.

ner solchen Übereinkunft zustimmten, hatte der nationale Befreiungskampf in diesem Land durch ein politisches Verhandlungsergebnis Erfolg.

Nichts von dem sagt, daß es jetzt oder in Zukunft keine Differenz zwischen Moskau und der einen oder anderen Befreiungsbewegung geben kann. Angesichts ihrer unterschiedlichen Blickwinkel wäre es überraschend, wenn es nicht der Fall wäre. Aber der Sinn für politische Verantwortung verlangt von uns allen – so scheint es mir – daß wir erstens nicht vorschnell leichtfertige ideologische Urteile mit solchen Differenzen verbinden („Ausverkauf“, „beschränkter Nationalist“ usw.), noch zweitens automatisch annehmen, daß die eine oder die andere Seite Recht hat.

Es wäre unglücklich, wenn die Diskussion auf der Ebene der Frage im Titel dieses Artikels stehenbleiben würde. Denn im Bruch mit den Einschätzungen und Grundannahmen, die die sowjetische Politik gegenüber den Entwicklungsländern in der Vergangenheit leiteten, argumentiert das Neue Denken, daß das weitverbreitete soziale Elend, in dem Hunderte von Millionen Menschen in der Dritten Welt leben, politisch nicht akzeptabel ist, und daß die impe-

lungsländer auszubeuten?

So zu sprechen wäre gerechtfertigt, wenn die Sowjets politisch so handeln würden, als ob die Kapitalisten der Welt plötzlich ein Maß an Aufklärung erreichen könnten, das allen früheren herrschenden Klassen abging. Dies ist schwerlich der Fall. „Die Erfüllung der Aufgaben, vor denen diese (Entwicklungs)länder stehen“, schreibt N. Simonia, stellvertretender Direktor des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, „wird begleitet sein von sozialen Spannungen, Strukturkrisen, Klassenkampf, Revolution und Konterrevolution.“

Andererseits wird eine wirtschaftliche Katastrophe in der Dritten Welt selbstverständlich einen fraglos negativen Einfluß auf das imperialistische System haben. Hier kommt die Bedrohung nicht nur von revolutionären sozialen Umbrüchen, sondern von einem Ausbruch wirtschaftlicher Stürme, die ebenfalls die kapitalistische Weltwirtschaft untergraben können.

Unter diesen Umständen könnten es die kapitalistischen Länder sehr wohl als ihren Vorteil sehen, nach politischen Lösungen für regionale Kriege und revolutionäre Erhebungen zu suchen und bedeutende wirtschaftliche Zugeständnisse an die Länder der Dritten Welt zu machen. Der Kapitalismus, von seiner Natur her ein pragmatisches System, könnte bereit sein, kurzfristige Stabilität auf Kosten längerfristiger Widersprüche zu erreichen. Ironischerweise ist es Realität, daß wirtschaftliche Entwicklung, selbst kapitalistische wirtschaftliche Entwicklung, Länder der Dritten Welt befähigt, eine größere nationale Unabhängigkeit zu erreichen.

Bedeutet dies, daß die Entwicklungsländer zum Kapitalismus „verdammte“ sind? Tatsächlich ist die Frage geschichtlich recht irrelevant geworden, denn die überwiegende Mehrheit ist bereits kapitalistisch. Die Frage, die heute in großen Teilen der Dritten Welt ansteht, ist tatsächlich nicht die der Wahl zwischen Kapitalismus und Sozialismus – sondern die des Ausmaßes, in dem die Arbeiterklasse und andere Volkskräfte in der Lage sind, ein bestimmtes Ausmaß an politischer Kontrolle über kapitalistische Regimes zu erreichen.

Ideologisch würde eine solche Sicht als ein Rückzug vom revolutionären Optimismus der 60er Jahre erscheinen, als Meinungen über die schnelle Bewegung von Entwicklungsländern zum Sozialismus hoch im Kurs standen. Es hat sich jedoch erwiesen, daß dieser Optimismus in einer voluntaristischen Sicht der historischen Entwicklung wurzelt. In dem Maße, wie sich das Neue Denken diesen Fragen mit geringeren Illusionen und einem größeren Sinn für die Realitäten annähert, bestimmen die Revolutionäre der Dritten Welt einen Weg, der die Interessen ihrer Völker in Übereinstimmung mit den politischen Möglichkeiten befördert.

(QUELLE: Frontline, Oakland, 10.4.1989, S. 13/14)



ALFRED NZO (ANC)

Die Sowjetunion unterstützt unseren Kampf

Umstrittene Äußerungen sowjetischer Wissenschaftler über Südafrika-Alternativen (siehe DRITTE WELT 12/1988) und Kontakte zwischen Diplomaten beider Länder im Rahmen der Angola/Namibia-Verhandlungen haben die Annahme genährt, daß wir es mit einer Revision der Politik der UdSSR gegenüber dem Apartheidregime und den Befreiungskräften Südafrikas zu tun hätten. Der Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Alfred Nzo, nimmt Stellung zu den Mutmaßungen und dem aktuellen Stand der Beziehungen zwischen seiner Organisation und den maßgeblichen Instanzen der Sowjetunion.

Gegenwärtig finden unter Akademikern in der Sowjetunion zahlreiche Diskussionen darüber statt, welche Entwicklungen ihrer Meinung nach eine Lösung der Situation in Südafrika herbeiführen könnten. Einige dieser Diskussionen finden Eingang in die internationalen Medien. Und die Berichterstattung läßt den Eindruck entstehen, die Politik der Sowjetunion sei, was ihre Beziehungen zum Afrikanischen Nationalkongress (ANC) betrifft, im Wandel begriffen.

So wurde z.B. angedeutet, die Sowjetunion übe Druck auf den ANC aus, damit dieser den bewaffneten Kampf einstelle, und hätte beschlossen, dem Afrikanischen Nationalkongress künftig keinerlei Unterstützung mehr zukommen zu lassen, die seine diesbezügliche Strategie fördern würde. Diese Spekulationen gingen sogar so weit, daß es hieß, die Sowjetunion sei im Begriff, Beziehungen mit dem Regime in Südafrika aufzunehmen – und natürlich werden diejenigen, die dies behaupten, stets auf die Tatsache verweisen, daß die Sowjetunion, insbesondere im Verlauf der Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias, Gespräche mit offiziellen Kreisen Südafrikas geführt hat.

Nun hat der Afrikanische Nationalkongress weiterhin Kontakte und Gespräche mit offiziellen Kreisen in der Sowjetunion. Der jüngste dieser offiziellen Kontakte fand

während eines Besuchs einer Delegation in Moskau statt, die von einer Reihe von Mitgliedern des Nationalen Exekutivkomitees des ANC gebildet und von seinem Präsidenten, Genossen Oliver Tambo, persönlich geleitet wurde.

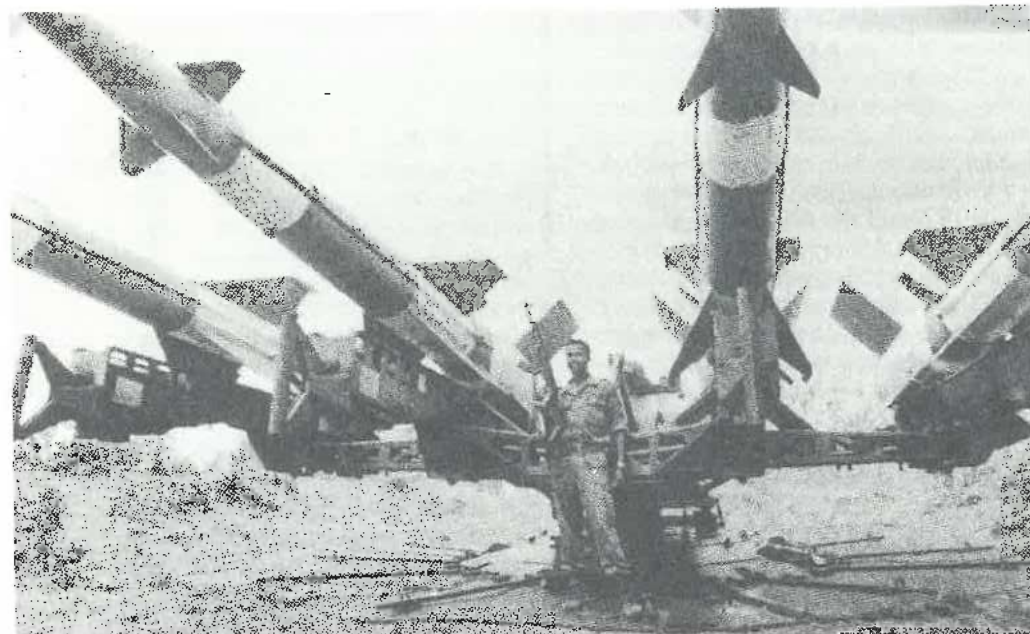
Aus den Gesprächen gewann der ANC – dies entspricht zumindest der Einschätzung der ANC-Delegation – die Überzeugung, daß die Sowjetunion nicht vorhat, von ihrer Politik abzuweichen, den Kampf in Südafrika in allen seinen Formen wie sie aus der vom Afrikanischen Nationalkongress

Im Verlauf von Gesprächen wurde die Sowjetunion eingeladen, als Beobachter, als Teilnehmer an den Gesprächen über die Unabhängigkeit Namibias mitzuwirken – Gesprächen, die zwischen drei Parteien stattfanden, nämlich Angola und Kuba auf der einen und Südafrika auf der anderen Seite, und in denen die Vereinigten Staaten als Vermittler auftraten. Natürlich sagen offizielle sowjetische Kreise völlig zu Recht, daß sie in dieser Eigenschaft mit allen beteiligten Delegationen zusammentreffen und mit ihnen die auf der Tagesordnung stehenden Punkte diskutieren müssen, also auch mit der südafrikanischen Delegation. Insofern hatten sie also Kontakt mit offiziellen Kreisen der herrschenden weißen Minderheit in Südafrika.

Der Kontakt, den die Sowjetunion mit den Südafrikanern hatte, wurde aufgenommen, um die stattfindenden Gespräche zu fördern. Und es sollte betont werden, daß das Interesse der sowjetischen Delegation in all diesen Diskussionen stets darauf gerichtet war, sicherzustellen, daß es zu einer wirklichen Entkolonialisierung Namibias kommt und daß der revolutionäre Kampf des Volkes von Namibia den Sieg davonträgt, und zwar nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch am Verhandlungstisch. Da der Verhandlungsprozeß Teil des Kampfes ist, muß auch hier der Sieg sichergestellt werden. Und das war das Hauptziel der So-

**DIE INDIVIDUELLEN
ANSICHTEN VON
AKADEMIKERN SIND IN
KEINSTER WEISE AUSDRUCK
DER OFFIZIELLEN
SOWJETISCHEN POLITIK, DIE
UNVERÄNDERT BLEIBT**

greß erarbeiteten Strategie und Taktik resultieren, zu unterstützen. Diese Versicherung wurde der ANC-Delegation erneut gegeben, einfach um zu bekräftigen, daß die Sowjetunion solidarisch und zuverlässig hinter dem Kampf unseres Volkes steht.



Sowjetisches Luftabwehrsystem in Südafrika – ein gewichtiger Faktor des Erfolges gegenüber Südafrika

Im Gegensatz zur „New York Times“ ist deshalb der sowjetische Ruf nach einer Verhandlungslösung in Südafrika weder ein Abgehen von der Sichtweise des ANC noch ein Zeichen von Laxheit in der Unterstützung des Anti-Apartheid-Kampfes. Aber gehen die Sowjets nicht zu weit, wenn sie vorschlagen, daß ein zukünftiges Südafrika Bestimmungen, die Rechte und Sicherheiten für die weiße Minorität garantieren, vorsehen könnte?

Das ist natürlich ein Urteil, das nur die schwarze Mehrheit in Südafrika treffen kann. Aber es gibt einen bemerkenswerten Präzedenzfall für einen solchen Weg. Gerade weil Robert Mugabe und die Afrikanische Nationalunion Simbabwe (ZANU) ei-

realistischen Länder selbst es sich nicht erlauben können, daß es fort dauert.

„Der neue Befreiungsimpuls, der in der Dritten Welt entsteht“, sagte Gorbatschow, „ist potentiell explosiv, wenn die Entwicklungsländer keinen gleichberechtigten Platz in der Weltwirtschaft erhalten, wenn die Idee einer Neuen Weltwirtschaftsordnung nicht wirksam wird und die Aufgabe der Abrüstung für Entwicklung nicht auf die praktische Ebene gebracht wird.“

Aber ist Gorbatschow nicht naiv, wenn er denkt, daß die imperialistischen Länder dazu gebracht werden könnten, bei Maßnahmen mitzuarbeiten, die ihre Profite und ihre Möglichkeiten beschneiden würden, die Arbeit und die Ressourcen der Entwick-

Erklärung des sowjetischen Afroasiatischen Solidaritätskomitees Keine Abstriche von der Unterstützung des ANC!

Die sowjetische Öffentlichkeit betrachtet mit Sorge die Kampagne, die in letzter Zeit in den westlichen, insbesondere den britischen Medien, begonnen wurde und die darauf abzielt, die traditionelle Unterstützung der Sowjetunion für die Befreiungsbewegung in Südafrika zu diskreditieren. In dieser Kampagne wird mit groben Entstellungen von Äußerungen sowjetischer Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gearbeitet. Fakten und Ereignisse werden so ausgelegt, daß sie in ein vorformuliertes Schema einer angeblichen Einstellung der sowjetischen Unterstützung für den Befreiungskampf passen.

Welche Ziele verfolgen die Organisatoren dieser Kampagne? Erstens einmal wollen sie einen Keil zwischen die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und dem ANC treiben, die während des jüngsten Besuchs von ANC-Präsident O.R. Tambo in der Sowjetunion erneut bekräftigt wurden. Zweitens sollen damit die demokratischen Kräfte in Südafrika demoralisiert werden, die die UdSSR übereinstimmend als verlässliche Stütze des Befreiungskampfes betrachten. Drittens soll sie die fortgesetzte Zusammenarbeit Großbritanniens und anderer westlicher Staaten mit dem Regime in Pretoria und ihre Ablehnung umfassender verbindlicher Sanktionen gegen Südafrika rechtfertigen.

Das sowjetische Afroasiatische Solidaritätskomitee bekräftigt nachdrücklich seine unverbrüchliche Solidarität mit der vom ANC geführten südafrikanischen Befreiungsbewegung und die Anerkennung des Rechtes der Befreiungsbewegung, die notwendigen Mittel – einschließlich des bewaffneten Kampfes – zu bestimmen, die er für die Beseitigung der Apartheid für notwendig erachtet.

Unter Betonung unserer besonderen Verpflichtung auf die traditionellen Beziehungen mit dem Afrikanischen Nationalkongreß bekräftigen wir erneut unsere Bereitschaft, mit allen Kräften in Südafrika, die gegen das schändliche Apartheidregime sind, Beziehungen zu entwickeln. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der jüngste Besuch der UDF-Führer in der UdSSR zu betrachten. Und unter diesem Gesichtspunkt ist auch die bevorstehende Reise der Delegation des Instituts für eine Demokratische Alternative für Südafrika in die Sowjetunion zu sehen.

Wir sind überzeugt, daß der ANC und das wachsende Bündnis der demokratischen Kräfte im Land selbst die Beseitigung der Apartheid und die Durchsetzung der Ideale von Freiheit und Demokratie zu erreichen vermögen, so wie sie in der historischen Freiheitscharta formuliert wurden – die Ideale eines vereinigten, demokratischen, nicht-rassistischen Südafrika.

Präsidium, Afroasiatisches Solidaritätskomitee, Moskau, 28. März 1989
(QUELLE: Sechaba, London, Nr. 5/1989, S. 5)

wjetunion.

Eine der Bedingungen, die nach der Unterzeichnung des Abkommens durch die beteiligten Parteien am 22. Dezember 1988 in den Vereinigten Staaten zu erfüllen war, bestand in der Aufstellung einer Überwachungsgruppe, die die Einhaltung des Abkommens gewährleisten sollte. Zusammen mit den Vereinigten Staaten wurde die Sowjetunion eingeladen, sich an dieser Gruppe zu beteiligen, deren Hauptmitglieder Angola, Kuba und Südafrika waren.

Diese Gruppe trifft in regelmäßigen Abständen zusammen. So fand z.B. ein Treffen in Angola statt, das nächste in Kuba, und das dritte wird in Pretoria stattfinden. Von der Sowjetunion wird erwartet, daß sie zusammen mit den Vereinigten Staaten und den drei Hauptbeteiligten in der Überwachungsgruppe an allen diesen Treffen teilnimmt. Das bedeutet, daß sowjetische Regierungsbeamte gemeinsam mit Vertretern Kubas und Angolas Pretoria besuchen werden.

Wenn dies geschieht, werden natürlich Spekulationen laut werden, die verkünden, die Anwesenheit sowjetischer Regierungsvertreter in Pretoria bestätige, daß die Sowjetunion im Begriff sei, diplomatische Beziehungen mit Pretoria aufzunehmen. Die Sowjetunion wird indes vielmehr eine Aufgabe wahrnehmen, die für die internationale Gemeinschaft von Interesse ist – nämlich sicherzustellen, daß der in Gang gesetzte Prozeß, der Namibia die Unabhängigkeit bringen soll, abgesichert ist.

Nun komme ich auf die Debatte unter sowjetischen Akademikern zurück: Diese Phase von Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion ist eine Zeit, in der Fragen viel offener diskutiert werden als früher und in der unterschiedliche Meinungen und Einschätzungen zu bestimmten Fragen geäußert werden, die nicht nur die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft selbst betreffen, sondern auch internationale Fragen. So hat z.B. die Bedeutung, die die Sowjetunion der Lösung regionaler Konflikte beimißt, sowie ihre Teilnahme an Gesprächen, die zu deren Lösung führen, viele Leute zu der Annahme veranlaßt, bei den von einzelnen Akademikern geäußerten Ansichten handele es sich um Ansichten, die offizielle Politik der Sowjetunion geworden seien.

Z.B. haben einige Akademiker die Ansicht geäußert, eine friedliche Beilegung von Konflikten im Südlichen Afrika mache es erforderlich, daß der ANC seinen bewaffneten Kampf aufgebe. Einige vertreten auch die Meinung, daß es besser wäre, wenn die Sowjetunion offiziell mit Regierungen wie der in Südafrika in Kontakt stünde, um mehr Einfluß auf die Entwicklungen im Südlichen Afrika zu gewinnen.

Natürlich haben wir mit einigen dieser Akademiker eine Auseinandersetzung über die Ansichten geführt, die sie in Hinblick auf Entwicklungen unserer Strategie äußern. Doch muß an dieser Stelle erneut betont werden, daß die individuellen Ansichten von Akademikern in keinsten Weise Aus-

druck der offiziellen sowjetischen Politik sind, die unverändert bleibt.

Es gibt auch Fragen bezüglich der Kontakte, zu denen es zwischen der Sowjetunion und verschiedenen akademischen Kreisen in Südafrika gekommen ist. Diese Kontakte wurden vom Afrikanischen Nationalkongreß in die Wege geleitet, damit wir offen mit unseren Landsleuten darüber diskutieren können, wie wir uns die künftige Entwicklung in Südafrika vorstellen – die Entwicklung einer Zukunft für alle.

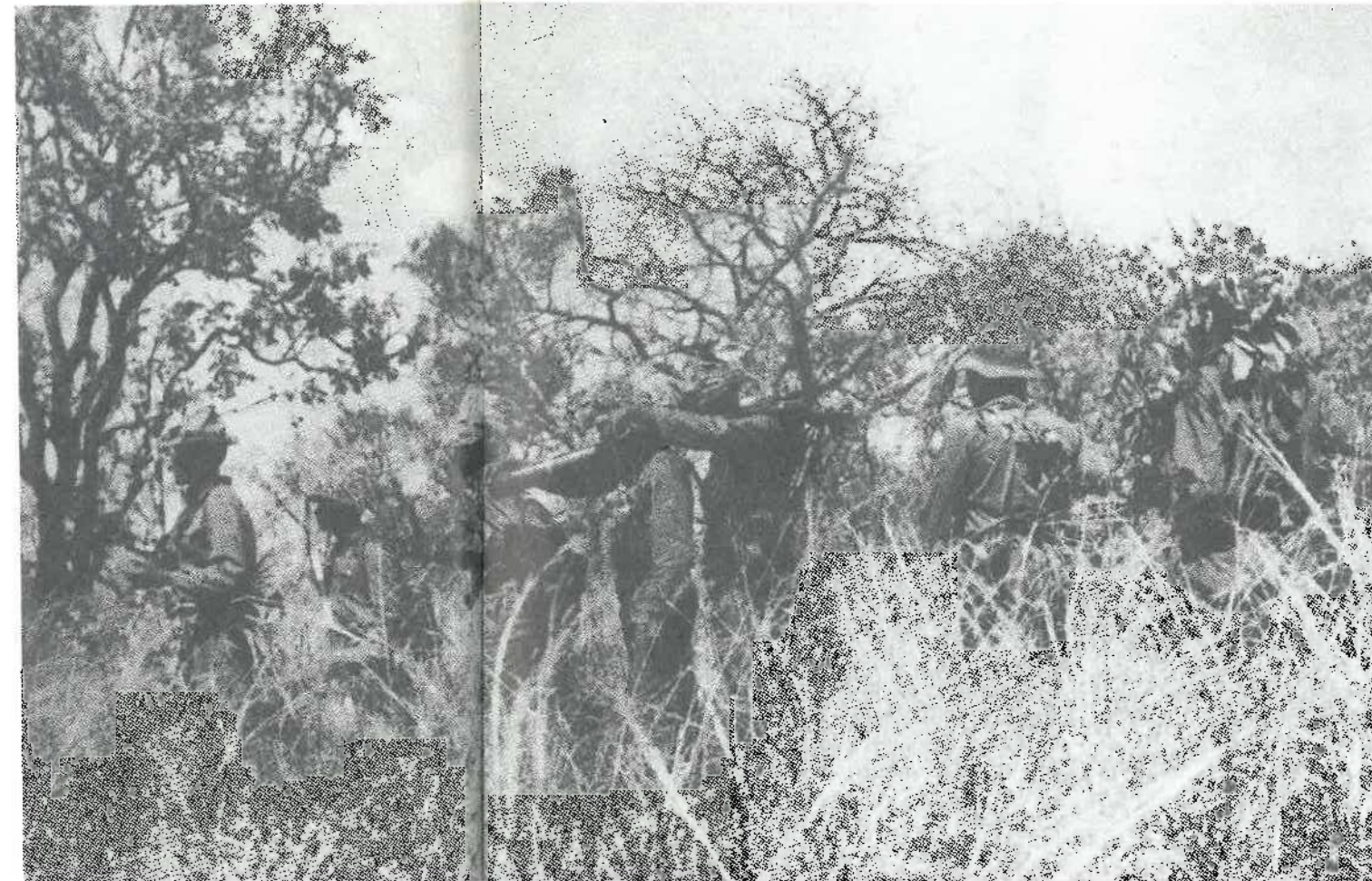
Es ist nach wie vor richtig, daß wir die vollständige Isolierung des südafrikanischen Apartheidregimes fordern. Dennoch ist es ein Hinweis auf den Erfolg dieser Politik, daß sie verschiedene gesellschaftliche Kreise in Südafrika dazu veranlaßt hat, ihr Herangehen zu ändern. Diese Kreise suchen nun nach einem Ausweg aus der Situation. Und dies sollte begrüßt und unterstützt werden.

Nehmen wir doch ein einfaches Beispiel: die Kultur. Sollte es Kontakte zu irgendwelchen Gruppen aus dem kulturellen Bereich aus Südafrika geben oder nicht?

Die einfachste Antwort wäre natürlich: Nein, es sollte keinerlei Kontakt geben. Doch dies hieße, den sich abzeichnenden positiven Trend in der sich herausbildenden Volkskultur zu Hause, den immer breiteren Raum einnehmenden, kulturellen Kampf im Land selbst zu ignorieren, der sich zu einer äußerst wichtigen Komponente des umfassenden Kampfes des Volkes entwickelt. (...)

Hilft es sowjetischen Schriftstellern u.a., wenn sie Kontakt zu Leuten aus Südafrika,

Guerilleros des Umkhonto we Sizwe, des bewaffneten Arms des ANC



©SIEGERT

mit Kreisen aus Südafrika haben? Bedeutet das nicht, daß der Boykott gebrochen wird?

Die akademischen und andere Kreise aus Südafrika sind im übrigen nicht offizielle Kreise. Wenn der ANC mit Leuten aus der Heimat zusammentrifft, so trifft er sich in keiner Weise mit offiziellen Kreisen, sondern er ist bemüht, einen Trend zu unterstützen, der sich im Land selbst herausbildet – an der gesellschaftlichen Basis der Apartheid selbst. Es bietet sich hier die

Möglichkeit, die Anti-Apartheid-Front im Land selbst zu verbreitern, eine Anti-Apartheid-Front, die eine immer größere Zahl der Kreise umfassen wird, von denen bekannt war, daß sie bisher das Apartheidregime unterstützten, die aber nun einen Weg sehen, von dieser Position wegzukommen, und die bestrebt sind, sich in den umfassenden Kampf des Volkes gegen das einzureihen, was auch sie mittlerweile als Problem in unserem Land erkannt haben. (...)

Was wir gesagt haben, ist, daß Südafrika

auf diplomatischer Ebene isoliert werden muß. Und das sagen wir auch weiterhin. Wir haben in keinsten Weise jemanden dazu ermutigt, diplomatische Beziehungen mit offiziellen Kreisen in Südafrika aufzunehmen. Dies verurteilen wir weiterhin, da wir auch weiterhin die Kräfte, die Verbündete des Regimes sind, dafür verurteilen, daß sie offizielle diplomatische Beziehungen mit Südafrika aufrechterhalten. Dies muß ganz und gar verurteilt und verhindert werden. Die Organisation für Afrikanische Einheit ist z.B. nie von ihrer Verurteilung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Südafrika abgerückt.

Nicht die Isolation gewisser Kreise dort in Südafrika, sondern vielmehr Gespräche mit ihnen tragen dazu bei, den Kampf gegen die Apartheid im Land selbst zu stärken. Der ANC muß auf diese Kreise zugehen, mit ihnen sprechen und sagen: „Wenn ihr sagt, die Apartheid ist schlecht, dann kommt zu uns herüber.“ Und das ist es auch, was wir ihnen gesagt haben. Aber wir bauen keine diplomatischen Beziehungen zu Südafrika auf. Und wir sagen auch nicht, daß diejenigen unserer Freunde, die mit diesen Leuten diskutieren, um sie zu ermutigen, sich in die Anti-Apartheid-Front einzureihen, damit diplomatische Beziehungen zu Südafrika aufbauen. Das tun sie ganz gewiß nicht.

Die Sowjetunion unterstützt uns uneingeschränkt, ohne Vorbehalt. Die Sowjets sagen, ihr müßt entscheiden, was in der jeweiligen Situation zu tun ist, und sie werden uns unterstützen.

In der gegenwärtigen Situation erklären wir, daß der bewaffnete Kampf zum Sturz des Apartheidregimes das zentrale Element unserer Strategie darstellt, und die Sowjetunion unterstützt das. Sie unterstützt dies uneingeschränkt. Die offizielle sowjetische Politik unterstützt uns. Wenn wir morgen hingehen und sagen: „Nein, wir halten es nun nicht mehr für notwendig, besonderes Gewicht auf den bewaffneten Kampf zu legen“, wird sie sagen: „Gut, wenn ihr dieser Ansicht seid, werden wir unterstützen, was ihr sagt.“ Das ist es, was die Sowjets sagen.

Doch zur Zeit, da wir sagen, daß der bewaffnete Kampf einen zentralen Faktor in unserer Strategie darstellt, unterstützen sie uns uneingeschränkt und sind bereit, uns jede Art von Hilfe, die wir benötigen, zukommen zu lassen, wie sie dies auch in der Vergangenheit getan haben.

Wir haben eine halbdiploatische Vertretung in Moskau. Nur eine Regierung kann vollen diplomatischen Status haben. Eine halbdiploatische Vertretung verweist bereits auf einen hohen Status, ein hohes Maß an Anerkennung. Die Sowjets unterstützen uns auf politischer, diplomatischer und anderer Ebene. Wenn wir mit einer offiziellen Delegation die Sowjetunion besuchen, stellen wir diesbezüglich keine Meinungsverschiedenheiten fest, sondern treffen auf vollkommene Übereinstimmung.

(QUELLE: Sechaba, London, Nr. 5/1989, S. 2–5)

INTERVIEW MIT COMANDANTE VICTOR TIRADO LOPEZ

Die Perestroika wirkt sich positiv für uns aus

Welche Auswirkungen zeitigt die neue sowjetische Außenpolitik auf revolutionäre Projekte in der Dritten Welt und inwiefern zwingt dies zur Anpassung? Dieser Frage ist Victor Tirado Lopez, Führungsmitglied der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) Nicaraguas, in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ANN in Managua nachgegangen.

FRAGE: Worin besteht Ihrer Meinung nach die Bedeutung der Perestroika hinsichtlich der internationalen Beziehungen?

V. TIRADO: Die Perestroika in der Sowjetunion kommt einer Revolution gleich, die die internationalen Beziehungen erschüttert und verändert hat. Ich beziehe mich dabei nicht auf die Veränderungen innerhalb der Sowjetunion, sondern auf deren Auswirkungen auf die internationale Situation. Auf der ganzen Welt hat sich infolge der Perestroika ein Klima der Entspannung und des Friedens ausgebreitet.

Früher, als Nikita Chruschtschow Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war, herrschte eine ähnliche Atmosphäre, jedoch nur vorübergehend und nicht dauerhaft. Heutzutage deutet vieles darauf hin, daß das kein vorübergehendes Phänomen sein wird. Die sowjetische Regierung setzt nicht mehr auf Krieg oder auf Wettrüsten und verzichtet darauf, ihre eigene Sicherheit durch weiteres Aufrüsten gewährleisten zu wollen. Die UdSSR versucht momentan, ihre Sicherheit auf ihr Potential, die wirtschaftliche Entwicklung, zu stützen. Sicherheit nicht nur im Sinne einer Verteidigung gegen Aggression von außen, sondern auch bezüglich einer Konsolidierung der Lage im Innern.

Der Sozialismus hat im Kampf zwischen sozialistischem und kapitalistischem System zeitweise den kürzeren gezogen. Oder anders gesagt: Dem Sozialismus ist es nicht gelungen, den Kapitalismus in den Industrieländern in wirtschaftlicher Hinsicht zu übertreffen. Die sowjetischen Politiker sind sich bewußt geworden, daß der militärische Konkurrenzkampf die wirtschaftlichen Fortschritte bremst. Dasselbe gilt für die übertriebene Zentralisierung und die erzwungene Kollektivierung in der Landwirtschaft.

Jetzt versuchen sie, einen großen Teil der Staatsausgaben zur Förderung der Wirtschaft einzusetzen, Geldmittel, die zuvor zur Verstärkung des Militärapparates verwendet worden waren. Die Militärindustrie soll in eine zivile Industrie umgewandelt werden und die Wissenschaft, die Technik



Sowjetische Berater in Nicaragua

und die Arbeitskräfte sollen im Bereich der Konsumgüterproduktion eingesetzt werden. Diese Kehrtwendung in der sowjetischen Politik hat Folgen auf der ganzen Welt.

FRAGE: Welches sind die Folgen der Perestroika für Lateinamerika, Zentralamerika und die sog. Dritte Welt?

V. TIRADO: Wenn die Spannung auf der Welt und in einzelnen Regionen abnimmt oder sozusagen verschwindet, wird sich die Militärhilfe, die die UdSSR einigen Drittwelt-Ländern leistet, in wirtschaftliche Zusammenarbeit umwandeln. Es ist klar, daß

ein solcher Wandel positiv ist.

Wir befinden uns in einer Phase, in der die Stärke oder Schwäche eines Staates weniger auf seiner militärischen Kraft als auf dem Zustand seiner Wirtschaft beruht. In der momentanen entspannten Lage können und müssen wir alle unsere Anstrengungen auf den Wiederaufbau der Wirtschaft richten, insbesondere angesichts der Tatsache, daß die UdSSR einseitig abrüstet und daß sich eine Schlichtung der Regionalkonflikte abzeichnet.

Auf der Tagesordnung steht eine Lösung für die Schuldenkrise, für die Inflation und für die Stagnation der Weltwirtschaft sowie

eine Verbesserung der Preise für Rohstoffe. Wenn wir keine Lösung für diese Probleme finden, werden wir unseren Rückstand niemals überwinden und auch in Zukunft Rohstoffproduzenten bleiben. Selbst erdölexportierende Länder wie Venezuela und Mexiko sind bei der Lösung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Probleme gescheitert. Erdöl war und blieb ein Rohstoff, und es gelang ihnen nicht, eine Exportindustrie von Industriegütern aufzubauen.

Die Perestroika fördert die politischen Veränderungen. Nicht, daß die Perestroika diese Veränderungen von sich aus möglich macht, denn sie hängen von den internen Situationen, von den vorhergehenden Prozessen in jedem Land ab. Aber die Perestroika fördert solche Veränderungen.

In Lateinamerika hat sich ein Spielraum geöffnet für Reformen, parlamentarische Auseinandersetzungen, Wahlkämpfe und Kämpfe im Arbeitsbereich, bei denen der bewaffnete Kampf nicht auf der Tagesordnung steht.

Die Kampfformen und Methoden haben sich geändert. Die revolutionären Umwälzungen haben bis heute in einem äußerst spannungsgeladenen und kriegerischen Klima in militarisierten Regionen stattgefunden.

In dieser Situation verzeichnete man hohe Verluste an Menschenleben sowie finanzielle, technische und materielle Verluste, die die ökonomischen Probleme noch verschärften. Wir treten in eine Phase, in der die revolutionären Veränderungen sich in einem Klima des Friedens und in einem legalen Rahmen abwickeln können. Also sind die Strategien und Taktiken an die neuen Realitäten anzupassen, ohne dabei das zentrale Ziel aus den Augen zu verlieren: die Perspektive des Sozialismus! Es soll aber

DIE PERESTROIKA FÖRDERT POLITISCHE VERÄNDERUNGEN IN DER WELT, SO BEGRENZT IHRE MÖGLICHKEITEN ZUR MATERIELLEN HILFE AUCH SEIN MÖGEN

ein pluralistischer Sozialismus ohne Zwangskollektivierungen werden. Er muß dezentralisiert sein.

Wir können seine Verwirklichung nicht anstreben, bevor die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ein höheres Niveau erreicht hat. Es ist bewiesen, daß man historische Etappen nicht schadlos überspringen kann. Der Sozialismus kann nicht per Dekret eingeführt werden. Aber wir müssen immer darauf achten, daß jeder Schritt, den wir unternehmen, auf der Seite der Mehrheit der Bevölkerung steht.

Zurück zur Perestroika und den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Dritten Welt. Zwei Punkte müssen beachtet werden: An erster Stelle steht die wirt-



Patrouille der sandinistischen Armee mit sowjetischem Mi-8-Hubschrauber

Sowjetischer Waffenstopp für Nicaragua?

In einem Brief an US-Präsident George Bush soll der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow bekanntgegeben haben, daß die Sowjetunion Nicaragua seit Ende 1988 nicht mehr mit Waffen beliefern wird. Dies gaben am 16. Mai d.J. „offizielle Vertreter der Bush-Administration“ bekannt.

Die Beamten, die in den Presseberichten genannt blieben, gaben an, der Brief sei die Antwort auf ein Schreiben Bushs vom 30. März d.J., in dem dieser die Sowjetunion zu diesem Schritt aufgefordert hatte. Sie vermuteten, die Beendigung der Militärhilfe für die Contras und die Unterstützung der diplomatischen Initiativen in der Region durch Washington seien der Grund für den Schritt Moskaus. Jedoch würden weiterhin Fahrzeuge, Kleidung und andere Nachschubgüter geliefert.

Bei seinem Kuba-Besuch vom 2.-6. April d.J. hatte Gorbatschow die bisherige sowjetische Position bekräftigt, wonach eine Einstellung der militärischen Hilfe an Nicaragua nur dann in Frage komme, wenn die USA mit ihren Verbündeten in Mittelamerika ebenso verfahren. Dazu sind die USA jedoch nicht bereit.

Am 17. Mai bestätigte der Sprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater, den Inhalt des Briefes und erklärte, Gorbatschow hätte die Einstellung der Waffenhilfe an Managua bei einem Besuch des US-Außenministers Baker in Moskau am 8. Mai d.J. bekräftigt. Fitzwater gab sich skeptisch, was die sowjetische Zusage angeht: „Zu diesem Zeitpunkt sehen wir keine Beweise dafür.“

Nach Angaben des US-Außenministeriums sollen Waffen im Wert von 80 Mio \$ aus der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten Nicaragua seit Anfang des Jahres erreicht haben, nachdem die Lieferungen 1988 insgesamt 515 Mio \$ betragen hätten. Aus Geheimdienstkreisen verlautete jedoch, daß dies nicht unbedingt einem Bruch der sowjetischen Zusage gleichkäme, da die Waffenlieferungen möglicherweise noch im letzten Jahr vereinbart worden seien. Im Gegensatz zu den Äußerungen Fitzwaters stieß die sowjetische Ankündigung im Kongreß auf ein wesentlich positiveres Echo. Der demokratische Senator Dodd sprach von einem möglichen „außerordentlich wichtigen Durchbruch in der Region“.

Sollte die Sowjetunion tatsächlich ihre Waffenlieferungen an Nicaragua eingestellt haben, würde dies für Nicaragua vorerst keine besonderen Nachteile bringen, zumal der Krieg gegen die Contras auf Sparflamme läuft und die Konpro-

mißbereitschaft der USA gefördert werden könnte. Aber einige Reaktionen aus den betroffenen Staaten lassen Zweifel an der US-Version aufkommen. So hatte Baker nach seinem Treffen mit Gorbatschow vom 8. Mai zwar erklärt, man habe übereingestimmt, „auf eine politische und diplomatische Lösung des Nicaragua-Problems hinzuwirken“. Jedoch war von einer Einstellung der sowjetischen Militärhilfe nicht die Rede. Baker meinte lediglich, er sei sehr „hoffnungsvoll“, daß das zu einer Kürzung oder einem Stopp der sowjetischen Militärhilfe führen würde.

Von sowjetischer Seite bestätigte der stellvertretende Leiter der Lateinamerika-Abteilung des Außenministeriums, Jan Buriyai, zwar, daß die Sowjetunion für einige Zeit keine Waffen an Nicaragua geliefert habe, daß dies jedoch keine endgültige Entscheidung sei, die Lieferungen dauerhaft einzustellen.

Aus Managua wurde die Einstellung der sowjetischen Hilfe jedoch nicht bestätigt. In einer ersten Reaktion erklärte der stellvertretende Außenminister, José Leon Talavera, daß keine entsprechende offizielle Mitteilung aus der Sowjetunion vorliege. Am 19. Mai erklärte Staatspräsident Daniel Ortega: „Wir haben normale Beziehungen zur Sowjetunion auf den Gebieten der Wirtschaftshilfe, der Militärhilfe. Die Sowjetunion ist allen ihren Verpflichtungen nachgekommen.“

Innenminister Tomas Borge, der zu einem dreitägigen Besuch in der Sowjetunion weilte, lehnte es am 20. Mai auf einer Pressekonferenz in Moskau ab, die Aussage von Jan Buriyai zu bestätigen oder zu verneinen. Bei einem Besuch in der Bundesrepublik erklärte er in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (12.6.1989) auf eine Frage nach der Einstellung der sowjetischen Militärhilfe: „Gorbatschow hat nicht geschrieben, daß es keine Waffenlieferungen mehr für Nicaragua gibt. Er hat vielmehr die Einstellung der Waffenlieferungen vorgeschlagen, wenn die USA ihrerseits ihre Waffenlieferungen an andere Staaten Mittelamerikas beenden. Die Sowjetunion ist bereit, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Wir sind zufrieden damit.“

No Pasaran!

Frank Niess
DAS ERBE DER CONQUISTA
Geschichte Nicaraguas
2. Auflage, Kleine Bibliothek 406
498 S., mit zahlr. Abbildungen, DM 19.80
ISBN 3-7609-1297-4

„Niess umfassende und engagierte Darstellung ist wegen ihres flüssigen Stils, wegen ihrer eindringlichen und genauen Schilderung sowie der reichen Bebilderung hervorragend geeignet, das für Lateinamerika so typische Schicksal dieses geprüften Volkes breiten Leserschichten zu erschließen.“
frontal



Frank Niess
SANDINO
Der General der Unterdrückten
Kleine Bibliothek 512
336 S. mit zahlreichen Abb., DM 19.80
ISBN 3-7609-1242-7

Augusto César Sandino, der General der Unterdrückten, ist durch seinen Kampf für die Souveränität des kleinen Nicaragua gegen die mächtigen USA zur Symbolfigur für Lateinamerika geworden. Frank Niess beschreibt, wie der legendäre Freiheitskämpfer gelebt, gedacht und gekämpft hat. Er zeigt nicht die überlebensgroße Kultfigur, sondern den Menschen Sandino.

Frank Niess
DER KOLOSS IM NORDEN
Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA
2. Auflage, Kleine Bibliothek 282
394 S., DM 16.80
ISBN 3-7609-1089-0

„Der solide recherchierte Band bietet nicht nur eine detailreiche Darstellung, immer wieder durch Zitate aus den Dokumenten angereichert, sondern auch eine überzeugende Analyse.“ *Argument*

Frank Niess geb. 1942, Historiker, Rundfunkjournalist. Zahlreiche Arbeiten über Lateinamerika, zur Politik der USA sowie auf den Gebieten Sozialgeschichte und Wissenschaftspublizistik.

Trägerkreis IWF-Weltbank-Gegenkongreß
Die Grünen im Bundestag (Hrsg.)

GEGEN IWF UND WELTBANK
Beiträge vom
Internationalen Gegenkongreß
Kleine Bibliothek 527, 328 S., DM 16.80
ISBN 3-7609-1274-5

Der Internationale Gegenkongreß der IWF/Weltbank-Kampagne nahm nicht nur eine kritische Bilanz der herrschenden Schuldenpolitik in der Weltwirtschaft vor. Er rückte die Fragen nach politischen Konsequenzen für die Industrieländer in den Mittelpunkt. Der Band dokumentiert diese Bausteine zu einem „neuen Internationalismus“ und formuliert damit Kriterien, die der Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt neue Perspektiven eröffnen können.

431 Unsere Bücher sind Lebens-Mittel
PAHL-RUGENSTEIN

schaftliche Entwicklung. Darüber hinaus ist es aber lebenswichtig, die nukleare Aufrüstung zu stoppen. Das setzt eine Verständigung mit den USA voraus.

Es ist klar, daß die UdSSR den unterentwickelten Ländern „so weit es möglich ist“ – so steht es im Programm der Kommunistischen Partei – weiterhin hilft. Die Sowjetunion verfügt jedoch nicht über genügend Mittel, um für die gesamte Unterstützung aufzukommen, die Länder wie das unsere brauchen. Ihre Hilfe ist in den meisten Fällen begrenzt. Doch es gibt noch einen anderen Grund, der zu berücksichtigen ist. Die UdSSR hat nie oder fast noch nie die Unterstützung zurückgehalten, die sie den sog. Drittweltländern gegeben hat. Und zudem war diese Zusammenarbeit nur sehr selten in den unterstützten Ländern von einem wirtschaftlichen Erfolg begleitet.

Gemäß den neuen Richtlinien der sowjetischen Führung wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern nur gewährt, wenn Fortschritte erzielt werden. Die sowjetischen Führer sind der Ansicht, daß, wenn sie sich vornehmen, Produktion und Produktivität zu erhöhen, die Empfängerländer mit der Sowjetunterstützung das selbe machen müssen. Anders ausgedrückt: Die Hilfe muß rentabel sein.

Was abgebaut und in einigen Fällen gänzlich eingestellt wird, ist die Militärhilfe. Diese veränderte Situation ist bedingt durch die Verständigung mit den Vereinigten Staaten, den Druck aus Washington und das sowjetische Interesse an einer allgemeinen Abrüstung, auch einer Abrüstung der UdSSR und ihrer Alliierten.

Angesichts der neuen Perspektiven, die die Perestroika bietet, muß die internationale kommunistische Bewegung, müssen die marxistisch-leninistischen Parteien eine Bilanz der letzten 70 Jahre ziehen, eine Bilanz ihrer Erfahrungen, Fehler und Erfolge. Vor allem die sowjetischen Kommunisten werden diese Mühe auf sich nehmen müssen, denn sie haben die Aktivitäten der kommunistischen Parteien und vieler antimperialistischer Bewegungen angeleitet oder inspiriert.

Diese Kritik wird nichts aussparen dürfen: weder festverwurzelte Denkschemata noch geheiligte Traditionen, weder das, was bisher unter Marxismus oder Leninismus verstanden wurde, noch den Stalinismus, der ja bereits allmählich überwunden wird. Der Marxismus ist kritisch und nimmt nichts von der Kritik aus. Deswegen ist er revolutionär.

Die sowjetischen Kommunisten sind den anderen Revolutionären Rechenschaft schuldig, nicht nur weil sie mitverantwortlich für vergangene Fehler der revolutionären Bewegung sind, sondern auch, weil man aus der Vergangenheit Lehren ziehen muß, um dazuzulernen und Fehler nicht zu wiederholen.

Ich glaube, daß die Perestroika nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, weder in der Sowjetunion noch im Weltmaßstab, denn es gibt weder Kräfte noch Ar-

gumente, die einen solchen Rückschritt rechtfertigen könnten. Wer würde sich heute für das Wettrüsten einsetzen wollen, für regionale Kriege, für internationale Spannungen?

Die USA beobachten die Veränderungen in der Sowjetunion noch recht reserviert, aber in Westeuropa werden diese Veränderungen mit Enthusiasmus begrüßt. Das zeigt, daß die Regierenden in den USA noch manchen überholten Ideen anhängen und glauben, das sowjetische System werde sich nie ändern. Aber jeder einseitige Schritt, den die UdSSR auf militärischem Gebiet unternimmt, schwächt diesen Widerstand, und allmählich sieht man in Washington ein, daß der Kurswechsel, den Michail Gorbatschow eingeleitet hat, nicht konjunkturrell oder taktisch bedingt ist, sondern strategisch und daß er weitreichende Auswirkungen haben wird.

Diese umfassende Tendenz zur Entspannung und zur Begrenzung des Wettrüstens, zur Lösung der Wirtschaftsprobleme und zur Erweiterung der Demokratie wird auch Auswirkungen auf die USA haben. Angesichts dieser neuen Lage wird es auch in den USA eine Demokratisierung geben müssen. (...)

Die USA müssen auch ihre Beziehungen zur übrigen Welt, besonders zu Lateinamerika, demokratisieren. Unter den neuen Bedingungen hat die bisherige Politik der USA, die auf Gewalt, Aggression, Drohung, Repression, Erpressung, Finanz- und Handelsblockaden beruht, keine Zukunft. Das ist ein Anachronismus und eine Politik, die die Welt und die Mehrheit der lateinamerikanischen Regierungen nicht länger hinnehmen wollen.

Lateinamerika und die Länder der Dritten Welt müssen sich auf eine Strategie einigen, auf eine eigenständige Politik in wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Wir müssen die Frage lösen, wie wir uns in Expor-

IM ZUGE VON ENTSPANNUNG
UND ABRÜSTUNG WIRD SICH
DIE SOWJETISCHE
MILITÄRHILFE FÜR DIE DRITTE
WELT IN WIRTSCHAFTLICHE
ZUSAMMENARBEIT
UMWANDELN

teure von Industrieprodukten verwandeln können, um nicht immer nur Rohstoffe – dazu gehört auch das Erdöl – zu verkaufen. Wir müssen auch die Frage lösen, wie wir die Demokratie und die Unabhängigkeit stärken können und unsere Autonomie gegenüber den Machtzentren der Welt wahren können. Wir müssen uns in ein Machtzentrum verwandeln, damit unsere Stimme gehört wird und die internationale Gemeinschaft unseren Meinungen Gewicht beibringt.

USA – LATEINAMERIKA

JOCHEN HIPPLER

US-Strategien gegen Lateinamerika

Neue Töne aus Santa Fe

1980 hatte das Komitee von Santa Fe ein Strategiekonzept verfaßt, das in aller Offenheit die Ziele der kontinentalen Vormacht USA gegenüber Lateinamerika umriß. Kurz vor Amtsantritt von George Bush legte das Komitee ein neues Papier vor. Es sprach Empfehlungen aus, wie die USA weiterhin ihre Kontrolle über den Kontinent absichern könnten. Jochen Hippler, Vorstandsmitglied des Instituts für Internationale Politik, vergleicht die beiden Dokumente.



Wie Santa Fe I beinhalten auch die Empfehlungen von Santa Fe II an US-Präsident Bush den Kampf gegen die Befreiungstheologie, u.a. in Brasilien (r.)



Der Council for Interamerican Security (Rat für Interamerikanische Sicherheit) in Washington war und ist eine stramm rechts orientierte, private Organisation, die konservative Akademiker, Ex-Offiziere und andere interessierte Personen zusammenbringt, die aus einer ideologischen Nähe zum Reaganismus heraus Lateinamerikapolitik formulieren wollen. Dessen „Komitee von Santa Fe“ stand 1980 in der ersten Reihe derer, die der bevorstehenden Reagan-Administration eine stromlinienförmig antikommunistische Handlungsanweisung für Lateinamerika präsentierten.

1988 erarbeiteten die gleichen Autoren ein „Santa Fe II“ genanntes Papier, das an seinem Vorgänger anknüpfte, zugleich aber neue Akzente setzte, um von der zukünftigen Regierung Bush als Arbeitsgrundlage akzeptiert werden zu können. (...) Beide Papiere sind – auch wenn dies gelegentlich behauptet worden ist – keine Geheimpapiere, sondern wollen Einfluß auf die politische Diskussion um eine Lateinamerikapolitik in den USA nehmen. Es handelt sich daher um öffentlich beziehbare Papiere, die nichtsdestoweniger doch von hoher Bedeutung sind.

Das erste Santa-Fe-Papier trug den Na-

men: „Eine neue Inter-Amerikanische Politik für die achtziger Jahre“. Es war primär gegen eine als „schwächlich“ empfundene Politik des damaligen Präsidenten Carter (1977–80; d. Red.) gerichtet und wollte mit großem ideologischem Schwung einen offensiven Neuanfang der Lateinamerikapolitik vorbereiten.

Der Ausgangspunkt des Papiers war geopolitisch: Lateinamerika sei einerseits eine unverzichtbare Grundlage der US-amerikanischen Weltmachttrolle, und andererseits sei die Sowjetunion mit Hilfe regionaler „Stellvertreter“ dabei, als Teil ihres Plans der Welteroberung Lateinamerika politisch zu untergraben und militärisch unter Kontrolle zu bringen. (...)

„Sogar die Karibik, Amerikas maritimen Hauptverkehrsweg und Zentrum der Erdölraffinerie, wird zu einem marxistisch-leninistischen See. Niemals zuvor war diese Republik, (die USA) an ihrer ungesicherten Südfanke in so großer Gefahr. Niemals zuvor hat die amerikanische Außenpolitik ihre Verbündeten im Süden, in Lateinamerika, so sehr mißhandelt, aufgegeben und veraten.“

Es wird Zeit, die Initiative zu ergreifen. (...) Entweder eine Pax Sovietica oder eine weltweite Gegenprojektion amerikanischer

Macht steht bevor. Die Stunde der Entscheidung kann nicht länger aufgeschoben werden.“

Ein Hauptaugenmerk müsse für die USA in Mittelamerika und der Karibik liegen: „Das Karibische Becken und die angrenzenden Staaten sind mit sowjetischen Stellvertretern gesprenkelt und von sozialistischen Staaten umgeben.“

Dazu wurden Kuba, Nicaragua, Grenada, aber auch Guayana und Jamaika gerechnet. Die Stabilität und Sicherheit anderer Länder der Region (vor allem El Salvador und Guatemala) sei ebenfalls höchst zweifelhaft. Nicaragua und Kuba seien als sowjetische Stellvertreter und Handlanger insbesondere verantwortlich für den Export von Terrorismus und Revolution in die Nachbarländer.

Vor diesem Hintergrund, der an Dringlichkeit und sogar Alarmismus kaum etwas zu wünschen läßt, werden dann in verschiedenen Bereichen konkrete Vorschläge gemacht, wie die USA Lateinamerika als Teil ihrer Machtgrundlage erhalten könnten. Im militärischen Teil, der nicht zufällig an erster Stelle behandelt wird, sind genannt: die Wiederbelebung des Rio-Paktes und des Interamerikanischen Verteidigungsrates; die Initiierung zusätzlicher regionaler Si-

cherheitsabkommen; die Wiederbelebung und Verstärkung US-amerikanischer Militärlieferanten für die lateinamerikanischen Streitkräfte.

Ein besonderes Kapitel wird der „internen Subversion“ in den Staaten Lateinamerikas gewidmet. Dabei wird auf die „integrale Verbindung von interner Subversion und externer Aggression“ hingewiesen und formuliert: „Wegen der kommunistischen Anstrengungen, jedes verfügbare Mittel zum Sturz der kapitalistischen Ordnung und zur Veränderung der Welt anzuwenden, werden interne und externe Sicherheit untrennbar.“

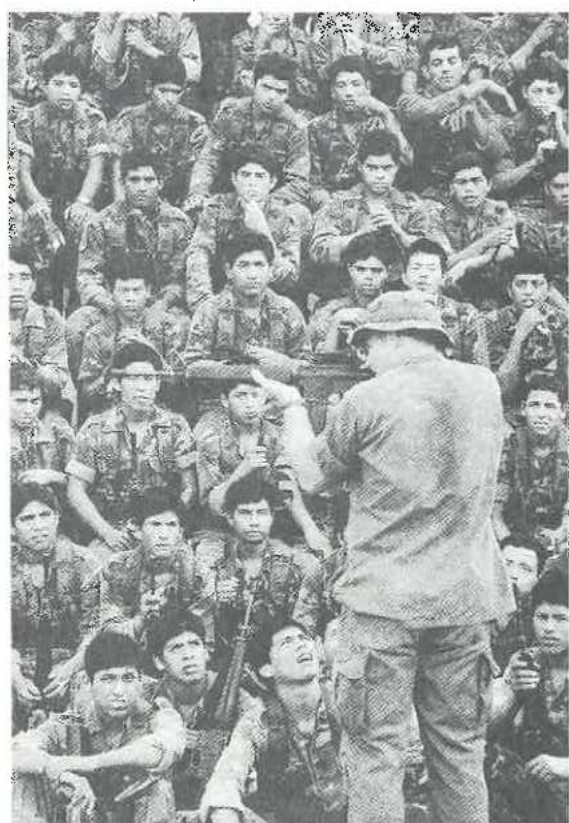
Hier finden wir also bereits einen Grundgedanken der Strategie von „low-intensity warfare“ (Kriegführung niedriger Intensität, d. Red.).

In diesem Zusammenhang ist es interessant, welche hohe Bedeutung das Santa-Fe-Papier der ideologischen Auseinandersetzung beimisst. Eine ganze Reihe von Vorschlägen an unterschiedlichen Stellen zielen immer wieder auf diesen Punkt. (. . .)

Die Menschenrechtspolitik des Präsidenten Carters müsse aufgegeben und durch eine „Politik des politischen und ethischen Realismus ersetzt“ werden. Die US-Regierung solle „durch und mit“ dem Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO arbeiten, um in den Ländern Lateinamerikas gegen Staatsdominanz (statism) und Zentralismus vorzugehen.

Besonders negativ bewertet das Papier die Befreiungstheologie. „Die amerikanische Außenpolitik muß beginnen, die Befreiungspolitik, so wie sie in Lateinamerika von einem Teil des Klerus („liberation theology“ clergy) betrieben wird, zu bekämpfen und nicht nur auf sie zu reagieren. Die Rolle der Kirche in Lateinamerika ist entscheidend für das Konzept politischer Freiheit. Unglücklicherweise haben die marxistisch-

Die Intensivierung der militärischen Ausbildung, wie hier in Honduras, wird in Santa Fe II betont



leninistischen Kräfte die Kirche als eine politische Waffe gegen das Privateigentum und den produktiven Kapitalismus instrumentalisiert, indem sie die religiöse Gemeinschaft mit Ideen infiltriert haben, die weniger christlich als kommunistisch sind.“

In einem Abschnitt über Erziehung als politischem Mittel werden die Autoren deutlich: „Die USA müssen die ideologische Initiative ergreifen. (. . .) Die Erziehung muß den Idealismus hervorbringen, der als ein Instrument des Überlebens dienen wird. Der Krieg wird um das Bewußtsein der Menschheit geführt. (. . .) Es muß eine Kampagne zur Gewinnung der intellektuellen Elite Ibero-Amerikas durch die Medien des Radios, des Fernsehens, durch Bücher, Aufsätze, Broschüren, durch Zuschüsse, Stipendien und Preise begonnen werden.“

Neben den erwähnten Vorschlägen im militärischen und im ideologischen Bereich legt das Santa-Fe-Papier besonderes Gewicht auf den wirtschaftlichen Sektor. (. . .)

Das Santa-Fe-Papier schloß 1980 mit der Betonung, daß drei Länder der Hemisphäre für die USA von besonderer strategischer Bedeutung seien: Brasilien, Mexiko und Kuba. Brasilien wurde als das Schlüsselland Südamerikas betrachtet, mit dem eng zusammenzuarbeiten sei. Kritik an dessen Menschenrechtspraxis solle völlig unterlassen werden, dafür sei im Technologiebereich und insbesondere bei der Atomenergie intensiv zusammenzuarbeiten.

Mexiko ist für die USA von besonderer Bedeutung, schon wegen seiner direkten Nachbarschaft, der Millionen legalen und illegalen Einwanderer und seiner Öl- und Gasvorkommen – von seiner politischen Bedeutung in Mittelamerika einmal zu schweigen. In diesen Fragen sei eine enge Zusammenarbeit unerlässlich.

Mit beträchtlichem ideologischem Eifer nahm sich das Komitee von Santa Fe Kuba an. „Die Vereinigten Staaten können den Status Kubas als eines sowjetischen Vasallenstaates nicht länger akzeptieren. Die kubanische Subversion muß deutlich als solche bezeichnet und ihr muß entgegengetreten werden. Der Preis, den Havanna für solche Aktivitäten zu zahlen hat, darf nicht klein sein. Die Vereinigten Staaten könnten ihre Glaubwürdigkeit nur wiederherstellen, wenn sie sofortige Maßnahmen einleiten. Die ersten Schritte müssen einen offenen Strafcharakter tragen.“ (. . .)

Insgesamt kann festgestellt werden, daß das Santa-Fe-Papier von 1980 eine Synthese offensiver ideologischer Kreuzzugsmentalität gegen eine „sowjetisch-kubanisch-nicaraguanische Achse“ mit einem Bündel pragmatischer, wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen darstellt. Es geht dem Papier tatsächlich darum, ein integriertes und facettenreiches Gesamtkonzept für eine Lateinamerikapolitik vorzulegen, die ohne jeden moralischen Zweifel ausschließlich den US-Machtinteressen dienen und Bestandteil eines weltweiten Kampfes gegen So-



Die „Stimme Amerikas“ ist ein Mittel der USA, den „kulturellen Krieg“ zu führen

wjetunion und „Kommunismus“ sein will. (. . .)

Die Autoren gehen von der Existenz eines totalen Krieges gegen die Sowjetunion aus, wenn auch eines Krieges „niedriger Intensität“. Alle Mittel, militärische Aggression, Militär- und Wirtschaftshilfe, ideologischer Kampf und wirtschaftliche Reformen werden in den Dienst gestellt, um das Ziel dieses Krieges zu erreichen – keinen Abwehrkampf, sondern die offensive Durchsetzung eines US-kontrollierten Kapitalismus in allen Ländern des amerikanischen Kontinents.

1988 legte das Komitee von Santa Fe des Council for Interamerican Security ein neues Papier vor. Diesmal trug es den Titel: „Santa Fe II – Eine Strategie für Lateinamerika in den neunziger Jahren“. Auch wenn dieses Dokument sich selbst zu Recht in die Tradition des Vorgängerpapiers stellt, so unterscheidet sich sein Charakter von diesem doch wesentlich.

Der Anfang entspricht durchaus der Tradition: „Die amerikanischen Länder werden immer noch angegriffen. Wir haben 1980 davor gewarnt. Der Angriff manifestiert sich in kommunistischer Subversion, Terrorismus und Drogenschmuggel.“ (. . .) Verglichen mit dem ursprünglichen Santa-Fe-Papier bleibt Santa Fe II an diesen Stellen bemerkenswert knapp, etwas formelhaft und macht den Eindruck, daß es sich hierbei um eine Pflichtübung handelt.

Die inhaltliche Substanz und der größte Teil des Textes bemüht sich, konzeptionelle Überlegungen für eine langfristige Lateinamerikapolitik zu entwickeln. Im Zentrum dieser Überlegungen steht die Frage der „Demokratisierung“ in Lateinamerika. (. . .) Es gehe um die Einführung eines demokratischen „Regimes“, nicht nur formal-demokratischer Mechanismen, die nur zu leicht wieder aufgegeben werden können.

Worin besteht aber nun das Wesen dieses „demokratischen Regimes“? Es handelt sich keinesfalls um Forderungen nach demokratischer Partizipation der Bevölkerung (smehrheit) oder ähnliche an den Interessen der Bevölkerung orientierte Konzepte, sondern um eine Integration wirtschaftsliberaler Vorstellungen mit Strategie-

gien einer reglementierten Demokratie. Die „Demokratie“ des Santa Fe II ist ein Gegenmodell zu sozialistischen Modellen, aber auch zu staatlich regulierten bürgerlichen Gesellschaften. „Das dirigistische Regime setzt sich selbst zunehmend an die Stelle der Initiative der Bürger und vermindert stetig die autonome Sphäre der zivilen (nichtstaatlichen) Gesellschaft.“

Die lateinamerikanische Tradition sei auch dort, wo sie nicht sozialistisch ist, von einem sich einmischenden und hemmenden Staatsapparat gekennzeichnet, der wirtschaftliche Entwicklung hemme („statism“). „Regierungen mögen instabil sein und wechseln, aber alle tendieren dazu, in ihrer Zeit eine Ausdehnung der Rolle des Staates anzustreben.“ Der „demokratische“ Gegenentwurf von Santa Fe II macht die Entfesselung des freien Marktes zum Kern des „demokratischen Regimes“ nach der Formel, daß Demokratie individuelle Freiheit bedeute und individuelle Freiheit mit freiem Unternehmertum gleichgesetzt wird. (. . .)

Demokratie heißt danach primär Entstaatlichung. Die Einführung eines solchen „demokratischen Modells“ wird nicht von allen Teilen der Bevölkerung begrüßt werden können, so daß Gegenwehr auch organisierter Art zu erwarten ist. Hier hat das Papier eine Lösung bereit: „Die USA sollten bei Regierungen, die ein demokratisches Regime schaffen wollen, die Notwendigkeit zur Zügelung antidemokratischer Parteien anerkennen.“

Was hier so selbstverständlich formuliert wird, ist nur im Zusammenhang des oben skizzierten Demokratiebegriffs verständlich: Organisationen, die sich gegen die wirtschaftsliberalen Vorstellungen des Papiers wenden, wären quasi „antidemokratisch“ und eine Einschränkung ihres politischen Handlungsspielraums legitim. Das ist nicht eben das, was man gemeinhin unter funktionierender Demokratie versteht.

Kern des Demokratisierungsprogramms von Santa Fe II sind Privatisierung von halbstaatlichen Unternehmen, Entstaatlichung von Entscheidungsprozessen und wirtschaftliche Deregulierung, ist ein „demokratischer Kapitalismus“, der wiederum durch „freies Unternehmertum und einen freien Kapitalmarkt“ definiert wird.

Das zweite Santa-Fe-Papier verzichtet auf ein eigenes Kapitel zur „Internen Subversion“. Dafür widmet es sich intensiver und systematischer der Frage kultureller Hegemonie, wobei es explizit auf Gramsci rekurriert.

Die Autoren gehen offensichtlich davon aus, daß die Bedrohung amerikanischer Interessen nunmehr stärker durch ideologische und kulturell-politische Gefährdungen gekennzeichnet ist, als durch militärische Angriffe oder offene Aufstände. Aus diesem Grund werden ausführlichere Vorschläge unterbreitet, wie die USA ideologisch in die Offensive kommen könnten. Dabei wird – ganz in der Tradition von Santa Fe I – die ideologisch-kulturelle Auseinandersetzung

als eine Art „Krieg“ begriffen.

Santa Fe II formuliert: „Genau in diesem Zusammenhang muß die Befreiungstheologie verstanden werden: Sie ist eine politische Doktrin mit einer Tendenz gegen den Papst und gegen die freie Marktwirtschaft, die sich als religiöser Glaube maskiert, um so die Unabhängigkeit der Gesellschaft von dirigistischer Kontrolle zu schwächen. (. . .) So wird die marxistische Doktrin neuerdings einem schon lange bestehenden kulturellen und religiösen Phänomen aufgepfropft.“

Die Attacke richtet sich nicht nur gegen ein oder zwei Bestandteile der Kultur. Sie wirkt auf breiter Front und versucht, die gesamte Kultur mit neuer Terminologie neu zu definieren, so daß, genau wie der Katholizismus von Befreiungstheologen neu definiert wird, auch die Kunst verändert wird, Bücher neu interpretiert und Lehrpläne überarbeitet werden. Dem Hauptschub kultureller Durchdringung in Lateinamerika folgen verschiedene marxistische Bildungstheoretiker in den Schulen und Universitäten. Die Kontrolle des Staates über die Bildung vergrößert sich durch Lehrbücher und Handbücher und durch zusätzliche Vorschriften der Erziehungsbürokraten. (. . .)

Der Aufstieg der Linken in vielen Massenmedien in Lateinamerika muß ebenfalls vor diesem Hintergrund verstanden werden. Keine demokratische Wahl kann die fortwährende Veränderung hin zu einer dirigistischen Regierungsform ändern, wenn die „Bewußtseinsindustrie“ in den Händen der dirigistischen Intellektuellen liegt. Die Massenmedien, Kirchen und Schulen werden weiterhin die demokratischen Formen hin zum Dirigismus verändern, wenn die Vereinigten Staaten und die jungen, noch unbeständigen demokratischen Regierungen dies nicht als einen Kampf der Regierungsformen erkennen.“

Hier ist das alte Motiv wieder, das Motiv eines „Kampfes der Regierungsformen“. Und dieser Kampf ist wieder ein Kampf zwischen Gut und Böse, wenn die argumentative Stoßrichtung in Santa Fe II diesmal auch gegen den Dirigismus allgemein geführt und der Sozialismus nur als eine seiner Erscheinungsformen begriffen wird. Und dieser Kampf wird nun auch als ideologische Auseinandersetzung begriffen, nicht mehr primär als militärische und subversive Bedrohung. (. . .)

Zur Führung des ideologischen Krieges schlägt Santa Fe konkrete Maßnahmen vor: Einmal wird die Bedeutung des militärischen Ausbildungsprogramms IMET (International Military Education and Training) betont, das neben militärischen Fähigkeiten direkt „demokratische Werte“ vermittelt. (. . .) Ebenso wird die massive Stärkung der Rolle der USIA (United States Information Agency), der Propaganda- und Informationsbehörde der USA, empfohlen. Diese Behörde habe die Aufgabe, der kulturellen Offensive der Linken im Sinne von Gramsci entgegenzutreten: „USIA ist unsere Organi-

sation zur Führung des kulturellen Krieges.“

Diese Vorschläge werden dadurch ergänzt, daß die Autoren vorschlagen, eine selektive Menschenrechtspolitik zu betreiben. Einerseits sollten gezielt die Rechtssysteme in der Region gefördert werden, andererseits gelte es, zwischen Menschenrechtsorganisationen, die ein „demokratisches Regime“ unterstützen und jenen, die in Gramscis Sinne den staatlichen Dirigismus fördern, zu unterscheiden.

Das zweite Santa-Fe-Papier behandelt wie sein Vorläufer ebenfalls die Länder Mexiko, Brasilien und Kuba in besonderer Ausführlichkeit. Zusätzlich zu den genannten Ländern werden im neuen Papier nun auch Panama und Kolumbien behandelt, wobei besonders Kolumbien ins Zentrum gerückt wird.

Zusätzlich wird auch Nicaragua nicht erwähnt gelassen, allerdings bezeichnen derweise in einem Kapitel „Low-Intensity Conflict“ abgehandelt. Dabei wird die These vertreten, daß eine „Eindämmung“ Nicaraguas mit hohen Kosten verbunden sei und längerfristig gar nicht funktionieren würde. Daher müsse das Ziel in der „Demokratisierung“ des Landes bestehen, und in diesem Zusammenhang wird interessanterweise nicht so sehr von militärischen Machtmitteln gesprochen, sondern erneut von der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Medien.

Bemerkenswert an Santa Fe II sind die Abschnitte über Kuba. Die darin enthaltenen Formulierungen waren wesentlich vorsichtiger als in Santa Fe I. Statt einen „Befreiungskrieg“ gegen das Land zu fordern wird nunmehr das Hauptgewicht auf die Nutzung der „Zeit nach Castro“ gelegt, der schon aus Altersgründen nicht ewig amtierbar könne. Das Ziel einer „politischen Reorientierung Kubas“ wurde zwar nicht aufgegeben, aber der Grad der Aggressivität



Bemerkenswert an Santa Fe II sind die Abschnitte über Kuba. Die darin enthaltenen Formulierungen waren wesentlich vorsichtiger als in Santa Fe I. Statt einen „Befreiungskrieg“ gegen das Land zu fordern wird nunmehr das Hauptgewicht auf die Nutzung der „Zeit nach Castro“ gelegt, der schon aus Altersgründen nicht ewig amtierbar könne. Das Ziel einer „politischen Reorientierung Kubas“ wurde zwar nicht aufgegeben, aber der Grad der Aggressivität

wurde etwas zurückgenommen.

Nunmehr war von „hochrangigen Gesprächen mit der Sowjetunion“ die Rede, um den Abzug deren Truppen von der Insel zu erreichen. Anschließend sollten Gespräche „mit Castro oder seinem Nachfolger“ eröffnet werden. Die USA sollten verstärkt Radio- und Fernsehsendungen nach Kuba ausstrahlen, „als ein Mittel bürgerlicher Erziehung zur Schaffung eines demokratischen Regimes“. (. . .)

Beide Papiere wurden von der gleichen Autorengruppe verfaßt und basieren auf der gleichen politischen Ideologie. Sie beruhen auf massivem Antikommunismus und ordnen alles dem Ziel einer Kontrolle Lateinamerikas durch die USA unter, die aus geopolitischen Gründen für nötig gehalten wird. Trotz dieser identischen Ausgangslage sind die beiden Papiere in der politischen Substanz und in den Formulierungen



US-Vizepräsident Quayle stimmt im Juni d.J. die neuen Machthaber in El Salvador auf die US-Strategie ein

nicht identisch, sondern bewerten Dinge unterschiedlich und setzen unterschiedliche Akzente.

Dafür existieren prinzipiell drei Gründe: einmal die gemischten Erfahrungen reaganistischer Lateinamerikapolitik, zweitens die veränderten politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen für die US-Politik in Lateinamerika und drittens Verschiebungen der politischen Akzentsetzungen von Reagan zu Bush.

Die reaganistische Politik gegenüber der westlichen Hemisphäre, insbesondere gegenüber Mittelamerika, ergibt insgesamt ein widersprüchliches Bild. Deren Bewertung hängt dabei natürlich vorwiegend von den angelegten Maßstäben ab, und hierbei gibt es sehr unterschiedliche Möglichkeiten. Nimmt man als Bezugspunkt die Ziele, die die Reagan-Administration und ihr nahestehende Kräfte – wie etwa das Komitee von Santa Fe – zum Beginn der Amtszeit selbst formuliert hatten, dann wirkt die Bilanz wenig eindrucksvoll.

Die Zerschlagung der FMLN-Guerilla in El Salvador durch ein militärisch-politisch-wirtschaftliches Befriedungskonzept, die man zuerst in weniger als einem Jahr zustande bringen zu können glaubte, wurde nie erreicht. Selbst die um 1986 scheinbar

erreichte politische Stabilisierung El Salvadors durch das Projekt einer christdemokratisch getragenen Demokratisierung des Landes – ganz im Sinne von Santa Fe – muß zum Ende der achtziger Jahre als mißglückt betrachtet werden.

In Nicaragua war es von Anfang an darum gegangen, „die Sandinisten loszuwerden“, also zu stürzen und die Revolution rückgängig zu machen. Zu diesem Zweck hatte die Reagan-Administration Wirtschaftsboykotte verhängt, diplomatische Isolierung versucht, eine ungeheure Propagandakampagne initiiert und – als Zentralstück ihrer Politik – die Contras ins Leben gerufen, finanziert, ausgebildet und bewaffnet. Trotz dieser großen Anstrengungen war der Sturz der Sandinisten nicht gelungen, eine Tatsache, die der Reagansche Abteilungsleiter für Lateinamerika im Außenministerium, Eliot Abrams, noch im Februar 1989 beklagte und auf die mangelnde Entschlossenheit seiner Regierung zurückführte. (. . .)

Der mit großem rhetorischem Aufwand 1981 verkündete scharfe Kurs gegen Kuba erwies sich als undurchführbar und wurde nach dem Rücktritt Außenminister Haigs still fallengelassen. Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß der Reagan-Administration in ihrer zweiten Amtszeit schrittweise die Fähigkeit abhanden kam, den Kleinstaat Mittelamerikas ihre Politik völlig zu diktieren. Während es in der ersten Amtszeit noch problemlos gelungen war, den Contadora-Prozeß durch Druck auf die Beteiligten zum Scheitern zu bringen, gelang dies beim Arias-Plan nicht mehr.

Andererseits würde es zu kurz greifen, die Mittel- und Lateinamerikapolitik der Reagan-Administration als gescheitert zu betrachten. Immerhin war es ihr gelungen, wenn die FMLN in El Salvador zwar nicht zu schlagen, sie aber immerhin von der Macht fernzuhalten, der sie sich in den Jahren 1981–83 immer mehr zu nähern schien. Bezüglich Nicaraguas gelang der US-Regierung zwar nicht der Sturz der FSLN, aber sie erzwang eine Verhärtung des innenpolitischen Kurses, eine Militarisierung der Gesellschaft und legte Nicaraguas Wirtschaft in Trümmer: 1979/80 war Nicaragua ein Modell für eine antidiktatorische Revolution in Lateinamerika – am Ende der Amtszeit Reagans konnte davon gar keine Rede mehr sein.

Der billige Erfolg der Reagan-Administration durch die Eroberung der winzigen Karibikinsel Grenada im Oktober 1983 war zwar substanziell zweitrangig, politisch-psychologisch aber kaum zu unterschätzen, auch innerhalb der USA.

Aus dieser gemischten Bilanz zog das Komitee von Santa Fe seine Schlußfolgerungen. Die übermächtige Fixierung der Reagan-Administration auf Mittelamerika sollte aufgebrochen, die wichtigen Länder Südamerikas und Mexiko stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Probleme „militärischer Subversion“ hatten sich aus US-Perspektive als weniger zentral erwiesen als die politisch-ökonomischen Fragen La-

teinamerikas, die für eine Stabilisierung mittelfristig mindestens ebenso gefährlich erschienen.

Dieses Überdenken der eigenen Positionen traf sich mit den veränderten Rahmenbedingungen US-amerikanischer Politik. Wo sich Anfang der achtziger Jahre alle Beobachter auf den Konflikt der Mittelamerika konzentriert und das Komitee von Santa Fe und die Reagan-Administration eine Ausdehnung der revolutionären Welle bis nach Panama und Mexiko befürchtet hatten, standen seit Mitte der achtziger Jahre andere Fragen im Vordergrund: die schrittweise Ablösung traditioneller Militärdiktaturen Süd- und Mittelamerikas durch bürgerlich demokratische Regierungen.

Brasilien, Argentinien, Uruguay, aber auch Guatemala waren hier die wichtigsten Fälle, aber auch in Haiti, Chile, Paraguay und Panama und anderswo stehen diese oder ähnliche Fragen in unterschiedlichen Zusammenhängen auf der Tagesordnung. Auch die Zukunft der Herrschaft der PRI in Mexiko ist für die USA von wesentlich höherer Bedeutung als Entwicklungen in irgendwelchen karibischen Kleinstaat. In diesen Fragen habe die US-Regierung allerdings kaum geschlossene Konzepte, die die US-Interessen wirksam vertreten würden. Es war daher wenig erstaunlich, daß das Komitee von Santa Fe sich mit besonderem Nachdruck um Fragen der „Demokratisierung“ Lateinamerikas kümmerte.

Schließlich hatte der Regierungswechsel von Reagan zu Bush offensichtlich Auswirkungen auf die Formulierungsunterschiede zwischen Santa Fe I und II. War Reagan ideologisch bezüglich Mittelamerikas sehr engagiert und entwickelte mit einigen seiner engen Mitarbeiter eine regelrechte Kreuzzugsmentalität gegen Nicaragua, so war von Bush und seiner Mannschaft – auch wenn sie sich aus taktischen Gründen immer wieder in die Kontinuität zur Reagan-Administration stellten – eine eher pragmatische Herangehensweise zu erwarten.

Auch wenn Bush keine „liberale“ Mittel- und Südamerikapolitik betreiben würde, so war ein Nachlassen des ideologischen Eifers doch abzusehen. Und wenn die Mitglieder des Komitees von Santa Fe Einfluß auf die Politikformulierung der neuen Regierung nehmen wollten, dann mußten sie bei der Formulierung ihrer Vorschläge entsprechende Rücksichten nehmen. (. . .) (QUELLE: U. Duchrow/G. Eisenbürger/J. Hippler (Hg.), Totaler Krieg gegen die Armen. Geheime Strategiepapiere der amerikanischen Militärs, Chr. Kaiser Verlag, München 1989, S. 191–206)

Anmerkungen

Alle Zitate im Text wurden den beiden Santa-Fe-Papieren entnommen. Committee on Santa Fe, A New Inter-American Policy for the Eighties, Washington 1980 (im Text als „Santa Fe I“) und Committee on Santa Fe, Santa Fe II: A Strategy for Latin America in the Nineties, Washington 1988.

Zur Diskussion um die Lateinamerikapolitik der USA zu Beginn der Reagan-Administration und die Einordnung des Santa-Fe-I-Papiers siehe: Jochen Hippler, Menschenrechte und „Politik der Stärke“, USA und Lateinamerika seit 1977, Duisburg 1984, S. 105 ff.

NICARAGUA

Nico BIVER

Kongreß 10 Jahre Revolution und Solidarität

Versuch einer Standortbestimmung

Der 10. Jahrestag der sandinistischen Revolution war Anlaß für die Solidaritätsbewegung, auf einem Kongreß am 16.–18. Juni d.J. in Wuppertal „die Möglichkeiten revolutionärer Entwicklung in Nicaragua, aber auch die Grenzen dieses Prozesses zu untersuchen“ und zu einer „Neubestimmung unserer internationalistischen Arbeit und Solidarität in der BRD zu kommen“.

Daß es allenfalls bei einem Versuch bleiben würde, die gesteckten Ziele des Kongresses zu erreichen, dürfte von Anfang an klar gewesen sein. Zu verschieden sind die Motive der etwa 400 TeilnehmerInnen, Nicaragua zu unterstützen, und auch ihre Vorstellung von Solidarität, als daß eine einheitliche Position zur Entwicklung in Nicaragua und zu den Aufgaben der Solidaritätsbewegung hätte erreicht werden können.

Die unterschiedlichen Anschauungen zum revolutionären Prozeß ergeben sich aber auch aus der Tatsache, daß die Sandinisten die ausgetretenen Pfade des Lehrbuchwissens verlassen haben. Dies war auch der wichtigste Grund, die Entwicklung der Revolution zu bilanzieren und zu versuchen, sich Klarheit über ihren Charakter und ihre Zukunft zu verschaffen.

Zu diesem Zweck waren einige internationale Fachleute eingeladen worden. Luis Coraggio, argentinischer Wirtschaftswissenschaftler, der sechs Jahre in Nicaragua lebte und dort bei der Regionalen Koordination für wirtschaftliche und soziale Forschung (CRIES) arbeitete, verwies auf drei mögliche Arten der Solidarität mit Nicaragua: Eine Solidarität, die sich nicht auf den revolutionären Prozeß bezieht, sondern sich darauf beschränkt, das Selbstbestimmungsrecht eines Landes zu verteidigen. Zweitens eine Solidarität, die die Verwirklichung unserer eigenen Utopien voraussetzt: Schaffung einer ausbeutungsfreien Gesellschaft, ohne Unterdrückung von Frauen und ethnischen Minderheiten, die die Beteiligung aller an den öffentlichen Angelegenheiten verwirklicht und in der die Revolution sich nur von Prinzipien leiten läßt.

Diesen beiden Formen stellte Coraggio eine Solidarität entgegen, die von den Realitäten des revolutionären Prozesses, der bestehenden Gesellschaft und ihrer Unter-

schiede zur unseren ausgeht. Diese Solidarität setze ein Verstehen und Lernen voraus.

Zu den Realitäten, die es zu verstehen gelte, zählte Coraggio, daß jede Revolution sich enormen inneren und äußeren Feinden gegenübersteht: den Zwängen des Weltmarktes und dem politischen und militärischen Interventionismus. Er verwies auf die Notwendigkeit der Stärkung des Staates und der Existenz einer Führung des revolutionären Prozesses, da dieser sich nicht spontan vollziehen könne. Außerdem sei es für die Revolution unabdingbar, sich nach innen und außen zu legitimieren und fähig zu sein, Bündnisse einzugehen, konterrevolutionäre Kräfte zu neutralisieren oder sie offen zu bekämpfen. Die Revolution müsse fähig sein, in einem Rahmen von Prinzipien pragmatisch zu handeln.

Die Fähigkeit der Sandinisten, die Realitäten zu erkennen und pragmatisch Kurskorrekturen vorzunehmen, erläuterte Coraggio an fünf Beispielen: Anerkennung der

bäuerlichen Realität (keine Forcierung der Kollektivierung der Landwirtschaft) und der ethnischen Realität (Autonomie der Atlantikküste); Anerkennung der ökonomischen Gesetze und der Schwierigkeiten, eine Überlebenswirtschaft für die Masse der Bevölkerung zu schaffen; Anerkennung der Bedeutung der Unabhängigkeit der Massenorganisationen und schließlich der Tatsache, daß eine repräsentative Demokratie nicht im Widerspruch zur Revolution steht.

Christoph Links, Publizist aus der DDR, beleuchtete die Lernfähigkeit der Sandinisten an der Wandlung ihrer Vorstellungen über das anzustrebende Gesellschaftsmodell und das Tempo der Umgestaltung der Gesellschaft. Nachdem sie anfangs vom Zusammenfallen der nationalen und sozialen Revolution ausgingen (Carlos Fonseca), sprachen sie nach der Revolution von einer Übergangsphase des nationalen Wiederaufbaus, deren Dauer auf maximal 10 Jahre veranschlagt wurde. 1982 habe Victor Tirado auf der 2. Sandinistischen Versammlung erklärt, daß das Ziel des Sandinismus zwar der Sozialismus sei, daß mensch sich aber erst in der ersten Phase der Übergangsperiode befinde, in der eine gemischte Wirtschaft und Pluralismus bestehen würden und in der es um die nationale Einheit, den Wiederaufbau und die Verteidigung der Nation gehe. Das Überspringen von Etappen wurde abgelehnt und eine gleichzeitige nationale

Abschlußplenum des Kongresses



und soziale Befreiung verneint.

Der Aufbau einer neuen Gesellschaft wurde schließlich als eine Aufgabe der nächsten Generationen betrachtet. Wie diese Gesellschaft aussehen solle, wurde nicht präzisiert. „Dies scheint mir nicht zufällig zu sein“, so Links, „denn wie eine sozialistische Revolution in einem Entwicklungsland (...) aussehen soll, weiß ja ohnehin kaum noch jemand zu sagen.“

Nach 1982 sei über das Thema Sozialismus kaum noch öffentlich diskutiert worden. Vielmehr sei ein revolutionärer Pragmatismus praktiziert worden, der nicht nur die Gefahr beinhalte, daß die Bündnispartner nicht genau wissen, woran sie seien, sondern auch das übergreifende Ziel aus dem Blick verlorengehen könne. Diese Befürchtung habe vor allem durch die Wirtschaftsmaßnahmen seit 1988 neue Nahrung erhalten, die eine Verschlechterung der Lebenssituation der Massen, eine Stärkung des Marktes und die Förderung der Privatunternehmer zur Folge hatten. Deshalb sei seit 1988 wieder betont worden, daß das Ziel der sandinistischen Revolution nach wie vor der Sozialismus sei.

Links interpretierte die Wirtschaftsmaßnahmen dahingehend, daß es darum gehe, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, um sich die Option aufrechtzuerhalten, unter günstigeren Bedingungen die Umgestaltung stärker voranzutreiben. Den Fortgang der Revolution machte er angesichts des größeren Spielraums der bürgerlichen Kräfte davon abhängig, inwieweit die Massenorganisationen ihre Forderungen anmelden und daß diese sich von denen des um nationale Einheit bemühten Staates unterscheiden müßten. Er forderte zur Unterstützung der Kräfte auf, die das Endziel der Revolution nicht aus den Augen verloren haben.

Auch **Eduardo Baumeister**, argentinischer Soziologe, der in Nicaragua wissenschaftlich tätig ist, verwies auf die Notwendigkeit der Autonomie der Massenorganisationen. Angesichts der Unmöglichkeit des Staates, die Errungenschaften der Revolution zu finanzieren, könnten sie nur durch das autonome Handeln der Massen erhalten werden, die auf den Rückhalt des Staates zählen könnten.

Baumeister befaßte sich in seinem Referat mit der Politik der gemischten Wirtschaft, die er in Verbindung mit der Wirtschaftsstruktur, der politischen Entwicklung und der Debatte um eine sozialistische Entwicklung analysierte.

Er stellte heraus, daß es sich in Nicaragua vor der Revolution um eine Bananenrepublik, eher im politischen als im ökonomischen Sinne, gehandelt habe. Das Auslandskapital sei im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten sehr schwach gewesen. Als Besonderheit hob er hervor, daß die kapitalistische Plantagenwirtschaft und feudale Strukturen in der Landwirtschaft wenig ausgeprägt waren und der Anteil der Klein- und Mittelbauern höher lag als etwa in Kuba oder El Salvador. Die Bourgeoisie war schwach entwickelt. Sie hat sich vor al-

lem auf den Binnen- und Außenhandel sowie die Banken konzentriert. Dementsprechend gab es nur eine kleine Arbeiterklasse, die wenig organisiert war.

Die Revolution hat sich vor allem in den Städten und nicht auf dem Land vollzogen und sich auf eine sehr bunte, soziale Basis gestützt. Erst die Revolution ermöglichte die Organisation der ArbeiterInnen und der Klein- und Mittelbauern, die nach der Agrarreform 60 % der landwirtschaftlichen Produkte erzeugen. Ihre Mobilisierung verknüpfte sich dann mit dem antiimperialistischen Kampf gegen die Contras.

Durch den Krieg ist das Land wirtschaftlich zerstört worden. Die Folge ist unter anderem eine galoppierende Inflation, die nur durch die Senkung der Staatsausgaben auf Kosten der Masse der Bevölkerung gesenkt werden kann.

Vor diesem Hintergrund kann, laut Baumeister, der antikapitalistische, der sozialistische Weg nur in der Koexistenz der Privatunternehmer (nicht nur Groß-, sondern vor allem Mittel- und Kleinproduzenten) mit dem staatlichen Sektor und der Mobili-

AM ENDE EINER
POLARISIERTEN DISKUSSION
STAND DIE ERKENNTNIS, DAß
DIE AKTIVITÄTEN DER
STÄDTEPARTNERSCHAFTS-
INITIATIVEN UND DER
„UNABHÄNGIGEN“ KOMITEES
SICH DURCHAUS ERGÄNZEN
KÖNNEN

sierung der Bevölkerung zur Lösung ihrer eigenen Probleme bestehen, sofern sie der Staat nicht lösen kann. Dies setzt die demokratische Beteiligung der Massen an den ökonomischen Entscheidungen voraus.

Die Diskussion über die Neubestimmung der Solidaritätsarbeit, die sich an die Analyse der nicaraguanischen Revolution angeschlossen, konnte aus mehreren Gründen nicht zu einem allgemeinen Konsens der Positionen führen. Dies lag allein schon daran, daß die Entwicklung Nicaraguas unterschiedlich eingeschätzt wird. Nicht alle sind bereit, die ökonomischen Zwänge und die US-Aggression als Ursache für die Kompromisse und die Abstriche an den geplanten Umgestaltungen anzusehen.

Auch die Vorstellung, daß ein revolutionärer Prozeß sich an unseren Utopien zu messen hat, wie sie Coraggio beschrieb, ist nach wir vor in der Solidaritätsbewegung präsent. In einer Podiumsdiskussion vertrat vor allem die Autorin **Rose Gauger** diese Position. Für sie kann Internationalismusarbeit auf Nicaragua bezogen nicht mehr als alternative Entwicklungshilfe sein. Dies bedeute, daß materielle Hilfe nicht bedingungslos an die Regierung geleistet werden kann.

Die Hauptauseinandersetzung fand jedoch über die Frage statt, wie und inwieweit die Solidaritätsarbeit auch die Verhältnisse in der Bundesrepublik zu verändern habe. Dabei bestand nicht nur Uneinigkeit darüber, welche Kräfte dies leisten können – die Arbeiterklasse, wie es Reimar Jelkmann für den DGB-Nicaragua-Arbeitskreis Hessen formulierte, oder ob diese Kraft erst neu bestimmt werden muß, wie Erika Harzer vom Lateinamerikazentrum (LAZ) aus West-Berlin meinte –, sondern auch darüber, welchen Stellenwert dieses Ziel hat und wie es umzusetzen ist.

Nicht nur dem DGB-AK, sondern vor allem den Städtepartnerschafts-Initiativen wurde vorgeworfen, kein eigenständiges politisches Profil zu entwickeln, sondern sich den Wünschen ihrer Bündnispartner unterzuordnen. Politische Positionen – z.B. Kritik an der Politik der SPD und des DGB – würden aus bündnispolitischen und finanziellen Erwägungen geopfert. Dieser Vorwurf ging vor allem an die Städtepartnerschafts-Initiativen, denen Anpassung an „Sachzwänge“ und Projekthuberei vorgehalten wurde.

Da durchaus auch Selbstkritik aus den Reihen der Städtepartnerschafts-Initiativen kam und die „unabhängigen“ Komitees kein schlüssiges Konzept anzubieten hatten, konnte die ursprüngliche Polarisierung in der Diskussion wieder abgebaut werden. Es wurde anerkannt, daß die Städtepartnerschaften einen Ansatz für politische Tätigkeit bieten unter der Bedingung, daß sie ein eigenständiges politisches Profil entwickeln. Die Suche nach Gemeinsamkeiten mit den Komitees wurde betont und festgestellt, daß sich beide Abteilungen der Solidaritätsbewegung ergänzen können.

Eine gemeinsame Strategie für die Bundesrepublik konnte erwartungsgemäß nicht benannt werden. Es wurde aber hervorgehoben, daß es unabdingbar sei, die bundesdeutschen Interessen deutlich zu machen und die Strukturen anzugehen, die die Spielräume der nicaraguanischen Revolution einengen. Hierbei wurde vor allem die IWF/Weltbank-Kampagne als positives Beispiel hervorgehoben. Differenzen blieben jedoch hinsichtlich der Frage bestehen, ob bundesdeutsche Entwicklungshilfe der nicaraguanischen Revolution eher schadet oder nützt und wer der Partner der Solidarität sein soll: FSLN, Massenorganisationen oder Kommunen?

Einhellig wurde der Vorschlag aufgenommen, auf dem nächsten Bundestreffen einen Themenschwerpunkt zur Situation von Frauen in Nicaragua zu machen, da sowohl in der Berichterstattung als auch in der Nicaragua-Diskussion dieses Thema kaum eine Rolle spielt. Weitere Aktivitäten sollen sich mit den Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Länder der Dritten Welt und mit den Wahlen in Nicaragua befassen. Hier gilt es vor allem, auf die Einflußnahme durch die Bundesregierung und politische Institutionen aufmerksam zu machen und dagegen vorzugehen.

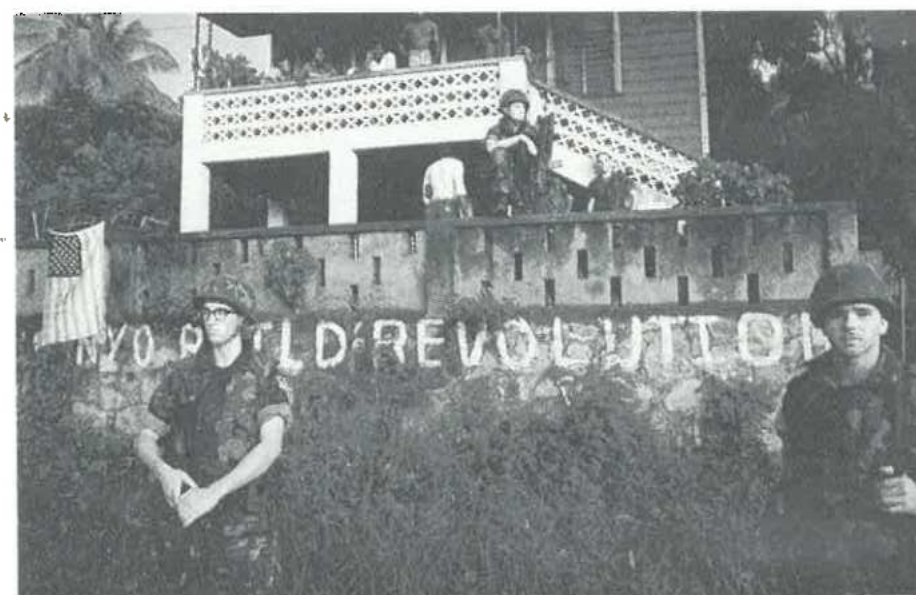
GRENADA – KARIBIK

DAVID LEWIS

Sechs Jahre nach der US-Invasion in Grenada

Die Linke hat sich noch immer nicht erholt

Mit der Revolution in Grenada, die am 13. März 1979 unter Führung Maurice Bishops siegte, deutete sich ein Erstarken der antiimperialistischen Kräfte in der Karibik an. Durch die Gegenoffensive der Reagan-Administration, die im Oktober 1983 in der Invasion gegen Grenada gipfelte, gelang es den USA jedoch, das Ruder in der Region herumzureißen. Bis heute haben sich die progressiven Kräfte nicht von dieser Niederlage erholt.



Am 25.10.1983 beendeten US-Truppen die Revolution in Grenada

Mitte 1979 schien es offenkundig zu sein, daß sich in den 80er Jahren in der Karibik ein großes Wachstumspotential für fortschrittliche Entwicklungen und zudem Verbesserungen der Lebensbedingungen der Mehrheit der Völker der Region abzeichnen würden. Es würde die Periode der Entwicklung und Festigung des revolutionären Prozesses in Grenada werden, der politischen Reifung der fortschrittlichen Schichten nach dem sozialdemokratischen Experiment in Jamaika und der Entspannung bezüglich der Politik der USA.

Aber in Wirklichkeit stagnierte die fortschrittliche Bewegung der Region. Das Jahrzehnt wurde gekennzeichnet als ein Zeitabschnitt starker politisch-ideologischer Auseinandersetzungen und des Voranschreitens der konservativen Kräfte infolge der neuen Regionalpolitik der USA, wie sie im Konzept der nationalen Sicherheit der Reagan-Doktrin und der Initiative des Karibi-

schen Beckens (CBI) festgelegt war. Zu den aufeinanderfolgenden Niederlagen der progressiven politischen Parteien in Jamaika 1980, Barbados 1982 und Belize 1984 kam die innere Krise der New JEWEL Bewegung (NJM) in Grenada im Oktober 1983 und die grausame militärische Intervention der USA am 25. desselben Monats.

Zu diesem Zweck schuf die Reagan-Administration 1982 die Demokratische Union der Karibik (CDU), welche die konservativen Gruppen aus Jamaika mit Edward Seaga, aus Dominica mit Maria Eugenia Charles, aus Barbados mit Tom Adams und seit 1984 aus Grenada mit Herbert Blaize umfaßte. Zugleich erlitt der fortschrittliche nationalistische Sektor harte Schläge durch den Tod der Premierminister von Guayana, Forbes Burnham (1985), und von Barbados, Errol Barrow (1987). Sie waren Kritiker der Politik der Reagan-Administration gegenüber der Karibik und stellten die Militärpräsenz der USA in Frage.

Mehr noch, seit der Militärintervention von 1983 litt der karibische fortschrittliche Sektor unter dem „Grenada-Syndrom“, wodurch er angesichts einer starken konservativen Welle, die von den USA mit dem Ziel der Wiederherstellung ihrer Vorherrschaft in der Region unterstützt wurde, in der Defensive verblieb.

All das zeigt eine in Umwandlung begriffene Region, mit beginnenden Prozessen der gesellschaftlichen Veränderung und einem fortschrittlichen Aufschwung für Nationalismus und Souveränität; und gleichzeitig eine Region, die der Allianz des äußeren Imperiums und des inneren Konservatismus gegenübersteht.

Diese Ereignisse konnten die fortschrittlich-nationalistischen Gruppen nicht zerstören, aber die Kosten einer Auseinandersetzung mit den USA außerordentlich erhöhen. Sowohl Jamaika im Zeitraum von 1972–80 als auch Grenada 1983 dienen als Beweis der Fähigkeit und des Willens der USA zur regionalen Interventionspolitik.

Die militärische Intervention von 1983 begründete eine militärische Besetzung, die nicht nur die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften zerstörte, welche unter der Regierung von Maurice Bishop und der NJM erreicht worden waren, sondern die darüber hinaus auch das Kräfteverhältnis im karibischen Becken veränderte. Sie verstärkte auf diese Weise die konservativen und autoritären Tendenzen und verschärfte die politischen Differenzen zwischen den Regierenden des Gebietes, besonders unter den Mitgliedern des Gemeinsamen Marktes der Karibik (CARICOM).

Die Militarisierung der Region nahm zu und parallel dazu wurde die CBI eingeführt als Wirtschaftsplan, dessen Ziel es war, die Ökonomie zu reaktivieren und die Bedingungen zu schaffen, um im Rahmen der Interessen der USA die Wirtschaftskrise zu überwinden (Schulden, Arbeitslosigkeit

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand 19. 6. 1989:
4.217.236,59 DM

Bisherige UnterstützerInnen:
AIB - Dritte Welt Zeitschrift, Arbeiterkampf,
Cuba SI, Ides, Ila-Info, Inprekorr, Konkret,
Radio Dreyeckland, Radio Z, Lateinamerika
Nachrichten,blätter des lz3w

GUATEMALA

CERIGUA informiert über
Menschenrechte, Guerilla,
Massenbewegungen, bundes-
deutsche »Zusammenarbeit«
(Polizeihilfe!) und anderes
mehr.

Monatlich in spanisch und
englisch. Wöchentlich in
deutsch (50,- DM/Jahr).

Nähere Information
und Bestellung:

Helmut Brandt
Ed.-Pflüger-Straße 42
5300 Bonn 1
Telefon: 02 28 / 23 34 67

Damit Nicaragua eine eigene
Stimme in der Welt behält. Der Er-
lös aus dem Verkauf geht an die Ni-
caraguanische Nachrichtenagen-
tur ANN.

Der Solidaritätspreis 69 DM plus
3,50 DM Versandkosten. Nur gegen
Voreinzahlung. 72,50 DM per Euro-
scheck an Öku-Büro, Pariserstr. 7,
8 München 80 oder Vorabüberwei-
sung auf Stadtparkasse München,
BLZ 70150000, Kto. 56-179658.



und Auswanderung, Handelsdefizite, Infla-
tion und starker Rückgang des jeweiligen
Bruttoinlandsprodukts).

Grenada zeigte schließlich 1983 die ex-
tremistische Handlungsfähigkeit der USA
sowie die konservative Natur der traditionel-
len politischen Parteien in der Karibik. Der
regionale konservative Vormarsch hat die
nationalistisch-fortschrittlichen Kräfte da-
zu gezwungen, ihre Aussagen und Handlun-
gen zu mäßigen, wobei sie sich scheinbar
auf einem „ewigen Rückzug“ aus dem poli-
tisch-ideologischen Konflikt befinden.

Das kürzlich gewählte Regime von Micha-
el Manley in Jamaika bestätigt diese Wirk-
lichkeit. Der Staatssekretär für interameri-
kanische Angelegenheiten, Elliot Abrams,
traf sich im Oktober 1983 mit Manley und
sagte dazu später: „Mir scheint, daß wir es
jetzt schaffen werden, uns mit einer von
ihm geführten Regierung zu verstehen.“
Dieselbe sozialdemokratische Allianz Mi-
chael Manley/Carlos Andrés Pérez, die sich
in den letzten vier Jahren der 70er Jahre mit
der Regierung Carter anlegte, scheint heute
einen „modus vivendi“ mit den USA für das
Jahrzehnt der 90er Jahre gefunden zu ha-
ben. Es werden andere „Winde der Verände-
rung“ sein, die in der Region wehen wer-
den.

Grenada jedoch bleibt gezeichnet, betrof-
fen und verstrickt in die bleibenden Konse-
quenzen der militärischen Intervention der
USA. Zehn Jahre nach dem Versuch, eine so-
zialökonomische und politische Alternative
als kleines, wenig entwickeltes Land aufzu-
bauen, ist es heute vollständig seiner natio-
nalen Souveränität und seiner unabhängi-
gen Handlungsfähigkeit beraubt.

Wie Pablo Marín dazu bemerkte, „hat
die angebliche Demokratie, die von den Ver-
einigten Staaten nach Grenada gebracht
wurde, die Wirtschaft und die sozialen Er-
rungenschaften in Mitleidenschaft gezo-
gen, die die Grenadier während der revolu-
tionären Regierung der New JEWEL sehr
hart erkämpft hatten. Die bis zu diesem Au-
genblick gegebenen Versprechungen der
neuen Machthaber zur Lösung der wirt-
schaftlichen und sozialen Probleme ziehen
Maßnahmen nach sich, die die Souveränität
des Landes noch weiter verletzen.“

Nach der Übernahme der Staatsführung
zeigte sich Premierminister Herbert Blaize
in den ersten Monaten seiner Regierung op-
timistisch (ebenso wie die regionalen Ver-
bündeten der Reagan-Administration in Do-
minica, Jamaika und Barbados) im Hinblick
auf die wirtschaftliche Entwicklung, die
durch die Angebote der CBI versprochen
wurde. Ihnen zufolge würden sich die Land-
wirtschaft, die Industrie und der Tourismus
nach der Niederlage „der Kommunisten“
wiederbeleben.

Die USA hatten um die 500 Mio \$ an
Wirtschaftshilfe angeboten, wovon ein Teil
zur Beseitigung der Zerstörungen bestimmt
war, die durch den militärischen Einmarsch
verursacht wurden, obwohl die geltend ge-
machten Forderungen höher waren. Die of-
fiziellen Kosten der bewaffneten Aktion be-

liefen sich hingegen auf 122 Mio \$. Mehr
noch, im Oktober 1985 wurde Blaize in
Washington empfangen, wo er seinen Dank
für die Militärintervention in Grenada wie-
derholte, und wo er Reagan seine Hochach-
tung ausdrückte „als Held, der uns die Frei-
heit und die Demokratie wiedergegeben
hat“.

Seit 1984 wurde Grenada von den USA ei-
ne erhebliche Erhöhung der Hilfe für den
Polizei- und Militärapparat bewilligt. Para-
lell dazu wurde die von den USA, Jamaika
und Barbados 1984 geschaffene Karibische



Die Patriotische Bewegung Maurice Bishop will das Erbe Bishops
fortsetzen

Verteidigungsstreitmacht (CDF) unter-
stützt. Im Jahr 1985 waren es 20 Mio \$, die
zu diesem Zweck und für eine Polizeistreit-
macht von einem halben Tausend Mann
ausgegeben wurden.

Was das Land nicht erhielt, war die Wirt-
schaftshilfe. Washington lehnte es 1985 so-
gar ab, der Regierung von Herbert Blaize ei-
ne Hilfe von 200 Mio \$ zu gewähren. Im
Jahr 1988 war die Unterstützung nicht hö-
her als 80 Mio \$, kaum 15 % dessen, was
zugesagt worden war. Außerdem wurden
die 93 Mio \$ für dieses Jahr von der AID
(US-Entwicklungsbehörde; d.Red.) auf 67
Mio \$ gekürzt.

Im Rahmen der Unterstützung bezeich-
nete sich die Insel als „Schlüssel der CBI in
der östlichen Karibik“. Drei kleine Produk-
tionsbetriebe siedelten sich an, von denen
zwei 1988 schlossen. Ebenso wenig ver-
mochte der Tourismus sich zu erholen. An-
gesichts der prekären Wirtschaftslage kürzte
die Regierung den Haushaltsvorschlag für
1987-88 um 17 %, wodurch hauptsächlich
die Verwirklichung von Sozialprogrammen
beeinträchtigt wurde, darunter die medizi-
nische Versorgung und die Genossenschaf-
ten.

Um die Staatsausgaben zu verringern,
entließ die Regierung im selben Jahr etwa
1800 Staatsangestellte (das ist fast die Hälf-
te des landesweiten bürokratischen Appara-
tes). Dadurch gingen die öffentlichen Aus-
gaben um 30 % zurück (20 Mio \$ bei einem
Haushaltsvorschlag von 200 Mio \$). Dank
dieser Politik gibt es eine Arbeitslosigkeit
von 27 % (40 % bei Männern zwischen 16
und 30 Jahren).

Diese Lage hat in ihrer Gesamtheit dazu
geführt, daß die Ablehnung der Regierungs-
politik erstmals zugenommen hat. Die Ge-
werkschaftsorganisationen haben gegen-
über der Regierung schwerwiegende Kritik
geäußert und sie angeklagt, eine arbeiter-
feindliche Politik zu betreiben. In diesem
Sinn hat sich der Rat der Gewerkschaftsein-
heit Grenadas erklärt, der u.a. die Verbände
der Lehrer und der technischen Arbeiter
vereinigt.

Die Unzufriedenheit beschränkt sich
nicht auf die Volks- und Arbeiterschichten,
sondern hat auch das Innere der Regierung
selbst erreicht. Im Februar 1987 lehnten es
drei Minister ab, einen Brief zur Einheits-
verpflichtung zwischen den drei Parteien
zu unterzeichnen, die die Koalition der Neu-
en Nationalpartei (NNP) in der Regierung
bilden. Zwei Monate später verzichteten sie
auf ihre Ämter in Ablehnung der politi-
schen Führung des Premierministers.

Diese Amtsniederlegungen veränderten
die Kräfteverhältnisse im Parlament, da die
ehemaligen Funktionäre, die auch über ein
Abgeordnetenmandat verfügen, zur Opposi-
tion überwechselten. Durch weitere Seiten-
wechsel hat sich die Zahl der Parlamentssit-

ze der NNP von 14 auf neun verringert,
während die Opposition, vertreten durch
die Vereinigte Arbeitspartei von Grenada
(GULP), sechs erreicht hat. Bei den Wahlen
vom Dezember 1984 hatte sie nur ein Man-
dat von insgesamt 15 errungen.

Von diesen Seitenwechseln sind die wich-
tigsten zweifellos die von Francis Alexis von
der Demokratischen Bewegung Grenadas
(GDM) und von George Brizan von der Na-
tionaldemokratischen Bewegung (NDP).
Denn sie kennzeichnen den Riß der Drei-
Parteien-Koalition, die 1984 durch Unter-
stützung der US-Regierung zu Wahlzwek-
ken gebildet worden war.

Diese neuen parlamentarischen Führer
suchten einen Weg, sich von Blaize loszulö-
sen und aus der Unzufriedenheit im Volk
Kapital zu schlagen, mit Blick auf die Teil-
nahme an den Wahlen in diesem Jahr (Bla-
ze hat bis zum nächsten Dezember Zeit,
Wahlen auszuschreiben, wenn seine erste
Amtszeit von fünf Jahren zu Ende geht).

Die Partei, die aus dieser politischen und
parlamentarischen Fraktionierung, aus
dem Rückgang der sozialen Basis der Regie-
rung und den inneren Auseinandersetzun-
gen der NNP den größten Nutzen zieht, ist
die GULP von Eric Gairy, der das Land mit
eiserner Hand bis zu seinem Sturz 1979 re-
giert hatte. Angesichts dieses Vakuums in
der politischen Führung reorganisiert Gairy
seine Partei, um über Wahlen die Macht
wiederzuerlangen.

Bis heute haben die Grenadier ein gerin-
ges Interesse am traditionellen politischen
System bekundet. Dennoch ist keine Partei
auszumachen, die mit einem politischen

Projekt der Verteidigung der nationalen In-
teressen die Unzufriedenheit des Volkes ka-
nalisieren und sich als eine Option präsen-
tieren könnte, die fähig wäre, die Konservati-
ven zu verdrängen.

Die Patriotische Bewegung Maurice Bi-
shop (MBPM) ist seit ihrer Bildung 1984
stärker geworden. Sie hat aber trotz ihres
Vordringens in die Schichten der Jugend
noch immer keinen landesweiten Aufstieg
geschafft.

In den nächsten Jahren muß sie das politi-
sche Vertrauen wiedererlangen, welches
das Volk zur NJM und ihren toten Führern
hatte. Ihre Arbeit im nächsten Jahrzehnt be-
steht darin, sich landesweit zu reorganisie-
ren und Einfluß zu gewinnen. Dadurch kön-
nen politische Alternativen zur Verteidi-
gung der Volksinteressen entwickelt wer-
den, die eine Zunahme der nationalen Sou-
veränität und der Unterstützung des karibi-
schen Regionalismus beinhalten, wie sie
die Regierung von Maurice Bishop gekenn-
zeichnet hatten. Das ist die große Herausfor-
derung für Grenada.

Es wird interessant sein, zu beobachten,
wie Grenada diese politischen Umbrüche
vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen
Veränderungen in der Region aufnehmen
wird. Dazu gehören das neue Regime von
Michael Manley, die sehr instabile Lage des
Regimes von Prosper Avril in Haiti, der Auf-
schwung der Volksbewegung in der Domini-
kanischen Republik und die Auswirkungen
eines Veränderungsprozesses des politi-
schen Status für Puerto Rico. (. . .)
(QUELLE: Pensamiento Propio, Managua,
Nr. 58/März-April 1989, S. 8-10)

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN informieren zuverlässig. Berichten
engagiert. Analysieren Zusammenhänge. Mischen mit in der Solidaritäts-
bewegung. Sind selbst-verständlich-kritisch. Bringen jeden Monat Aktuel-
les und Hintergründe

- über Guerilleros, Generäle und Genlabors
- über Filme, Fidel und Finanzen
- über Atomanlagen, Armut und Aufstandsbekämpfung
- über Weltbank, Wohl- und Widerstand
- über Liebe, Linke und Landreform
- über Bush, Bananen und Befreiung
- über Urwald, Urlaub und und und

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN. Die Monatszeitschrift zu Latein-
amerika. Seit 16 Jahren abhängig nur von ihren AbonnentInnen.

- Probeabo für 3 Monate (verlängert sich nicht automatisch; 10,- DM
bitte Vorkasse, Verrechnungsscheck oder Briefmarken)
- Jahresabo incl. Porto: 55,-/70,- Luftpost (Ausland) 70,-/90,-. Diese
Bestellung kann binnen einer Frist von einer Woche (Datum des
Poststempels) schriftlich widerrufen werden gegenüber LN-Vertrieb,
Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61.

NICARAGUA

10 JAHRE REVOLUTION

10 JAHRE SOLIDARITÄT

Trotz permanenter Interventionsdrohungen
Trotz jahrelangem Contra-Krieg
Trotz Wirtschaftsblockade und Handelsboykott
Trotz Kreditperren
Trotz Naturkatastrophen
Aufbau einer Gegenöffentlichkeit
Durchführung von Wiederaufbauprojekten
Spendenkampagnen
Vertrieb von Büchern und Medien
Einrichtung eines Archivs
Koordinierung von Aktionen
Spendenkonto bei der Stadtparkasse Wuppertal:
976 738 (Aufbauprojekte in Nicaragua)
963 611 (Solidaritätsarbeit in der BRD)
Bitte fordern Sie Informationen an

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA E.V.

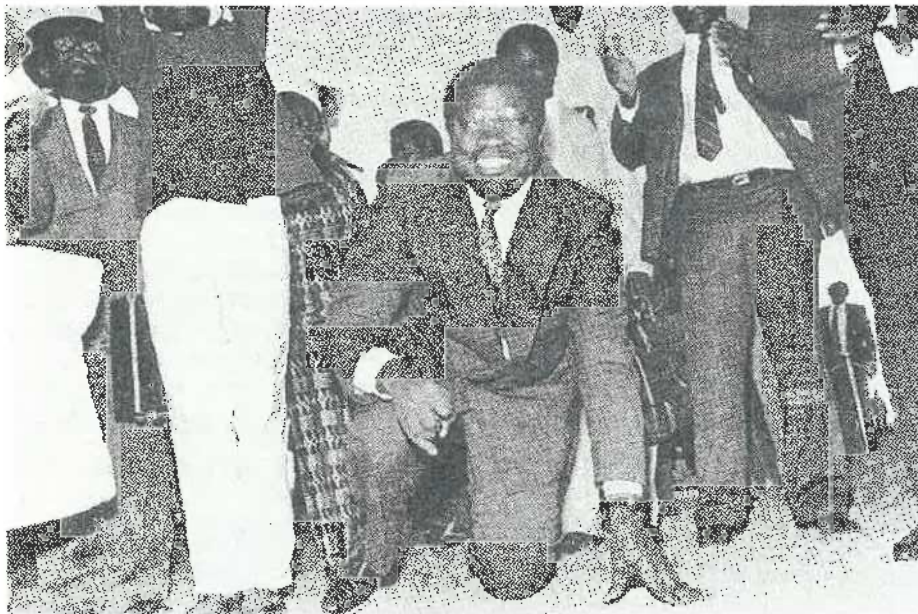
HOFAUE 51, 5600 WUPPERTAL 1

JOACHIM BECKER

Resolution 435 – nach dem Fahrplan Pretorias?

Wahlvorbereitungen mit Haken und Ösen

Zuletzt stand der Übergangsprozeß in Namibia im Zeichen der Rückkehr von zehntausenden Flüchtlingen und von führenden Repräsentanten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) nach Windhuk. Doch während sie den Wahlen im Herbst d.J. entgegenfiebert, manipuliert die südafrikanische Besatzungsmacht weiter nach Kräften hinter den Kulissen. Der SWAPO steht eine harte Bewährungsprobe bevor.



Der SWAPO-Führer Hage Geingob berührt am 18. Juni d.J. bei seiner Ankunft in Windhuk den Boden seiner Heimat

Mitte Mai d.J. kam der Unabhängigkeitsprozeß für Namibia nach mehrwöchiger Verzögerung wieder in Gang. Er war gleich zu Beginn, am 1. April 1989, de facto unterbrochen worden, nachdem südafrikanische Truppen Einheiten der SWAPO angegriffen hatten, die sich in die Obhut der UN-Überwachungstruppen UNTAG hatten begeben wollen.

In den folgenden Wochen brachten südafrikanische Truppen, deren Einsatz der UN-Sonderbeauftragte für Namibia, Martti Ahtisaari, entgegen dem UN-Unabhängigkeitsplan noch am 1. April 1989 autorisiert hatte, über 300 NamibierInnen um. Die SWAPO konnte ihr Recht auf Stützpunkte innerhalb Namibias nicht durchsetzen und zog ihre militärischen Kader nach Angola zurück.

Nach dem faktischen Wiederbeginn des UN-Unabhängigkeitsplans mußte die SWAPO weitere Konzessionen hinnehmen.

Die Südafrikaner hoben am 6. Juni 1989 in Namibia nicht „alle verbleibenden diskriminierenden Gesetze und restriktiven Bestimmungen“ auf, wie im UN-Unabhängigkeitsplan vorgesehen (1), sondern nur jene mit dem direktesten Einfluß auf die Wahlen. Auch das Wahlrecht, das die Südafrikaner entwarfen, enthält für die SWAPO einige Haken und Ösen. Die Gründe für die starke Stellung Südafrikas im namibischen Unabhängigkeitsprozeß und die große Konzessionsbereitschaft der Vereinten Nationen, die den Unabhängigkeitsprozeß überwachen und kontrollieren sollen, gegenüber Pretoria sind in den internationalen Verhandlungen seit 1976 und den derzeitigen internationalen Kräfteverhältnissen zu finden.

Mit dem durch die Entkolonialisierung Angolas und Mosambiks veränderten regionalen Kräfteverhältnis im Südlichen Afrika kam Mitte der 70er Jahre Bewegung in die

Entkolonisierung Namibias. 1974, als die Entkolonisierung Angolas und Mosambiks in die Wege geleitet wurde, begann Südafrika ernsthaft Kräfte einer neokolonialen Alternative zur SWAPO zu suchen und aufzubauen und Modelle einer neokolonialen Lösung zu erarbeiten.

In den Vereinten Nationen, die völkerrechtlich für die Entkolonialisierung Namibias verantwortlich waren, verabschiedete der Sicherheitsrat im Januar 1976 einen ersten Rahmenplan für die Unabhängigkeit Namibias. In der Resolution 385/1976 forderte der Sicherheitsrat u.a.:

- einen Abzug der illegalen südafrikanischen Verwaltung;
- eine Abschaffung „aller rassistisch diskriminierenden und politisch repressiven Gesetze und Praktiken, insbesondere der Bantustans und Homelands“;
- die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr der Exilierten;
- „freie Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen“;
- die Anerkennung der „territorialen Integrität und Einheit Namibias“ und damit der Zugehörigkeit von Walvis Bay, dem einzigen Tiefseehafen, zu Namibia. (2)

Auch die westlichen Länder stimmten diesem UN-Rahmenplan zu. Denn sie wollten Südafrika signalisieren, daß sie angesichts des geänderten regionalen Kräfteverhältnisses jetzt die Einleitung einer Verhandlungslösung für erforderlich hielten. Die westlichen Länder drohten Südafrika im April 1977, wie der damalige US-Außenminister Cyrus Vance berichtet, sogar, „nicht länger Sanktionen zu verhindern, falls (Südafrika) nicht ernsthaft über Namibias Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung zu verhandeln begänne.“ (3)

Ihre Vorstellungen von der Entkolonisierung Namibias wichen jedoch deutlich von Resolution 385/1976 ab. Die Vereinten Nationen sollten nur in „irgendeiner Form“ am Unabhängigkeitsprozeß beteiligt wer-

den, skizzierte der damalige US-Außenminister Henry Kissinger die Position Washingtons. Südafrika sollte zur Verhandlungssache werden. Und die südafrikanischen Streitkräfte sollten erst auf Verlangen der Regierung eines unabhängigen Namibia abgezogen werden. (4)

Die USA, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik und Kanada konstituierten sich Anfang 1977 als „Kontaktgruppe“ und zogen das Namibia-Dossier an sich. In Verhandlungen mit Südafrika und der SWAPO entstand bis 1978 ein neuer Unabhängigkeitsplan. Ihm stimmten sowohl Südafrika als auch die SWAPO zu. Er wurde 1978 in der Resolution 435/1978 vom UN-Sicherheitsrat abgesegnet.

In den Verhandlungen rangen die Westmächte und Südafrika der SWAPO bedeutsame Konzessionen ab, die im neuen UN-Unabhängigkeitsplan ihren Niederschlag fanden:

- Es war nun kein sofortiger Abzug Südafrikas mehr vorgesehen, dieser sollte nun schrittweise bis zur Unabhängigkeit erfolgen.
- Die Auflösung der Bantustans war nicht mehr explizit vorgesehen.
- Die Wahldurchführung wurde in die Hände Südafrikas gelegt. Die Vereinten Nationen wurden allein mit der Wahlüberwachung betraut.
- Die südafrikanische Polizei sollte in der Übergangsperiode bis zur Unabhängigkeit für „Recht und Ordnung“ sorgen.
- Die territoriale Integrität Namibias wurde nun nicht mehr explizit garantiert. Der Status von Walvis Bay blieb damit in der Schwebe. (5)

Wichtige Fragen wie die Lokalisierung von SWAPO-Basen in Namibia während der Übergangsperiode, Modalitäten der Wählerregistrierung oder Einzelheiten des Wahlrechts für die Verfassungsgebende Versammlung wurden in den Verhandlungen nicht geklärt.

Obwohl Südafrika im Zusammenspiel mit westlichen Ländern 1977/78 bereits wichtige Konzessionen der SWAPO erreicht hatte, verzögerte es in der Folgezeit die Umsetzung der UN-Resolution 435/1978 mit Duldung der westlichen Länder und ab 1981 mit aktiver Unterstützung der USA, die einen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola zur Voraussetzung für Namibias Unabhängigkeit machten. Und Südafrika nutzte die Zeit.

1982 stimmte die SWAPO in Verhandlungen Verfassungsgrundsätzen für ein unabhängiges Namibia zu. Darin wurden u.a. eine Gewaltenteilung und bestimmte Grundrechte festgeschrieben. Zu diesen Grundrechten zählt auch der „Schutz des Privateigentums vor Enteignung ohne gerechte Entschädigung“ (6).

In Namibia schuf Südafrika neue Fakten. Es baute eine Verwaltung auf ethnischer Basis auf. Mit dem Aufbau dieser Verwaltungsstrukturen etablierte Südafrika ein prosüdafrikanisches bürokratisches Kleinbürgertum. Südafrika schuf Südwestafrikanische

Territorialstreitkräfte (SWATF). Für derartige Streitkräfte war im UN-Unabhängigkeitsplan keine Vorkehrung getroffen.

Wie der außenpolitische SWAPO-Sekretär, Theo Ben-Gurirab, am 19.9.1988 auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärte, wurde bei Nachverhandlungen jedoch eine Auflösung der SWATF in einem geheimen Protokoll vereinbart. Außerdem schuf Südafrika Spezialeinheiten zur Aufstandsbe- kämpfung, Koevoet, die formal der Polizei zugeordnet wurden, die in der Übergangsphase für „Recht und Ordnung“ sorgen soll.

Damit hatte Südafrika die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Resolution 435 in seinem Sinne entscheidend verändert, als es im Dezember 1988 in Verhandlungen mit Angola und Kuba unter US-Vermittlung der Umsetzung des UN-Unabhängigkeitsplans zustimmte. Diese Zustimmung erfolgte widerstrebend nach verheerenden militärischen Niederlagen in Angola infolge der durch die – wenn auch halbherzigen – Sanktionen westlicher Länder verschärften Wirtschaftskrise und des zunehmenden Widerstandes in Südafrika. Sowohl die USA als auch die UdSSR drängten ihre Verbündeten auf eine Beilegung des Angola/Namibia-Konflikts.

Noch im Vorfeld der Angola/Namibia-Abkommen verständigten sich die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, die USA, Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und China, auf eine erste Modifikation des UN-Unabhängigkeitsplans. Aus



AnhängerInnen der SWAPO begrüßen ihre Führer bei der Rückkehr nach Namibia

„Kosten“ gründen, wie es hieß, sollte die Stärke der UNTAG-Truppen, die den Unabhängigkeitsprozeß überwachen sollten, von 7500 auf 4650 reduziert werden.

Die Zustimmung auch der Sowjetunion zu dieser Reduzierung verdeutlicht, daß es ihr neben einer Stabilisierung der MPLA-Regierung Angolas zwar um eine rasche Entkolonisierung Namibias ging. Für die Sowjetunion waren die konkreten Bedingungen der Umsetzung von Resolution 435/1978 im Hinblick auf die SWAPO aber sehr nebensächlich.

Der Minimalkonsens der ständigen Sicherheitsratsmitglieder, den Namibia-Konflikt auch um den Preis weiterer Benachteiligungen der SWAPO zu „lösen“, wurde zur Richtschnur des Handelns des UN-General-

FREIHEIT FÜR NAMIBIA!

UNTERSTÜTZEN SIE DEN WAHLKAMPFFONDS FÜR DIE SWAPO!

Im November 1989 sollen erstmals freie und demokratische Wahlen in Namibia durchgeführt werden. Die Unabhängigkeit ist zum Greifen nahe.

Aber der demokratische Wahlprozeß ist gefährdet. Südafrika will einen Wahlsieg der Befreiungsbewegung SWAPO mit allen Mitteln verhindern:

- Südafrikanisches Militär bleibt weiter im Land.
- Südafrikanische Polizei kontrolliert weiter das Land.
- Die paramilitärische Spezialeinheit „Koevoet“, die die Bevölkerung jahrelang mit nächtlichen Überfällen, Diebstahl, Vergewaltigungen, Folter und Mord terrorisiert hat, wird Bestandteil der Polizei.
- Südafrika beeinflusst die Wahlvorbereitungen mit Hilfe von Falschinformationen und manipulativen Eingriffen zu seinen Gunsten.

Auch Südafrikas Verbündete, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, greifen in den Wahlkampf ein, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie sähen am liebsten die von ihnen geförderten prosüdafrikanischen Parteien als Wahlsieger. Bundestagsabgeordnete, Vertreter von Parteistiftungen und Vertreter von Industrie und Handel betätigen sich in diesem Sinne.

Die SWAPO hat für die Befreiung Namibias bis zu dem Punkt gekämpft, an dem Südafrika an den Verhandlungstisch gezwungen wurde und dem Weg zur Unabhängigkeit zustimmen mußte. Die SWAPO steht für ein demokratisches Namibia ohne Rassendiskriminierung.

Gegen die massive Einmischung Südafrikas und seiner Verbündeten setzen wir unsere Solidarität mit der SWAPO. Für den Wahlkampf braucht die SWAPO Fahrzeuge, Druckmaschinen, Informationsmaterial und anderes.

Wir rufen auf zu Spenden auf das Sonderkonto:

1. Wick, Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, Konto-Nr.: 1 206 021 800, BLZ: 38 010 111, Stichwort: „Wahlkampfonds SWAPO“

UnterzeichnerInnen: Anti-Apartheid-Bewegung, Arbeiterwohlfahrt Bundesjugendwerk, Antimperialistisches Solidaritätskomitee, Jungsozialisten in der SPD, Christliche Initiative „Freiheit für Südafrika und Namibia“, Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika, Deutsche Jungdemokraten, Service Civil International, Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Entwicklungshilfe von Volk zu Volk, Informationsstelle Südliches Afrika, Namibia Projekt an der Universität Bremen, Initiative 435, A. Albrecht, Stellvertreter der Vorsitzenden der GEW, Demokratische Fraueninitiative, Deutsche Kommunistische Partei, Fraktion Die Grünen im Bundestag, Die Grünen – Bundesvorstand

Gefangene der SWAPO berichten von Mißhandlungen

Eine Anzahl von Gefangenen, denen Spitzeltätigkeit für Südafrika vorgeworfen worden war, wurde von der SWAPO aufgrund eines Zentralkomiteebschlusses vom Februar 1989 freigelassen. Mit ihnen konnten Anfang Juni d.J. JournalistInnen aus Namibia und dem Ausland in Anwesenheit von SWAPO-Führern in Lagern in Südangola sprechen.



Ehemalige Gefangene der SWAPO zeigen auf einer Pressekonferenz in Windhuk Spuren von Mißhandlungen

Die meisten aus einer Gruppe von Frauen sagten, sie seien lange inhaftiert gewesen und hätten als Folge davon psychische und emotionale Schäden davongetragen, berichtet der namibische Journalist John Liebenberg. Die Frauen beschrieben die Verhöre als äußerst hart. Eine Frau – zwischen 20 und 30 Jahre alt – zeigte auf das Kind, das sie im Arm hielt, und sagte, dies sei das Produkt einer Vergewaltigung durch Aufseher.

Der frühere stellvertretende SWAPO-Verwaltungssekretär Rindja Ali Kaakunga warf der SWAPO Folter vor. „Hunderte wurden getötet, verkrüppelt“, behauptete er. Kaakunga, der als einer der

Köpfe eines südafrikanischen Spionagerings in der SWAPO gilt, bestritt den Vorwurf der Spitzeltätigkeit für Südafrika. Andere Häftlinge bestätigten hingegen die gegen sie erhobenen Vorwürfe. Den einzelnen Angaben der Freigelassenen wird nachzugehen sein.

Der SWAPO-Verwaltungssekretär Moses Garoeb gestand Fehler ein. „Aber die SWAPO kämpfte einen Krieg ums Überleben“, fügte er hinzu. „Viele unschuldige Menschen“ hätten durch südafrikanische Spione ihr Leben verloren. So erleichterten z.B. südafrikanische Spitzel südafrikanischen Kommandos 1978 den Angriff auf das SWAPO-Flüchtlingslager Cassinga in Südangola, bei dem 600 Flüchtlinge umkamen. Zahlreiche SWAPO-Militäroperationen in Nordnamibia schlugen wegen Verrates fehl.

Die SWAPO mußte mutmaßliche Spitzel isolieren. Nachforschungen waren unter Kriegsbedingungen nur sehr schwierig durchzuführen. Die Inhaftierung auch zu unrecht Verdächtigter war nicht auszuschließen. Der Verlust von Verwandten und Freunden und eine durch den grausamen Krieg bedingte Verrohung ließen bei Verhörpersonal und Aufsehern die Bereitschaft zur Gewaltanwendung steigen, um die „Wahrheit“ aus den mutmaßlichen Spitzeln herauszupressen und Rache zu nehmen. Aufgabe der SWAPO-Führer wäre es gewesen, Mißhandlungen von Gefangenen soweit zu unterbinden, wie dies unter den äußerst schwierigen Umständen möglich war.

Daß die SWAPO die Mißhandlung von Gefangenen jetzt selbst eingestanden hat, ist ein wichtiger erster Schritt. Ihm müssen Konsequenzen folgen, die eine Wiederholung derartiger Menschenrechtsverletzungen ausschließen. So sind auch die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Joachim Becker

sekretärs Javier Pérez de Cuéllar und der UNTAG. Diese gegenüber Südafrika konzipierte UNO-Linie und seine fortgesetzte Verwaltung Namibias nutzt Pretoria konsequent zu seinen Gunsten.

Wie die namibische Zeitung „The Namibian“ am 6.6.1989 enthüllte, planten Vertreter der südafrikanischen Besatzungsmacht und der prosüdafrikanischen Parteien schon im September letzten Jahres ihre Strategie, um die SWAPO am Erringen einer Zwei-Drittel-Mehrheit zu hindern, die zur Verabschiedung der Verfassung erforderlich ist.

Der erste Akt war der Einsatz südafrikanischer Militäreinheiten gegen SWAPO-Kämpfer, die sich gemäß dem UN-Unabhängigkeitsplan in Nordnamibia in die Obhut der UNTAG begeben wollten. Um ihre Wahlchancen zu verbessern, wie der stellvertretende SWAPO-Wahlkampfleiter An-

ton Lubowski in einem Interview andeutete, hatte die SWAPO vor dem 1. April ihre militärische Präsenz in Nordnamibia verstärkt. (7)

Die südafrikanischen Militärs wußten um diese Tatsache. Sie griffen die SWAPO-Einheiten am 1. April sofort an. Der UN-Sonderbeauftragte für Namibia, Martti Ahtisaari, segnete den Truppeneinsatz noch im Nachhinein unter südafrikanischem Druck ab, obwohl dies ein klarer Bruch des UN-Unabhängigkeitsplans war. Um den Unabhängigkeitsplan nicht zu gefährden, verzichtete die SWAPO in der Folgezeit auf ihren Anspruch auf Basen in Namibia während der Übergangsphase und zog ihre Kämpfer nach Angola zurück. Aufgrund der starken Militärpräsenz Südafrikas in Nordnamibia zog sich dieser Rückzug über Wochen hin.

Südafrika wußte diese Episode in mehrfa-

cher Hinsicht zu nutzen. International gelang es dem Apartheidstaat, die SWAPO als Abkommensverletzerin abzustempeln. In Namibia selbst konnten Südafrika und die prosüdafrikanischen Parteien über Wochen alleine Wahlkampf machen.

Südafrikanisches Militär und die trotz entsprechender Forderungen der UNTAG nicht aufgelöste Koevoet-Truppe zerstörten gezielt die SWAPO-Infrastruktur und schüchterten SWAPO-SympathisantInnen ein. SWAPO-Guerilleros wurden von südafrikanischen „Sicherheitskräften“ regelrecht hingerichtet. Der südafrikanische „Star“ berichtete, daß südafrikanische „Soldaten und Polizisten Kraale niederbrannten, mit Panzerfahrzeugen Hütten und Getreidelager plattwalzten und Zivilisten niederschossen.“ (8)

Ein Großteil dieser Gewalt, so das Londoner Informationsblatt SouthScan, „war gegen sichtbare Zeichen von SWAPO-Unterstützung gerichtet.“ (9) In einem durchaus typischen Fall erschlug ein Polizist in Oshakati ein Mädchen mit einer Eisenstange, als es gegenüber einem vorbeifahrenden Caspir-Panzerfahrzeug die Faust zum SWAPO-Gruß ballte. Ein Schneider, der Mützen und Schals in den SWAPO-Farben herstellte, mußte seine Werkstatt schließen, nachdem Koevoet drohte, ihn umzubringen und seinen Laden abzubrennen.

Als eine internationale Untersuchung derartiger Vorfälle drohte, setzte der südafrikanische Generaladministrator Louis Pienaar Ende April d.J. eilends eine eigene Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des angesehenen liberalen Anwalts Bryan O'Linn ein. Mit einem wochenlangen Schulboykott forderten 130 000 SchülerInnen ein Ende der südafrikanischen Repression – bislang erfolglos. Die Einschüchterung der Bevölkerung Nordnamibias durch Koevoet, die formal als Polizeieinheit firmiert, ist bis heute nicht beendet. Der Abzug der südafrikanischen Truppen kam erst Mitte Mai wieder in Gang.

Bis zum 12. Mai hätten alle „diskriminierenden Gesetze und restriktiven Bestimmungen“ durch Südafrika abgeschafft und eine Amnestie verkündet werden müssen. Dies war aufgrund der Verschleppungstaktik Pretorias nicht der Fall. Und Südafrika wußte den zunehmenden Zeitdruck zu nutzen, um der UNO in der Frage der diskriminierenden und repressiven Gesetze weitere Konzessionen abzurufen.

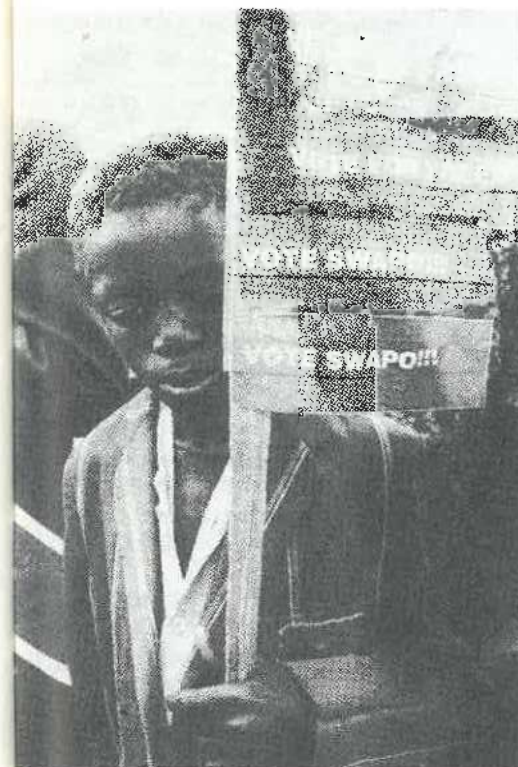
Der südafrikanische Generaladministrator hob am 6. Juni zwar einige, nicht aber alle diskriminierenden und repressiven Gesetze auf. Obwohl die UNO die Aufhebung von AG 8 gefordert hatte, die ethnisch getrennte Verwaltungen vorschreibt, blieb diese gesetzliche Bestimmung in Kraft. Südafrika behauptet, AG 8 habe nichts mit den Wahlen zu tun und müsse daher auch nicht aufgehoben werden. Diese Behauptung ist nicht zutreffend. In früheren „Wahlen“, die Südafrika in Namibia durchführte, spielten die ethnischen Bantustan-Verwaltungen bei der Unterstützung der prosüdafrikanischen Parteien eine wichtige Rolle. Sie stellten heute für die Anti-SWAPO-Parteien wichtige Wahlkampfmittel, wie Fahrzeuge, bereit. (10)

Die UN-Sicherheitsratsresolution 385/1976 hatte die Auflösung dieser Bantustan-Verwaltungen noch zwingend vorgeschrieben, Resolution 435/1978 ist da zugunsten Südafrikas weniger klar. Anton Lubowski von der SWAPO-Wahlkampfleitung hat Beschwerde gegen den Fortbestand von AG 8 und fortbestehende repressive Polizei-, Sicherheits- und Pressegesetze angekündigt. (11)

Die Aufhebung repressiver Gesetze und die Amnestie vom 6. Juni ebneten – mit einmonatiger Verspätung – der Rückkehr von 41 000 Flüchtlingen den Weg. Am 18. Juni kehrten auch hochrangige SWAPO-Führer aus dem Exil zurück. Unter ihnen waren die Politbüro-Mitglieder Hage Geingob, der den SWAPO-Wahlkampf leitet, Hidipo Hamutenya und Theo Ben-Gurirab.

Den Rückkehrern wurde in Windhuk ein begeisterter Empfang bereitet. Viele der Flüchtlinge sind allerdings aus Angst vor den fortgesetzten Koevoet-Grausamkeiten nicht in ihre Heimatorte in Nordnamibia zurückgekehrt.

Die SWAPO wird ihren Wahlkampf unter äußerst widrigen Umständen führen müs-



Bei einem Gedenkgottesdienst im April d.J.: „SWAPO wählen“

sen. Das Wahlgesetz ist noch nicht verabschiedet. Der Wahlgesetzentwurf gibt Personen, die in Namibia geboren sind oder deren Eltern aus Namibia stammen oder die mindestens vier Jahre in Namibia gelebt haben und über 18 Jahre alt sind, das Wahlrecht.

Diese Vorgaben entsprechen in etwa den Vorstellungen der SWAPO. Die SWAPO hat Bedenken beim „Kleingedruckten“ des

Wählerregistrierungsverfahrens, das südafrikanischen Wahlbeamten erhebliche Handlungsspielräume läßt und damit Manipulationsmöglichkeiten bietet.

Proteste der SWAPO, Demonstrationen und Streiks namibischer ArbeiterInnen und SchülerInnen und der Druck der Nichtpaktgebundenen haben die UNO bislang nicht zu einer entscheidend härteren Haltung gegenüber Südafrika bewegen können. Es zeichnet sich ab, daß Resolution 435 im wesentlichen nach südafrikanischem Fahrplan ablaufen dürfte.

Anmerkungen

- 1) Western Proposals for Settlement/Security Council Document S/12636; in: Die GRÜNEN im Bundestag (Hg.), Die Wahl! Namibia Friedensplan 435 oder Gesellschaft im Belagerungszustand, Bonn 1988, S. 70
- 2) United Nations Security Council Resolution 385

(1976), in: African-European Institute, Namibia: the last steps to genuine independence?, Amsterdam 1989, S. 16 f.

- 3) Zit. nach: W. Minter, King Solomon's Mines Revisited. Western Interests and the Burdened History of Southern Africa, New York 1986, S. 294
- 4) L.E. Hartly Campbell, La transición de Namibia hacia la independencia. Algunos aspectos de las negociaciones, in: C. González et al, Cambio y contrarrevolución en Africa Meridional, Havana 1987, S. 89–112, hier S. 96
- 5) Vgl. ebenda, S. 99
- 6) Constitutional Principles and Guidelines; Security Council Document S/15287, Dated 1982.07.12; in: Die GRÜNEN im Bundestag (Hg.), Die Wahl!, a.a.O., S. 100 ff.
- 7) Namibia Nachrichten, Windhuk, 16.6.1989. In diesem Interview bezeichnet Lubowski das Vorgehen der SWAPO selbstkritisch als „Fehler“.
- 8) Star Weekly, Johannesburg, 26.4.1989
- 9) SouthScan, London, 19.4.1989
- 10) Centro de Estrudos Africanos, Namibia: Manipulating a Compromise Solution, Maputo, Mai 1989
- 11) Namibia Nachrichten, 9.6.1989

Zeitschriftenschau

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 2/Juni 1989

Deutsche Kolonialzeit: Wie das Handelshaus Woermann bei der Eroberung der Kolonien half • Deutsche Kamerunbananen • Interview mit einem alten Kameruner über die Kolonialzeit • Der Vertrag von 1884 zwischen Kamerun und dem Deutschen Reich • Missionierung: Die Palottiner in Kamerun • Kamerun heute: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Repression und Verfolgung • Wirtschaft und Innenpolitik: Die Krise wächst • Militär: Israelische und bundesdeutsche Hilfe • Tropenholz: Eine Zukunft wie in der Elfenbeinküste? Einzelpreis 5 DM; Abo 27 DM Bezug: EPK, Postfach 28 46, 2000 Hamburg 20

blätter des iz3w, Nr. 158/Juli 1989

Schwerpunkt: Frankreich in der Dritten Welt – Dritte Welt in Frankreich, mit Artikeln zur französischen Afrikanistik, Frankophonie, Guadeloupe, Ausländern in Frankreich • Schwerpunkt: 10 Jahre Revolution in Nicaragua, mit Diskussionsbeiträgen zur Wirtschaftspolitik der Sandinisten und zur Nicaragua-Solidarität • Länderberichte: Panama, Peru, Paraguay, Namibia, Indonesien, Jordanien • Bericht vom BUKO '89 Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM Bezug: iz3w, Postfach 53 28, 7800 Freiburg

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 3/Mai 1989

„Einschränken, Ausgrenzen, Verbieten“ – unter diesen Drohungen arbeitet die Presse in Südafrika und Namibia nicht erst seit dem nunmehr drei Jahre andauernden Ausnahmezustand. Sowohl etablierte wie alternative Zeitungen leiden unter Zensur, Strafandrohungen gegen und Inhaftierung von Redakteuren. Über Presselandschaft und Zensurbestimmungen informiert der Schwerpunkt • Außerdem: Der Fortgang des Unabhängigkeitsprozesses in Namibia • Nachfolge de Klerks • Arbeitskampf in Südafrika • Mord an Apartheidgegner David Webster Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM Bezug: issa, Hübnerstr. 14, 53100 Bonn 1

lateinamerika Nachrichten, Nr. 182/Juni 1989

Schwerpunkt: Kirchen in Lateinamerika – Ende der Hoffnung? • Kirche von oben – Römische Katholizismethoden • Protestantische Fundamentalisten: US-amerikanischer Protestantismus in Lateinamerika • Sehnsucht nach Lebenshilfe und Geborgenheit: Die Siebenten-Tags-Adventisten in Bolivien • Außerdem: Argentinien: Also Menem • Panama: Keine „philippinische“ Lösung in Sicht Einzelpreis 5 DM; Abo 55 DM Bezug: lna, Im Mehlinghof, Grenzaustr. 2, 1000 Berlin 61

ila, Nr. 125/Mai 1989

Schwerpunktthema: 1492–1992: 500 Jahre Kolonialismus und kein Ende • Gegen den Verlust des historischen Gedächtnisses schreiben E. Galeano und Abadio Green, Koordinator der indigenen Gegenkampagne gegen die offiziellen 500-Jahrfeiern • Die Mythen des Auslandsjournalismus werden aufs Korn genommen • Erste Analyse zu den Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes auf die „Dritte“ Welt • Berichte und Hintergrundartikel: Plebiszit in Uruguay • MBB-Geschäft in Peru • Scheinwahlen in Panama • Sexuelle Gewalt in Mexiko • Die kolumbianische Unión Patriótica • Zwei Repliken auf die in ila Nr. 123 erschienene Beurteilung des „Schmutzigen Krieges“ in Kolumbien und seiner Akteure • Beilage der Infostelle Guatemala: Geheimwiderstandsoffizier Einzelpreis 4 DM; Abo 40 DM Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

epd Entwicklungspolitik, Nr. 10/1989

Information: epd-Gespräch mit BMZ-Staatssekretär Hans-Peter Repnik • AI Infield: Ökonomische Lehrstücke in Westafrika • Urschuldungen deutscher Waffengeschäfte in Afrika • Regenwaldbewegung fordert Tropenholz-Importstopp • Europäisches Flüchtlingsmanifest • Rüstungsporträts: Thyssen • Analyse: Industrie- und Entwicklungsländer streiten sich über Kommunikationstechnologie • Europäische blumenische Versammlung in Basel • Eritrea Friedensabkürzung wendet sich an UNO • Dokumentation: Wolfgang Sachs: Zur Äthiologie der Entwicklungsidee • AI Infield: Entkolonialisierung der Mission • LKD-Rahmenplan für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik Einzelpreis 3,50 DM; Abo 55 DM Bezug: epd, Friedrichstr. 2–6, 6000 Frankfurt 17



Nach dem Treffen zwischen Staatspräsident Dos Santos (r.) und Contra-Führer Savimbi (l.) auf dem Gipfel von Gbadolite rückt ein Ende des Krieges, der der Wirtschaft unermesslichen Schaden zufügte, näher

JOACHIM BECKER

Nach dem Gipfeltreffen von Gbadolite

Verhandlungslösung in Sicht?

„Daß Savimbi mit den anderen afrikanischen Führern zusammensaß, hat ihm eine Legitimität verschafft, wie er sie niemals zuvor hatte. Und dies mag langfristig wichtiger sein als der Waffenstillstand.“ (1) So schätzte ein westlicher Diplomat gegenüber der International Herald Tribune ein Gipfeltreffen zu Angola in Gbadolite/Zaire am 22. Juni d.J. ein, an dem 18 afrikanische Staatschefs und zwei weitere Regierungsvertreter teilnahmen.

Der Händedruck von Angolas Staatspräsident José Eduardo dos Santos mit dem Contra-Chef Jonas Malheiro Savimbi kam schon sehr überraschend. Noch kurz vor dem Treffen hatten angolische Regierungsvertreter einen solchen Kontakt, der die Nationale Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) stark aufwertete, noch kategorisch ausgeschlossen.

Angolas Präsident erwog anscheinend, seine Teilnahme am Gipfel abzublasen, als er von der Einladung Savimbis erfuhr, die der als Vermittler auftretende Staatschef Zaires, Mobutu, eingefädelt hatte. Andere Staatschefs aus dem Südlichen Afrika drängten ihn jedoch zur Teilnahme. (2)

Das konkreteste Ergebnis, neben dem Zusammentreffen von dos Santos und Savimbi, war die Vereinbarung eines Waffenstillstands für den 24. Juni 1989, Null Uhr. Die Umsetzungsmodalitäten eines „Plans, der auf die nationale Versöhnung zielt“, (3) sollen im Rahmen einer gemischten Kommission durch Vermittlung Zaires und unter Hinzuziehung der Volksrepublik Kongo, einer langjährigen Verbündeten der angolischen Regierungspartei, und Gabuns, das

lange Zeit mit der angolischen Contra paktierte, vereinbart werden.

Einzelheiten des Friedensplans wurden in der Abschlusserklärung von Gbadolite nicht enthüllt. Allerdings veröffentlichte das „Journal de Angola“, eine staatliche angolische Tageszeitung, eine Woche nach dem Gipfel die Grundprinzipien des Friedensplans. (4)

Danach ist das erste Grundprinzip der Waffenstillstand, der am 24. Juni in Kraft trat. Die angolische Regierung konstatierte in der ersten Woche bereits mehrere Verletzungen der Waffenruhe durch die UNITA, wertete diese jedoch offiziell als vereinzelte Aktionen von Minderheitsgruppen in der UNITA. (5)

Das zweite Grundprinzip besteht in der „Integration von UNITA-Mitgliedern in die Institutionen des angolischen Staates“. Nach der Interpretation der MPLA-Regierung geht es um die Integration von Elementen der UNITA in die bestehenden staatlichen Institutionen, von den Verwaltungsstrukturen bis hin zur Armee. (6)

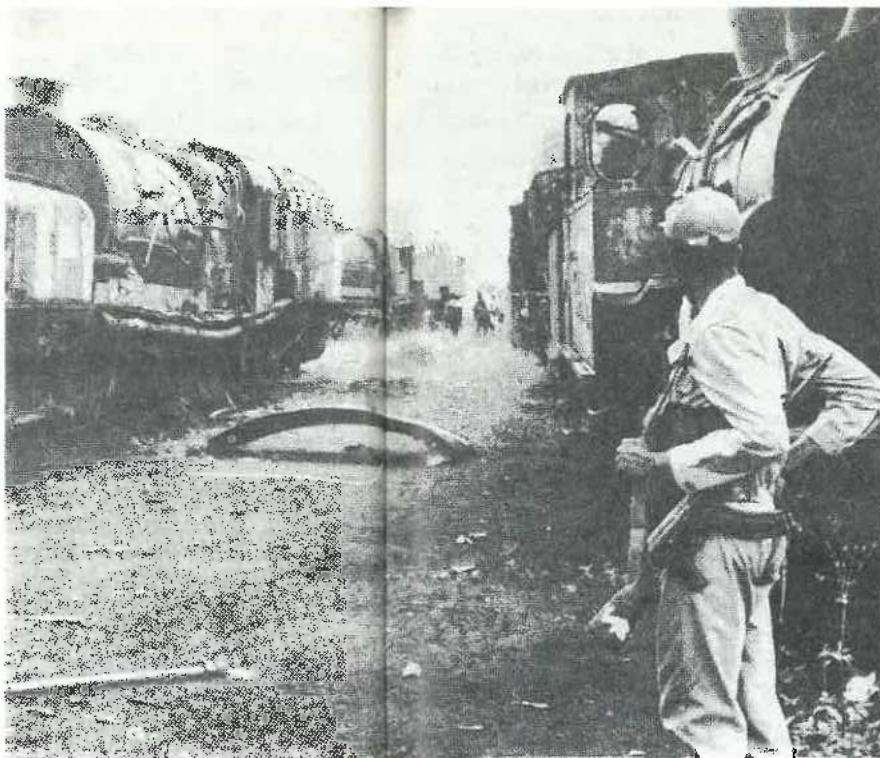
Diese Interpretation entspricht anscheinend auch den Absprachen von Gbadolite. (7) Die UNITA hatte hingegen immer eine

gleichberechtigte Regierungsbeteiligung verlangt. Diese Forderung erneuerte Savimbi wenige Tage nach dem Treffen in Gbadolite. Die Besetzung hoher Regierungs- und Verwaltungsposten mit UNITA-Mitgliedern erwies sich dann auch als erster Stolperstein in den Verhandlungen zwischen der MPLA-Regierung und der UNITA. Die Gespräche wurden unterbrochen. (8)

Das dritte Grundprinzip lautet nach „Journal de Angola“: „Ende der äußeren Einmischung in die Angelegenheiten Angolas.“ Diese Forderung bezieht sich offensichtlich auf die UNITA-Hilfe der USA.

Der vierte Punkt sieht die Behandlung Savimbis als „speziellen Fall“ vor, was von Angolas Regierung in den letzten Monaten mit Nachdruck gefordert worden war. Die Isolierung Savimbis, dessen Führung in der UNITA in der letzten Zeit allerdings nicht mehr unumstritten war, ist der MPLA-Regierung wegen des Zuschnitts der Contra auf Savimbi und seiner Kollaboration zunächst mit der portugiesischen Kolonialmacht, später mit Südafrika und den USA gegen die MPLA wichtig.

Klar ist hinsichtlich der Stellung Savimbis lediglich, daß er weder an den Verhandlungen



gen beteiligt wird noch in der Übergangsphase von zwei Jahren ein Ministeramt erhalten soll. Nicht bestätigt haben sich Meldungen, Savimbi habe sich bereit erklärt, ins Exil zu gehen.

Bereits vor der Unterzeichnung der Angola/Namibia-Abkommen am 22.12.1988 in New York bereitete die angolische Regierung weitere Schritte zur Beendigung des Krieges vor, der für das Land verheerende Folgen hat. Das New Yorker Abkommen beinhaltete u.a. eine Beendigung der Hilfe Südafrikas für die UNITA, der bei weitem wichtigsten Unterstützung für die Contra. Schon im Herbst 1988 entwarf die angolische Regierung ein Amnestiegesetz, das UNITA-Angehörigen bei Niederlegung der Waffen Straffreiheit gewährte und ihnen die Reintegration in die Gesellschaft ermöglichte. Es trat am 4.2.1989 in Kraft. (9) Bis Anfang Juni d.J. nahmen 400 Contras das Gesetz in Anspruch.

Als Geste des guten Willens entließ Angola UNITA-Mitglieder aus der Haft. Und mit der Ernennung Daniel Chipendas zum angolischen Botschafter in Kairo demonstrierte die MPLA-Regierung, wie einträglich ein Frontenwechsel auch für UNITA-Mitglieder sein könnte. Chipenda hatte sich 1974 von der MPLA abgespalten und 1975 vor der Invasion Südafrikas für die mit der MPLA rivalisierende Nationale Front zur Befreiung Angolas (FNLA) den Kontakt zu Südafrika hergestellt.

Wie Moussa Traoré, Staatspräsident Malis und derzeit Vorsitzender der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), jüngst in einem Interview erklärte, liefen darüber hinausgehende regionale Initiativen zur Lösung des Angola-Konflikts bereits im August 1988 an. (10) Im Zentrum dieser regionalen Verhandlungen standen Zaire, Gabun und Kongo.

Von besonderer Bedeutung waren hierbei die Gespräche zwischen Angola und Zaire. Denn über Zaire läuft die US-Hilfe für

die UNITA, und die Contra unterhält dort Stützpunkte. Mit der fortgesetzten Nutzung des zairischen Territoriums durch die UNITA und der Kriegssituation in Angola befaßten sich die Präsidenten Angolas und Zaires bei einem Staatsbesuch Mobutus in Luanda am 25.4.1989. Beide Seiten sprachen von einer deutlichen Verbesserung ihrer gespannten Beziehungen. (11)

Kurz nach diesem Treffen kam entscheidende Bewegung in den Angola-Konflikt. Am 16. Mai d.J. fand in Luanda ein Treffen der Staatschefs von Angola, Kongo, Gabun, Mosambik, São Tomé und Príncipe, Zaire, Sambia und Simbabwe statt. Die Staatschefs stellten sich hinter die Friedenspolitik Angolas und erklärten, ihre auf eine Beendigung der „Einmischung in Angolas innere Angelegenheiten“ zielenden Bemühungen zu koordinieren und „Sicherheit und Stabilität an seinen Grenzen zu garantieren“. (12)

„Dieser Gipfel“, so Moussa Traoré, „be-traute den zairischen Präsidenten mit der Mission, Jonas Savimbi, den Südafrikanern und den Vereinigten Staaten einen Friedensplan vorzulegen, der im August 1988 ausgearbeitet, im Mai 1989 in Luanda unterzeichnet worden war.“ (13) Mobutu, langjähriger Verbündeter der USA und Südafrikas, nutzte diese Schlüsselrolle, um der politisch und militärisch schwer angeschlagenen UNITA in Gbadolite eine enorme diplomatische Aufwertung zu verschaffen.

Diese Aufwertung der UNITA wird der MPLA-Regierung, die nach Presseberichten von der Sowjetunion zu einer flexibleren Haltung gedrängt wurde, (14) in den folgenden Verhandlungen noch schwer zu schaffen machen. Die UNITA und ihre Verbündeten werden versuchen, den vorgegebenen Rahmen – Waffenstillstand, Integration der UNITA in die bestehenden Strukturen, spezielle Behandlung des Falls Savimbi und Ende der ausländischen Einmischung in Angola – aufzubrechen.

Schon jetzt haben die USA die Fortsetzung ihrer Unterstützung für die UNITA angekündigt. Diplomaten in Kinshasa betonten, der Waffenstillstand erlaube der UNITA die Auffüllung ihrer Waffenlager und hebe ihre Moral. (15) Ob aus dem Waffenstillstand ein dauerhafter Frieden für das kriegsgeplagte Angola wird, ist noch sehr fraglich.

Anmerkungen

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 27.6.1989
- 2) Vgl. SAPA, 23.6.1989; die tageszeitung, West-Berlin, 24.6.1989
- 3) Déclaration de Gbadolite, le 22 juin 1989
- 4) Nach: Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 30.6.1989
- 5) Siehe: Frankfurter Rundschau (FR), 3.7.1989
- 6) Vgl. El País (EP), Madrid, 25.6.1989
- 7) Vgl. Radio Zambia, Lusaka, 23.6.1989
- 8) Vgl. FR, 3.7.1989
- 9) Text in: ANGOP News Bulletin, London, 3.1.1989
- 10) Radiodiffusion-Television Malienne, Bamako, 23.6.1989
- 11) Vgl. ANGOP News Bulletin, 1.5.1989; SouthScan, London, 26.4.1989
- 12) Ebenda, 17.5.1989
- 13) Radiodiffusion, a.a.O.
- 14) Vgl. EP, 25. und 26.6.1989; IHT, 27.6.1989; siehe auch: SouthScan, 14.6.1989
- 15) Vgl. IHT, 27.6.1989

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Die spätkapitalistische Gesellschaft ist die reichste und technisch fortgeschrittenste Gesellschaft in der Geschichte. Sie bietet — oder sollte bieten — die größten und realistischsten Möglichkeiten einer befriedeten und befreiten menschlichen Existenz. Und sie ist gleichzeitig die Gesellschaft, die diese Möglichkeiten der Befriedung und Befreiung auf sehr wirksame Weise unterdrückt. Diese Unterdrückung durchherrscht heute die Gesellschaft als Ganzes und kann daher nur aufgehoben werden durch eine radikale Veränderung der Struktur dieser Gesellschaft.

Herbert Marcuse

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

Ich hätte gern ein

☐ Probeheft / ☐ Abonnement der links

Name:

Straße:

Ort:

Nico BIVER

Fluch oder Segen für die Dritte Welt?

Die biotechnologische Revolution

Ihren Befürwortern zufolge eröffnet die Biotechnologie die Möglichkeit, einige der drängendsten Probleme der Dritten Welt zu lösen. Dazu zählen der Nahrungsmittel- und Energiemangel, die Umweltzerstörung und Krankheiten von Mensch und Tier. Angesichts der bestehenden Strukturen in der weltweiten Biotechnologie-Industrie und der Weltwirtschaft sind diese Versprechungen jedoch mehr als zweifelhaft.

Biotechnologische Verfahren sind keine Erfindung dieses Jahrhunderts. Unter diese Kategorie fallen alte Techniken wie die Herstellung von Käse, das Brauen von Bier, das Keltern von Wein oder das Backen von Brot ebenso wie die Züchtung von Tieren und Pflanzen.

Daß heute von einer biotechnologischen Revolution gesprochen wird, die ähnlich gravierende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben wird wie die Mikroelektronik, ist darauf zurückzuführen, daß durch die Entdeckung neuer Verfahren wie der Gen- und Gewebekulturtechniken (siehe Kasten) die Biotechnologie in einem breiten Spektrum der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion angewandt werden kann. Zu den Anwendungsgebieten zählen der Ackerbau und die Viehzucht, die Lebensmittelindustrie, die Pharmaindustrie, der Bergbau, die Beseitigung von Abfällen, die Herstellung neuer synthetischer Materialien und der Energiesektor (1).

Durch gentechnische Eingriffe oder mittels der Gewebekulturtechnik können Pflanzen gezüchtet werden, die über neue Eigenschaften verfügen. Sie können gegen Krankheiten oder Pestizide resistent gemacht werden, höhere Erträge erbringen, an widrige Umweltverhältnisse angepaßt oder befähigt werden, den Stickstoff direkt der Luft zu entnehmen und somit ohne Stickstoffdünger auszukommen. Durch den Einsatz von Mikroorganismen oder der Enzymtechnologie können Süßstoffe, Futtermittel, Medikamente und Geschmacksstoffe aus hiesigen landwirtschaftlichen Rohstoffen industriell produziert werden. Bakterien lassen sich in der Landwirtschaft zur Schädlingsbekämpfung oder zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft einsetzen. Energieträger wie Bioalkohol und Biogas können durch biotechnologische Verfahren gewonnen werden.

Durch den Einsatz der Biotechnologie werden für die Herstellung eines bestimmten Endproduktes immer weniger Energie,

Betriebsmittel und Arbeitskräfte notwendig sein. Außerdem wird sich die landwirtschaftliche Produktion immer mehr der industriellen annähern.

Sie beginnt im Laboratorium mit der Entwicklung neuer Pflanzen und endet mit der industriellen Verarbeitung von Früchten und Pflanzen. Die gravierendste Folge wird jedoch sein, daß die Möglichkeit der Ersetzung von Rohstoffen für ein und dasselbe Endprodukt wächst. Die Ausgangsstoffe für die biotechnologische Industrieproduktion sind untereinander austauschbar (2).

Nachdem durch die Einführung der Mikroelektronik der Standortvorteil der Entwicklungsländer durch niedrige Löhne verlorengeht und damit die Exporteinnahmen sinken, wird die Biotechnologie einen ähnlichen Effekt bei landwirtschaftlichen Rohstoffen und zum Teil sogar bei mineralischen zur Folge haben. Landwirtschaftliche Rohstoffe, die bisher nur in der Dritten Welt zu beziehen waren, können ersetzt oder zumindest ihre Preise erheblich gedrückt werden.

Ein Beispiel für letzteres ist die Entwicklung ertragreicher Ölpalmen mit Hilfe der

Gewebekulturtechnik durch den Konzern Unilever, der ein Drittel des Weltspeiseölmärktes kontrolliert. Die Palmen, von denen der Konzern 1 Mio jährlich in seinen Plantagen in der Dritten Welt pflanzt, erzielen um 30 % höhere Erträge. Eine Steigerung um das zwei- bis dreifache scheint möglich.

Die Folge ist ein Preisverfall auf dem Weltmarkt, der vor allem jene Länder trifft, die andere Ölpflanzen anbauen: z.B. Senegal (Erdnüsse) und die Philippinen (Kokosnüsse). Die philippinischen Einnahmen aus dem Kokosnußexport sanken von 1 Mrd \$ im Jahr 1979 auf 353 Mio \$ im Jahr 1985. Die Konsequenz des Preisverfalls wird eine Ruinierung des Großteils der 700 000 meist kleinen Kokosbauern sein, die finanziell nicht in der Lage sind, ertragreichere Sorten anzubauen (3).

Eine ähnliche Entwicklung deutet sich beim Kakao an, dem zweitwichtigsten landwirtschaftlichen Exportartikel der Dritten Welt. Experten halten eine Ertragssteigerung um das siebenfache für möglich. Die Folge wird ein Konzentrationsprozeß sein, durch den Hunderttausende Kleinbauern

ihrer Existenz beraubt werden (4).

Weit negativere Auswirkungen auf die Handelsbilanz der Entwicklungsländer wird jedoch die Ersetzung von Rohstoffen aus der Dritten Welt mit Hilfe der Biotechnologie haben. Dazu zählt die Anpassung von Nutzpflanzen aus südlichen Breiten an die Klimaverhältnisse im Norden. Dank höherer Produktivität und größerer Marktnähe würden damit Importe aus der Dritten Welt verdrängt werden.

Bedeutender ist jedoch, daß einige bisher in der Dritten Welt produzierte Rohstoffe industriell aus anderen Ausgangsmaterialien hergestellt werden können. Dieser Prozeß hat bereits begonnen. Das deutlichste Beispiel hierfür ist der Ersatz von Zucker durch andere pflanzliche Süßstoffe, die mit Hilfe der Enzymtechnik industriell hergestellt werden können. Der wichtigste dieser Süßstoffe ist der Glucose/Fructose-Sirup, der aus Maisstärke hergestellt wird. Er wird vor allem in der Getränkeindustrie der USA und Japans verwandt. Der Verbrauch von Glucose/Fructose-Sirup ist in den USA von 1,35 Mio t im Jahr 1978 auf 4,3 Mio t im Jahr 1984 angestiegen. Die Zuckerimporte gingen von 6,1 Mio t im Jahr 1977 auf 1,5 Mio t 1985-86 zurück. Die Folge hiervon sind Exporteinbrüche bei den Karibik-Staaten und den Philippinen (5).

Diese Entwicklung wird durch die biotechnologische Herstellung anderer natürlicher Süßstoffe noch weiter verstärkt werden. Einer ist das Protein Thaumatin, das aus einer afrikanischen Pflanze gewonnen wird und 100 000mal süßer als Zucker ist. Mit Hilfe der Gentechnik wurde das Protein bereits im Labor hergestellt und soll künftig auf den Markt kommen. Durch diese Entwicklungen ist die Existenzgrundlage von 8 bis 10 Mio Menschen in der Dritten Welt bedroht (6).

Ein ähnlicher Prozeß zeichnet sich auch für Kakao ab. Die Exporteinnahmen werden nicht nur durch die o.g. Einführung ertragsreicherer Sorten zurückgehen. In Zukunft könnte der Import von Kakao aus Ländern der Dritten Welt vollständig überflüssig werden.

Durch Enzymtechniken können Kakao-

Die Verfahren der Biotechnologie

Zwei Verfahren, die in den letzten Jahrzehnten entwickelt und verfeinert wurden, bilden die Grundlagen der modernen agrarwissenschaftlichen Biotechnologie: die Zell-/Gewebekulturtechnik und Verfahren mit rekombinierter DNS (r-DNS).

Mit Hilfe der Zell- oder Gewebekulturtechniken lassen sich im Labor, in Petrischalen auf Nährlösungen, einzeln isolierte Zellen oder Gewebeteile züchten. Spezifische Pflanzenwuchsstoffe regen das Wachstum der Zellen an und bei Bedarf auch die Ausbildung pflanzlicher Organe. Wie normale Pflanzen können diese Pflanzen anschließend in der Erde weiter kultiviert werden, Blüten bilden und sich über Samen fortpflanzen. Zellkulturen lassen sich praktisch von allen auf der Erde vorhandenen Pflanzenarten herstellen. (...)

Eine Zellkultur von nicht mehr als einem Kubikzentimeter Größe kann eine Million nahezu identischer Zellen enthalten, wovon jede über das Potential verfügt, zu einer kompletten Pflanze heranzuwachsen.

An dieser riesigen Zellzahl kann eine Bewertung der Erbanlagen durchgeführt werden, das Heranwachsen und die pflanzliche Ausbildung brauchen nicht abgewartet zu werden. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, auf kleinstem Raum erwünschte Erbanlagen zu entdecken, zu isolieren oder, unter Entfernung der Zellwand, auch miteinander zu vereinen (Protoplastenfusion). Zell-/Gewebekulturen sind der Versuch, den in der Natur sehr langen Weg der Auslese und sprunghaften Änderung auf einen Bruchteil der Zeit zu verkürzen. So wurden zum Beispiel im Max-Planck-Institut in Köln unter 42 000 Kartoffelgeweben 173 (0,4 Prozent) gefunden, die unter Laborbedingungen gegen Kartoffelkrautfäule resistent waren.

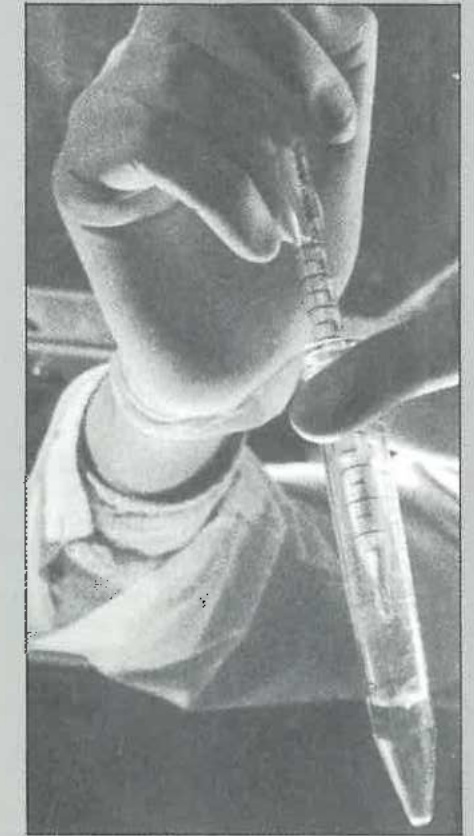
Mit den traditionellen Verfahren von Kreuzung und Rückkreuzung unterschiedlicher Sorten können eineinhalb Jahrzehnte vergehen, bis eine neue Sorte marktreif ist. (...)

Während bei den Zell-/Gewebekulturtechniken die Erbanlagen der Einzelpflanzen noch unangetastet bleiben, wird in der Genmanipulation hingegen gezielt und willkürlich in die Erbsubstanz eingegriffen. Einzelne Merkmalsträger werden isoliert und in eine neue Empfängerpflanze eingeschleust und damit neue Pflanzen geschaffen. Zum Einschleusen der neuen Erbinformation sucht man oft Mikroorganismen, die in der Lage sind, fremde Gene in ihre Struktur aufzunehmen und anschließend in den genetischen Code der Empfängerpflanze zu übertragen.

In der praktischen Pflanzenzüchtung hat dies zur Konsequenz, daß Fortschritte in der Züchtung außerhalb der Pflanzenzelle erzielt werden können und wegen der Unmittelbarkeit ihrer Ergebnisse jeweils auf den aktuellen Nutzeffekt bezogen werden. Dem Züchter ist es möglich, natürliche biologische Hürden zu überwinden, die sonst die Kreuzung verschiedener Spezies und Arten versperren.

Die ersten gentechnisch manipulierten Pflanzen stehen kurz vor der Marktreife, bei den Nutztieren werden noch einige Jahre ins Land gehen, bis auch hier genmanipulierte Arten auf den Markt drängen. (...)

Die Möglichkeit zur Manipulation von Genen wird einen wichtigen Teilbereich der Biotechnologie, die Enzymtechnologie, revolutionieren. Enzyme, äußerst wirksame Biokatalysatoren, die eine chemische Reaktion um das tausend- bis



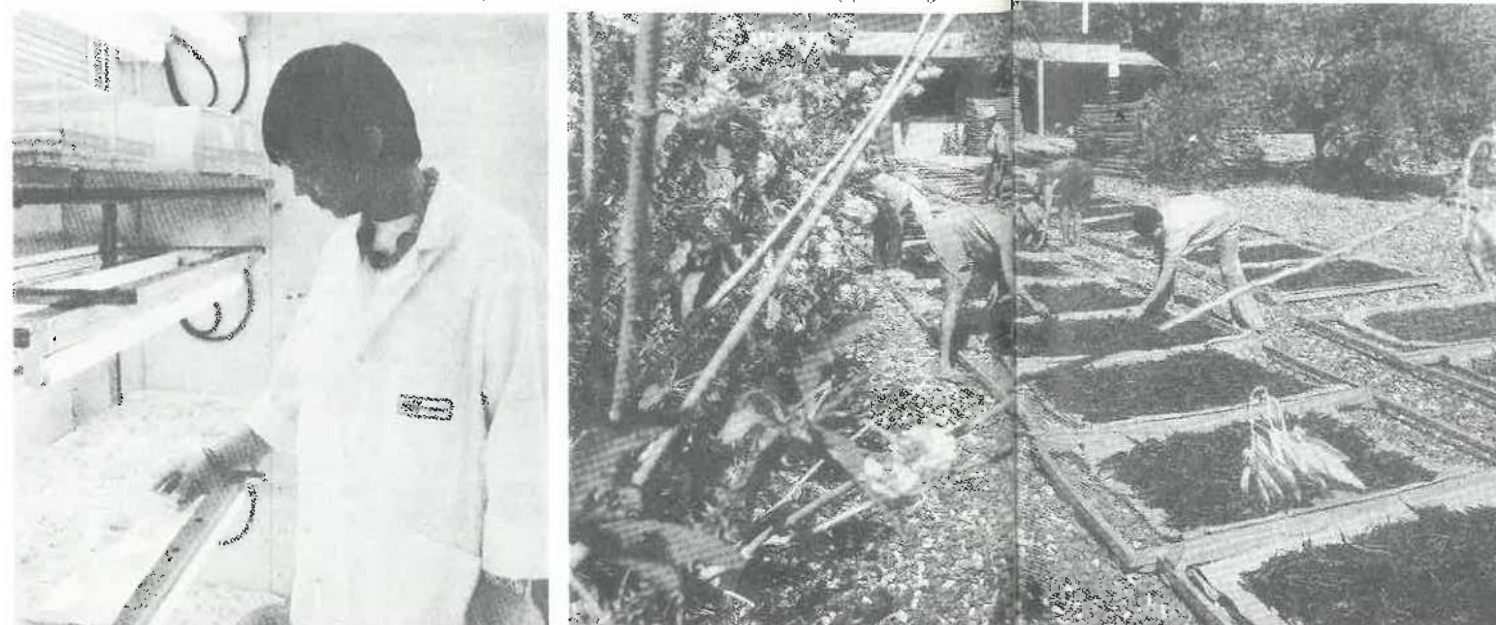
hunderttausendfache beschleunigen können, spielen eine zunehmend wichtige Rolle in der Herstellung von Süßstoffen, von Waschmitteln, in der Futtermittelgewinnung. Mittels gentechnisch veränderter Enzyme konnte die Fermentationstechnologie in einem solchen Maße verbessert werden, daß Substanzen, die früher nicht produziert, sondern höchstens extrahiert werden konnten, heute industriell erzeugt werden. Mit Hilfe der Gentechnologie gibt es inzwischen die Möglichkeit, anstelle vollständiger Mikroorganismen zur Erzeugung bestimmter Produkte spezifisch konstruierte Enzyme einzusetzen.

Die Verwendung von Enzymen sowohl in der Nahrungsmittelproduktion wie auch in anderen Bereichen hat zur Entstehung einer völlig neuen Industrie geführt, der industriellen Produktion von Proteinen.

Proteine von gentechnisch veränderten Bakterien herstellen zu lassen, „beschränkt“ sich auf das Kopieren natürlicher Stoffe und Vorgänge. Die hohe Schule der Gentechnologie ist das Protein Designing, das auf die Bauanleitung der Natur verzichten kann und Eiweiße nach eigenen Vorstellungen am Reißbrett konstruiert. Solcherart synthetisch hergestellte Proteine sollen in der Lage sein, zum Beispiel Krankheitsreger beim Tier, bei der Pflanze oder beim Menschen spezifisch anzugreifen und auszuschalten, andere Elemente (Nützlinge) bleiben – so hofft der Designer – hiervon ungeschoren.

(Quelle: Henk Hobbellink, Bio-Industrie gegen die Hungernden, Die Gen-Multis und die Lebensmittel der Dritten Welt, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1989, S. 13-16)

In den Labors der Chemiekonzerne (l.; Genlabor von Elf in Toulouse) wird u.a. die biotechnische Produktion von Vanille (r.; Trocknung von Vanille in den Komoren) erforscht



Interview mit Pat Mooney

Die Biotechnologie arbeitet gegen die Armen

Pat Roy Mooney, kanadischer Spezialist für Biotechnologie und Saatgut ist ein Mitbegründer des Internationalen Fonds für Ländliche Entwicklung (RAFI). Er erläutert im folgenden Interview die Auswirkungen der Biotechnologie für die Dritte Welt und mögliche Gegenstrategien.

FRAGE: Ist der Ruf nach dem Ausstieg aus der harten Chemie in der Landwirtschaft nicht gleichzeitig das Startsignal für jene Firmen, welche biotechnische Produkte auf den Markt bringen wollen?

P.R. MOONEY: Ja, es scheint, daß damit grünes Licht für die Biotechnologie gegeben wird. Und die Gesellschaft ist bereit, viele Experimente mit Biotechnologien zu akzeptieren in der Meinung, dadurch würde weniger Chemie eingesetzt.

Gemäß Monsanto-Werbung beispielsweise wird es einmal den Tag geben, an dem überhaupt keine Agrochemikalien mehr eingesetzt werden. Und die Leute glauben das und erlauben in Sachen Biotechnologie, was sie sonst nicht dulden würden. In der Realität läuft aber fast die gesamte Biotech-Forschung in der Landwirtschaft darauf hinaus, nicht krankheitsresistente Pflanzen, sondern pestizidresistente Pflanzen zu züchten. Allein in den USA haben wir 26 größere Firmen, die hauptsächlich auf dem Gebiet der herbizidresistenten Pflanzen tätig sind.

Ich glaube, daß kurzfristig mit Hilfe der Biotechnologie der Einsatz von Pestiziden sogar erhöht werden wird. Längerfristig könnte sie viel-

leicht den Chemieeinsatz reduzieren, nicht aber den Einsatz fremder Inputs in die Landwirtschaft.

FRAGE: Und was passiert dann mit den kleineren Chemieunternehmen?

P.R. MOONEY: Es gibt keine kleineren Chemieunternehmen, die in der Forschung und Herstellung von biotechnologischen Produkten aktiv sind. Heute gibt es nur rund 20 Chemieunternehmen, die eine Forschungs- und Entwicklungsabteilung haben. Die Industrie selbst schätzt, daß am Ende des Jahrhunderts nicht mehr als 10 Firmen überlebt haben werden.

FRAGE: Wie sieht ein kurzes Szenario für das Jahr 2000 aus in Bezug auf Biotechnologien in der Landwirtschaft?

P.R. MOONEY: Die Industrie wird ein Marktvolumen von rund 20 Mrd \$ haben. Wir werden es erleben, daß sich die Herstellung aller wichtigeren Aromen, Gewürze, Medizinalpflanzen und teureren Plantagenpflanzen größtenteils von den Feldern in die Labors von Fabriken in den Industrieländern verschoben hat.

Wir werden im Jahr 2000 immer noch einen intensiven Verbrauch von Chemikalien haben, aber es wird eine weniger sichtbare Art von Che-

mikalien sein. Nicht solche, die aus Flugzeugen in die Felder gesprüht werden, sondern sie werden im Saatgut verpackt sein.

In der Tat werden dann nicht einmal mehr Samen sichtbar sein, sondern es werden Kapseln verwendet, in die pflanzliche Embryos mitsamt den Chemikalien verpackt sind. Das gesamte Saatgutgeschäft wird dadurch eliminiert und an dessen Stelle steht das Kultivieren von pflanzlichen Embryos in den Labors, die dann den Bauern direkt verkauft werden und die Herbizide, Fungizide und Insektizide schon miteinschließen. Das bedeutet einen erhöhten aber unsichtbaren Chemieeinsatz.

Wir werden eine Gen-Industrie sehen, die aus ungefähr 12 großen Firmen besteht, die alle eine Vergangenheit als Pharma- und Petrochemie-Konzern haben, außer vielleicht die Firma Pioneer Hybrid. Die Industrie wird sehr teuer sein und es wird eine Verschmelzung geben zwischen der Nahrungsmittelindustrie und den Gentechnologiekonzernen. Die Embryokapseln, welche den Bauern anstelle des Saatgutes verkauft werden, werden den Bedürfnissen der Nahrungsmittelindustrie angepaßt sein.

FRAGE: Was wird mit den Erträgen geschehen?

P.R. MOONEY: Sicher werden die Erträge der Plantagen-Pflanzen gesteigert werden und alle Pflanzen, in deren Ertragssteigerung in der vorangehenden Zeit nicht viel Forschungsgelder gesteckt wurden, werden höhere Erträge bringen. Wenn wir heute schon Milchseen, Butter- und Fleischberge haben in Europa, werden wir dann unzählige weitere „Berge“ und „Seen“ haben, die heute noch nicht existieren, zum Beispiel bei pflanzlichen Ölen.

FRAGE: Werden die kleineren Produzenten, besonders in der Dritten Welt, aus dem Markt geworfen?

P.R. MOONEY: Das wird sicher mit den kleinen Ölpalmen-Pflanzern und den Bauern passieren, welche pflanzliche Öle anbauen. Viele Pflanzen werden austauschbar sein.

Wir werden sehen, daß viele Pflanzen nicht durch synthetische, sondern durch natürliche Laborprodukte ersetzt werden. In den 50er, 60er und 70er Jahren hatten wir die Verdrängung von landwirtschaftlichen Pflanzen durch synthetische Produkte, aber nun werden die landwirtschaftlichen Produkte durch „natürliche“ Produkte verdrängt werden.

FRAGE: Können die Auswirkungen der „Grünen Revolution“ mit den Auswirkungen der Biotech-Revolution verglichen werden?

P.R. MOONEY: Ja, aber nur insofern als sie nicht vergleichbar sind. Denn die Auswirkungen der „Grünen Revolution“ waren im Vergleich zur „Gen-Revolution“ winzig klein.

Die „Grüne Revolution“ beschränkte sich auf drei Pflanzen: Weizen, Reis und Mais. Die „Gen-Revolution“ wird alle Landwirtschaftspflanzen betreffen und alle Produktionsebenen verändern. Sie wird nicht nur die Qualität der Pflanzen ändern, sondern auch die Inputs, die Nahrungsvorverarbeitung und die Tierzucht umgestalten. Die Auswirkungen werden viel größer sein, so daß die Leute sich wahrscheinlich im Jahr 2000 nicht einmal mehr an die „Grüne Revolution“ erinnern werden.

FRAGE: Was wird mit den verbleibenden Kleinbauern geschehen?

P.R. MOONEY: Es wird praktisch keine mehr geben. Nur noch ein paar Anbauer von teuren und spezialisierten Pflanzen, die nicht gut in den Labors hergestellt werden können.

FRAGE: Welches sind die Befürchtungen gegenüber der Biotechnologie und was könnte gegen solche Entwicklungen unternommen werden?

P.R. MOONEY: Meine größte Sorge betrifft die Kontrolle der Technologie. Die Leute bewerten die Technologie gern als entweder positiv oder negativ. Sie ist aber keines von beidem, sie ist neutral. Sie ist einfach ein Produkt unserer Gesellschaft, sie ist so gut oder so schlecht wie unsere Gesellschaft.

Wenn wir in einer Gesellschaft leben, die nicht gerecht ist, die ihre Mitglieder nicht mit Gerechtigkeit behandelt, dann wird die Technologie die Unterschiede zwischen Armen und Reichen noch gewaltig vergrößern. So wie die Welt heute ist, wird die Technologie vor allem gegen die Armen arbeiten, wird die Kontrolle über die Biotechnologie noch viel mehr als bei der „Grünen Revolution“ in die Hände der Großkonzerne fallen.

Die Gentechnologie ist praktisch uneingeschränkt ein Experiment der Privatwirtschaft. Es gibt kein Gewissen und keine Erinnerung innerhalb einer Firma, es sei denn, wir rufen uns die Erfahrungen der „Grünen Revolution“ in Erinnerung und versuchen, daraus zu lernen. Es wird alles neu sein. Sie werden sich nicht an die Geschichte erinnern.

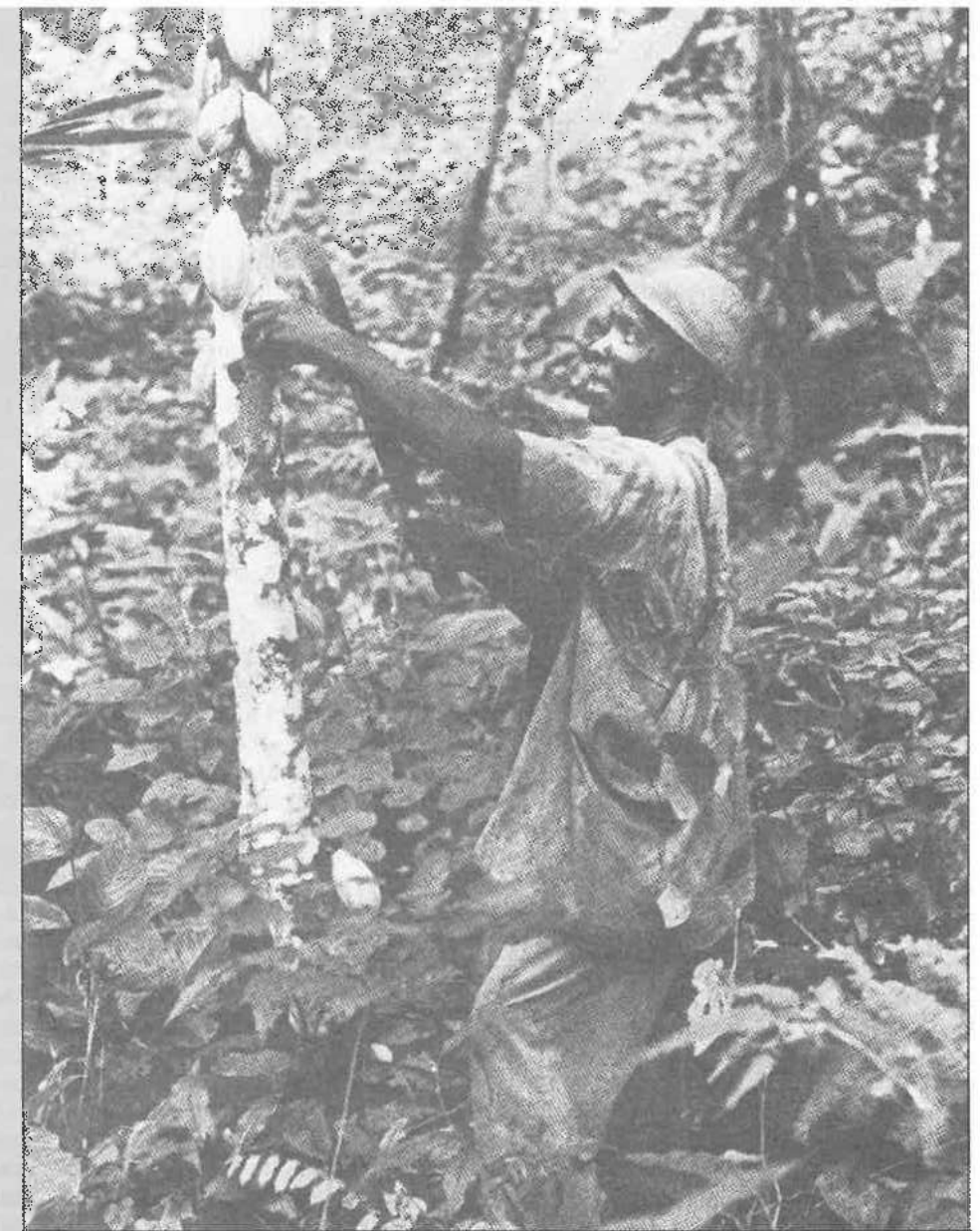
Wir werden folgendes sehen: Überproduktion; Bankrott der Kleinbauern; Preiszusammenbrüche; natürliche Substitute für Pflanzen; wachsender Konsum von „unnatürlichen Naturprodukten“; die Freisetzung von neuen Mikroorganismen in die Umwelt, von denen wir nicht wissen, welche Auswirkungen sie haben werden; durch das Patentsystem wird eine kleine Zahl von Privatfirmen viel mehr Kontrolle ausüben, weil sie im Endeffekt Leben patentieren dürfen; Ernährungsfragen werden unpopulär; die Probleme der Bauern, Nahrung zu produzieren, werden niemanden mehr interessieren; die Wirtschaftsinteressen an einem System von vereinheitlichten Nahrungsmitteln werden wachsen.

FRAGE: Gibt es denn Gegenstrategien?

P.R. MOONEY: Es gibt wahrscheinlich vier Gebiete, auf die wir uns konzentrieren müssen:

1. Wir müssen eine Diskussion in der Gesellschaft über solche Probleme anfangen. Im Moment sind wir der Gen-Revolution noch einen Schritt voraus, wenn wir jetzt beginnen, darüber zu sprechen. Sie hat noch nicht ihre vollen Auswirkungen entfaltet. Anders bei der „Grünen Revolution“: Alle Diskussionen und die Kritik begannen erst, als es zu spät war. Jahre danach, als alles schon vorüber war. Heute sind wir in der Lage, im Voraus zu analysieren und die Diskussion darüber zu beginnen.

2. Die Patentfrage ist das zweite wichtige Aktionsgebiet. Die Firmen, die dieses Industriegebiet im Moment übernehmen, sind Gesellschaften, die ein sehr weitgehendes Patentrecht wollen. Sie wollen Gene und sogar ganze Arten patentieren können. Damit dies möglich ist, müssen in der nationalen Gesetzgebung und in internationalen Abkommen noch einige große Änderungen durchgeführt werden. Und wenn diese Veränderungen stattfinden sollen, in den nationalen Parlamenten und dem UNO-System, der Organisation zum Schutz der Erfindungen (WIPO) und dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), wo überall jetzt die Patentdiskussionen angelaufen sind, haben wir eine Chance einzugreifen, öffentliche Bewusstseinsbildung zu betreiben und vor allem die entsprechenden Leute in den Dritte-Welt-Ländern zu alarmieren, damit



Für die Schokoladenherstellung wird der Kakaobaum bald überflüssig sein

sie für ihre eigenen Rechte kämpfen können.

3. Das dritte Gebiet ist der Konzentrationsprozeß innerhalb der Industrie, die Frage, wer wen kontrolliert. Im Moment sind noch unzählige neue Namen zu sehen, wie Calgen, Fldogen, Genentech, Uniontech, Novogen usw., alle haben „gen“ irgendwo in ihren Namen. Das ist alles, was uns bekannt ist. Aber diese große Zahl von Namen wird nicht länger als noch ein paar Jahre andauern. Die Namen werden sehr schnell in die Hände einiger Großkonzerne übergehen. Und diese Übernahme der Kontrolle zu überwachen, ist eine sehr wichtige Arbeit. Wir müssen den Aufkauf all dieser neuen Technologien in die Hände einiger weniger zu verhindern versuchen.

4. Ein weiteres wichtiges Gebiet ist die Gesetzgebung im Hinblick auf die Freisetzung neuer Mikroorganismen. Es ist leicht, die Gefahren, die damit verbunden sind, überzustapazieren. Man sollte eine Paranoia in der Gesellschaft zu verhindern suchen. Doch die Einführung neuer Technologien kennt gewisse Phasen. Was zuerst als sehr sicher ausgegeben wurde, erweist sich später zum Beispiel für die Umwelt als nicht so sicher. Deshalb müssen wir die Sicherheitsbestimmungen überwachen, um sicherzugehen, daß wir nicht eines Tages einem genetischen Tschernobyl oder sonst einer genetischen Katastrophensituation gegenüberstehen.

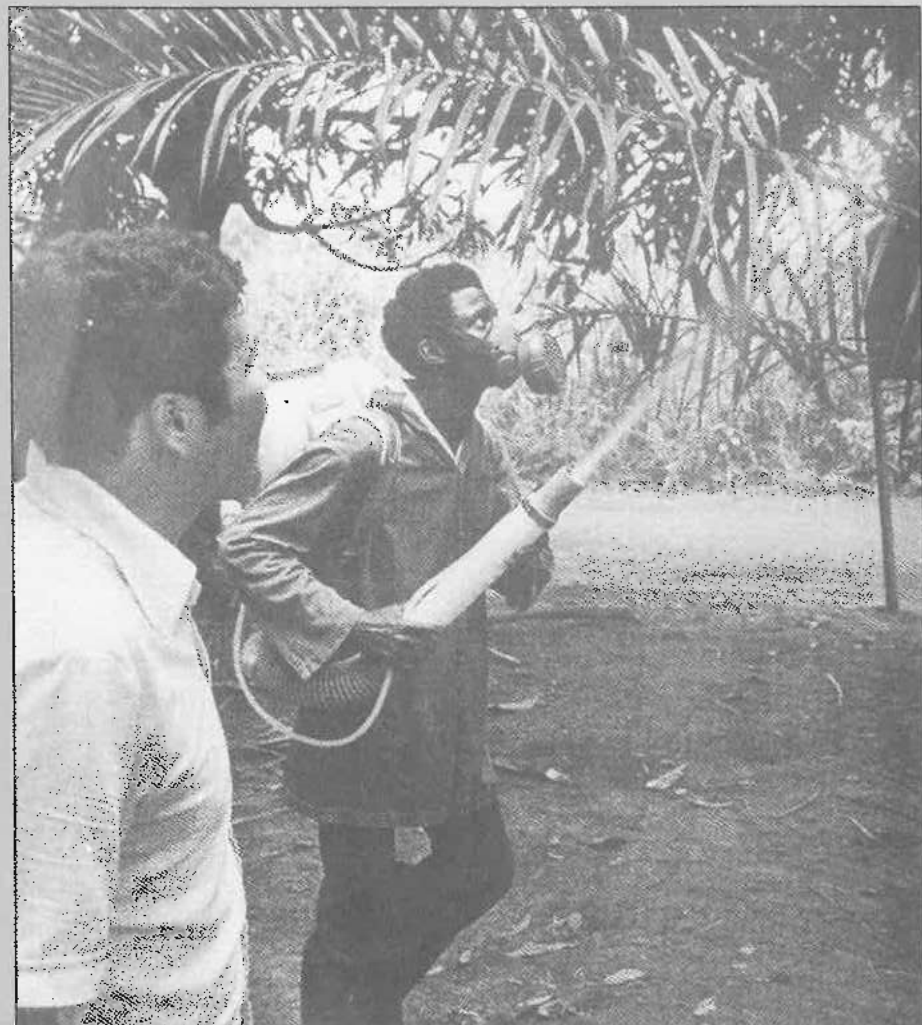
(QUELLE: Informationsdienst 3. Welt, Bern, Dokument Nr. 5/31.10.1988, S. 9-12)

buttersubstitute (CBS) aus anderen pflanzlichen und tierischen Ölen gewonnen werden. Parallel dazu erforschen die Hersteller von Schokolade die Erzeugung von Kakao aus Zellkulturen. Die Kakaoherstellung würde dann ohne die Kakaobäume auskommen. Die Folgen wären für Länder wie Togo, Ghana und die Elfenbeinküste katastrophal, welche 90, 60 bzw. 40 % ihrer Exporteinnahmen aus dem Kakaoexport bestreiten (7).

Ähnlich könnte es auch Madagaskar oder den Komoren ergehen. Madagaskar ist mit 75 % Marktanteil Hauptexporteur von Vanille. Die Komoren erwirtschaften zwei Drittel ihrer Exporteinnahmen mit diesem Produkt. Diese Einnahmen könnten bald auf Null sinken, da es US-Firmen bereits gelungen ist, die Vanille mit Hilfe der Zellkulturtechnik im Labor herzustellen. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich auch bei anderen Aromastoffen ab. (8)

Negativ für die Entwicklungsländer wirkt sich jedoch nicht nur die Produktionsverlagerung in den Norden, sondern auch die Tatsache aus, daß durch die Biotechnologie die Austauschbarkeit von Rohstoffen für die Herstellung identischer Endprodukte wächst. Dies gilt z.B. für den Süßstoff-

Durch Genmanipulation soll ein verstärkter Pestizideinsatz ermöglicht werden



SOZIALISTISCHE PRAXIS

Das sozialistische Magazin für Jung- und Altsozialisten

SOZIALISTISCHE PRAXIS

Schwerpunkt: Sexualität

Sex

Doppelnummer 7,8 - '89: Sexualität

- Sexuelle Revolution - Befreiung von der Verklebung?
- Kondomtest
- Typisch Mann - typisch Frau

Außerdem:

- Bücher für Nicaragua
- Europawahlen
- Meinungen, Kommentare und Information

Sonderbeilage:

Zukunft der Arbeit, Zukunft der Freizeit, Zukunft des Lebens

Die Sozialistische Praxis erscheint monatlich.

Das Einzelheft kostet DM 3,- und ist im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich.

Praktischer, billiger, schneller im Abonnement für DM 30,- jährlich.

Bestellungen an den
SP-Verlag
Deutschausstr. 31
3550 Marburg



markt. Hier werden in Zukunft nicht nur Roh- und Rübenzucker konkurrieren, sondern auch biotechnologisch hergestellte Süßstoffe wie Thaumatin und der Glucose/Fructose-Sirup, der nicht nur aus Mais, sondern ebenso aus Weizen, Tapioka, Maniok oder Kartoffeln hergestellt werden kann. (9)

Gleiches gilt für die Erzeugung von Proteinen als Viehfutter. Die Konzerne Höchst und ICI sowie die Sowjetunion sind führend in der Forschung und Produktion von Einzellerproteinen, die in Fermentationsanlagen mit manipulierten Mikroorganismen erzeugt werden. Die Sowjetunion hofft, damit vom Viehfutterimport unabhängig zu werden. Sollte diese Form der Produktion von Proteinen konkurrenzfähig werden, ist der Sojaexport aus Brasilien ebenso bedroht wie die Ausfuhr von Fischmehl aus Peru oder von Tapioka aus Thailand. (10)

Die Biotechnologie wird nicht nur den Export von agrarischen Rohstoffen aus der Dritten Welt bedrohen, sondern auch die dortige Produktion von Nahrungsmitteln. Da die Anwendung der Biotechnologie zuerst im Norden stattfindet, wird es vor allem bei der Milchproduktion, aber auch beim Getreideanbau zu höheren Erträgen und damit zu sinkenden Preisen und Überproduktion kommen. Die Gefahr besteht, daß die Überschüsse zu Dumpingpreisen auf den Märkten der Dritten Welt angeboten und damit die dortigen Produzenten in den Ruin getrieben werden. (11)

Unter der Einführung der Biotechnologie werden jedoch nicht nur die Exporteure von Agrarprodukten, sondern - wenngleich in geringerem Ausmaß - auch von Mineralien und Energie zu leiden haben. Mit Hilfe der mikrobiellen Erzlaugung ist es möglich, Metalle aus Abraumhalden, Erzresten und Gestein mit geringer Metallkonzentration zu gewinnen, was bisher wegen der hohen Kosten nicht möglich war. Dabei werden Bakterien eingesetzt, die Metalle (Kupfer, Gold, Uran, Zink, Nickel u.a.) aus schwefelhaltigem Gestein lösen und die dann aus der Laugungsflüssigkeit gewonnen werden

können. Mit diesem Verfahren werden bereits 15-20 % des Kupfers in den USA abgebaut. Falls die Kosten dieser Art der Metallgewinnung niedriger sind als die Transportkosten für Erze mit hoher Konzentration aus Ländern der Dritten Welt, werden die Importe zurückgehen. (12)

Die Biotechnologie wird außerdem den Importbedarf von Energierohstoffen verringern. Dies ist nicht so sehr der Fall, weil mit Hilfe der Biotechnologie Biogas oder Brennstoffe aus Pflanzen gewonnen werden können, sondern mehr noch, weil die biotechnologischen Produktionsverfahren wesentlich weniger Energie verbrauchen als chemische Prozesse.

Diesen negativen Entwicklungen für die Dritte Welt, die die Anwendung der Biotechnologie im Interesse der industrialisierten Staaten mit sich bringen, stehen eine Reihe von Anwendungsmöglichkeiten gegenüber, die zur Lösung wirtschaftlicher Probleme der Dritten Welt beitragen können. So besteht auch für die Entwicklungsländer die Möglichkeit, das Verfahren der bakteriellen Erzlaugung anzuwenden und somit bei Metallerporten konkurrenzfähig zu bleiben. Gleichfalls kann durch die Biotechnologie die lokale Energieproduktion ausgeweitet werden. Vor allem aber eröffnen sich durch die Gen- und die Gewebekulturtechniken Möglichkeiten, ertragreiche Nahrungsmittelpflanzen zu züchten oder den Bedarf an Düngern und Pflanzenschutzmitteln zu senken.

Sollten diese positiven Effekte überhaupt eintreten, werden sie jedoch lange auf sich warten lassen. Ein Grund hierfür ist die große technologische Lücke zwischen Süden und Norden, ein anderer die Tatsache, daß die Anwendung der Biotechnologie immer stärker unter die Kontrolle einer Handvoll transnationaler Chemie- und Pharmakonzerne gerät. Sie erreichen dies durch die Ausweitung der eigenen Forschungstätigkeit, durch Kooperation mit den Universitäten und durch den Aufkauf von kleineren Unternehmen.

Damit wird der Zugang zu dieser neuen

Zehntausende Zuckerrohrarbeiter wurden in den Philippinen arbeitslos, weil Süßstoffe den Zucker vom Weltmarkt verdrängen



Die ertragreichere Ölpalme gewinnt den Wettbewerb mit der Kokospalme; Kokosernte in den Philippinen

Technologie erheblich erschwert, zumal sich diese Konzerne auch um die Patentierung neuer Verfahren, von einzelnen Genen und neuen Pflanzen- und Tiersorten bemühen. (13) Da diese Konzerne nach der Kontrolle der ganzen Produktionskette, von der Entwicklung einer neuen Pflanze über die Bereitstellung von Pflanzenschutzmitteln und Düngern bis hin zur Verarbeitung drängen, wird die Landwirtschaft der Dritten Welt immer stärker auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet.

Ein Beispiel hierfür ist die Tatsache, daß einige Chemieunternehmen heute Pflanzen entwickeln, die gegen die von ihnen produzierten Herbizide resistent sind. Damit kann sowohl der Absatz des Saatgutes als auch der eigenen Pestizide gesteigert werden. So hofft der Schweizer Konzern Ciba-Geigy, den Absatz seines Pestizids Atrazin von 250 Mio \$ auf 370 Mio \$ mit der Entwicklung einer Sojapflanze, die dagegen resistent ist, zu steigern. Eine Forschung mit dem Ziel, den Proteinanteil von Pflanzen zu erhöhen, oder sie gegen Schädlinge resistent zu machen, wird hingegen kaum betrieben. (14)

Den Ländern der Dritten Welt bleibt damit nur der Ausweg, die neuen Technologien teuer einzukaufen, wofür meist die Devisen fehlen, oder selbst die Forschung zu intensivieren. Dies stößt aber auch schnell an Grenzen, da einige Bereiche sehr kostenintensiv sind und eine interdisziplinäre Forschung notwendig ist, wofür Fachleute fehlen.

Deshalb konzentrieren sich die Forschungsaktivitäten auf wenige Länder: Indien, Mexiko, Brasilien, Thailand, Philippinen, China, Argentinien und Kuba. In Afrika gibt es kein einziges gentechnisch arbei-

tendes Forschungszentrum. (15) „Einige dieser Programme wurden allerdings nach westlichen Vorbildern eingeführt: Verbindungen zwischen Universität und Industrie wurden gefördert, um schnell profitable Produkte entwickeln und vermarkten zu können. Diese Produkte sind aber nicht unbedingt auf die Probleme und Bedürfnisse der Armen ausgerichtet.“ (16)

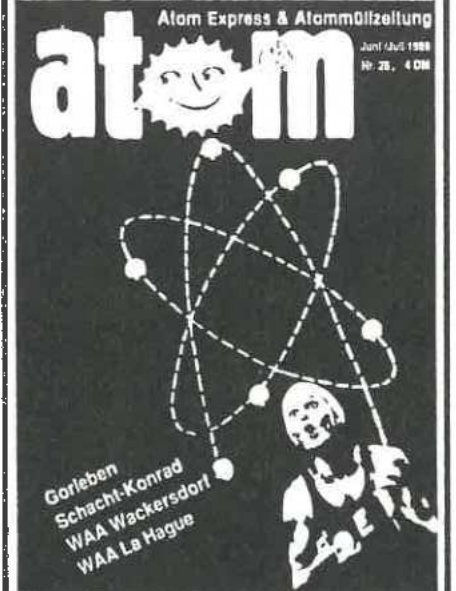
Gleiches gilt natürlich erst recht für die Einführung der Biotechnologie durch die transnationalen Konzerne (TNKs), da dies zumeist in Übereinstimmung mit den Interessen der Herrschenden in den Ländern der Dritten Welt geschieht. Höhere Erträge werden vor allem die in- und ausländischen Großgrund- und Plantagenbesitzer erzielen, die für den Export produzieren - sofern die landwirtschaftlichen Rohstoffe nicht bereits im Norden abgebaut oder in Fabriken hergestellt werden. Beim Anbau von Nahrungsmitteln profitieren allenfalls die Großbauern, die sich die neue Technologie leisten können. Kleinbauern und Landarbeiter würden dann in den Ruin getrieben und somit das Heer der Hungernden in den Elendsvierteln vergrößern.

„Angesichts der dominierenden Rolle der TNKs in der Biotechnologie scheint es wahrscheinlich, daß durch die Einführung der Biotechnologie in der Dritten Welt die Armen ärmer werden und die Kluft zwischen reich und arm sich verbreitern wird.“ (17)

Anmerkungen

- 1) Vgl. Gerd Junne, Sorpresas para el Tercer Mundo. Biocología, in: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 96/Juli-August 1988, S. 118-124; hier S. 119
- 2) Vgl. ebenda
- 3) Vgl. Henk Hobbelink, Bio-Industrie gegen die Hungernden, Reinbek 1989, S. 58 ff.
- 4) Vgl. Hanne Svarstad, Biotechnology: consequences for West African countries of cocoa smallholders, in: Development, Rom, Nr. 4/1987, S. 28-32
- 5) Vgl. H. Hobbelink, Bio-Industrie ..., a.a.O., S. 46 ff.
- 6) Vgl. Rural Advancement Fund International, Vanilla and biotechnology, in: Development a.a.O., S. 35/36
- 7) Vgl. H. Hobbelink, Bio-Industrie ..., a.a.O., S. 54 und H. Svarstad, Biotechnology ..., a.a.O., S. 28 ff.
- 8) Vgl. H. Hobbelink, Bio-Industrie ..., a.a.O., S. 54 und Rural Advancement Fund International, Vanilla and biotechnology, in: Development, a.a.O., S. 35/36
- 9) H. Hobbelink, Bio-Industrie ..., a.a.O., S. 53 ff.
- 10) Vgl. ebenda und G. Junne, Sorpresas ..., a.a.O., S. 122
- 11) Vgl. H. Hobbelink, Bio-Industrie ..., a.a.O., S. 62 ff.
- 12) Vgl. Alyson Warhurst, New directions for policy research: biotechnology and natural resources, in: Development, a.a.O., S. 68-70; illa, Nr. 111/Dezember 1987, Bonn, S. 9 f. und G. Junne, Sorpresas ..., a.a.O., S. 122
- 13) David Dembo/Claurence Dias/Ward Morehouse, Biotechnology and the Third World: Caveat Emptor, in: Development, a.a.O., S. 11-17 und H. Hobbelink, Bio-Industrie ..., a.a.O., S. 31 ff.
- 14) Vgl. H. Hobbelink, Bio-Industrie ..., a.a.O., S. 33-35; blätter des i3w, Freiburg, Nr. 155/Februar 1989, S. 33-35 und G. Junne, Sorpresas ..., a.a.O., S. 123 f.
- 15) Vgl. Wilfredo Clemente, Biotechnology in the Third World: small is big, in: Development, a.a.O., S. 25/26 und i3w, Bern, Dokument Nr. 5/31.10.1988, S. 6-8
- 16) H. Hobbelink, zit. nach: i3w, a.a.O., S. 6
- 17) D. Dembo/C. Dias/W. Morehouse, Biotechnology ..., a.a.O., S. 15

atom Nr. 26



Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt 1: Das Ende der WAA Wackersdorf

Die Ankündigung zukünftig BRD Atommüll in Frankreich od. England aufarbeiten zu lassen, hat die (Anti-)Atom-Szene kräftig durcheinandergewirbelt. Wir dokumentieren redaktionseigene und -fremde Einschätzungen...

Schwerpunkt 2: Atommülltransporte

Im Wendland warten alle auf die ersten Castor-Transporte. An anderen Orten sind sie längst Wirklichkeit. Blockadebericht von Transporte Neckarwestheim - La Hague. Neues aus Lübeck

Schwerpunkt 3: Kriminalisierung

Der Startbahn-Portzess steht vor seiner entscheidenden Phase; die ersten Urteile sind gefällt. Auseinandersetzung zum Thema Beugehaft. Trotz Abbruch des Hungerstreiks - ein kritischer Rückblick auf Vorbereitung und Ablauf der zentralen Bonn-Demo.

Außerdem:

Wendland, Schacht-Konrad, HTR-Modul, THTR-Hamm, Sowjetunion: 3 Jahre nach Tschernobyl, Uranabbau in Kanada...

atom

erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 Mark (plus Porto), Abo für 5 Ausgaben 25 Mark. Ab 5 Ex. 3 Mark (plus Porto)

Bestelladresse:

atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

THOMAS FUES

40 Jahre Bundesrepublik

Entwicklungspolitik zwischen Almosen und Exportförderung

Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Republik bemüht sich auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), seine Tätigkeit in einem rosaroten Licht zu zeichnen. Thomas Fues, Mitarbeiter und Dritte-Welt-Koordinator der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, beschreibt den Zustand der herrschenden Entwicklungspolitik und zeigt Alternativen auf.

Der 40. Jahrestag der Gründung dieser Republik wird von der konservativen Bundesregierung zu kostenintensiven Feierlichkeiten genutzt. Neben der damit beabsichtigten Ablenkung von einem erheblich problematischeren Jahrestag deutscher Geschichte (Beginn des 2. Weltkrieges mit dem deutschen Überfall auf Polen) geht es den Regierungsparteien um die Darstellung ihrer vermeintlichen Erfolge und Selbstvergewisserung. Das wachsende Bewußtsein in unserer Gesellschaft über die globalen Risikopotentiale und der spürbar stärker werdende Wunsch nach ethischer Orientierung sollen durch die satte Selbstzufriedenheit der Herrschenden über das bisher Erreichte verdrängt und verbannt werden.

Neben anderen Bonner Ministerien hat auch das BMZ unter Verweis auf das anstehende Jubiläum eine deftige Aufstockung seines Propagandaetats um zusätzlich 200 000 DM für 1989 durchsetzen können. In enger Zusammenarbeit mit staatlichen Durchführungsorganisationen (z.B. Gesellschaft für technische Zusammenarbeit – GtZ und Kreditanstalt für Wiederaufbau – KfW), den Stiftungen der politischen Parteien und den kirchlichen Hilfswerken soll um humanitäre Anteilnahme für die Not in der Dritten Welt geworben und über das segensreiche Wirken der Entwicklungshilfe informiert werden.

Es liegt nahe, daß dieser gewaltige Werbeaufwand Reaktion auf die gesellschaftliche Isolierung ist, in der sich die staatliche Entwicklungspolitik befindet. Die praktizierte Verfolgung wirtschaftlicher und politischer Eigeninteressen stößt auf breite Kritik in der BRD.

Die zurückliegende IWF/Weltbank-Kampagne hat das Bewußtsein über die Auswirkungen von Weltmarktzusammenhängen auf die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen und das ökologische Gleichgewicht schärfen können. Über globale ökologische Wirkungsmechanis-

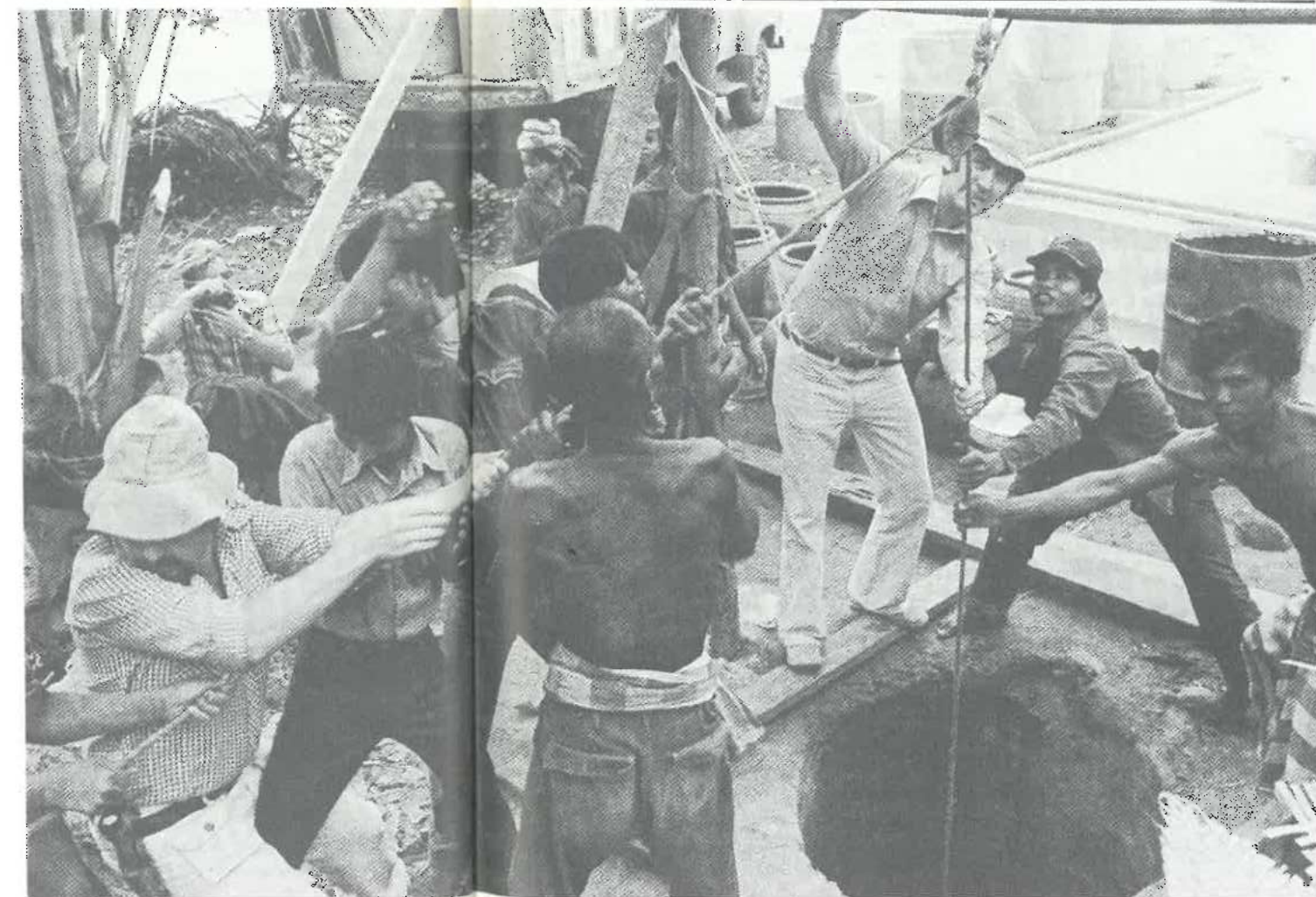
men (Klimakatastrophe, Ozonloch) wächst die Erkenntnis der eigenen Verwundbarkeit durch Zerstörungsprozesse in anderen Kontinenten. Die reale Bedrohung der Sicherheit geht für viele in Westeuropa nicht mehr von fremden Heeren, sondern von den Selbstgefährdungen der kapitalistischen Industriegesellschaft aus.

Im Laufe der Jahre hat die staatliche Entwicklungspolitik unverzichtbare innen- und außenpolitische Funktionen übernommen. Sie stellt das gute Gewissen der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft gegenüber der armen Mehrheit der Weltbevölkerung dar. Der Einsatz staatlicher (und auch privater) Gelder zur Milderung des Elends in aller Welt hilft zuallererst, das Wissen und Ahnen zu verdrängen, auf wessen Kosten der eigene Reichtum (teilweise) erzielt wurde und wie privilegiert im Welt-

maßstab die materiellen Lebensbedingungen für die meisten bei uns sind.

Außenpolitisch bewirkt die Entwicklungshilfe die Absicherung der herrschenden Machtverhältnisse im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, z.B. durch die Festigung der Führungsrolle von Weltbank und

BMZ-Brunnentbau in Asien



**GROßZÜGIGE ALMOSEN
LASSEN LEICHTER DIE ROLLE
BUNDESDEUTSCHER
UNTERNEHMEN IM
WELTWEITEN HANDEL MIT
WAFFEN, GIFTIGEN
CHEMIKALIEN UND
ATOMTECHNOLOGIE
VERGESSEN**

maßstab die materiellen Lebensbedingungen für die meisten bei uns sind.

Großzügige Almosen lassen leichter die Rolle bundesdeutscher Unternehmen im weltweiten Handel mit Waffen, giftigen Chemikalien, Atomtechnologie usw. vergessen. Hinter der Tarnkappe ihres vermeintlich uneigennütigen Charakters hat die Bonner Entwicklungshilfe von Beginn an konsequent eigene Exportinteressen verfolgt. Z.B. werden über die Mischfinanzie-

Internationalem Währungsfonds (IWF). Die Verbreitung der Ideologie der „sozialen Marktwirtschaft“ und die Orientierung auf das bundesdeutsche Ordnungsmodell besorgen zunehmend einflussreiche Wirtschaftsverbände mit BMZ-Geldern (u.a. Industrie- und Handelskammern, Sparkassenverbände, Handwerkskammern).

Über die Arbeit der politischen Stiftungen verfügt die BRD über ein ausdifferenziertes System von Einfluß- und Zugangs-

möglichkeiten zu den unterschiedlichsten sozialen Kräften eines Landes, um das sie in der ganzen Welt beneidet wird. Die Konzeption bestimmter Projekte in Ländern mit polarisierten Gesellschaften (z.B. Philippinen und Guatemala) läßt vermuten, daß hier ein verdeckter Beitrag zur Aufstandsbekämpfung geleistet werden soll.

Dieses „schmutzige“ Gesicht einzelner Teilbereiche ist eher die Ausnahme für die BMZ-Politik. Die soll nämlich sauber und

als humanitäre Wohltat verkaufbar sein. Als vor einigen Jahren die Polizeihilfe des BMZ für Guatemala heftiger Kritik ausgesetzt war, beschlossen die Abgeordneten aller Parteien im Bundestag das Ende solcher Maßnahmen aus dem BMZ-Haushalt (Ausnahme: Rauschgiftbekämpfung). Jetzt wird die bundesdeutsche Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe ausschließlich über die Etats von Außen-, Innen- und Verteidigungsministerium finanziert.

Die Analyse bundesdeutscher Entwicklungspolitik in den verschiedenen Teilbereichen führt zu dem übereinstimmenden Ergebnis, daß es hier nicht um die Interessen der Armen in der Dritten Welt, sondern um die systematische Durchsetzung von Eigeninteressen geht. Dies bedeutet aber nicht, daß es nicht institutionelle Widersprüche und begrenzte Freiräume gibt, wo die herrschende Logik in kleinen Ansätzen durchbrochen wird. Gemessen an der sonstigen Politik von Bundesregierung und bundesdeutschen Unternehmen im Weltwirtschaftssystem zeigt sich die Entwicklungshilfe als weitgehend bedeutungslose Spielwiese.

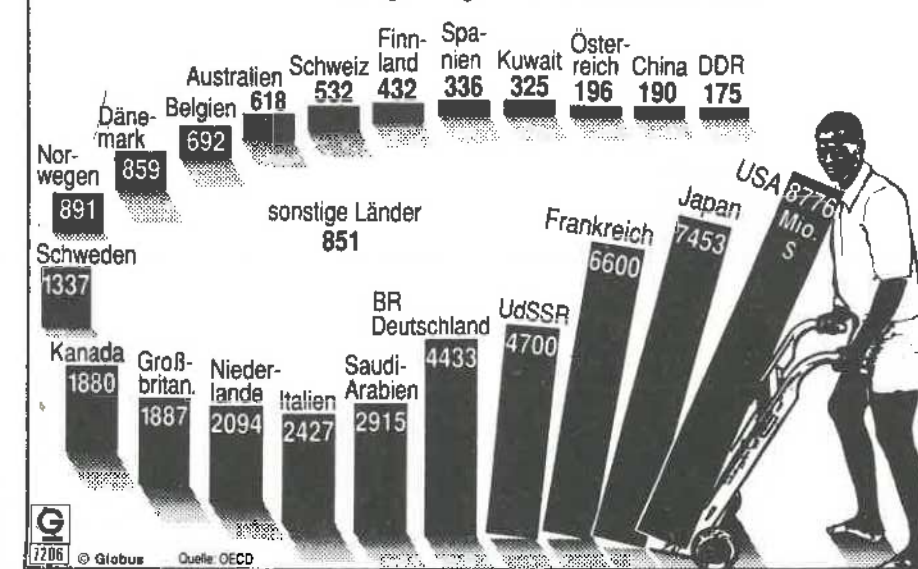
Die einseitige Ausrichtung der Entwicklungspolitik an bundesdeutschen Wirtschaftsinteressen äußert sich u.a. in der Berufung von UnternehmensvertreterInnen in das Aufsichtsorgan der (zumindest vom finanziellen Volumen her) wichtigsten Durchführungsorganisation, der Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW, zuständig für die Kapitalhilfe). Im Gesetz für die KfW wird festgelegt, daß VertreterInnen der verschiedenen Typen von Kreditinstituten, von Industrie, Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Wohnungswirtschaft in den Verwaltungsrat berufen werden. Als einzige gesellschaftliche Kraft, die sich nicht über Kapitalvermögen legitimiert, werden die Gewerkschaften mit Sitzen im höchsten Lenkungsgremium dieser, hauptsächlich binnenwirtschaftliche Ziele verfolgenden, öffentlichen Kreditinstitution bedacht. Umwelt-, VerbraucherInnen- und Dritte-Welt-Bewegung gehen leer aus.

Eine einflussreiche Position in der personellen Entwicklungshilfe nimmt die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG), eine Einrichtung der bundesdeutschen Wirtschaft, ein. Im Zusammenspiel mit der CSU-Leitung des BMZ werden kritische Institutionen der bundesdeutschen Entwicklungshilfe übernommen und auf die Erfordernisse der bundesdeutschen Wirtschaft zurechtgestutzt. So geschehen im Fall der Kontakt- und Informationsstelle (KIS), die für die Betreuung der zurückgekehrten EntwicklungshelferInnen zuständig war.

Weil die KIS ihren gesellschaftskritischen Standort nicht aufgeben wollte, wurde sie Anfang 1988 aufgelöst und Teilbereiche von ihr den Carl Duisberg Centren (Abteiler der CDG) eingegliedert. Die Betreuung der RückkehrerInnen wurde von der CDG auf die berufliche Wiedereingliederung verengt. Ein Fruchtbarmachen der Dritte-Welt-Erfahrungen durch die kriti-

Entwicklungshilfe 1987

Öffentliche Leistungen insgesamt 50 599 Millionen Dollar



sche Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen Realität wird nicht mehr geduldet.

Auch das vom BMZ geförderte ASA-Programm (Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Lateinamerika und Asien) wurde inzwischen von der CDG übernommen. Diese bemüht sich hartnäckig um eine Abschaffung der begrenzten Autonomie dieser ursprünglich studentischen Selbsthilfeeinrichtung und um den Abbau der in der Satzung verankerten Mitbestimmungsrechte der TeilnehmerInnen.

Für die staatliche Entwicklungshilfe gewinnt die Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) eine zunehmende Bedeutung. In den Ländern der Dritten Welt schrumpft die Reichweite staatlicher Politik und die öffentlichen Institutionen sind einem Desintegrationsprozeß ausgesetzt – nicht zuletzt aufgrund der von

**ZIEL DER
„ARMUTSBEKÄMPFUNG
DURCH SELBSTHILFE“ IST U.A.
DIE EINBINDUNG UND
BEFRIEDUNG BASISNAHER
ORGANISATIONEN IN DER
DRITTEN WELT**

IWF und Weltbank systematisch betriebenen Demontage des Staates. Die Ohnmacht des Staates bei zunehmenden Krisentendenzen hat zu einem Aufschwung basisnaher Organisationen geführt, die die Interessen ausgegrenzter Bevölkerungsmehrheiten wirkungsvoll artikulieren können und deshalb oft brutaler Repression ausgesetzt sind. Ihr Widerstand gegen soziale Verelendung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet die strategischen Ziele der von IWF und Weltbank durchgesetzten Anpassungsprogramme.

Die Weltbank und Geberregierungen bemühen sich zunehmend um die Kooperation westlicher Hilfsorganisationen bei der Einbindung und Befriedung selbstorganisierter Bewegungen in Dritte-Welt-Ländern. Diese sollen ihre Erfahrungen und Strukturen für die gezielte Weiterleitung kompensatorischer Sozialmaßnahmen zur Verfügung stellen.

Der inzwischen wieder an die Spitze des BMZ zurückgekehrte Minister Jürgen Warnke hatte 1983 eine interne Sondereinheit ins Leben gerufen („Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe“). 1986 wurde gemeinsam mit sieben entwicklungspolitischen Institutionen eine gemischte Arbeitsgruppe unter diesem Namen gegründet, die im April 1989 wie geplant wieder aufgelöst wurde. Daran beteiligt waren: CDG, GIZ, KfW, Misereor, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Friedrich-Ebert-Stiftung, Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE).

Ziel dieser strategischen BMZ-Initiative ist die Verfeinerung der Instrumente und Konzepte, um basisnah auf die NRO-Szene in Dritte-Welt-Ländern einwirken zu können. Dabei besteht häufig die Gefahr, daß die in der Bevölkerung verankerten Organisationen, die ihren nicht-repräsentativen Regierungen kritisch gegenüberstehen, von der Förderung ausgeschlossen werden bzw. auf Förderung verzichten, um staatliche Einflußnahme zu vermeiden.

Für die machtausübenden Gruppen im Land ist die Versuchung groß, über von ihnen kontrollierte Schein-NROs an die Geldtöpfe zu kommen und andere NROs auszugrenzen und zu kriminalisieren. Vor allem bei den mitwirkenden kirchlichen Hilfswerken in der BRD werden die Absichten des BMZ mit Skepsis betrachtet. Es wird eine Übernahme der direkten NRO-Förderung durch den Staat und damit die Konkurrenz zu eigenen Projekten gefürchtet.

Im Bundestag hat der Ansatz „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe“ zu kontroversen Diskussionen bei SPD und GRÜNEN geführt. Eine mit VertreterInnen aller Fraktionen besetzte Arbeitsgruppe hatte schon einen gemeinsam getragenen Antrag formuliert, in dem das Selbsthilfekzept als strategischer Hebel zur Beseitigung der Armut hochgejubelt wird. Die Grenzen, die den selbstorganisierten Anstrengungen der Armen durch interne Unterdrückung und weltwirtschaftliche Ausbeutung gesetzt sind, werden darin nur äußerst vage gestreift.

Inzwischen haben die GRÜNEN ihre Unterstützung für den Antrag zurückgezogen. Auch die FDP soll wieder schwanken, weil die freie Marktwirtschaft als Allheilmittel nicht genügend hervorgehoben wird. Es bleibt abzuwarten, ob CDU/CSU und SPD nun gemeinsam den Antrag im Bundestag einbringen werden.

Die Entwicklungspolitik der konservativen Bundesregierung hat erwartungsgemäß heftige Kritik der Oppositionsparteien

und der entwicklungspolitisch engagierten Gruppen auf sich gezogen. Die SPD-Schelte klingt allerdings reichlich unglaubwürdig, weil die jetzt angegriffenen Instrumente und Ziele auch in der sozialliberalen Regierungszeit praktiziert wurden.

Wichtiger als diese Glaubwürdigkeitslücke ist die Frage nach den Alternativen, die die Opposition vertritt. Sowohl in der SPD als auch bei den GRÜNEN gibt es starke Kräfte, die sich mit einer besseren und effizienteren Entwicklungshilfe zufrieden geben wollen. Die Wirksamkeit der Maßnahmen soll durch eine stärkere soziale und ökologische Ausrichtung erhöht werden.

Andere Gruppen in beiden Parteien, bei den GRÜNEN wohl in der Gesamtpartei wesentlich einflußreicher als bei den Sozialdemokraten, betonen die begrenzte Reichweite der gängigen BMZ-Politik. Sie wollen ihre Aufmerksamkeit auf die ganze Bandbreite der bundesdeutschen Beziehungen zu Dritte-Welt-Ländern richten. Solange sich die ausbeuterische bundesdeutsche Dritte-Welt-Politik im Weltwirtschaftssystem nicht ändert, kann die Entwicklungspolitik – wie gut sie auch immer gemeint sein mag – ihren kompensatorischen und Alibi Charakter nicht ablegen.

Eine emanzipatorische Dritte-Welt-Politik muß die Substanz der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in Frage stellen. Dafür ist zuallererst eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen in der BRD erforderlich. Ohne diese Orientierung auf Konsequenzen für die eigene Gesellschaft baut das Streben nach einer veränderten Entwicklungspolitik auf Illusionen auf und muß sich letztlich den herrschenden Interessen beugen.

Eine an sozialer Gerechtigkeit, Durchsetzung der Menschenrechte, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und Frieden ausgerichtete Dritte-Welt-Politik der BRD kann nur gegen die Interessen der dominierenden Wirtschaftsgruppen durchgesetzt werden.

„Eine historische Initiative...“

Gegen IWF und Weltbank

Beiträge vom Gegenkongreß



PAHL-RUGENSTEIN

Trägerkreis/ Die Grünen im Bundestag (Hrsg.)
Gegen IWF und Weltbank
Beiträge vom Internationalen Gegenkongreß der IWF/Weltbank-Kampagne
300 Seiten, DM 16,80
Kleine Bibliothek
Dritte Welt

Die Politik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie der hinter ihr stehenden Privatbanken und westlichen Regierungen war Anlaß zu einer großen Kampagne, die inzwischen als „historische Initiative“ (Castro) angesehen wird. Der Internationale Gegenkongreß, der mit großer Beteiligung sowohl aus der „Dritten Welt“ als auch aus den Industrieländern stattfand, nahm nicht nur eine kritische Bilanz der herrschenden Schuldenpolitik in der Weltwirtschaft vor. Er rückte die Frage nach politischen Konsequenzen für die Industrieländer in den Mittelpunkt. Im Auftrag des Trägerkreises des Gegenkon-

PAHL-RUGENSTEIN

KULTUR

CELAL ÖCZAN

Die Stimme Anatoliens bleibt gegenwärtig

Volkssänger Ruhi Su

Ruhi Su, einst prominenter Volksliedersänger der Türkei, sah sich immer wieder politischer Verfolgung ausgesetzt. Als Stimme des Widerstands ist er auch vier Jahre nach seinem Tode (20. September 1985) gegenwärtig geblieben.

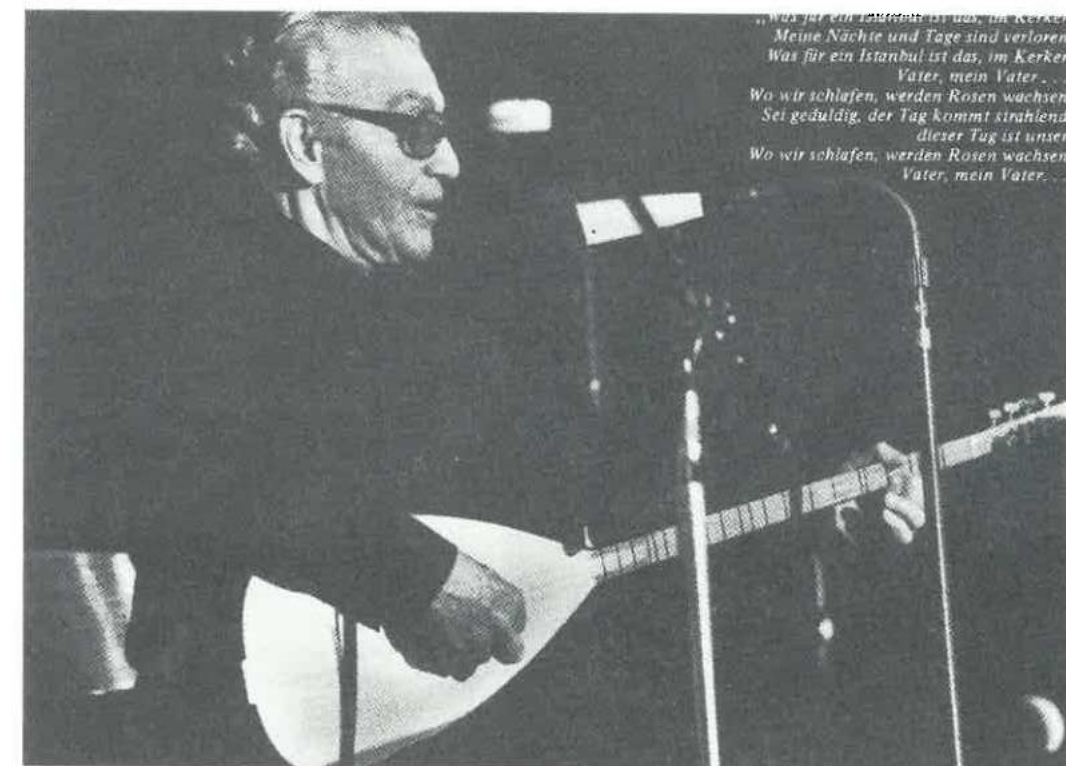
Für mich ist das Singen eine Liebesgeschichte. Meine schönste Liebe habe ich beim Singen erlebt. Weder habe ich sie noch hat sie mich betrogen. So beschrieb Ruhi Su, der türkische Volksliedersänger neuen Typs, seine melancholische Beziehung, Leidenschaft und Treue zur Musik. Für sie legte er von Van bis Ankara einen langen, schweren Weg zurück.

Der 1912 in Van geborene Mehmet – Familiennamen gibt es erst seit der Republik – nahm später den Namen Ruhi Su an. Wie viele andere Kinder, die ihre Eltern im 1. Weltkrieg verloren hatten, stand er alleine auf der Straße. Er kam zu einer sehr armen Familie nach Adana, mit der er im Alter von 6 Jahren von Ort zu Ort – Çukurova, Toroslar usw. – fliehen mußte, nachdem Adana von Franzosen und Engländern besetzt worden war.

Die Besetzung des Landes, die Flucht der Menschen vor Hunger und Elend, der beginnende Befreiungskrieg, die von den Bergen aus gegen die ausländischen Besatzungsmächte operierenden Efes, die Eşkiyas (Räuber), Frauen, die mit den Kindern auf den Rücken die Ochsen antrieben, um die Munition an die Front zu bringen – das waren die Bilder, die seine Kindheit prägten. Er hörte in Çukurova und besonders in Toroslar Lieder, die die Liebe zum Volkslied in ihm erweckten.

Nach der Befreiung von Adana kehrte die Familie wieder dorthin zurück. So kam er mit 10 Jahren in eine Schule für Waisenkinder, wo es für ihn eine unbeschwerte Kindheit gab. Er begann auch Geige zu spielen. Während der Lehrerschule in Adana kam er durch einen österreichischen Geiger und ein Stummfilmorchester, das er sich oft anhörte, mit der westlichen Musik in Berührung. Danach besuchte er noch die Musikschule in Ankara.

Von 1936–42 wurde er im Fach Oper im staatlichen Konservatorium ausgebildet, wo er die klassische westliche Musik studierte. Dieses Konservatorium gründeten im Jahre 1936 im Auftrag des türkischen Staates Paul Hindemith, Karl Ebert und Paul Lohman, die zusammen mit anderen jüdischen Künstlern und Wissenschaftlern vor dem Nationalsozialismus in die Türkei emigrierten. Von 1942–52 sang Ruhi Su in der



Türkischer Volkssänger Ruhi Su mit der Saz als Begleitinstrument

Staatsoper in Stücken wie „Bastien und Bastienne“, „Fidelio“, „Die Hochzeit des Figaro“, „Der Maskenball“, „Die verkaufte Braut“ und „La Bohème“. Er sang von 1943–45 auch im türkischen Rundfunk in dem Programm „Baßbariton Ruhi Su im Radio“.

1952 wurde er wegen seiner politischen Anschauungen verhaftet – man hat ihn beschuldigt, der Kommunistischen Partei anzugehören – und saß bis 1957 im Gefängnis. Dort verliebte er sich und heiratete die Gefangene Sidika. Dann ging er für 20 Monate ins Exil nach Konya und sie nach Ankara. Er erlebte Arbeitslosigkeit, Trennung, wurde abgestempelt als Linker. Aber die Lieder haben ihn nie im Stich gelassen, gaben ihm die Hoffnung, die Kraft, es zu überstehen.

Schon während seiner Konservatoriumszeit untersuchte er die Volkslieder, ihre Wurzeln und Entstehungsgründe. In der Oper sah er sich nicht verwirklicht. Die Volkslieder, die er in Çukurova, Toroslar, In-

dereci, Mansur gehört hatte, hatte er nicht vergessen. Er ging von der Geige zur Saz über und richtete seine ganze Mühe auf die Volkslieder.

„Wenn ich singe, verwende ich zwei Mittel: Das eine ist meine Stimme, das andere meine Saz.“ Aber er stellte die Saz nicht auf die gleiche Stufe mit der Melodie wie in Mitteleuropa, sondern die Saz war bei ihm Ergänzungs- und Begleitelement der Lieder und seiner Stimme. Er versuchte, mit den Möglichkeiten der Saz die Aussage der Lieder möglichst zu bereichern. Um Mehrstimmigkeit zu erreichen, spielte er auf der Saz Akkorde, die sich von der Melodie der Lieder unterschieden. Die Saz wirkte wie ein Kommentar zum Lied und interpretierte es mit. Ruhi Su hielt seine Stimme, das Instrument und den Liedinhalt im Gleichgewicht.

Was er machte, hat er mit seiner kraftvollen Stimme gemacht. „Die menschliche Stimme ist das edelste von allen Musikinstrumenten. Kein anderes Instrument besitzt eine solche Kraft der Aussage.“ Ruhi

Su hatte eine ausgebildete Baßbaritonstimme und sang, ohne die Stimme auszuschnücken.

Ruhi Su bereiste Anatolien und sammelte überall Volkslieder. Bevor er die Lieder eines bestimmten Gebietes interpretierte, hörte er erst dort den Leuten zu, wie sie sangen. Dann versuchte er, diese Darstellungsweise mit der Ausbildung seiner Stimme im Konservatorium zusammenzubringen.

Er lernte auf seinen Reisen Aşiks kennen, deren Vortragsweise und Stil er auch verwendete. Er sah aber auch, daß es nicht ausreicht, die Lieder nachzuahmen, wie es im Volk überliefert wurde. Er widersetzte sich der These, die Volkslieder müßten so gesungen werden, wie im Volksmund üblich. Das wäre für Ruhi Su eine Imitation. Diese Lieder waren ja selbst vom Volk immer wieder anders interpretiert und gesungen worden. Die Volkslieder, so fordert Ruhi Su, müssen erneuert werden, um überhaupt lebensfähig zu bleiben. Er wollte also nicht eine Aşik-Tradition fortsetzen, sondern sie vorantreiben.

Er sah sich als Künstler der fortschreitenden kulturellen Entwicklung der Gesellschaft. Die Modulationen und das lyrische Vibrieren verweisen auf seine klassische Stimmbildung, aber er blieb immer auch dem Charakter der Volkslieder treu. Die westlichen Musikelemente sollten in

Schallplatten von Ruhi Su

Folgende LPs sind in der BRD erhältlich:
El Kapilari – Fremde Türen. Mit Sümeyra Çakır und dem Chor der Freunde, pläne 1986, Nr. 88509
Volkslieder über den Krieg. Epos auf den Befreiungskampf, pläne 1986, Nr. 88508
Muhabbet insana, cana muhabbet – Liebe dem Menschen, dem Menschen Liebe (Gedichte und Lieder), pläne 1987, Nr. 885490 G

die Volksmusik einbezogen werden, ohne daß diese ihren eigenen Stil verliert, d.h. ohne sie inhaltlich oder melodisch zu verstümmeln.

Seinen Beitrag zur türkischen Musik sah Ruhi Su darin: „Die Lieder bergen in sich Dramen.“ Um sie mitzuteilen, sollte aus den Möglichkeiten der westlichen Musik Nutzen gezogen werden. Hier ging es für ihn um die passende Form für den Inhalt.

Unter Einbeziehung westlicher Musikelemente verstand er die Polyphonie, die es in der türkischen Musiktradition nicht gibt. Es war schwierig, dieses Musikverständnis zu verwirklichen. Auf eine Frage, warum er in seinem Chor nur mit zwei Stimmen arbeite, gab er zur Antwort, daß er die türkischen Musiktraditionen berücksichtigen müsse, um im Volk nicht auf Befremden zu stoßen. Aşık Veysel, der prominenteste Aşık im 20. Jahrhundert in der Türkei, sagte über die Musik Ruhi Sus: „Man nimmt eine schöne Blume aus den Bergen, bringt sie in die Stadt, züchtet sie und läßt sie in den schönen Vasen und auf gutem Boden gedeihen.

Sie kann vielleicht schöner werden, aber den ursprünglichen Geruch können wir nicht wiederfinden.“ Aber Ruhi Su wollte diese „andere Blume“, die „weiterentwickelte Blume“ finden. Durch seine neuzeitliche Interpretation konnte Ruhi Su diesem alten wertvollen Volksgut einen neuen Atem einhauchen.

Eine andere Eigenschaft von Ruhi Su ist, daß die Lieder beim Vortrag ineinander übergehen, ohne Pause, weil er die Dichter oder die gesellschaftlichen Ereignisse, die in den Liedern zum Ausdruck kommen, als geschlossenes Ganzes mitzuteilen für richtig hielt. Denn der Inhalt müsse, nach seiner Meinung, dadurch eine Verstärkung gewinnen und das Thema leichter verständlich werden.

Er gab 1962 seine erste Schallplatte heraus. Er hatte den Plan, ein Volksklassiker-Album vorzubereiten, in dem sowohl die Volksozan (Volksliederdichter) als auch verschiedene Arten der Volkslieder enthalten sein sollten. In dieser Reihe begann er, Yunus Emre, Karacaoğlu, Köroğlu, Pir Sultan Abdal, deren Gedichte nicht als schriftlich fixierte Literatur, sondern nur mündlich im Lied existierten, zu veröffentlichen. Dadoğlu sollte folgen; wegen seiner Krankheit konnte Ruhi Su das nicht realisieren.

In der Volksliederreihe veröffentlichte er Semahs, Zeybeks, Volkslieder über den Krieg und die „Fremden Türen“ (El Kapilari). Der Semah ist sowohl in den Mevlevi-Klöstern, als auch bei den Aleviten ein Tanz innerhalb der religiösen Zeremonie. Beide Semaharten unterscheiden sich in Rhythmus und Melodie und in ihrem jeweiligen Ursprung: Die Semahmusik der Mevlevi hat ihre Wurzeln in der türkischen klassischen Musik und ist ohne Text. Die Semahmusik der Aleviten wurzelt in der Volksmusik, in der Halay-Art, und ist mit Text.

Ruhi Su übernahm die Semahs der Aleviten, in denen eine fröhliche und festliche Stimmung vorherrscht und das Leben besungen wird. Für ihn hatte diese Musik auch außerreligiöse Eigenschaften. Ruhi Su versuchte, die Reihenfolge der Semahs bei der religiösen Feier der Aleviten auf der Schallplatte beizubehalten. Aber einige Semahlieder interpretierte er neu und befreite sie von ihrer nur religiös eingeschränkten Bedeutung. Z.B.: „Die anderen haben die Kaaba / Meine Kaaba ist der Mensch / der bauende und auch der rettende / ist der Sohn des Menschen, der Mensch.“

In „Fremde Türen“ (El Kapilari) erzählen die Lieder von zwei verschiedenen Epochen. In der einen geht es um die Kriege im Osmanischen Reich. Die osmanischen Sultane nahmen den Eltern die Kinder weg, bildeten sie als Soldaten aus und schickten sie in die Kolonien, in die Fremde, wo die Unabhängigkeitskriege gegen die osmanische Herrschaft geführt wurden. Und sie kamen nie wieder zurück. Das Yemen-Lied beschreibt diesen Verlauf als Trauerode aus dem Mund einer Braut, die ihre Hoffnungslosigkeit, aber auch ihre unerfüllbare Liebe und den Trennungsschmerz vorträgt, die

Kriege und ihre Erbarmungslosigkeit verdammt.

Der zweite Teil der „Fremden Türen“ spielt in der türkischen Republik, in der die Menschen als Arbeitskräfte nach Europa, in die Fremde gebracht und die Familien schonungslos getrennt wurden. Dort wurden sie auch mit neuen gesellschaftlichen Problemen konfrontiert. Im Lied „Deutschland, bittere Heimat“ drücken die Frauen jetzt ihren Schmerz aus.

Mit dem Gedicht von Nazim Hikmet, „Die Werktoke der Fremden sollen schließen / und nie mehr sich öffnen, / um abzuschaffen die Knechtschaft des Menschen durch den Menschen“ schließt er seine Schallplatte ab. Außer der Volksliederreihe vertonte Ruhi Su die Gedichte von Orhan Veli, Melih Cevdet, Fazıl Hüsni Dağlarca und Nazim Hikmet.

Die Liebe, den Widerstand, die Verbundenheit untereinander, den Zorn des anatolischen Menschen spiegelt Ruhi Su in seiner Stimme und Saz wider. So wie Victor Jara und Mercedes Sosa die Stimmen von Lateinamerika sind, ist Ruhi Su die Stimme Anatoliens. Es war nicht leicht, die Stimme des anatolischen Menschen zu werden. Dies bedeutete Gefängnis, Exil.

Aber wie konnte er den Liedern von den Menschen in İoroslari, Çukurova, İndereci, mit denen er zusammengelebt hatte, seine Untreue erklären? Es lohnte, wenn auch die Ketten die Handgelenke zusammendrückten, diese Qual im Lied „Hasan Dağı“ (Hasanberg) zu beklagen. Die türkische Regierung gab zuerst dem an Parkinson leidenden Ruhi Su keine Ausreisegenehmigung, um im Ausland behandelt zu werden.

Er starb am 20. September 1985. Tausende von Menschen, darunter KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, WissenschaftlerInnen kamen zusammen, um von ihm Abschied zu nehmen. Zuerst waren sie stumm auf dem Weg zum Friedhof. Plötzlich entstand ein Chor auf den Straßen in Istanbul und wollte nicht enden, trotz der massiven Polizeieingriffe und Verhaftungen. Sie waren die Stimme von Ruhi Su. Nein, er war kein Waisenkind.

Celal Özcan ist freier Journalist und lebt in München.



Achtung!

Der **DRITTE WELT-LeserInnenservice** ist nicht mehr in Marburg, dem Sitz der Redaktion, sondern in Köln, beim Pahl-Rugenstein Verlag angesiedelt.

DRITTE WELT-LeserInnenservice, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, Tel. 02 21 / 3 60 02-0

STICHWORT

Die Zigarettenindustrie mußte sich in den letzten Jahren einiges einfallen lassen. In vielen Ländern Westeuropas und auch in den USA blies ihr der Wind kräftig ins Gesicht. Anti-RaucherInnen-Kampagnen durch die Gesundheitsministerien, Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden und – wie in der BRD – das Verbot von Fernsehwerbung ließen die Umsatzzahlen der Tabakkonzerne in unseren Breiten empfindlich sinken.

Der tendenzielle Rückgang der Zigarette als Massenkonsumartikel zumindest in der Ersten Welt ließ hier in der Werbung ein neues RaucherInnen-Image entstehen. Der US-amerikanische Tabakriese Philip Morris lieferte mit dem Slogan vom „Geschmack von Freiheit und Abenteuer“ das Paradigma jeder erfolgreichen Zigarettenwerbung unter den veränderten Bedingungen: Individualität und Extravaganz waren gefragt.

Mußten die Tabakkonzerne in der Ersten Welt ein neues RaucherInnen-Image keieren, so paßte mittlerweile das alte, verschlissene der 50er und 60er Jahre für den Massenkonsum von Zigaretten in der Dritten Welt. Dort kann nach wie vor vermittelt werden, daß durch den Griff zum Glimmstengel der individuelle Anschluß an die Lebensweise der High Society (meist ist der „American way of life“ gemeint) zu schaffen ist.

Ursprünglich war das Tabakrauchen eine Gewohnheit, die durch den Kolonialismus nach Europa kam. Als die Spanier in Südamerika das Tabakrauchen kennenlernten, fanden sie dort eine bereits säkularisierte Gewohnheit vor, die sich nur noch entfernt aus einer Kulthandlung ableitete. Brachten die Kolonialisten die rotblühende Tabakpflanze zunächst als Zierpflanze mit nach Europa, so war es der französische Gelehrte Jean Nicot de Villemain, der in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die der Tabakpflanze nachgesagte Zaubermacht als Heilmittel gegen die ständige Migräne seines Königs Karl IX. einsetzte. Ihm zu Ehren bekam dann der Wirkstoff der, in der besseren Gesellschaft Frankreichs bald sehr beliebten Pflanze, den Namen Nikotin.

Bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hinein fand Tabakkonsum hauptsächlich bei der Oberschicht statt in Form von Schnupfen, Kauen sowie Zigarre- und Pfeiferauchen. Erst mit der Erfindung bzw. Etablierung der Zigarette begann der Siegeszug des Tabaks als Genußmittel für alle Gesellschaftsschichten und somit auch als relevantem Wirtschaftsfaktor. Die Erfindung der Zigarette war in einem, sowohl die Demokratisierung des Tabakgenusses als auch die einzig mögliche Form der Vermarktung

des Produktes Tabak unter imperialistischen Bedingungen.

Der Tabakanbau findet heute im wesentlichen in den Ländern der Dritten Welt statt. Die Tabakpflanze benötigt trockenen, sandigen Boden und eine monatelang gleichbleibende, warme Temperatur. Diese Bedingungen finden sich am besten in den Randgebieten der Tropen und in den Subtropen. Von den 5 Mio t Tabak, die 1980 angebaut worden waren, entfielen fast 1 Mio t auf die VR China. Die USA lagen mit 807 000 t knapp dahinter, gefolgt von Indien (446 000 t), Brasilien (410 000 t), der UdSSR (305 000 t) und der Türkei (230 000 t).

Die problematische Seite des Geschäfts mit dem Tabak zeigt sich im Falle der Länder der Dritten Welt. Hier gibt es einige, die nicht zu den Spitzenproduzenten gehören, aber weit mehr als diese mit ihrer gesamten Volkswirtschaft vom Tabakanbau abhängig sind. Das krassste Beispiel dürfte hier der afrikanische Staat Malawi sein. Dort schlägt der Tabak mit mehr als 50 % des Exporterlöses zu Buche. Ähnlich ist es auch im Nachbarland Simbabwe. Beide Länder zusammen produzierten 1980 rund 160 000 t.

Wird Tabak – wie im Falle dieser beiden Länder – zum Hauptträger der Volkswirtschaft, so ergeben sich zumindest zwei Probleme:

Das erste Problem resultiert aus der Tatsache, daß der Tabak als Exportgut Devisenbringer ist. Geben internationale Organisationen wie die Weltbank, die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), aber auch die Welternährungsorganisation FAO Kredite bzw. Hilfen für diese Länder, so gehen die Gelder meist in ländliche Tabakanbauprojekte. Die Länder werden so, weil Tabak sich im Augenblick noch recht gut vermarkten läßt, immer weiter in Richtung Monokultur getrieben.

Das zweite Problem ist genaugenommen ein Folgeproblem des ersten: Weil der Tabak getrocknet werden muß und es ganz stark vom Trockenvorgang abhängt, ob eine gleichbleibende Qualität erzielt wird, werden die Blätter in Scheunen aufgehängt und ihnen wird über Rohrleitungen Heißluft oder Rauch zugeführt. Diese künstliche Trocknung benötigt große Energiemengen. In den USA wird mit fossilen Brennstoffen getrocknet, in den Dritte-Welt-Ländern bietet sich meist nur Holz als Brennstoff an. So hilft der Tabakanbau indirekt mit, den Waldbestand stark zu dezimieren.

Natürlich ist der dickste Brocken für die Erzeugerländer die Tatsache, daß nur fünf Konzerne weltweit um die größten Marktanteile kämpfen. In den tabakproduzierenden

Tabak

den Dritte-Welt-Ländern geschieht die Vermarktung meist durch 100%ige Tochterfirmen von Philip Morris, British American Tobacco (BAT), Reemtsma, Brinkmann und R.J. Reynolds. Somit ist dafür gesorgt, daß die aus anderen Branchen bekannte Arbeitsteilung durchgehalten werden kann: Produziert wird in der Dritten Welt, als Absatzmarkt wird die Dritte Welt die Erste



Kleinbäuerlicher Tabakanbau in Swasiland

Welt in absehbarer Zeit eingeholt und überholt haben.

Kassieren aber werden weiterhin die multinationalen Tabakkonzerne; und die sitzen gewiß nicht in der Dritten Welt. Die Verteilung von Schaden und Nutzen wird – wie überall – auf traditionelle Weise geregelt.

Martin Schuck

Frauen fordern den Palästina-Dialog

Frauenschicksale und -erfahrungen im Konfliktgebiet Palästina/Nahost sind Gegenstand zweier unlängst erschienener Bücher.

Die Schweizer Journalistin Laurence Deonna hat ägyptische und israelische Frauen, die Väter, Ehemänner oder Söhne in den Kriegen von 1956, 1967 und 1973 verloren, interviewt.

Laurence Deonna, An alle Frauen aus allen Kriegen. Arabische und israelische Frauen berichten, Galgenberg Verlag, Hamburg 1988, 287 S., Abbildungen, 36,- DM.

Frauen deshalb, weil sie in diesen Ländern nur wenig zu Wort kommen – auch wenn in Israel Wehrpflicht für Frauen herrscht. Sie wurden von

hand 833, Frankfurt/M. 1989, 238 S., 15,80 DM.

Auch Beata Lipman hat israelische und arabische Frauen (Palästinenserinnen) nach ihren Erfahrungen mit dem politischen Konflikt befragt. In ihrem Buch kommen jedoch nicht nur Opfer zu Wort, sondern auch Täterinnen. So z.B. Frauen aus der rechtsextremen Siedlerbewegung und Soldatinnen der israelischen Armee, die offen ihr Unbehagen über die Maßnahmen, zu denen sie der Krieg zwingt, zum Ausdruck bringen. Beata Lipman, selbst Jüdin, hakt nach, wenn sie mit Soldatinnen spricht, kritisiert die Siedlerinnen, stellt den von ihr Interviewten Fragen, die einzel-

lich von Laurence Deonna, die offenbar das Camp-David-Abkommen (Separatabkommen Israel-Ägypten-USA von 1978; d. Red.), das von den PalästinenserInnen entschieden abgelehnt wird, befürwortet.

Beata Lipman läßt in ihrem letzten Kapitel Israelinnen und Palästinenserinnen zu Wort kommen, die für den Dialog plädieren. Und auch Laurence Deonna hat die von ihr Interviewten nach ihrer Dialogbereitschaft befragt: „Wenn sich nur erst eure Hände unseren entgegenstreckten... und endlich Frieden käme in unsere Ecke hier, in der ganzen Gegend“, sagt die Ägypterin B. Butros.

Beide Bücher enden mit einigen Daten: Laurence Deonna gibt einige Informationen zu den Kriegen. Beata Lipman bringt Hintergrundinformationen zur „Intifada“, dem nunmehr 20 Monate währenden Aufstand der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten, in dem die Frauen und Mädchen eine so herausragende Rolle spielen.

Ihr Resümee: „Viele der arabischen Frauen, denen ich in Israel, in der West Bank und im Gaza-Streifen begegnet bin, entsprachen auch längst nicht mehr den traditionellen Vorstellungen von weiblicher Demut. Natürlich rechnen sie sich zu den Verlierern des Krieges, aber sie fordern heute nicht nur ihre politischen Rechte, sondern sie streiten für eine neue, persönliche Form der Unabhängigkeit – für ihr Recht auf Selbstverwirklichung und Menschenwürde. Als Frauen erleben sie ja nicht nur die alltägliche Diskriminierung durch ihre eigenen Landsleute; sie werden auch im Arbeitsleben, im Bildungswesen und bei den Sozialleistungen benachteiligt – sogar ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt.“ (S. 12)

Edith Laudowicz

ihr als Opfer der Kriege befragt – Opfer zum einen deshalb, weil die Gesellschaft sie in diese Rolle drängt, zum anderen, weil auch teilweise die Frauen die ihnen anerzogene passive Haltung nur selten durchbrechen.

Viele der befragten Frauen, die unterschiedlichen Schichten angehören, setzten sich erst angesichts des erlittenen Verlustes mit dem „Warum“ dieses Todes auseinander. Einige von ihnen begannen daraufhin, sich öffentlich gegen den Krieg zu äußern. Dabei stießen sie nicht selten nur auf Unverständnis, auch offene Ablehnung und sogar Haß wurde ihnen entgegengebracht. Die israelische Autorin Tzefira Selavan-Yonathan z.B. hat in vielen Zeitungsartikeln nach dem Sinn des Opfers gefragt, und nicht nur Zustimmung gelernt.

Das Buch beleuchtet in seinen verschiedenen, jeweils unter ein Leitmotiv (z.B. Der Schock, Das Zeichen, Mystizismus) gestellten Kapiteln die verschiedenartigen Verarbeitungen der Leidenserfahrung mit der daraus erwachsenen Bitternis, Resignation und Verzweiflung, aber auch der Stärke und Kampfbereitschaft. Allerdings: Nur vereinzelt wird der Frage nach den Ursachen der politischen Konflikte in dieser Region wirklich nachgegangen, werden Probleme wie Nationalismus und Expansionsdrang, religiöser Fanatismus und Rassismus genannt.

Will man/frau also tiefergehendes über die Hintergründe erfahren, ist dieses Buch weniger geeignet. Es ist aber aufgrund der Intensität der Gespräche, der feinfühligsten Befragung und Schilderung durch die Autorin dennoch sehr beeindruckend.

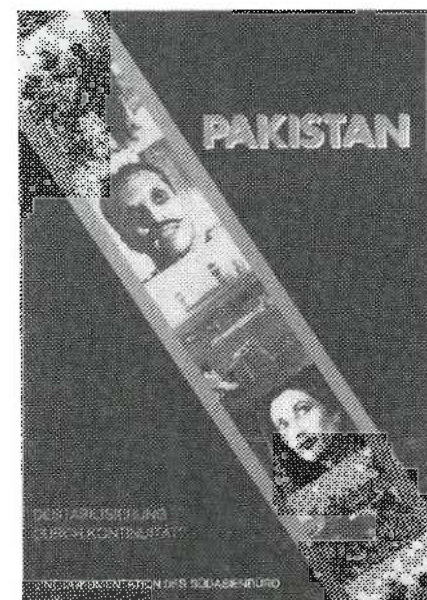
Ganz anders hier das Buch **Beata Lipman, Alltag im Unfrieden. Frauen in Israel. Frauen in Palästina, Sammlung Luchter-**

ne von ihnen sich bislang selbst noch nicht gestellt hatten.

Lipman geht aber über die bloße Wiedergabe der Interviews weit hinaus. Sie zeigt, wie der Krieg und die politische Konfrontation allen Lebensbereichen ihren Stempel aufdrücken, setzt sich vor allem mit den widersprüchlichen Auswirkungen des Krieges auf die Lebenssituation der Frauen auseinander. So verschärft z.B. die Kriegssituation in Israel durch das Anwachsen reaktionärer, orthodoxer Strömungen die Situation der Frau, während die Besatzung der palästinensischen Gebiete teilweise zur Aufbrechung traditioneller Strukturen beigetragen hat.

Beata Lipman beschreibt ohne Vorbehalte die durch die theokratische Staatsverfassung bedingten engen Grenzen für emanzipatorische Bestrebungen in Israel. Sie drückt ihr Unbehagen über orthodox geprägte Lebensformen und daraus abgeleitete Handlungen offen aus, verschweigt auch nicht ihre Ablehnung gegenüber jeglicher Art von Nationalismus, sei es israelischem, sei es palästinensischem. Sie drückt ihre Verwundung über den in Israel gegenüber sephardischen Jüdinnen und Juden und PalästinenserInnen praktizierten Rassismus aus, den sie mit Interviews Betroffener belegt.

Die Autorin versteht es, mit diesem Buch weit über die Interviews hinausgehende Zusammenhänge anschaulich darzulegen und läßt trotz all ihres Verständnisses für Israel keinen Zweifel daran, daß eine Lösung des Konfliktes ohne Anerkennung des Lebens- und Selbstbestimmungsrechtes der PalästinenserInnen, ohne Beseitigung jeglicher Form von Rassismus und Nationalismus nicht möglich sein wird, und daß die Voraussetzung dafür ist, zunächst einmal miteinander zu reden. Sie unterscheidet sich damit deut-



„Pakistan - Destabilisierung durch Kontinuität“
92 Seiten, 9,50 (einschließl. Versand).
Bezug 'Südasiensbüro', Kiefernstr.45,
5600 Wuppertal 2, Tel. 0202-50 71 56

INFOS ZUR SOLIDARITÄT

Rüstungsexporte

Bundestag beriet über Verschärfung der Exportkontrollen

Bundeswirtschaftsminister Haussmann (FDP) ist bei der Debatte über eine Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes am 23. Juni d.J. im Bonner Bundestag scharf angegriffen worden. Da nutzten auch seine Eingeständnisse über „Fehler und Mängel“ im Bundesamt für Wirtschaft (BAW) nichts. Sprecher von SPD und GRÜNEN warfen dem Minister „Untätigkeit“ vor. Gerügt wurde auch Haussmanns „Unfähigkeit“, in dem ihm unterstellten Eschborner Bundesamt, das für Exportkontrollen und -genehmigungen zuständig ist, Ordnung zu schaffen.

Aufgeschreckt durch die Skandale um illegale Exporte von Chemie-Ausrüstungen in den Irak, von Rüstungsgütern nach Südafrika und Nukleartechnik nach Pakistan, beriet der Bundestag in erster Lesung drei Gesetzesentwürfe, die mit Hilfe schärferer Kontrollen und Beschränkungen sowie einer Erhöhung der Strafandrohung von drei auf fünf Jahre Haft illegale Rüstungsexporte unterbinden sollen. Zudem soll das Bußgeld auf 1 Mio DM erhöht werden.

Während Haussmann in diesem Zusammenhang von „einer umfassenden Reform des Export-Kontrollsystems“ sprach, meinte der SPD-Abgeordnete und Obmann im U-Boot-Untersuchungsausschuß, Norbert Gansel, daß die Bundesregierung „mit hängender Zunge den illegalen Rüstungsexporten hinterherjagt“. Die SPD forderte eine drastischere Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes mit Haftstrafen bis zu 10 Jahren für illegale Rüstungsexporte. Die GRÜNEN verlangten darüber hinaus einen generellen Stopp aller Rüstungs- und Atomexporte.

Unterdessen wurde Ende Juni ein neuerlicher Fall illegaler Chemie-Exporte bekannt. Gegen die Firma Rheineisen Chemical Products leitete die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz ein. Die Firma steht im Verdacht, daß sie an einem Transitgeschäft beteiligt ist, bei dem 350 t der Chemikalie Thionyl-Chlorid von Indien in den Iran geliefert werden sollten. Thionyl-Chlorid ist u.a. zur Herstellung des chemischen Kampfstoffes Senfgas geeignet.

Südafrika

Bonn verweigert Auskunft über Rüstungsexporte an Südafrika

Günther Verheugen, sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, forderte am 28.6.1989 die Bundesregierung auf, alle genehmigten Exporte nach Südafrika offenzulegen. Die BRD sei nicht nur im letzten Jahr zum wichtigsten Handelspartner des Apartheidstaates aufgestiegen. In den Jahren 1986–88 seien auch Aus-

fuhrgenehmigungen für qualifizierte Waren nach den Ausfuhrlisten A, B und C, also für Rüstungs- und Atomgüter sowie sonstige Güter von strategischem Wert, in Höhe von mindestens 230 Mio DM erteilt worden.

Das Bundeswirtschaftsministerium betonte in einer Antwort, die erteilten Genehmigungen hätten ausschließlich Güter von nichtmilitärischem Charakter betroffen. Es sei zu keiner Verletzung des Rüstungsembargos des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gegen Südafrika gekommen. Dieser Auffassung widersprach Verheugen. Die von ihm geforderte Offenlegung der Genehmigungen lehnte die Bundesregierung ab.

El Salvador

Appell für die Einstellung der Entwicklungshilfe

Nach der Machtübernahme in El Salvador durch die rechtsradikale ARENA hat medico international eine Unterschriftensammlung unter einen Appell an die Bundesregierung begonnen, der folgenden Wortlaut hat: „Ich fordere die Bundesregierung auf, die Entwicklungshilfe für El Salvador sofort einzustellen. Ihre Wiederaufnahme muß gebunden sein an eine dauerhafte Friedenslösung, an die Beendigung der mörderischen Aktivitäten der Todesschwadronen sowie an die Untersuchung und gerichtliche Verfolgung der Kriegsverbrechen und Massaker, die die salvadorianischen Streitkräfte in den neun Jahren des Krieges begangen haben.“

Der Appell wurde unterzeichnet u.a. von: Peter O. Chotjewitz, Günther Anders, Hans Wollschläger, Ludger Vollmer, Jürgen Meier, Peter Härding, Herbert Grönemeyer, Angelika Beer, Prof. Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Ossip K. Flechtheim, Franz Xaver Kroetz, Dorothee Sölle, Hans Magnus Enzensberger, Günther Grass, D. Kurt Scharf D.D., Dr. Ingeborg Drewitz und Jakob von Uexküll.

Unterschriftenlisten können angefordert werden bei: medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0 69/4 99 00 41.

Buchtip

Gegen IWF und Weltbank

„Berlin: Der IWF am Pranger“, so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen in der internationalen Presse, als die Aktionen der IWF/Weltbank-Kampagne anlässlich der Tagung der beiden Finanzorganisationen im September 1988 in West-Berlin ihren Höhepunkt erreichten. Teil der Aktivitäten war am 23./24.9.1988 ein internationaler Gegenkongreß, an dem insgesamt 4000 Menschen teilnahmen. Trägerkreis des Internationalen Gegenkongresses der IWF/Weltbank-Kampagne/Die Grünen im Bundestag (Hg.), Gegen IWF und Weltbank. Beiträge vom internationalen Gegenkongreß der IWF/Weltbank-Kampagne,

Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1989, 328 Seiten, 16,80 DM

dokumentiert die Referate, die auf den Eröffnungs- und Abschlußplena und in den 11 Foren gehalten wurden und gibt Ausschnitte aus der Diskussion wieder. Angesichts einer Anzahl von fast 80 Beiträgen, die von Betroffenen aus der Dritten Welt, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen aus Nord und Süd gehalten wurden, konnten Kürzungen nicht ausbleiben. Dies schmälert aber keineswegs den Nutzen des Bandes, vereinigt er doch eine Analyse der weltwirtschaftlichen Probleme und der Verschuldung sowie Vorschläge zu ihrer Lösung, die das gesamte Spektrum der politischen und wissenschaftlichen Diskussion widerspiegeln.

Ein Vorwort von Rainer Falk, Klaus Milke und Ludger Vollmer schildert die Entstehungsgeschichte und Ziele der IWF/Weltbank-Kampagne, bilanziert ihren Erfolg und skizziert die Inhalte eines „neuen Internationalismus“. Der Band dokumentiert im Anhang die auf dem Kongreß angenommene West-Berliner Erklärung.



Ähnlich konzipiert, wenn auch bescheidener ausgefallen ist

Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital, Widerspruch, Sonderband 2, Zürich, April 1989, 168 Seiten, 12 Sfr.

Der Band gibt Referate wieder, die auf einem Schuldenkongreß gehalten wurden, der am 1./2. Oktober 1988 in Zürich stattfand und wurde um weitere Beiträge ergänzt. Er kann direkt bezogen werden bei: Widerspruch, Postfach, CH-8026 Zürich.

Kirchen

Kontroversen um Apartheid-Konten und IGM auf dem Kirchentag

Die Dritte-Welt-Diskussion auf dem 23. Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT), der vom 7.–11. Juni d.J. in West-Berlin stattfand, war geprägt von den Auseinandersetzungen um die Kontenfrage. Streitpunkt sind jene Konten, die der Verein zur Förderung des DEKT bei vier bundesdeutschen Banken unterhält, welche mit dem Apartheidregime kollabo-

rieren (siehe **DRITTE WELT** 7/1989, S. 3), und die Teilnahme der reaktionären Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Verschiedene Dritte-Welt-Organisationen, darunter die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), der Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ und die Kirchentagskampagne '89, hatten das Präsidium des DEKT zur Kündigung der Konten aufgefordert. Dies wurde mit Unterschriftensammlungen und einem „Bankenspaziergang“ am 9. Juni, an dem sich mehrere hundert KirchentagssteilnehmerInnen beteiligten, unterstrichen. Fast einstimmig hatten sich die 10 000 TeilnehmerInnen des Südafrika-Forums am Vortag dieser Forderung angeschlossen. Die Kündigung der Konten war auch Thema der Friedensdemonstration, an

der sich am 10. Juni 6500 KirchentagsbesucherInnen beteiligten.

Zu Kontroversen gab auch das Menschenrechtsthema Anlaß. So hatte es u.a. Kritik von der IGFM an der Teilnahme des nicaraguanischen Innenministers Tomas Borge gegeben, da er angeblich für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sei. Er wurde auf zwei Veranstaltungen von insgesamt 10 000 TeilnehmerInnen begeistert gefeiert. Nach Protesten beim letztjährigen Kirchentag gegen die IGFM (siehe **DRITTE WELT** 7/1989, S. 24ff.) war diese zwar vom Markt der Möglichkeiten ausgeschlossen, dafür aber zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Menschenrechte eingeladen worden. Die Absicht, der IGFM hier ein Forum zur Selbstdarstellung zu ge-

Presseerklärung des Pahl-Rugenstein Verlages

„Ewige Wahrheiten“?

Unter der Überschrift „Ewige Wahrheiten“ nahm das Hamburger Magazin „Der Spiegel“ im Juni d.J. die von internen Auseinandersetzungen geplagte DKP aufs Korn und brachte damit den Pahl-Rugenstein Verlag in Verbindung. Der in Köln ansässige Verlag, der die **DRITTE WELT** verlegerisch betreut, hat gegenüber dem „Spiegel“ eine Gegendarstellung erwirkt und in einer Presseerklärung Stellung bezogen. Zurückgewiesen wird darin auch, daß die **DRITTE WELT** existenziell bedroht sei.

In einem Artikel vom 5.6.1989 bezeichnet der „Spiegel“ den Pahl-Rugenstein Verlag als „das größte Verlagsunternehmen im Umfeld der DKP“, das im Zusammenhang mit internen Auseinandersetzungen in der DKP gemäßregelt werden solle. So behauptet der „Spiegel“, daß wir aus politischen Gründen die belletristische Buchproduktion einstellen.

Richtig an der Behauptung des „Spiegel“ ist lediglich der Umstand, daß der Verlag durch das aufwendige literarische Programm seine Möglichkeiten überfordert sieht und deshalb – zumindest vorerst – die Belletristik nicht fortsetzen wird. Dazu wurde der Verlag nicht „aufgefordert“, sondern hat sich im Interesse seines eingeführten Kernbereichs, des politischen und historischen Sachbuchs, selbst dazu entschlossen. Wer das Programm des PRV kennt, muß die Unterstellung des „Spiegel“ für absurd halten, aus Gründen politischer Disziplinierung sollten in Zukunft „nur noch politische Sachbücher und parteifromme Wissenschaft veröffentlicht werden“.

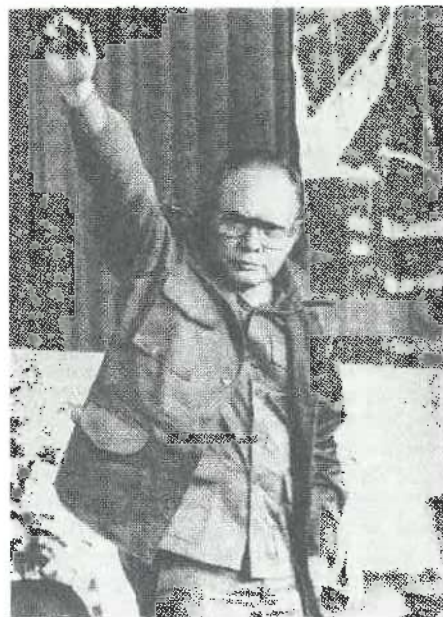
Der Pahl-Rugenstein Verlag ist seit seiner Gründung vor über 30 Jahren keiner einzelnen politischen Partei oder Organisation verpflichtet. In ihm kommen Autorinnen und Autoren zu Wort, die einen Beitrag leisten zur Festigung und Weiterentwicklung der Demokratie, für Frieden und Abrüstung und zur Aufklärung über die historischen und aktuellen Ursachen von Rechtsextremismus und Faschismus. Zum Spektrum unserer Autorinnen und Autoren gehören humanistisch orientierte Konservative, engagierte Christen, Gewerkschafter, Liberale, Grüne, Sozialdemokraten und eben auch Kommunisten aus der Bundesrepublik wie dem Ausland.

Daß sich der Pahl-Rugenstein Verlag stets geweigert hat, die landesübliche Diskriminierung von Kommunisten mitzumachen, hat ihm in wechselnder Form immer wieder einmal den Vorwurf eingetragen, ein kommunistischer Verlag zu

sein. So wenig sich dies mit Selbstverständnis und publizistischer Tätigkeit des Pahl-Rugenstein Verlages verträgt, so wenig trifft die Behauptung zu, Autoren würden aufgrund ihrer Haltung in den parteiinternen Auseinandersetzungen in der DKP aus dem Verlagspektrum ausgegrenzt. Selbstverständlich gilt dies auch für die vom „Spiegel“ namentlich genannten Autoren Adrian Geiges, Horst Hensel, Erasmus Schöfer und Peter Schütt.

Im Zuge unserer Programmstraffung wird auch das Weltkreis-Programm eingestellt. Teile der Weltkreis-Belletristik wurden an den Grafit-Verlag, Dortmund, verkauft. Die Backlist der Weltkreis-Sachbücher und der verbliebenen Weltkreis-Belletristik ist weiterhin bei uns lieferbar. Mit allen betroffenen Autoren bleiben wir im Gespräch. Wir wünschen eine weitere Zusammenarbeit. Es ist daher absurd, von „Radikalerlaß“ oder „Berufsverbot“ zu sprechen. Keinem der im „Spiegel“ genannten Autoren – auch keinem nicht genannten – hat der Verlag irgendwelche politischen Einschränkungen auferlegt. Niemand wurde von uns „gemäßregelt“. Ebenso wenig wurde Peter Schütt eine Kündigung ausgesprochen. Die Einstellung des literarischen Programms ist für die betroffenen Autoren und für uns schmerzhaft.

Unrichtig ist die Behauptung des „Spiegel“, die Zeitschriften „Dritte Welt“, „päd.extra & demokratische Erziehung“ sowie „Demokratie und Recht“ und „tendenzen“ wären akut in ihrer Existenz bedroht. Für die Zeitschrift „demokratisches Gesundheitswesen“ suchen Verlag und Redaktion nach Möglichkeiten der Weiterführung in anderer Form. Daß eine angebliche Finanznot dieser Zeitschriften auf die Drohung der DDR zurückgehe, Anzeigen zu sperren und Abonnements zu kündigen, ist aus der Luft gegriffen. Eine solche Drohung wäre auch bedeutungslos, weil es weder Abonnements in der DDR noch nennenswerte Anzeigenplätze gibt.



Der nicaraguanische Innenminister Tomas Borge auf dem evangelischen Kirchentag

ben, wurde von etwa 150 Mitgliedern von Solidaritätsgruppen durchkreuzt, indem sie das Podium stürmten.

Lateinamerika

Seminar zu „500 Jahre ‚Entdeckung‘“

65 Personen trafen sich am 17./18. Juni d.J. in der hessischen Jugendbildungsstätte Dietzenbach zu dem Seminar „500 Jahre ‚Entdeckung‘ Amerikas – Alter und neuer Kolonialismus“.

Das Seminar hatte den Zweck, den Anfang zu machen mit einer bundesdeutschen Gegenbewegung zu den offiziellen Jubelfeierlichkeiten 1992. Diese soll vor allem dazu dienen, eine Gegenöffentlichkeit für die Interessen der lateinamerikanischen Völker zu schaffen. Dazu hat das vor zwei Jahren ins Leben gerufene und mittlerweile von über 100 Institutionen in 22 Ländern unterstützte Internationale Forum und Wettbewerb „Emanzipation und Lateinamerika 1492–1992“ Preise in Höhe von 20 000 \$ in 10 Gattungen (Literatur, Photographie, Essay u.a.) ausgesetzt.

In den Vorträgen ging u.a. Jan Philipp Reemtsma vom Hamburger Institut für Sozialforschung auf die psychosozialen Determinanten des Menschen der europäischen Neuzeit ein, der zum Prototyp des europäischen Eroberers wurde. Prof. Heinz Dieterich (Mexiko) untersuchte, inwieweit es Übereinstimmungen der heutigen weltwirtschaftlichen Strukturen mit den Großraum- und Hegemonialplänen der Nazis, der US-amerikanischen und japanischen Pläne vor Ausbruch des 2. Weltkriegs gibt. Prof. Alfred Schmidt untersuchte am Beispiel von Sartres Vorwort zu Franz Fanons Buch „Die Verdammten dieser Erde“ die Gültigkeit der Analysen zum europäischen Kolonialismus.

Am 28./29. Oktober d.J. wird in Hamburg das nächste Treffen stattfinden, welches Fragen zur politischen und organisatorischen Vernetzung der nationalen Bewegungen mit der internationalen Kampagne zu beantworten haben wird. Ein Protokollband wird bis dahin erschienen sein.

KURZINFORMATIONEN

Irak

Zwangsumsiedlung von KurdInnen

Die irakische Regierung hat am 24. April d.J. mit neuen, umfangreichen Zwangsumsiedlungen von KurdInnen begonnen. Das schon am 29. März d.J. verkündete Zwangsumsiedlungsdekret betrifft 100 000 bis 250 000 KurdInnen des Irak, die insgesamt 3,5 bis 4 Mio zählen. Mit diesen neuerlichen Umsiedlungen werden die letzten größeren kurdischen Städte und Dörfer im Nordosten des Irak nahe der iranischen Grenze gewaltsam aufgelöst. Erst im März 1988 mußten zehntausende KurdInnen dieser Region vor irakischen Giftgasangriffen fliehen. 5000 wurden damals getötet.

Die irakische Regierung hatte bereits 1975 begonnen, das kurdische Volk aus seiner angestammten Heimat im Nordosten umzusiedeln. Die nunmehr Betroffenen sollen in den Südirak sowie in Gebiete nahe der jordanischen Grenze deportiert werden. Ihre Siedlungen wurden dem Erdboden gleichgemacht, nachdem kurdische Gruppen passiven Widerstand gegen die Vertreibungen leisteten.

Mit diesen Maßnahmen soll der Widerstand der KurdInnen gebrochen werden, die für die Autonomie ihres Gebietes kämpfen. Die 1988 gegründete Irakische Kurdistan Front (IKF), der die wichtigsten kurdischen Organisationen angehören, hat sich Anfang März d.J. mit sechs irakischen Oppositionsgruppen zusammengeschlossen, um das Regime Saddam Husseins zu stürzen.

Der deutsche Bundestag verurteilte am 22. Juni d.J. die Gewaltmaßnahmen der irakischen Regierung. Die Hilfsorganisation „medico international“ erbittet Spenden für ein medizinisches Hilfsprogramm unter dem Stichwort „Kurdistan“, Konto-Nr. 1800 bei der Frankfurter Sparkasse.

Weltwirtschaft

Gruppe der 77 fordert Schuldennachlaß

Vom 23.–25. Juni d.J. fand in Caracas/Venezuela ein außerordentliches Treffen der „Gruppe der 77“ statt, das sich vor allem mit weltwirtschaftlichen Problemen und der Schuldenkrise befaßte. Anlaß des Treffens war die vor 25 Jahren erfolgte Gründung dieses lockeren Zusammenschlusses von Entwicklungsländern, dem mittlerweile 128 Mitglieder angehören.

Venezuelas Staatspräsident Perez klagte in seiner Eröffnungsrede das internationale Bankensystem an, „leichte Profite auf der Grundlage einer unhaltbaren Schwächung der Länder der Dritten Welt“ zu machen. In der Abschlusserklärung, dem „Dokument von Caracas“, wird eine „substantielle Reduzierung der Schulden“ und in besonders kritischen Fällen ein Schuldenerlaß gefordert.

Die Abnahme der „offiziellen Entwicklungshil-

fe um mehr als die Hälfte der international vereinbarten Ziele“, die Verschlechterung der Austauschbeziehungen (terms of trade) sowie wachsender Protektionismus in den Industrieländern hätten zu einer Nord-Süd-Polarisierung geführt, die immer gefährlicher werde. Allerdings habe sich das internationale Klima bedeutend verbessert. Der Abrüstungsprozeß müsse deshalb gerade jetzt ohne Unterbrechung fortgeführt werden. Das Dokument hält die Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ aufrecht und betont insbesondere die Notwendigkeit einer „Stärkung der Süd-Süd-Zusammenarbeit“.

Im außenpolitischen Teil wird das Selbstbestimmungsrecht Namibias sowie die palästinensische Intifada in den besetzten Gebieten unterstützt.

Sudan

Die Armee übernimmt die Macht

Die sudanesishe Regierung unter Sadek el Mahdi wurde am 30. Juni d.J. in einem unblutigen Militärputsch gestürzt. Die Putschisten unter Führung des Brigadegenerals Omar Hassan Ahmed al Baschir verhängten den Ausnahmezustand und setzten die Verfassung außer Kraft. Politische Parteien, Organisationen und Gewerkschaften wurden aufgelöst. Das Schicksal der gestürzten Politiker blieb zunächst unklar.

Al Baschir ernannte sich nach der Stabilisierung des Putsches zum Staatsoberhaupt, Verteidigungsminister und Oberkommandierenden der Streitkräfte. Die Regierungsgeschäfte übernahm zunächst ein aus 15 Offizieren bestehender Kommandorat. Ob die Militärregierung bereit ist, nach einer Übergangsphase ihre Macht an eine zivile Regierung abzugeben, ist offen, aber nicht unwahrscheinlich. Die Rückkehr zu einem Mehrparteiensystem lehnte al Baschir jedoch kategorisch ab.

Hintergrund des nicht unerwarteten Putsches war vorrangig die Unfähigkeit des konservativ-islamischen Präsidenten und Vorsitzenden der Umma-Partei, Sadek al Mahdi, den Bürgerkrieg im Süden des Landes zu beenden, sowie die schlechte Ausrüstung der damit betrauten Armee. Der Bürgerkrieg hatte vor über vier Jahren mit dem

bewaffneten Widerstand der Volksbefreiungsarmee des Sudan (SPLA) gegen die Islamisierungspolitik des 1985 gestürzten Präsidenten Numeiri begonnen. Die neuen Machthaber haben zu erkennen gegeben, daß sie um eine friedliche Regelung der Auseinandersetzungen bemüht sind.

El Salvador

ARENA plant neue Repressionsgesetze

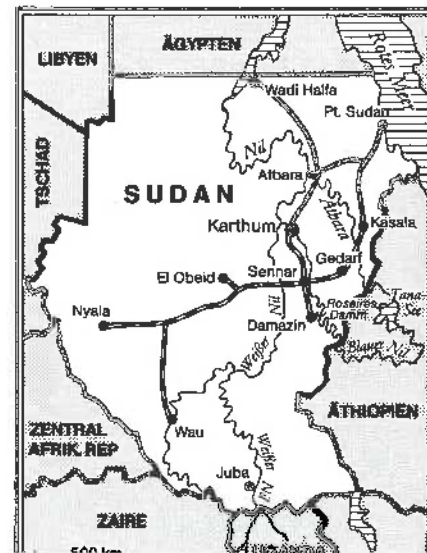
Die salvadorianische Regierung unter dem rechtsextremen Präsidenten Alfredo Cristiani, der am 1. Juni d.J. sein Amt antrat, versucht jetzt, einen gesetzlichen Rahmen für die verschärfte Repression gegen die Volksbewegung zu schaffen. Mit dem sog. „Gesetz zur Verteidigung des demokratischen Prozesses“, das Ende Juni dem Parlament unterbreitet wurde, sollen die ohnehin schon rigiden Regelungen zur Einschränkung der demokratischen Rechte weiter verschärft werden.

Sollte das Gesetz verabschiedet werden, so wird in Zukunft als Verbrechen geahndet, wenn sich jemand an internationale Organisationen wendet, um auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen. Dies gilt auch für den Besitz und die Verbreitung von Informationen, die „die öffentliche Ordnung untergraben“. D.h. daß JournalistInnen, die über die FMLN berichten oder die Regierung und das Militär kritisieren, sich strafbar machen. „Für die vorläufige Festnahme“, so der Entwurf, „genügt jeder Verdacht oder Hinweis.“

Bestimmte Vergehen sollen den ordentlichen Gerichten entzogen und der Militärjustiz unterstellt werden. Dazu zählt z.B. die Propaganda bewaffneter Gruppen oder ihrer Tarnorganisationen, womit die Gewerkschaften und andere Volksorganisationen gemeint sind. Mit Verboten sich zu verummern, Straßen zu blockieren und Plakate zu kleben soll das Demonstrationsrecht eingeschränkt werden.

Die Ermordung einiger hochkarätiger Vertreter des Regimes (Generalstaatsanwalt Roberto Garcia am 19. April; der Leiter des Präsidialamtes, José Antonio Rodríguez Porth, am 9. Juni und der Chefideologe der regierenden ARENA, Edgar Chacon, am 2. Juli) nutzt die Regierung, um Stimmung für die neuen Gesetze zu machen. Die Guerilla hat jedoch erklärt, daß nicht sie, sondern rivalisierende Fraktionen des Regimes für die Morde verantwortlich seien.

Das neue Repressionsgesetz ist nicht nur bei der Linken auf Kritik gestoßen. Repräsentanten der Christdemokratischen Partei bezeichneten es als „faschistisches Projekt“. Segundo Montes, Direktor des Instituts für Menschenrechte und des Fachbereichs für politische Wissenschaften der Zentralamerikanischen Universität in San Salvador, erklärte: „Ich denke, die ARENA hat einen Repressionsplan. Sie wissen, daß sie nicht die zügellose Repression der 80er Jahre anwenden können. Da sie es nicht auf bestialische Weise tun können, tun sie es auf legalem Weg (...). Dafür brauchen sie ein neues Instrument.“



DRITTE WELT

WIR VERSCHENKEN BÜCHER

AN ALLE DIE UNS EIN DRITTE WELT JAHRESABO VERMITTELN

EINFACH DIE ABO-KARTE IN
DER HEFTMITTE AUSFÜLLEN

z.B.



z.B.



PRÄMIENWUNSCH EINTRAGEN
ODER DIE VOLLSTÄNDIGE
PRÄMIENLISTE ANFORDERN

UND AB GEHT DIE LUZIE...

ARCHIV